

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Mai 2012

II

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

<i>Renate Merkel-Melis</i> : Engels ohne Marx. Zum Erscheinen des MEGA-Bandes I/30	5
<i>Axel Weipert</i> : Vor den Toren der Macht. Die Demonstration am 13. Januar 1920 vor dem Reichstag.....	16
<i>Jörg Wollenberg</i> : Goethe in Dachau – Beethoven in Auschwitz. Das Konzentrationslager als Lernort der geistigen Selbstbehauptung in Grenzsituationen.....	33
<i>Ulrich Peters</i> : Widerstand im Konzentrationslager Buchenwald.....	59
<i>Kim Christiaens</i> : Die Suche nach wirksamer Solidarität. Der vietnamesische Faktor bei der Mobilisierung gegen den Vietnamkrieg in Belgien in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren	77
<i>Wilma Ruth Albrecht</i> : Liberalismuskonzeption in der DDR. Eine wissenschaftshistorische Erinnerung.....	102

Biografisches

<i>Peter Krob</i> : Jan Skala, Gestapo und Volksgerichtshof. Ergänzungen aus Akten vergangener Zeit.....	120
--	-----

Bericht

<i>John Riddell</i> : Zur Geschichte der kommunistischen Bewegung 1919 bis 1943. Konferenz in London.....	147
---	-----

Buchbesprechungen

Hans Mommsen: Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand (<i>Ludwig Elm</i>)	152
--	-----

Udo Achten (Hrsg.): Nicht betteln, nicht bitten. Moabiter Streikunruhen 1910 (<i>Ingo Materna</i>)	154
--	-----

Hanns Christian Löhrr: Die Gründung Albaniens (<i>Erwin Lewin</i>)	156
--	-----

Vladlen Loginov: Neizvestnyj Lenin [Der unbekannte Lenin] (<i>Christa Hinckel</i>)	157
--	-----

Annelies Laschitza/Klaus Gietinger (Hrsg.): Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare (<i>Ottokar Luban</i>)	158
--	-----

Steffen Kachel: Ein rot-roter Sonderweg. Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949 (<i>Günter Benser</i>)	161
---	-----

Stefan Gotthelf Hoffmann: Der andere Wolf. Fremde Einblicke in Leben und Werk (<i>Ulrike Köpp</i>).....	164
---	-----

Jürgen Mothes: Lateinamerika und der „Generalstab der Weltrevolution“. Zur Lateinamerika-Politik der Komintern, hrsg. von Klaus Meschkat (<i>Helma Chrenko</i>)	166
---	-----

Joachim Paschen: „Wenn Hamburg brennt, brennt die Welt“. Der kommunistische Griff nach der Macht im Oktober 1923 (<i>Harald Jentsch</i>)	169
--	-----

Walter Markov: Wie viele Leben lebt der Mensch. Eine Autobiographie aus dem Nachlaß (<i>Christoph Meißner</i>)	172
--	-----

Tim Jesgarzewski: Für Freundschaft, Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Luise Nordhold – Biografie einer Sozialdemokratin 1917-2011 (<i>Holger Czätrich-Stahl</i>).....	174
Traude Bollauf: Dienstmädchen-Emigration. Die Flucht jüdischer Frauen aus Österreich und Deutschland nach England 1938/39 (<i>Barbara Wünnenberg</i>).....	176
Dittmar Dahlmann u. a. (Hrsg.): Zwangsarbeiterforschung in Deutschland. Das Beispiel Bonn (<i>Daniela Schnitter</i>).....	178
Ulrich Herrmann/Rolf-Dieter Müller (Hrsg.): Junge Soldaten im Zweiten Weltkrieg. Kriegserfahrungen als Lebenserfahrungen (<i>Evemarie Badstübner</i>).....	178
Rudolf Boch/Rainer Karlsch (Hrsg.): Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex (<i>Jörg Roesler</i>).....	181
Anja Ingenbleek: Die britische Gewerkschaftspolitik in der britischen Besatzungszone 1945-1949 (<i>Rolf Badstübner</i>).....	183
Martin Schulze Wessel/Christiane Brenner (Hrsg.): Zukunftsvorstellungen und staatliche Planung im Sozialismus. Die Tschechoslowakei im ostmitteleuropäischen Kontext 1945-1989 (<i>Veronika Arndt</i>).....	185
Volker Zimmermann: Eine sozialistische Freundschaft im Wandel. Die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und der Tschechoslowakei (1945-1969) (<i>Daniela Schnitter</i>).....	188
Siegfried Bock/Ingrid Muth/Hermann Schwiesau (Hrsg.): DDR-Außenpolitik. Ein Überblick – Daten, Fakten, Personen (<i>Joachim Eichler</i>).....	188
Heinz Keßler/Fritz Streletz: Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben. Zwei Zeitzeugen erinnern sich; Wolfgang Scheler/Rolf Ziegenbein (Red.): Grenzschutz und Grenzregime an der deutsch-deutschen Grenze (<i>Horst Klein</i>).....	190
Peter Joachim Lapp: Gerald Götting (<i>Siegfried Prokop</i>).....	194

Tetsuji Senoo: Ein Irrweg zur deutschen Einheit? Egon Bahrs Konzeptionen, die Ostpolitik und die KSZE 1963-1975 (<i>Harald Lange</i>).....	196
Vera Schwarz: Meine roten Großmütter. Politische Aktivität aus der KPÖ ausgetretener/ausgeschlossener Frauen (<i>Sebastian Baryli</i>).....	197
Denis Goldberg: Der Auftrag. Ein Leben für die Freiheit in Südafrika (<i>Ulrich van der Heyden</i>).....	200
Gabriele Oertel/Hans Modrow: Sagen, was ist (<i>Holger Czitrich-Stahl</i>)	201
Moshe Zuckermann: „Antisemit!“ Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument (<i>Susanne Heim</i>)	204
Raul Zelik: Nach dem Kapitalismus. Perspektiven der Emanzipation oder: Das Projekt Communismus anders denken (<i>Jörg Roesler</i>)	206
Autorenverzeichnis.....	208
Impressum.....	209

In eigener Sache

Liebe Abonentinnen und Abonnenten, liebe Leserinnen und Leser, seit mehr als zehn Jahren erscheint das JahrBuch stets pünktlich und zum sehr moderaten jährlichen Abopreis von 25,- € (Inland) bzw. 35,- € (Ausland), einschl. Porto, sowie einem Einzelheftpreis von 10,- €, zzgl. Porto. Leider haben sich in diesen zehn Jahren unsere Kosten für Papier und Versand deutlich erhöht. Kosten einsparen können wir nicht, da die Redaktion des JahrBuches ehrenamtlich und ohne jede Aufwandsentschädigung arbeitet.

Wir sehen uns daher zu unserem großen Bedauern gezwungen, den Abopreis ab dem Jahr 2013 um jeweils 5,- € auf 30,- € (Inland) bzw. 40,- € (Ausland), einschl. Porto, und den Einzelheftpreis auf 11,- €, zzgl. Porto, anzuheben.

Bitte bleiben Sie uns dennoch als Abonnenten und Leser treu und sichern Sie so das weitere Erscheinen dieses derzeit einzigen Periodikums in Deutschland, das sich der Geschichte der Arbeiterbewegung widmet.

Die Redaktion

Engels ohne Marx.

Zum Erscheinen des MEGA-Bandes I/30¹

Renate Merkel-Melis

Mit neuen Erkenntnissen zu Leben und Werk von Friedrich Engels konnte 2011 der MEGA-Band I/30² vorgelegt werden. Er umfasst die Zeit von Mai 1883 bis September 1886, also die ersten Jahre nach dem Tode von Karl Marx und ist der erste von drei Bänden (Band 30-32) der Ersten Abteilung der MEGA, in denen das Spätwerk von Engels bis zu seinem Lebensende 1895 ediert wird. Da nun alle drei Bände vorliegen, bietet sich dem Forscher die Möglichkeit, die von „Engels ohne Marx“ verfassten Schriften zusammenhängend zu untersuchen. Die dabei gewonnenen Einsichten sind allerdings durch seine Arbeit an Marx' „Kapital“ und durch den Briefwechsel zu ergänzen, von dem zehn Bände, in der Mehrzahl noch unbearbeitet, der Edition harren. Erst dann kann ein abgerundetes Bild über das Spätwerk von Engels entstehen.

Der – bisweilen diskutierte – Begriff „Spätwerk“ wird bewusst verwendet, weil der Tod von Marx einen Einschnitt im Leben und Schaffen von Engels darstellte. *Wodurch war dessen Situation gekennzeichnet?* Engels lebte und schrieb im Londoner Exil, für das er sich noch einmal ausdrücklich entschied. Als August Bebel ihm vorschlug, nach dem Tode von Marx nach Deutschland oder wenigstens in die Schweiz überzusiedeln, um in näheren Kontakt mit seinen politischen Freunden zu kommen, lehnte er das rigoros ab.

Was bedeutete diese Entscheidung? Zum einen: Engels hatte kein Interesse daran, sich auf dem Kontinent vorhersehbaren politischen Repressalien auszusetzen. Er wolle in kein Land gehen, erklärte er Bebel, „wo man ausgewiesen werden kann. Davor ist man aber nur sicher in England und Amerika.“³ Da Engels keinen Kontakt zu britischen Arbeiteror-

1 Überarbeitete Fassung eines Vortrags, der im November 2010 in der Veranstaltung des in Berlin ansässigen Vereins zur Förderung der MEGA-Edition „Neue Erkenntnisse zu Leben und Werk von Friedrich Engels. Zum 190. Geburtstag“ gehalten wurde.

2 Karl Marx/Friedrich Engels: Gesamtausgabe. Erste Abteilung. Werke. Artikel. Entwürfe. Bd. 30: Mai 1883 bis September 1886. Text und Apparat. Bearb. von Renate Merkel-Melis, 2 Bde., Berlin 2011.

3 Engels an August Bebel, 30. April 1883, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (MEW), Bd. 36, S.21f., hier S.21.

ganisationen suchte und deren Repräsentanten kaum kannte,⁴ glaubte er, allein in London „Ruhe für theoretisches Weiterarbeiten“ zu haben. „Überall anderswo“ hätte er sich „an der praktischen Agitation beteiligen müssen“, dabei enorm viel Zeit verloren und „nicht mehr geleistet als irgendein anderer“, meinte aber: „[...] in den theoretischen Arbeiten sehe ich bis jetzt noch nicht, wer mich und M[arx] ersetzen soll“.⁵

Zum anderen: Im Londoner Exil fehlten Engels die unmittelbare Anschauung und Erfahrung der politischen Auseinandersetzung. Er kompensierte dies durch eine umfangreiche Korrespondenz, die er – und auch das ist „Engels ohne Marx“ – nunmehr allein führen musste (er hatte das ohnehin bereits seit 1882 getan). Aus dem Zeitraum des Bandes I/30, von 1883 bis 1886, sind fast 900 Briefe überliefert – 310 Briefe von Engels (einschließlich Widmungen) und 582 an ihn. Der jahrzehntelange Aufenthalt in der Metropole eines Landes mit entwickeltem Kapitalismus ermöglichte ihm – im Verein mit der intensiven Lektüre von bis zu 20 Titeln der sozialistischen, liberalen und konservativen Presse verschiedener Länder – eine breitere, vergleichende Sicht auf die Entwicklungen in Europa und den USA. Damit besaß er günstige Voraussetzungen, die Vorgänge in Weltwirtschaft und Weltpolitik zu beobachten und zu beurteilen. Die Distanz des Exils sowie die umfangreichen Kontakte mit Briefpartnern und Gästen nutzte er, um stärker, als das in den Arbeiterorganisationen der einzelnen Länder möglich war, die Bewegung als Ganzes zu verfolgen und sie mit Rat und Tat zu befördern.

Zwar hatte er sich in dieser Hinsicht Zurückhaltung auferlegt. 1881 kennzeichnete er Marx' und sein Verhältnis zu den nationalen Arbeiterbewegungen mit den Worten: „Wir haben fortwährende Fühlung mit ihnen, soweit es der Mühe wert und Gelegenheit da, aber jeder Versuch, die Leute wider ihren Willen zu beeinflussen, würde nur uns schaden.“⁶ Doch die bis zur Mitte der 1880er-Jahre erzielten Fortschritte der europäischen Arbeiterbewegung eröffneten in Engels' Augen neue Möglichkeiten für die Durchsetzung der von Marx und ihm erstrebten Ziele. Sozialistische oder sozialdemokratische Parteien waren in Deutsch-

4 „Engels wandte kurzsichtig den potenziell anregendsten und anziehendsten Figuren im britischen sozialistischen Pantheon den Rücken zu.“ (Tristram Hunt: *The frock-coated communist. The revolutionary life of Friedrich Engels*, London 2009, S.327.) „Engels geht nicht unter die Leute“, schrieb Kautsky an Bernstein, „kennt daher die Personen und Bewegungen des englischen Sozialismus seit 1-2 Jahren nur durch Aveling, sieht alles mit dessen Brille an.“ Karl Kautsky an Eduard Bernstein, 19. September 1886, Russländisches Staatliches Archiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI), Sign. f. 204, op. 1, d. 893.

5 Engels an August Bebel, 30. April 1883, S.21.

6 Engels an Eduard Bernstein, 25. Oktober 1881, in: MEW, Bd. 35, S.228-234, hier S.233.

land und Frankreich, in Dänemark, Holland, England und Belgien gegründet worden.⁷ Zugleich erwachsen in seiner Sicht aus dieser Entwicklung angesichts der Vielzahl konkurrierender Strömungen Gefahren und die Notwendigkeit, die Ideen von Marx zu verteidigen. Das veranlasste Engels zu gezielter politischer Einflussnahme.

Wenn er auch mit dem Verbleib im Londoner Exil seinen jahrzehntelangen Lebensstil beibehielt, bedeutete der Tod von Marx in seinem Arbeitsleben doch eine Zäsur, und er musste sein Tätigkeitsfeld neu abstecken. In den Mittelpunkt rückte zunächst die Aufarbeitung des umfangreichen Nachlasses von Marx; eigene Projekte – so die „Dialektik der Natur“ – traten zurück. In dem bereits zitierten Brief an Bebel vom 30. April 1883 hatte Engels Schwerpunkte seiner geplanten theoretischen Arbeiten skizziert. An erster Stelle nannte er die Herausgabe des zweiten Bandes des „Kapital“, für die er ein Jahr veranschlagte. Ein weiteres Jahr sah er „für Marx' Biographie nebst Geschichte der deutschen sozialistischen Bewegung von 43 bis 63 und der Internationale von 64-72“ vor.⁸

Den Umfang der Arbeit am „Kapital“ hatte er – noch in Unkenntnis des Zustands der Manuskripte und des zu deren Veröffentlichung notwendigen Arbeitsaufwands – unterschätzt. Konnte der zweite Band im Juli 1885 erscheinen, so nahm ihn die Herausgabe des dritten Bandes über die Maßen in Anspruch, zog sich fast ein Jahrzehnt bis 1894 hin und beeinträchtigte andere Arbeiten. Er besorgte in den Jahren 1883 bis 1886 allerdings die dritte deutsche Auflage sowie Revision und Korrektur der englischen Ausgabe des ersten Bandes, entzifferte das Hauptmanuskript des dritten Buches und begann mit der Redaktion.

Einzelaspekte der Biografie von Marx und der Geschichte der sozialistischen Bewegung behandelte Engels aus konkreten Anlässen. Eine Geschichte der Internationale kam nicht zustande; Material, das er dazu besaß, gab er jedoch nicht aus der Hand,⁹ und noch Ende 1894 schrieb er an Laura Lafargue über seine Absicht, dieses Hauptkapitel aus Marx' Leben als das wichtigste zuerst in Angriff nehmen zu wollen.¹⁰

Sein Anliegen, die gemeinsam mit Marx entwickelten Ideen zu verbreiten und sie angesichts der zahlreichen konkurrierenden Strömungen zu ver-

7 Siehe Markus Bürgi: Die Anfänge der Zweiten Internationale, Frankfurt/Main-New York 1996, S.28f.

8 Engels an August Bebel, 30. April 1883, S.21.

9 Siehe Karl Kautsky an Eduard Bernstein, 3. Mai 1886, RGASPI, Sign. f. 204, op. 1, d. 881.

10 Siehe Engels an Laura Lafargue, 17. Dezember 1894, in: MEW, Bd. 39, S.346-348, hier S.347. – Ähnlich äußerte er sich am 25. März 1895 ausführlich in einem Brief an Kautsky. Siehe ebenda, S.446-448, hier S.447.

teidigen, verfolgte Engels vielfach in der Form des geschichtlichen Rückblicks sowie durch Neuauflagen und Übersetzungen, für die er Vorworte mit aktuellem Bezug verfasste. Somit zeichnen sich für den MEGA-Band I/30 folgende *thematische Schwerpunkte* ab: Für die unter dem Sozialistengesetz agierende deutsche Sozialdemokratie untersuchte Engels die Frühzeit ihrer Bewegung und die Geschichte der Revolution von 1848/49, wobei er insbesondere die Leistung von Marx würdigte und eigene Erfahrungen einfließen ließ. Für eine geplante Geschichte Deutschlands umriss er mit Skizzen zu Reformation und Bauernkrieg sowie zum Hergang der Bauernbefreiung in Preußen Anfangs- und Endphasen der bürgerlichen Umgestaltung. Im Zusammenhang mit der amerikanischen Ausgabe der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ befasste er sich mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion und der Arbeiterschaft des Landes. Hinzu kommen theoriegeschichtliche Untersuchungen unterschiedlicher Art und Auseinandersetzungen mit Angriffen auf Marx. Neben diesen Arbeiten zu theoretischen Fragen enthält der Band auch einige unmittelbare Stellungnahmen zur aktuellen Politik.

Nun drängt sich der Gedanke auf, dass das alles doch bekannt ist, und es stellt sich die Frage, was der MEGA-Band denn eigentlich Neues zu bieten hat. Eine Bilanz ergibt folgendes Bild:

Von den *Texten* wird ein Artikel von Engels zum ersten Mal in einer Edition seiner Schriften veröffentlicht („Wer zahlt den Dynamit?“). Drei handschriftliche Manuskripte werden erstmals bzw. erstmals geschlossen ediert. Dabei handelt es sich unter der Überschrift „Proudhon“ um eine Vorarbeit für das Vorwort zur ersten deutschen Ausgabe von „Das Elend der Philosophie“ sowie eine Notiz über die Entstehung des Christentums. Geschlossen ediert werden die „Notes et changements pour une 2^{ième} édition de Karl Marx: ‚Misère de la philosophie‘“.¹¹

Im Anhang des Bandes werden sechs Artikel, die unter Engels' Mitwirkung entstanden sind, zum ersten Mal in einer Edition seiner Schriften berücksichtigt: zwei Artikel von Karl Kautsky, die Polemik mit Carl August Schramm über Johann Karl Rodbertus betreffend („Das ‚Kapital‘ von Rodbertus“ und „Eine Replik“) sowie dessen „Rezension zu Georg Adler: ‚Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiter-

11 Sie waren bisher in der Edition der deutschen Übersetzung von „Das Elend der Philosophie“ durch Hans Pelger den entsprechenden Textpassagen zugeordnet worden. Siehe Karl Marx: Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons „Philosophie des Elends“. Nach der dt. Übers. v. Eduard Bernstein, Karl Kautsky u. Friedrich Engels neu hrsg. mit Kommentar u. Annotationen v. Hans Pelger (Internationale Bibliothek, Bd. 12), 11. verb., erg. u. erw. Aufl., Berlin-Bonn 1979, S.204.

bewegung in Deutschland“¹², ferner der Artikel von Paul Lafargue „La théorie de la plus-value de Karl Marx“, ein Artikel von Edward Aveling „Antwort auf einen Brief von Carl Varenholz“ sowie ein Artikel von Laura Lafargue und Eleanor Marx-Aveling „Für Bismarck“.

Dabei waren die editorischen Prinzipien zu klären, wann und in welcher Form derartige Texte Berücksichtigung finden. Es war zu entscheiden zwischen Aufnahme in den Band – als vollständiger Abdruck im Text und Kommentar im Apparat beziehungsweise Abdruck des Titelblatts im Text und Kommentar im Apparat – oder nur Erwähnung in der Einführung. Eine Aufnahme in den Band erfolgte, wenn sich Engels' Eingriffe im Text des jeweiligen Autors lokalisieren ließen. Sie unterblieb, wenn das nicht möglich war, ungeachtet dessen, dass Engels möglicherweise viel Arbeit darauf verwandt hatte. Das gilt für die Schrift von Gabriel Deville „Le Capital de Karl Marx, résumé et accompagné d'un aperçu sur le socialisme scientifique“, die 1883 in Paris herauskam. Das betrifft gleichfalls das im Frühjahr 1887 erschienene Buch von Karl Kautsky „Karl Marx's Oekonomische Lehren“, das 1980 seine 26. Auflage erlebte.¹² Auf beide Schriften wird nur in der Einführung eingegangen.

Nach Marx' Tod wurden in zunehmendem Maße Briefe oder Auszüge aus Briefen von Engels in der Presse veröffentlicht. Derartige Texte fanden im Band Aufnahme, wenn sie als autorisiert zu betrachten sind, das heißt von vornherein zur Veröffentlichung bestimmt waren. Nicht aufgenommen wurde ein in bisherigen Werkausgaben enthaltenes Schreiben,¹³ in dem Engels auf Anraten Nikolaj F. Daniels'ons der Redaktion des „Sewernyj vestnik“ einen Brief von Marx aus dem Jahre 1877 an die Redaktion der Zeitschrift „Otečestvennyje zapiski“ zur Veröffentlichung anbot. Dieses Schreiben wurde in die III. Abteilung der Ausgabe verwiesen, die den Briefwechsel enthält.

Eine Reihe von Briefen wurde auszugsweise in der Presse veröffentlicht, ohne dass eine Autorisation durch Engels vorlag. Diese Veröffentlichungen werden als Wirkungsgeschichte der betreffenden Briefe betrachtet und in der III. Abteilung berücksichtigt.

Neue Erkenntnisse enthält der *wissenschaftliche Apparat* des Bandes. Sie finden sich zunächst in den Entstehungsgeschichten. Hierzu gehört, dass

12 Siehe Till Schelz-Brandenburg: Eduard Bernstein und Karl Kautsky. Entstehung und Wandlung des sozialdemokratischen Parteimarxismus im Spiegel ihrer Korrespondenz 1879 bis 1932, Köln-Weimar-Wien 1993, S.115, Fußnote 196.

13 Siehe MEW, Bd. 21, S.205; Karl Marx/Frederick Engels: Collected Works (MECW), Bd. 26, S.311.

für 15 (von 29) Texten des Hauptteils und für zehn (von 14) Texten des Anhangs die Datierung präzisiert, korrigiert oder ermittelt wurde. Aus der Reihenfolge der Entstehung von Texten konnten Schlussfolgerungen für ihre Anordnung gezogen werden. Für die geplante Überarbeitung der Schrift „Der deutsche Bauernkrieg“, die Engels bis an sein Lebensende beschäftigte, ohne dass er die hierfür notwendige Zeit fand, enthält der Band I/30 fragmentarische Notizen und Gliederungspunkte sowie das Manuskript „Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie“. Die beiden Texte werden in dieser Reihenfolge ediert, was in der Vergangenheit umgekehrt erfolgte.

Zum ersten Mal konnte genauer bestimmt werden, wann die Schrift „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ entstand, nämlich in der Zeit von Januar bis Anfang Februar 1886. Den Schlüssel dazu bildete der Briefwechsel zwischen Kautsky und dem Verleger Heinrich Dietz. Auch die Entstehung des revidierten Sonderabdrucks von 1888 konnte präziser datiert werden. Die Entstehung des „Ludwig Feuerbach“ wurde eingebettet in die geistesgeschichtliche Situation der Zeit, worauf im Folgenden etwas näher eingegangen werden soll. Die Schrift entstand ursprünglich als Rezension des Buches des dänischen Philosophen Nikolaj Starcke über Ludwig Feuerbach in der „Neuen Zeit“. Wenn Starcke schreibt, der Geist Feuerbachs breite sich in immer weiteren Kreisen aus, er finde Verehrer und Mitkämpfer in immer größerer Anzahl,¹⁴ so wies er damit auf Tendenzen im deutschen Geistesleben hin, die auch in der Arbeiterbewegung Fuß fassten. Im Rahmen der unterschiedlichen theoretischen Positionen, die in den 1880er-Jahren wirkten, war es vor allem die ethisch-idealistische Geschichtskonzeption des Neukantianismus, die über die Schriften Friedrich Albert Langes und Karl Höchbergs Eingang fand. Der Sozialismus sollte hier als ethisches Postulat, vom Standpunkt des ethischen Idealismus begründet werden.

In diesem Sinne argumentierten auch die Vertreter des Freidenkertums, die dabei für antireligiöse Aufklärung und den selbstständigen Gebrauch der Vernunft eintraten und sich Anfang der 1880er-Jahre als Organisation international und national konstituierten. Personen, die dabei eine führende Rolle gespielt hatten, publizierten in der „Neuen Zeit“, vielfach in Rezensionen. Die Auseinandersetzung mit der Freidenkerbewegung fand auch im „Sozialdemokrat“ Niederschlag. So wurde hier über einen Vortrag berichtet, den Edward Aveling in London über „Freidenkertum und Sozialismus“ auf der Grundlage des „Kapitals“ von Marx gehalten hatte, und in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass sich in der Be-

14 C. N. Starcke: Ludwig Feuerbach, Stuttgart 1885, S.XVII.

wegung ein Bruch zwischen wissenschaftlicher Begründung des Sozialismus und Phrasendrescherei abzeichnete.

Dieser Hintergrund war wohl ein maßgebender Faktor, dass Engels die Schrift „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ – ursprünglich als Rezension – für die „Neue Zeit“ verfasste. Sein zentrales Anliegen war dabei, in den aktuellen politisch-wissenschaftlichen Diskussionen der deutschen Sozialdemokratie zu verdeutlichen, dass der Sozialismus eine historisch-materialistische Begründung erfahren müsse. Engels sah sich vor die Aufgabe gestellt, seinen gemeinsam mit Marx vertretenen Standpunkt, für den Feuerbach eine theoriegeschichtliche Quelle bildete, von allen idealisierenden Richtungen abzugrenzen und zugleich den grundlegenden Unterschied zu Feuerbach sichtbar zu machen. Feuerbachs Philosophie als solche stand für Engels in diesem Zusammenhang nicht zur Diskussion, und er unternahm keine erneuten Studien von dessen Schriften, sondern stützte sich auf seine bis 1846 erworbenen Kenntnisse und auf das Buch von Starcke. Die Folge war dann allerdings, dass Engels nicht in jeder Hinsicht zu einer angemessenen Bewertung des Denkens und Wirkens des Philosophen kam. So nahm er nicht zur Kenntnis, dass sich Feuerbach in allen Perioden seines Schaffens mit Naturwissenschaften beschäftigt hatte. Außerdem unterlief ihm auch hinsichtlich des politischen Engagements von Feuerbach eine Fehleinschätzung. Diese Gesichtspunkte werden in Erläuterungen im Band I/30 ausgeführt.¹⁵

Für die Entstehungsgeschichten einiger Texte des Bandes I/30 konnten neue Materialien einbezogen werden. Das betrifft für die Auseinandersetzung mit Rodbertus im Vorwort zur deutschen Übersetzung „Das Elend der Philosophie“ ein Exzerpt aus der 1883 in New York erschienenen Schrift von Richard T. Ely „French and German socialism in modern times“, das Engels unter der Überschrift „Rodbertus als ‚Gründer‘ des wissenschaftlichen Sozialismus“ angefertigt hatte.¹⁶ Für die Entstehungsgeschichte der amerikanischen Ausgabe der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ konnten die Protokolle des Nationalen Exekutivkomitees der Sozialistischen Arbeiterpartei ausgewertet werden, die die konfliktreichen Debatten um die Publikation der Engelsschen Schrift widerspiegeln.

Selbst von den *Variantenverzeichnissen* gibt es Neues zu vermelden. Der Band enthält überwiegend Publizistik und damit Drucke, es sind aber auch einige komplizierte Handschriften ediert. Dazu gehört das Manu-

15 Siehe MEGA2, I/30, Erl. 138.7-17 und 142.2-5.

16 IISG, Marx-Engels-Nachlass, Sign. J 37/B 133.

skript „Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie“, das wahrscheinlich einen ausgearbeiteten Teil der Einleitung für die geplante überarbeitete Fassung des „Bauernkriegs“ darstellte. Dieses Manuskript besteht aus sechs Seiten, wobei auf der vierten und dem oberen Teil der fünften Seite Text überklebt ist, der bisher nicht lesbar war. Auf dem relativ dünnen Papier schlugen die Schriftzüge des überklebten Textes jedoch auf der Rückseite durch und konnten mithilfe eines Handspiegels entziffert werden.

Dr. Gerd Callesen beschaffte Kopien der Korrekturbogen vom Vorwort zur 1. deutschen Ausgabe des „Elends der Philosophie“, die sich im Adler-Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung Wien befinden und Korrekturen enthalten, die wahrscheinlich von Engels stammen. Diese Korrekturbogen konnten in die Entstehungsgeschichte eingearbeitet werden.

Im Variantenverzeichnis des Bandes werden Marx' Thesen über Feuerbach aus dem Jahre 1845 dargeboten, die Engels als Anhang zum Separat-Abdruck der Ausgabe von 1888 aufgenommen hatte. In einem gesonderten Verzeichnis werden die über 50 Änderungen ausgewiesen, die Engels am Text von Marx vorgenommen hat.

Das Spätwerk von Engels ist auch dadurch gekennzeichnet, dass *Übersetzungen* seiner und Marx' Schriften zunehmenden Raum gewinnen.¹⁷ Der Band I/30 enthält fünf von Engels revidierte Übersetzungen: „Socialisme utopique et socialisme scientifique“ unter Heranziehung der „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ vom Französischen ins Italienische, „Misère de la philosophie“ vom Französischen ins Deutsche, „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ vom Deutschen ins Französische, das „Kommunistische Manifest“ ins Französische, die „Lage der arbeitenden Klasse in England“ erstmals vom Deutschen ins Englische. Dazu kommt die Revision der italienischen und der dänischen Übersetzung des „Ursprungs der Familie“, die in Band I/29 veröffentlicht sind. Zwei Übersetzungen stammen von Engels selbst: „England 1845 und 1885“ vom Englischen ins Deutsche, die im Zusammenhang mit der amerikanischen Ausgabe der „Lage der arbeitenden Klasse“ erfolgte, sowie Marx' Aufsatz über Pierre-Joseph Proudhon, den Engels ins Französische übersetzte und von Paul Lafargue redigieren ließ. Dieser Text ist damit besonders interessant. Die Übersetzungen, deren wesentliche Abweichungen von der Vorlage in gesonderten Verzeichnissen ausge-

17 Siehe Renate Merkel-Melis: Übersetzungen im Spätwerk von Friedrich Engels, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 2010, S.195-208.

wiesen werden, bieten reichen Stoff für Sprach- und Übersetzungswissenschaftler. Die Analyse dieses Materials, die in den Entstehungsgeschichten Niederschlag findet, sollte weitergeführt werden.

In den *Erläuterungen* des Bandes wird eine Vielzahl von Fakten mitgeteilt und auch richtiggestellt. Das betrifft in besonderem Maße die Kommentierung der Texte zur Geschichte der sozialistischen Bewegung und zur Revolution von 1848/49. Mit der Vermittlung ihrer Traditionen wollte Engels der deutschen Sozialdemokratie ihre eigene Geschichte bewusst machen und den Anhängern Lassalles zeigen, dass in Deutschland – wie er im Zusammenhang mit dem Vorwort zu den „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln“ schrieb – „auch vor dem großen Ferdinand schon etwas los war“.¹⁸ Engels verfolgte das Anliegen, die durch den Bund der Kommunisten und die „Neue Rheinische Zeitung“ auf dem linken Flügel der Demokratie durch Marx vertretene Richtung, in der er selbst aktiv tätig gewesen war, in den Mittelpunkt zu rücken. Gegenüber der Arbeiterverbrüderung, die allerdings die erste überregionale legale Arbeiterorganisation war, sollte der Bund als einzige revolutionäre Organisation in Deutschland dargestellt werden.

Es ging Engels jedoch um mehr als die Pflege und Vermittlung von Traditionen. Er nutzte eigene Erfahrungen und Einsichten, um der deutschen Sozialdemokratie in ihrem Kampf gegen Bismarck und im Widerstand gegen das Ausnahmegesetz den Rücken zu stärken, und beanspruchte gleichzeitig die Deutungshoheit über die revolutionäre Vorgeschichte der deutschen Arbeiterpartei. Es ging ihm nicht um historische Reminiszenzen, sondern um gezieltes Eingreifen in die aktuellen politischen Auseinandersetzungen. Dabei stand für ihn nicht die detailgetreue Rekonstruktion des historischen Geschehens im Mittelpunkt. Vielfach unterliefen ihm – zumal aus dem Abstand von mehr als 35 Jahren – Ungenauigkeiten, die im Band in Erläuterungen richtiggestellt werden. Das betrifft unter anderem die Anzahl der Gemeinden des Bundes der Kommunisten, die Gründungsgeschichte der „Neuen Rheinischen Zeitung“, bestimmte biografische Details zu Gustav Adolf Schlöffer oder Karl Schapper. Neuere Forschungsergebnisse liegen einer differenzierteren Bewertung unter anderem Wilhelm Weitlings sowie der Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung unter Stephan Born zugrunde.

Bei gelegentlichen eigenwilligen Wertungen wird man Engels nicht immer ganz folgen, etwa wenn Georg Weerth für ihn „der erste und bedeutends-

18 Engels an Hermann Schlüter, 16. Juni 1885, in: MEW, Bd. 36, S.333f., hier S.333.

te Dichter des deutschen Proletariats¹⁹ war, den er über Heine stellte und nur von Goethe übertroffen wählte.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Spätwerk von Engels in den ersten Jahren nach Marx' Tod weiterhin durch großen Umfang und thematische Vielfalt geprägt war. Beeindruckend ist das Arbeitspensum, das er in vorgeschrittenem Alter und unter gesundheitlichen Einschränkungen bewältigte, die bisweilen schwerwiegender waren, als er eingestehen wollte.

Neben der Herausgabe der hinterlassenen Manuskripte von Marx zum „Kapital“, die er als seine vorrangige Pflicht betrachtete, widmete sich Engels zur Verbreitung und Verteidigung der gemeinsam entwickelten Ideen in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung insbesondere der Vorbereitung von Neuauflagen sowie der Revision von Übersetzungen seiner und Marx' Schriften und verfasste Vorworte dazu. Außerdem verwandte er einen großen Teil seiner Zeit und Kraft auf die Unterstützung anderer Autoren.

In den eigenen Arbeiten behandelte Engels zwischen 1883 bis 1886 überwiegend theoretische Fragen, unter zeitbedingten Erfordernissen und im geschichtlichen Rückblick. Dabei flossen vielfach autobiografische Elemente in die Texte ein, wenn er über die Konstituierung der frühen deutschen Arbeiterbewegung, das Entstehen und Wirken des Bundes der Kommunisten in den 1830er-/1840er-Jahren oder seine eigene Teilnahme an den Kämpfen der Reichsverfassungskampagne 1849 berichtete oder wenn er auf Grundlage seiner Vorlesungsmitschriften aus dem Jahre 1842 die Geschichte des frühen Christentums untersuchte. Ereignisse der aktuellen Politik schloss Engels in seinen Arbeiten nicht völlig aus und verfolgte sie aufmerksam. In den nachfolgenden Jahren verlagerte sich das Schwergewicht seiner Arbeiten von Fragen der Geschichte und Theorie auf Probleme der Arbeiterbewegung und der praktischen Politik.²⁰

Von den Texten aus der Zeit von 1883 bis 1886 bezeugen insbesondere „Der Ursprung der Familie“ und „Ludwig Feuerbach“, dass Engels schnell und brillant zu schreiben vermochte, wenn er auf entsprechende Materialien zurückgreifen konnte – was nicht bedeutet, dass er keine neuen Forschungen mehr unternahm.²¹ Er war sich des Spannungsverhältnis-

19 MEGA, Bd. I/30, S.4.10-11.

20 Siehe Renate Merkel-Melis: Zur Edition des Spätwerks von Engels in der MEGA, in: Das Spätwerk von Friedrich Engels. Zur Edition in der Marx-Engels-Gesamtausgabe (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge 2008), Hamburg 2008, S.35.

21 Siehe seine Arbeiten für das Vorwort zur 2. Auflage des „Anti-Dühring“. Engels an Hermann Schlüter, 23. September 1885, in: MEW, Bd. 36, S.362.

ses zwischen praktisch-politischer Journalistik und theoretischen Arbeiten bewusst, wie ein Zeugnis aus späteren Jahren belegt, in dem er differenziert wertete: „Die Journalistik“, schrieb er am 9. Dezember 1889 an Conrad Schmidt, „ist namentlich für uns Deutsche, die wir doch alle etwas unbeholfen veranlagt sind [...], eine sehr nützliche Schule, man wird nach allen Seiten hin gelenkiger, man lernt seine eignen Kräfte besser kennen und abwägen und vor allem ein gegebenes Stück Arbeit in einer gegebenen Zeit fertigmachen. Andererseits“, fuhr er fort, „treibt sie aber auch zur Verflachung, weil man sich daran gewöhnt, Dinge aus Zeitmangel übers Knie zu brechen, von denen man sich bewußt ist, daß man sie noch nicht vollständig beherrscht.“²²

Engels erwarb sich nach Marx' Tod vielfältige Verdienste um die Propagierung ihrer gemeinsamen Ideen. Das bedeutet jedoch nicht – und das bezeugen auch die Texte des Bandes I/30 –, dass er der Verflachung dieser Ideen bezichtigt werden kann. Als charakteristisch für Engels' Schreibweise insgesamt kann gelten, was der erfahrene Verleger Dietz gegenüber Kautsky äußerte: „Der alte Herr schreibt so feurig und eindringlich, daß es eine wahre Freude ist, seine Arbeiten zu lesen.“²³

22 MEW, Bd. 37, S.324.

23 Heinrich Dietz an Karl Kautsky, 15. März 1886, IISG, Nachlass Karl Kautsky, Sign. K DVIII 100. – Die Äußerung erfolgte im Zusammenhang mit dem Wunsch, Engels möge seine Erinnerungen an Heinrich Heine mitteilen.

Vor den Toren der Macht.

Die Demonstration am 13. Januar 1920 vor dem Reichstag

Axel Weipert

Die Geschichte der Deutschen Revolution 1918-20 ist reich an dramatischen Ereignissen. Eines davon ist die große Demonstration vor dem Reichstag am 13. Januar 1920. Etwa 100.000 Berliner Arbeiter und Angestellte protestierten gegen das am gleichen Tag im Reichstag beratene Betriebsrätegesetz (BRG). Dieses Gesetz schrieb nur einige wenige innerbetriebliche Mitspracherechte für die Betriebsräte fest. Nachdem die Rätebewegung seit dem November 1918 sukzessive an Einfluss verloren hatte, sollte mit der Demonstration noch einmal energisch Widerstand geleistet werden. Der Protest endete auf tragische Weise: 42 Tote und über 100 Verletzte fielen den Schüssen der Sicherheitspolizei zum Opfer. Nie zuvor oder danach forderte eine Demonstration in Deutschland einen solch hohen Blutzoll. Das Gesetz konnte aber nicht verhindert werden und trat kurz darauf in Kraft. Es beraubte die Räte als revolutionäre Institutionen endgültig ihres wichtigsten Aktionsraumes, in veränderter Form existieren sie noch heute als Betriebsräte fort.¹

1. Die Ereignisse

Nach den heftigen Auseinandersetzungen des Frühjahres 1919 hatte sich die politische Lage in Deutschland zeitweise etwas beruhigt. Aber schon im Herbst kündigten sich neue soziale Kämpfe an. Dazu gehörte vor allem der erbittert geführte Lohnstreik in der Berliner Metallindustrie. Am 5. Januar 1920 begann dann im Ruhrgebiet ein Ausstand der Eisenbahner, der sich in den folgenden Tagen auf Schacht- und Telegrafnarbeiter

¹ Wissenschaftlich untersucht hat die Demonstration bislang nur Walter Wimmer: Das Betriebsrätegesetz von 1920 und das Blutbad vor dem Reichstag. Berlin 1957, S.18-23, allerdings in knapper Form und mit allzu parteiischer Bewertung. Andere Autoren behandeln sie lediglich im Rahmen größerer Themen und stützen sich dabei auf eine unzureichende Quellenbasis. So etwa Susanne Miller: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918-1920, Düsseldorf 1978, S.358f.; Heinrich Winkler: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin u. a. 1984, S.288f. Einigermaßen ausgewogen dagegen – David Morgan: The socialist left and the German revolution. A history of the German Independent Social Democratic Party 1917-1922, Ithaca 1975, S.314f.

ter ausweitete. Auch hier war das primäre Ziel eine deutliche Lohnerhöhung.² Ähnliche Vorgänge ereigneten sich in Oberschlesien. Die neue große Streikwelle schuf zweifellos eine brisante Situation, weil die Lähmung von Transportwesen und Energiegewinnung besonders gravierende Folgen für die ohnehin angespannte wirtschaftliche Situation haben musste. Wichtiger als die Streiks war aber insbesondere für die Rätebewegung die endgültige Behandlung des BRG in der Nationalversammlung, dessen zweite und dritte Lesung für Mitte Januar angesetzt war. Die Räte waren ursprünglich ein wichtiger Träger der Revolution gewesen, in den Monaten danach verloren sie sukzessive an Einfluss oder wurden aufgelöst. Die Generalstreiks im Frühjahr 1919 zwangen die Regierung jedoch zu einem gewissen Entgegenkommen. Die Räte wurden nun prinzipiell anerkannt und sogar in die Verfassung aufgenommen, ebenso wurde ein Gesetz zur Regelung ihrer betrieblichen Rechte in Aussicht gestellt – eben das BRG. Anders als von vielen Arbeitern und Angestellten gewünscht, sah es nur geringfügige Mitsprache der Räte vor. Sie konnten in sozialen Belangen Einfluss nehmen, bei Einstellungen und Entlassungen mitwirken und in Aktiengesellschaften auch Vertreter in den Aufsichtsrat entsenden. Der Gesetzentwurf sah aber weder eine Übernahme noch eine Kontrolle der Betriebsleitungen durch die Betriebsräte vor – im Kern also wurde die kapitalistische Ordnung der Wirtschaft nicht angetastet.

Der Widerstand gegen diese Ausformung des BRG wurde organisiert von den linken Oppositionsparteien, den Berliner Gewerkschaftsgliederungen und den lokalen Räteorganen. Im Vorfeld kam es zu zwei Protestaufrufen. Einer ging vom Bezirksverband der USPD, dem Vollzugsrat Berlin und den Berliner Gewerkschaften aus.³ Ein zweiter, allgemeinerer, wurde von

2 Siehe dazu die zahlreichen Berichte lokaler Behörden an die Reichskanzlei, Bundesarchiv (BArch), R 43 I/2118, Bl. 151-205.

3 Veröffentlicht in: Freiheit, 13.1.1920 M. Im „Vorwärts“ vom 15.1.1920 M und 17.1.1920 A wird berichtet, dass u. a. der Verband der Buchdrucker dazu sein Einverständnis nicht gegeben habe und auch einzelne Mitglieder der Gewerkschaftskommission davon nichts gewusst hätten. Es steht zu vermuten, dass es sich hierbei um eine durchaus zweifelhafte Absprache der unabhängigen Gewerkschafter handelte, die rechten Sozialdemokraten bewusst in Unkenntnis zu lassen. Allerdings stand die Mehrheit der Berliner Gewerkschaften ebenso wie der lokale Dachverband, die Gewerkschaftskommission, ohnehin unter dem maßgeblichen Einfluss der Unabhängigen. Es ist also davon auszugehen, dass zumindest die Mehrheit der Verbände auch der Beteiligung an der Demonstration zugestimmt hatte. Miller, Bürde der Macht, S.358, spricht von einem „Täuschungsmanöver“ und behauptet, „zahlreiche“ Verbände hätten nicht zugestimmt, ohne dies aber konkret zu beweisen. Hinzu kommt, dass sich die Gewerkschaftskommission einige Tage später klar auf die Seite der Linken und gegen die Regierung stellte, siehe Vorwärts, 24.1.1920 M.

USPD, KPD und der Zentrale der Betriebsräte unterzeichnet.⁴ Inhaltlich waren beide weitgehend identisch. Sie kritisierten mit harten Worten die Gesetzesvorlage und forderten gleichlautend das „volle Mitbestimmungs- und Kontrollrecht“ in den Betrieben durch „revolutionäre Betriebsräte“. Der Widerstand gegen das Gesetz sollte nicht nur im Parlament, sondern auch durch Aktionen des Proletariats selbst artikuliert werden. Während jedoch der zweite Appell nur allgemein zu „Massenversammlungen und Umzügen“ aufrief, forderte der erste explizit zu einer Demonstration am Tag der Parlamentsdebatte auf.

Die SPD tat alles in ihrer Macht stehende, um die Arbeiterschaft von der Teilnahme an der Demonstration abzuhalten. Der Berliner Bezirksvorstand und die sozialdemokratischen Arbeiterräte gaben dafür einen eigenen Aufruf heraus.⁵ Dort erklärten sie, die Kundgebung finde unter „falscher Flagge“ statt, denn es gehe in Wahrheit nicht um das BRG, sondern um die politische Macht. Derartige Aktionen und Streiks würden aber nur zu noch mehr Elend führen. Deshalb solle man sich an ihnen nicht beteiligen. Darüber hinaus sprachen SPD-Mitglieder auch in den Betrieben zu ihren Kollegen, um diese bei der Arbeit zu halten.⁶ Damit hatten sie offensichtlich nur wenig Erfolg. Später wurde dann berichtet, zahlreiche Personen seien zur Teilnahme gezwungen und jeder Unwillige von jeweils zwei Genossen bewacht worden.⁷ Der „Vorwärts“ spekulierte nachträglich sogar, ein „erheblicher Teil“ der Teilnehmer an der Demonstration sei „nur der Form wegen mitgegangen“.⁸ Das scheint wenig glaubwürdig, zumal die Aufmärsche völlig unbewaffnet waren und überaus ruhig verliefen. Federführend organisiert wurde die Demonstration von den Spitzen der Berliner Räte.⁹ Das geschah auf deren ausdrücklichen Wunsch hin und war auch naheliegend, fiel das BRG doch in ihren Tätigkeitsbereich. Dieser Protestaufzug war die erste aufsehenerregende politische Aktion der kürzlich gegründeten revolutionären Betriebsrätezentrale. Der Beschluss dazu war offenbar in enger Abstimmung zwischen Betriebsrätezentrale, KPD und dem linken Flügel der USPD während einer Betriebsrätekonferenz in Halle einige Tage zuvor gefallen.¹⁰

4 Publiziert in *Freiheit*, 12.1.1920 M, und *Rote Fahne*, 13.1.1920.

5 Siehe *Vorwärts*, 13.1.1920 M.

6 Siehe *Vossische Zeitung*, 13.1.1920 A.

7 Siehe ebenda.

8 *Vorwärts*, 15.1.1920 M.

9 Siehe Curt Geyer: *Die revolutionäre Illusion. Zur Geschichte des linken Flügels der USPD*, Stuttgart 1976, S.170; Eugen Prager: *Geschichte der USPD*, Berlin 1921, S.214.

10 So die Darstellung von Robert Dißmann: *Protokoll Parteitag Halle, Glashütten*, reprint 1975, S.38f. Zu dieser Konferenz wurde auch ein knapper Polizeibericht angefertigt und

Um die Mittagszeit des 13. Januar 1920 stellten praktisch alle größeren Fabriken der Hauptstadt die Arbeit ein, u. a. AEG, Siemens, Schwartzkopff, Knorr-Bremse und Daimler. Auch die Kraftwerke und zahlreiche kleinere Betriebe folgten dem Aufruf zur Demonstration.¹¹ In geschlossenen Zügen marschierten die Arbeiter und Angestellten von ihren Betriebsstätten in die Innenstadt. An der Spitze wurden rote Fahnen vorangetragen und Schilder mit Aufschriften wie „Hoch die Räteorganisation“, „Ebert halte Wort“ und „Her mit dem vollen Mitbestimmungsrecht“. Ab 13 Uhr füllte sich der Königsplatz zwischen Reichstag und Kroll-Oper, auch die Zufahrtsstraßen waren von Demonstranten und Schaulustigen besetzt.

Die Angaben zur Zahl der Beteiligten schwanken stark zwischen knapp 30.000 und mehreren Hunderttausend. Realistisch scheint angesichts der Größe des Platzes und der gut gefüllten Seitenstraßen eine Zahl von mindestens 100.000, wahrscheinlich waren es deutlich mehr. Auch viele Frauen und Jugendliche befanden sich in der Menge. Auf dem Königsplatz hielten Funktionäre der Unabhängigen, der Kommunisten und der Betriebsrätezentrale Reden auf einer Tribüne vor der großen Freitreppe, aber auch von verschiedenen anderen Punkten aus.

Offenbar war der weitere Ablauf jedoch nicht wirklich durchdacht: Es fehlte an Ordnern, vor allem aber waren die Organisatoren von der großen Zahl der Teilnehmer überrascht worden. Ab ungefähr 15 Uhr waren die Zugangsstraßen von neu Eintreffenden blockiert. Auch die Regie der Veranstaltung war unklar. Man hatte es versäumt, für einen wirkungsvollen Abschluss zu sorgen. Etwa dergestalt, dass eine Resolution verlesen und per Akklamation angenommen worden wäre. Die sozialistische Angestelltengewerkschaft AfA hatte zwar geplant, eine größere Delegation zu den Abgeordneten zu schicken, um ihnen Protestschreiben zu überreichen. Dazu kam es aber nicht, vermutlich, weil ihr der Zutritt zum Reichstag verwehrt blieb. So geschah es, dass die Menge mehrere Stunden vor dem Gebäude ausharrte, während sich die Stimmung immer weiter aufheizte, nicht zuletzt, weil die Eingänge des Reichstages von Einheiten der paramilitärischen Sicherheitspolizei besetzt waren. Sie verfügten nicht nur über Handgranaten und Karabiner, sondern besaßen zusätzlich Maschinengewehre und sogar Flammenwerfer. Diese schweren Waffen wurden, um die Demonstranten zu beruhigen, allerdings zeitweise in das Innere

vom Regierungspräsidenten Merseburgs der Reichskanzlei übersandt, BArch, R 43 I/2118, Bl. 161.

¹¹ Zum Ablauf siehe die ausführlichen Berichte in: *Vossische Zeitung*, 13.1.1920 A, 14.1.1920 M; *Rote Fahne*, 14.1.1920; *Vorwärts*, 14.1.1920 M, sowie die USPD-Broschüre: *Die Wahrheit über das Blutbad vor dem Reichstag*, Berlin o. J. (im Folgenden: *Broschüre Wahrheit*).

des Gebäudes geschafft. Verantwortlich für die Sicherheitsvorkehrungen war der preußische Innenminister Wolfgang Heine (SPD), der auch vor Ort war.¹² Entgegen seiner eigenen, selbstbewussten Darstellung am folgenden Tag war Heine von der Situation aber schon im Vorfeld überfordert, wie übereinstimmend die Reichsminister Erich Koch, Eugen Schiffer und Gustav Noske urteilten.¹³ Demnach habe er die Lage falsch eingeschätzt und viel zu wenige Soldaten eingesetzt, vor und während der Ereignisse sei er überaus nervös gewesen und habe keine sinnvollen Maßnahmen mehr ergreifen können.

Insgesamt wurden drei Hundertschaften Sicherheitspolizei eingesetzt, die Mehrzahl der Sicherheitspolizisten befand sich zunächst im Reichstag, nur einige wenige kontrollierten die vier Portale des Hauses sowie die Freitreppe und die Rampe zum Königsplatz hin. Im Umkreis des Reichstages patrouillierten kleinere Gruppen. Ungefähr um 15.30 Uhr – die Sitzung der Nationalversammlung hatte eben begonnen – drängte die Masse immer näher an den westlichen Eingang heran. Nun kam es zu Handgreiflichkeiten zwischen Polizisten und Demonstranten, in deren Verlauf mehrere Uniformierte entwaffnet und geschlagen, ihre Gewehre entladen und unbrauchbar gemacht wurden. Umgekehrt versuchten die Sicherheitspolizisten, die Menge mit Kolbenschlägen ihrer Karabiner auf Distanz zu halten. In diesem Tumult löste sich ein erster Schuss, wobei unstritten ist, ob er jemanden verletzte und von wem er ausging. Ein Trupp Polizisten, der aus ungeklärten Gründen in die Menge marschierte, wurde verletzt.

Ähnlich erging es einer zweiten Gruppe, die von der Simsonstraße her als Verstärkung zur Westseite gelangen wollte, sich dann jedoch mit einigen Verletzten wieder zurückziehen musste. Auch zwei Sicherheitsmänner ließen sich Übergriffe zuschulden kommen, wurden aber von ihrem Vorgesetzten zurechtgewiesen. Kurz darauf benutzte ein Demonstrant seine gerade erbeutete Waffe, um einen Schuss auf das Portal abzugeben. Anschließend wurde er von Angehörigen des Metallarbeiterverbandes aber sofort entwaffnet und verprügelt. Ob es sich bei ihm um einen Agent provocateur handelte, wie vonseiten der USPD behauptet wurde, lässt sich nicht mehr feststellen.

12 Siehe seinen ausführlichen Bericht vor dem Parlament am nächsten Tag: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte (im Folgenden: Verhandlungen NV), S.4203-4213, 4264f., 4267f.

13 Zu Koch und Schiffer siehe Akten der Reichskanzlei: Das Kabinett Bauer, bearb. von Anton Golecki, Boppard 1980 (im Folgenden: AdR 1980), S.531f. Zu Noske siehe dessen Autobiografie: Gustav Noske: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, S.193.

Jedenfalls stimmen die Berichte dahin gehend überein, dass sich die überwiegende Mehrheit der Anwesenden ruhig verhielt – oder die Übergriffe auf die Polizisten zu verhindern suchte. Dennoch wurden insgesamt fünfzehn Beamte verletzt, einer sogar tödlich.¹⁴

Die geschilderten Vorgänge ereigneten sich alle auf dem Königsplatz, also am westlichen Portal I des Reichstages. Während die Lage an der nördlichen und östlichen Seite des Gebäudes völlig ruhig blieb, kam es am Portal II, dem südlichen Eingang an der Simsonstraße, zu einer folgenschweren Eskalation. Diese Pforte benutzten in der Regel die Abgeordneten; eine größere Gruppe von Demonstranten hatte sich deshalb in der Nähe versammelt, um ihnen noch vor der Sitzung ihren Unmut über das geplante Gesetz zu bekunden. Vor allem Hugo Sinzheimer wurde bei dieser Gelegenheit verhöhnt, war er doch der Ideengeber der Regierungspolitik in der Rätefrage. Ein anderer Sozialdemokrat, Hugo Heimann, wurde vor Betreten des Reichstages nicht nur beschimpft, sondern auch bespuckt und angerempelt.

Stimmen die Quellen bis zu diesem Punkt weitgehend überein, ist der folgende Ablauf höchst umstritten. Von bürgerlicher und sozialdemokratischer Seite wurde später behauptet, wegen der massiven Bedrohung und Misshandlung hätten die Sicherheitspolizisten mehrere Warnschüsse abgegeben und erst dann in die Menge gefeuert, da diese nicht wie gefordert auf Abstand ging. Unabhängige und Kommunisten dagegen betonten, es sei ohne vorherige Warnung sofort scharf geschossen worden. Das traurige Ergebnis waren in jedem Fall 42 Tote und über 100 Verletzte. Damit handelte es sich um eines der blutigsten Ereignisse der Revolutionszeit und mit Sicherheit um die opferreichste Demonstration, die je in Deutschland stattgefunden hat.

Ob es die Warnungen – mündlich oder durch Schüsse in die Luft – wirklich gegeben hat, ist unklar. Mit Sicherheit kann jedoch gesagt werden, dass es in der Simsonstraße und dem Tiergarten die weitaus meisten Opfer gab, also südlich des Gebäudes. Darin stimmen die Berichte überein. Die ersten beiden Schüsse, ebenso wie die Handgreiflichkeiten waren also nicht der direkte Auslöser, denn das alles geschah vor dem Portal I

14 Siehe auch die knappe amtliche Stellungnahme der Sicherheitspolizei, Vossische Zeitung, 14.1.1920 M. Dagegen wurde vonseiten der Linken kolportiert, ein Teil der Verletzungen sei durch Beschuss von anderen Polizisten verursacht worden. So behauptete ein Soldat gegenüber der ihn behandelnden Samariterin, seinen Beckenschuss verdanke er der Ungeschicklichkeit eines Kameraden. Weiter heißt es, der einzige tote Sicherheitspolizist sei durch ein Maschinengewehr getroffen worden. Beides lässt sich nicht mehr verifizieren. Unglaublich erscheint aber die Behauptung, die Mehrzahl der Verletzungen gehe auf „friendly fire“ zurück. Siehe Broschüre Wahrheit, S.15f.

und mindestens zehn Minuten vorher. Hier, in der Simsonstraße, waren die Demonstranten aber vier bis fünf Meter von den Polizisten entfernt, wie Innenminister Heine selbst schilderte.¹⁵ Auch die Abgeordneten Luise Zietz und Otto Braß (beide USPD) beobachteten, dass die Straße zwischen den Sicherheitsleuten und den Demonstranten vollkommen leer war.¹⁶ Es kann in diesem Bereich also gar nicht zu tätlichen Angriffen auf die Polizisten gekommen sein. Zudem lagen die Toten und Verletzten später auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig, zwischen den Bäumen des Tiergartens und auf dem Königsplatz, kein einziger von ihnen aber direkt am Reichstag. Die Behauptung, die Schüsse dienten der unmittelbaren Abwehr eines Sturmes auf das Parlament, wie sie von Reichskanzler Bauer am nächsten Tag aufgestellt und von der bürgerlichen und SPD-Presse verbreitet wurde, ist also nicht haltbar. Umso bedenklicher ist, dass diese Version von Teilen der Forschung noch immer vertreten wird.¹⁷ Sofort bei Einsetzen des Beschusses brach unter den Demonstranten Panik aus, die Menschen flüchteten in den Tiergarten. Die Polizei schoss mit Karabinern und Maschinengewehren, zudem warf sie Handgranaten in die Menge. Je ein Maschinengewehr war am Portal II und an der Ecke Simsonstraße/Königsplatz aufgestellt. Ob dann auch die in den Vorraum des Portals I zurückgezogenen Maschinengewehre eingesetzt wurden, lässt sich nicht mehr sicher rekonstruieren. Nirgends in den Quellen findet sich ein Hinweis darauf, dass als Reaktion von Demonstranten zurückgeschossen worden wäre. Selbst als die allgemeine Flucht schon einsetzte, wurde minutenlang weiter scharf geschossen.¹⁸ Zahlreiche Personen stürzten zu Boden und wurden regelrecht überrannt. Nach kurzer Zeit war die Umgebung des Reichstages völlig menschenleer, nur die Toten, Verletzten und rasch herbeigeeilte Helfer blieben zurück.

15 Siehe Verhandlungen NV, S.4211.

16 Siehe Broschüre Wahrheit, S.11f. Das geht auch aus Kessels Bericht hervor. Der Offizier der Sicherheitspolizei hatte das Kommando des Trupps am Portal II inne und gab auch den Feuerbefehl. Siehe Hans von Kessel: Handgranaten und rote Fahnen. Ein Tatsachenbericht aus dem Kampf gegen das rote Berlin 1918-1920, Berlin 1933, S.243f.

17 Siehe Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik, München 2009, S.38; Thomas Mergel: Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik. Politische Kommunikation, symbolische Politik und Öffentlichkeit im Reichstag, Düsseldorf 2002, S.71. Miller, Bürde der Macht, S.358, spricht etwas unklar vom „Geruch des Putschismus“. Auch wenn eingeräumt werden muss, dass die Veranstalter völlig versagt hatten, ein Sturm auf den Reichstag war nicht beabsichtigt gewesen. Zweideutig äußert sich auch Winkler, Von der Revolution, S.289.

18 Kessel behauptete dagegen, es sei lediglich aus einem einzigen Maschinengewehr eine Salve von 13 Schuss abgegeben worden und er habe den Befehl gegeben, über die Köpfe hinwegzuschießen. Beides ist schon allein wegen der großen Zahl der Opfer völlig unglaubwürdig. Siehe Kessel, Handgranaten, S.244.

Nicht nur vor dem, sondern auch im Reichstag spielten sich ungewöhnlich stürmische Szenen ab.¹⁹ Zu Beginn protestierten Curt Geyer und Alfred Henke im Namen der USPD-Fraktion gegen die Besetzung des Hauses durch die Sicherheitspolizei, da dies „gegen allen Geist der Demokratie“ verstoße. Vom Präsidenten der Nationalversammlung Constantin Fehrenbach (Zentrum) wurde dies jedoch mit der Begründung zurückgewiesen, er habe kein Recht und keine Veranlassung, gegen die Maßnahmen der Regierung einzuschreiten.²⁰

Anschließend begann der Abgeordnete Gustav Schneider als Berichterstatter des zuständigen Ausschusses mit der zweiten Lesung des BRG. Schon nach wenigen Minuten kam es zu energischen Zurufen vonseiten der USPD, dass vor dem Reichstag geschossen würde. Daraufhin entwickelten sich große Unruhe und erregte Debatten zwischen den Unabhängigen und den Parlamentariern der Regierungskoalition. Fehrenbach wollte zunächst weiter tagen lassen; die tumultartigen Szenen veranlassten ihn aber doch, die Sitzung zu unterbrechen. Auch die Zuschauer auf den Tribünen ließen ihrer Entrüstung freien Lauf. Einer soll gerufen haben: „Ihr wollt eine sozialistische Regierung sein? Draußen wird ja geschossen und Ihr tagt hier so ruhig!“²¹ Nach einer kurzen Pause erklärte Fehrenbach sein Bedauern über die Opfer, enthielt sich aber ausdrücklich jeden Urteils in der Schuldfrage. Außerdem forderte er, die Beratung wieder aufzunehmen. Er begründete das damit, gegenüber dem In- und Ausland müsse ein ruhiger Eindruck erzeugt werden. Das wiederum stieß auf entschiedenen Widerspruch der Unabhängigen, die „unter allen Umständen“ eine Fortsetzung der Sitzung verhindern wollten. Der Antrag auf Beendigung der Sitzung wurde abgelehnt, woraufhin der Berichterstatter fortfahren wollte. Das verhinderten die Unabhängigen jedoch „mit stärkstem Stimmenaufwand“ und lärmenden Pultdeckeln, wie Geyer anschaulich beschrieben hat.²² Das hatte Ordnungsrufe und Verweise für einige Abgeordnete zur Folge. Nach einer weiteren kurzen Unterbrechung musste Fehrenbach die Sitzung schließlich endgültig vertagen.

Noch am 13. Januar verhängte Reichspräsident Friedrich Ebert für ganz Norddeutschland den Ausnahmezustand gemäß Artikel 48 der Verfassung.²³ Damit waren nicht nur öffentliche Versammlungen und Umzü-

19 Siehe dazu das Protokoll der Sitzung in: Verhandlungen NV, S.4195-4202.

20 Diese Darstellung ist allerdings nicht korrekt, denn in der Weimarer Reichsverfassung, Art. 28, Abs. 1, ist das eindeutig geregelt: „Der Präsident [des Reichstages, A. W.] übt das Hausrecht und die Polizeigewalt im Reichstagsgebäude aus.“

21 Vossische Zeitung, 13.1.1920 A.

22 Zit. nach: Geyer, Illusion, S.172.

23 Die vollständige Verordnung wurde veröffentlicht in: Reichsgesetzblatt 1920, S.207, so-

ge verboten, sondern auch sämtliche Streiks. Noske als nunmehriger Inhaber der vollziehenden Gewalt ergänzte diese Verfügung durch eine Anweisung an die Militärbefehlshaber, es seien „alle unabhängigen und kommunistischen Zeitungen, wenn sie hetzen, sofort zu verbieten bzw. zu beschlagnahmen“.²⁴ Das betraf neben 44 lokalen Zeitungen vor allem die Zentralorgane der USPD und KPD, die „Freiheit“ und die „Rote Fahne“. Damit wurde es der Opposition aber nahezu unmöglich gemacht, ihre Version der Ereignisse vor einer breiteren Öffentlichkeit darzustellen.²⁵ Erst im Februar konnten die Blätter wieder erscheinen. Im Übrigen war es zumindest fragwürdig, ob eine Zeitung bereits mit Einsetzen des Ausnahmezustandes verboten werden durfte, ohne dass auch nur eine einzige Nummer erschienen war. In diesem Sinn handelte es sich nämlich um Präventivverbote.²⁶ Darüber hinaus wurden zahlreiche Mitglieder linker Organisationen verhaftet, unter anderem die beiden Parteivorsitzenden Ernst Däumig (USPD) und Paul Levi (KPD) sowie die bekannten Anarchisten Rudolf Rocker und Friedrich Kater.²⁷ In Berlin wurden ganze Parteiversammlungen der Unabhängigen en bloc festgenommen und in Lastwagen abtransportiert.²⁸ Selbst eine Gedenkfeier für die Toten wurde verboten. Sie fand trotz eines starken Polizeiaufgebotes dennoch statt, und zwar auf dem Hermannplatz in Neukölln mit etwa 10.000 Teilnehmern.²⁹ Am Tag nach der Eskalation traten die Beschäftigten einer ganzen

wie in: Vorwärts, 14.1.1920 M. Bereits zwei Tage zuvor war über das Ruhrgebiet der Ausnahmezustand verhängt worden, der dann am 13.1. verschärft wurde. Siehe AdR 1980, S.533, sowie BAArch, R 43 I/2699, Bl. 24.

24 BAArch, R 43 I/2531, Bl. 46. Einige Tage später empfahl er ausdrücklich die Anwendung von Schutzhaft für Redakteure der oppositionellen Blätter. Siehe auch Noske, Von Kiel, S.193f.

25 Die Titel der verbotenen Zeitungen finden sich in einer Aufstellung des Reichswehrministeriums, BAArch, R 43 I/2531, Bl. 48f. Das Verbot betraf vor allem Periodika aus dem Ruhrgebiet, Mitteldeutschland und Sachsen, also den Hochburgen der Linken, und den wichtigsten Streikzentren. Um das Verbot zu umgehen, veröffentlichte die USPD ihre Sichtweise in der bereits mehrfach zitierten Broschüre.

26 Außerdem wurden die Redaktionsräume der „Freiheit“ militärisch besetzt und der ganze Betrieb stillgelegt. Siehe Vossische Zeitung, 15.1.1920 M.

27 Zur Gesamtzahl der Verhafteten gibt es unterschiedliche Angaben. Während das Reichswehrministerium 68 nannte, waren es Dittmann zufolge allein im Ruhrgebiet über 400. Siehe BAArch, R 43 I/2531, Bl. 50f., sowie Wilhelm Dittmann: *Erinnerungen*, bearb. von Jürgen Rojahn, 3 Bde., Frankfurt/Main 1995, S.700. Die Inhaftierung der genannten Anarchisten wirft ein bezeichnendes Licht auf den Charakter der Vorgänge. Denn weder sie noch ihre Organisationen hatten sich an den Aufrufen zur Demonstration vor dem Reichstag beteiligt, was den verantwortlichen Stellen bekannt gewesen sein musste.

28 Siehe USPD Bezirksorganisation Berlin-Stadt: Jahresbericht für die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 31. März 1920, Berlin o.J., S.8.

29 Siehe Vorwärts, 16.1.1920 M.

Reihe von Berliner Großbetrieben in einen kurzen Proteststreik.³⁰ Nachdem die Streikleitung im Ruhrgebiet verhaftet wurde, brach der Ausstand der Eisenbahner innerhalb weniger Tage zusammen.³¹ Damit war eines der wesentlichen Ziele der Regierung erreicht. Im Bergbau konnte nicht an die großen Streiks des vergangenen Jahres angeknüpft werden, unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes wurde das schon im Ansatz verhindert.

Neben diesen unmittelbaren Folgen wurde im Mai 1920 ein neues „Gesetz über die Befriedung der Gebäude des Reichstags und der Landtage“ erlassen, das Versammlungen innerhalb der Bannkreise vor den Parlamenten unter Strafe stellte.³² Begründet wurde es explizit mit den Vorkommnissen des 13. Januar 1920.

2. Zeitgenössische und historiografische Deutungen im Widerstreit

Bereits unmittelbar nach den Ereignissen setzten die wechselseitigen Schuldzuweisungen ein. Neben der Presse war das wichtigste Forum dafür die Sitzung der Nationalversammlung am nächsten Tag. Im Namen der Regierung sprachen Reichskanzler Bauer und der preußische Innenminister Heine.

Insbesondere die Rede Bauers enthielt alle Argumente, die auch in der Presse vielfach formuliert wurden und bis heute das Bild der Ereignisse maßgeblich prägen.³³ Die Schuldfrage sei, so Bauer, sehr einfach zu beantworten: Sie liege ohne Zweifel bei der USPD und den Kommunisten. Denn diese hätten nicht nur zu der Demonstration aufgerufen, sondern auch in rücksichtsloser Weise den Sturm auf das Parlament geplant und auch eingeleitet. Sie hätten „um des Ehrgeizes von ein paar Führern willen namenlose und urteilslose Opfer vor den Reichstag getrieben, zu Gewalttätigkeiten aufgereizt und schließlich in den Tod gehetzt“. Unter den gegebenen Umständen seien Zusammenstöße nämlich unbedingt zu erwarten gewesen. Die Sicherheitspolizei dagegen habe sich mustergültig ruhig

30 Siehe Vorwärts, 15.1.1920 A.

31 Siehe Vossische Zeitung, 15.1.1920 M.

32 Veröffentlicht im Reichsgesetzblatt 1920, S.909. In der Bundesrepublik finden sich auch heute noch entsprechende Regelungen im „Gesetz über befriedete Bezirke für Verfassungsorgane des Bundes“.

33 Siehe Verhandlungen NV, S.4203-4206. Die folgenden Zitate aus: ebenda. Ob die Regierung hinter verschlossenen Türen anders über die Vorkommnisse sprach, lässt sich nicht mehr feststellen, denn die Sitzungen des Reichskabinetts vom 11. bis 13.1. wurden nicht protokolliert, siehe AdR 1980, S.511. In den überlieferten Protokollen der folgenden Tage ist nichts zum 13. Januar vermerkt.

verhalten, trotz zahlreicher „bestialischer“ Misshandlungen, und „machte mit vollem Recht und fast zu spät von der Waffe Gebrauch“. Sie habe so eine „Bartholomäusnacht [...], wie sie schrecklicher nicht sein könnte“ verhindert. Für das Opfer aufseiten der Sicherheitsmannschaft fand er folgende Worte: „Wir gedenken des Toten in dankbarer Rührung. Er ist in unmittelbarem Dienste der Demokratie gefallen, in Verteidigung des heiligsten Volksrechts, der Meinungsfreiheit der Volksvertreter.“ Auch der toten Demonstranten gedachte er – allerdings nicht ohne den Hinweis, dass die Urheber der Katastrophe sich selbst rechtzeitig in Sicherheit gebracht hätten. Bauer sprach von einem regelrechten Komplott, in dessen Zentrum die Räte und die linken Oppositionsparteien stünden. Sie hätten gemeinsam eine „geheime Konferenz“ in Halle abgehalten, um mithilfe „geheimer Organisationen“ erst den Eisenbahnverkehr zum Erliegen zu bringen und dann das ganze Land in ein wirtschaftliches Chaos zu stürzen.³⁴ „Und dann hoffen sie [...], daß in diesem Wirrwarr, in diesem Massensterben, in diesem Kampf aller gegen alle ihre Zeit gekommen ist, daß sie dann alles zertrümmern und daß aus den Trümmern die neue große kommunistische Gesellschaft sich aufbauen wird.“ Dies lieferte ihm dann die Begründung dafür, mithilfe des Ausnahmezustandes gegen die Linken vorzugehen.

Bauers Rede enthielt eine ganze Reihe von falschen Behauptungen. Zunächst einmal war, wie bereits dargestellt, eine Erstürmung des Reichstages keineswegs geplant oder ausgeführt worden. Dafür konnten auch später keinerlei Beweise vorgelegt werden. Bezeichnenderweise kam es nie zu einer amtlichen Untersuchung der Ereignisse oder gar einer juristischen Aufarbeitung. Die Demonstration selbst war im Übrigen keineswegs illegal, sondern fand gemäß einem verfassungsmäßigen Recht statt.³⁵ Dass sich die Veranstalter angesichts der drohenden Gefahr in Sicherheit gebracht hätten, stimmt ebenfalls nicht: Sie befanden sich während der Kundgebung inmitten der Massen, wie aus Geyers Erinnerungen hervorgeht. Zum fraglichen Zeitpunkt waren auch die unabhängigen Abgeordneten Luise Zietz, Otto Braß und Fritz Zubeil vor dem Gebäude, während die meisten ihrer Fraktionskollegen an der Parlamentssitzung teil-

34 Bauer bezog sich hier sehr wahrscheinlich auf das bereits erwähnte Schreiben des Regierungspräsidenten von Merseburg mit Datum vom 10.1. an ihn, in dem von einer Geheimkonferenz der radikalen Linken berichtet wird. Von einem unmittelbar geplanten Sturz der Regierung ist darin aber ebenso wenig die Rede wie von einer Verbindung zwischen den Streiks und der Demonstration. BArch, R 43 I/2118, Bl. 161.

35 Die Rechtmäßigkeit der Demonstration räumte auch Heine ein, siehe Verhandlungen NV, S.4210.

nahmen.³⁶ Zu der angeblichen Geheimkonferenz bemerkte Curt Geyer während der Debatte, sie sei vorab in der Presse angekündigt worden und auch danach habe es zahlreiche Berichte darüber gegeben – was den Tatsachen entsprach.³⁷

Ob eine Demonstration in der gegebenen Situation zwangsläufig eskalieren musste, ist natürlich schwer zu beantworten. Der entscheidende Punkt ist aber, dass der massive Einsatz der Waffen durch die Sicherheitspolizei ohne plausiblen Anlass erfolgte und sich gegen eine unbewaffnete Menge richtete. Von einem rechtmäßigen Gebrauch, gar aus Notwehr, kann also keine Rede sein. Zumal das Feuer noch anhielt, als die Menge längst flüchtete.

Nicht nur Bauer, auch die Presse lobte die Sicherheitspolizei – für ihre selbstlose Pflichterfüllung und die stoische Ruhe, mit der sie lange die Anfeindungen und Tötlichkeiten der Demonstranten ertragen habe.³⁸ Der „Vorwärts“ schrieb sogar, die Polizisten hätten „eine Zurückhaltung an den Tag gelegt, für die gerade die Demonstranten alle Veranlassung hätten, sich dankbar zu zeigen“.³⁹ Die Zeitung sah ähnlich wie Bauer in den Ereignissen nicht nur den Versuch, die Sitzung der Nationalversammlung zu stören oder zu beeinflussen, sondern den planmäßigen Beginn einer revolutionären Erhebung.⁴⁰ Im Übrigen sei klar, die „Regierung und ihre Organe trifft an dem Blutvergießen auch nicht die mindeste Schuld“.⁴¹ Die „Vossische Zeitung“ sprach zwar auch vor allem den Unabhängigen die Verantwortung zu. Allerdings sei das Geschehen nicht auf einen bewussten Plan, sondern lediglich auf „größte Fahrlässigkeit“ und mangelhafte Vorbereitungen zurückzuführen.⁴²

Die Unabhängigen dagegen erklärten, die Eskalation sei auf eine bewusste Provokation zurückzuführen. Einerseits, weil der besagte erste Schuss von einem Provokateur ausging. Zum anderen, weil schon allein die Besetzung des Reichstages mit Sicherheitspolizei völlig unnötig gewesen sei – noch mehr aber deren aufreizendes Verhalten.⁴³ Ganz ähnlich lautete die Stellungnahme der Kommunisten.⁴⁴ Dem ist natürlich entgegen-

36 Siehe Geyer, *Illusion*, S.171, sowie die Stellungnahmen der Abgeordneten in: *Broschüre Wahrheit*, S.10-13.

37 *Verhandlungen NV*, S.4255. Zu den Presseberichten siehe z.B. *Der Arbeiter-Rat*, 1920, Nr. 2.

38 Siehe etwa *Vossische Zeitung*, 14.1.1920 M, und *Vorwärts*, 14.1.1920 M.

39 *Vorwärts*, 14.1.1920 M.

40 Siehe *Vorwärts*, 18.1.1920.

41 *Vorwärts*, 14.1.1920 M.

42 Bhd [d.i. Georg Bernhard, der Chefredakteur]: *Die Verantwortlichen*, in: *Vossische Zeitung*, 14.1.1920 M.

43 Siehe *Broschüre Wahrheit*, S.4; *Verhandlungen NV*, S.4196, 4249.

44 Siehe *Rote Fahne*, 14.1.1920.

zuhalten, dass die Absicherung der Nationalversammlung grundsätzlich rechtmäßig war und auch nicht gegen den Willen des Parlamentspräsidenten erfolgte. Darüber hinaus befand sich der größte Teil der Sicherheitsmannschaften innerhalb des Gebäudes, gerade weil man offenbar eine Provokation vermeiden wollte. Aus dem gleichen Grund wurden auch die Maschinengewehre zeitweise zurückgezogen. Eugen Prager und Wilhelm Dittmann, beide führende Mitglieder der USPD, bemerkten in ihren später entstandenen Schriften, die Demonstration sei von den Veranstaltern überaus dilettantisch organisiert worden. Insofern treffe sie zumindest eine Teilschuld.⁴⁵

Insgesamt seien die Ereignisse ein Beleg für die „Zuspitzung der Klassengegensätze“ – und in diesem Rahmen spiele die SPD den Erfüllungshelfen der „kapitalistischen und junkerlichen Reaktion“.⁴⁶ Entschieden bestritten Unabhängige und Kommunisten, es habe sich um einen Putschversuch gehandelt. Vielmehr habe umgekehrt die Regierung die Ereignisse zum Vorwand für den Ausnahmezustand genommen, um der Opposition einen Schlag zu versetzen.⁴⁷ Tatsächlich hatte die KPD vor der Demonstration wiederholt davor gewarnt, den staatlichen Stellen entsprechende Anlässe zu liefern.⁴⁸

Die Sicherung des Reichstagsgebäudes am 13. Januar 1920 war der erste Einsatz der Sicherheitspolizei der jungen Republik, eines militärisch organisierten, mit schweren Waffen ausgestatteten, freikorpsähnlichen Sammelbeckens antirepublikanisch gesinnter Akteure. Auch wenn der Schutz des Regierungsviertels ausdrücklich zu ihren Aufgaben zählte, wirft das dennoch Fragen auf. Denn diese Sicherheitspolizei war zur Aufstandsbekämpfung, nicht aber für derartige Ordnungsaufgaben vorgesehen und ausgebildet. Das wurde ihr vonseiten der Schutzmannschaften, also der „normalen“ Polizei, auch von Anfang an vorgehalten: „Eine Sicherheitstruppe von 10.000 Kampf und Schützengraben gewohnten jungen Männern erhält die Herrschaft im Berliner Straßenleben – Berufssoldaten, die von Offizieren gedrillt und geführt, dazu in Kasernen vom zivilen Leben abgeschlossen jeder Kenntnis der Großstadt, ihrer Bevölkerung, ihrer gesellschaftlichen Kreise entbehren, von Polizeirecht und Taktik keine Ah-

45 Siehe Dittmann, *Erinnerungen*, S.698; Prager, *Geschichte*, S.214f.

46 Broschüre *Wahrheit*, S.6.

47 Siehe *Freiheit*, 9.2.1920 A. Geyer, *Illusion*, S.168, betonte, es hätten „keinerlei aggressive Absichten bestanden“ und man sei unbewaffnet vor den Reichstag gezogen. Ähnlich Karl Retzlau: *Spartacus – Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters*, Frankfurt/Main 1976, S.171.

48 Siehe *Rote Fahne*, 11.1.1920 und 13.1.1920.

nung, von den Grenzen der Polizeigewalt keine Vorstellung haben.“⁴⁹ Der völlig unverhältnismäßige Einsatz der Schusswaffen gegen die Demonstranten war also möglicherweise auch ihrer Unfähigkeit, mit derartigen Situationen umzugehen, geschuldet.

Mit Sicherheit aber war der Zynismus in Bauers Einschätzung, wonach der tote Polizist „in unmittelbarem Dienste der Demokratie gefallen“ sei, nicht zutreffend. Der Verband der Beamten der Sicherheitspolizei übermittelte dem Reichskanzler nach seiner Rede eine Erklärung, dass die Truppe „nach wie vor in unverbrüchlicher Pflichttreue unter Einsetzung des eigenen Lebens im Polizeidienst für die vom Volke gewählte Regierung eintreten“ werde.⁵⁰

Nur zwei Monate später, bei Beginn des Kapp-Lüttwitz-Putsches, zeigte sie dann keinerlei Bereitschaft mehr, die Regierung zu schützen, und unterstellte sich stattdessen umstandslos den rechten Putschisten.

Die Sicherheitspolizei war also keineswegs politisch neutral, sondern ganz im Gegenteil klar antidemokratisch eingestellt. Und das musste auch Sozialdemokraten wie Noske und Heine klar gewesen sein. Heine hatte eine blutige Eskalation zwar nicht direkt herbeigeführt oder gar befohlen, aber zumindest in Kauf genommen.

Die Rolle der Reichswehr am 13. Januar ist umstritten. Zwar war die Sicherheitspolizei ähnlich organisiert und auch personell aus dem Militär hervorgegangen, sie war aber nicht der Reichswehrrführung, sondern dem preußischen Innenministerium unterstellt. Dennoch gibt es Zeugen, die den Kommandeur des Reichswehrgruppenkommandos I, General Walther Freiherr von Lüttwitz, vor Ort gesehen haben wollen, angeblich gab sogar er persönlich den Feuerbefehl. Laut Geyer waren auch Reichswehrruppen dort.⁵¹ Diese Behauptung beruht wahrscheinlich auf einer Verwechslung, denn die Sicherheitspolizei trug dieselben graugrünen Uniformen wie die Garde-Schützen. In Lüttwitz' Erinnerungen findet sich kein Hinweis auf seine Anwesenheit.⁵² Eine Verantwortung der Reichswehr für die Vorgänge lässt sich also nicht nachweisen.

3. Symbolik und Bedeutung des 13. Januars 1920

Dieser Tag ist in vielerlei Hinsicht ein Lehrstück über die politischen Verhältnisse Deutschlands in jener Zeit. Besonders aber zeigte sich hier, wie

49 Siehe Preußische Schutzmannszeitung, 9.8.1919.

50 Vorwärts, 16.1.1920 M.

51 Siehe Geyer, Illusion, S.168-171; Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929, S.434.

52 Walther von Lüttwitz: Im Kampf gegen die November-Revolution, Berlin 1934.

grundlegend unterschiedlich das Politikverständnis der Rätebewegung einerseits und der etablierten Institutionen andererseits war. Das Geschehen selbst war für diese wechselseitige Entfremdung ein starkes Symbol: Während drinnen die Parlamentarier berieten, stand draußen die Masse, ohne direktes Mitspracherecht, dafür aber bedroht und schließlich beschossen von den bewaffneten Organen des Staates. Man schützte die Volksvertreter vor dem Volk. Wie es der sozialdemokratische Reichskanzler Bauer formulierte, handelte es sich um nichts weniger als die „Verteidigung des heiligsten Volksrechts, der Meinungsfreiheit der Volksvertreter“.

Das ist schon ein bemerkenswertes Demokratieverständnis. Nicht der Wille des Volkes, nicht dessen Meinungsfreiheit standen im Mittelpunkt – sondern jene der Parlamentarier.

Es war auch dieses generelle Problem der Verselbstständigung jeglicher Repräsentierenden gegenüber den Repräsentierten, dem mithilfe des Räte-systems begegnet werden sollte. Die Abgeordneten im Reichstag wiederum konnten sich legitimes politisches Handeln offenbar gar nicht anders vorstellen als innerhalb des parlamentarischen Rahmens. Es ist bezeichnend, dass der Parlamentspräsident ungeachtet der tragischen Ereignisse vor dem Haus nach einer kurzen Unterbrechung einfach mit der Tagesordnung fortfahren wollte. Die Demonstration erschien aus dieser Perspektive nur als lästiger Störfaktor. Die Umdeutung des tatsächlichen Hergangs – aus den Opfern massiver Gewalt wurden Täter, die Täter zu Opfern – war da nur konsequent. Dem Protest wurde so nicht nur die politische Legitimität abgesprochen, er wurde darüber hinaus auch kriminalisiert. Die staatlichen Stellen reagierten auf die Vorkommnisse mit weitgehenden Einschränkungen der verfassungsmäßigen Rechte.

Zwar war das Vorgehen gegen die linke Opposition keineswegs neu; schon mehrfach war sie Verfolgungen ausgesetzt gewesen. Dennoch war das Ausmaß der Repressionen ungewöhnlich, insbesondere die USPD wurde weder davor noch danach wieder mit solcher Härte unterdrückt. Offenbar sollten neue Unruhen und eine Streikwelle ähnlich der des Frühjahrs 1919 schon im Keim erstickt werden. Dementsprechend wurde vonseiten der Regierungskoalition immer wieder der Zusammenhang zwischen dem Eisenbahner- und Bergarbeiterstreik mit den Ereignissen in Berlin herausgestellt. Das geschah sicherlich nicht ganz zu Unrecht, auch wenn es in der Opposition keinen zentral gelenkten „Masterplan“ zur Errichtung einer Räterepublik gab. Tatsächlich handelte es sich bei den Streiks um Lohnproteste. Das hätte sich bei ihrer Fortdauer freilich auch ändern können. Insofern waren die Befürchtungen nicht gänzlich unbegründet. Morgan meint sogar, für die Regierung seien die Ereignisse des 13. Januar 1920 ein

nützlicher Vorwand für die Unterdrückung der Streiks gewesen.⁵³ Auch wenn sich das nicht sicher belegen lässt, liegt doch auf der Hand, dass sie angesichts des spürbar zunehmenden Drucks von links bereitwillig zu solchen Maßnahmen griff.

Für die Rätebewegung war die Demonstration vom 13. Januar 1920 Ausweis ihrer Stärke und zugleich ihrer Schwäche. Die Mobilisierungskraft ihrer Ideen unter den Arbeitern und Angestellten der Hauptstadt überstieg die Erwartungen selbst der Organisatoren. Über 100.000 Menschen folgten dem Aufruf und zogen vor den Reichstag. Damit war auch klar: Die Anhänger des Rätesystems waren mehr als nur eine kleine, unbedeutende Gruppe von Radikalen. Sie trugen zumindest in der Hauptstadt eine Massenbewegung, mit der man rechnen musste. Eines der zentralen Anliegen der Rätebewegung war es, die weitgehende Passivität der Wähler aufzuheben. Anders als im parlamentarischen System sollten politische Handlungen und Verantwortungen nicht einfach an Repräsentanten delegiert werden. Die Vorbereitung der Demonstration vom 13. Januar 1920 zeigte jedoch, dass die Räteorganisation in erheblichem Maße von der Unterstützung der Parteien und Gewerkschaften abhängig war. Ganz besonders galt das für deren Presse, da man selbst über keine auflagenstarken Blätter verfügte. Indes, vielfach war zwischen Parteifunktionären und Räten nicht klar zu trennen. Sie arbeiteten nicht nur Hand in Hand, in den meisten Fällen waren die Mitglieder etwa der Betriebsrätezentrale zugleich Parteimitglieder, vor allem der USPD. Das konnte als Stärke verstanden werden, nämlich im Sinne einer Bündelung oppositioneller Kräfte. Es war aber auch zugleich problematisch, da die Räte zumindest in Berlin auf Partner angewiesen und zu Kompromissen genötigt waren.

Der entscheidende Faktor ihrer politischen Schwäche war aber ein anderer. Angesichts des entschlossenen Bündnisses aus (Mehrheits-)Sozialdemokratie, Bürgertum und bewaffneter Exekutive war 1919 ein Scheitern des Räte-Gedankens kaum zu verhindern. Dieser geballten Macht an politischen, militärischen und dann auch medialen Mitteln hatten die Räterevolutionäre wenig entgegenzusetzen. Noch in derselben Woche wurde das BRG mit großer Mehrheit von der Nationalversammlung verabschiedet. Ihre Schwäche war den Führern der Rätebewegung gerade nach den Erfahrungen des Frühjahres 1919 durchaus bewusst, weshalb sie mit der Demonstration keinerlei offensive Pläne im Sinne eines unmittelbaren Umsturzes verbanden. Dass sie langfristig eine radikale Systemveränderung anstrebten, daraus machten sie auch in der Öffentlichkeit keinen Hehl, wie nicht zuletzt der Leipziger Parteitag der USPD wenige Wochen

53 Siehe Morgan, *Socialist left*, S.316.

vor den geschilderten Berliner Ereignissen. Doch finden sich für derartige Pläne keine stichhaltigen Hinweise in den Quellen.

Für jene, die immer noch entschiedene Maßnahmen in sozialistischer Richtung erwarteten, war der Ausgang dieser Demonstration ein weiterer Grund, sich von der sozialdemokratisch geführten Regierung und letztlich auch vom parlamentarischen System abzuwenden. Die SPD verlor insbesondere in Berlin bei den folgenden Wahlen massiv Wähler, die nach links abwanderten. Der Protest vor dem Reichstag war in diesem Sinn Ausdruck von zunehmender Polarisierung in der Arbeiterbewegung. „Der Aufmarsch der proletarischen Massen vor dem Parlament bedeutet mehr als einen Protest gegen das Betriebsrätegesetz, er bedeutet eine Kampf-ansage gegen das bürgerliche Parlament“, schrieb die bereits verbotene „Rote Fahne“ am 14. Januar 1920. „Die Schüsse [...] haben auch zwischen dem Parlament und den breiten Massen der Arbeiter und Angestellten einen tiefen Graben aufgerissen, über den keine Brücke sich mehr schlagen läßt.“⁵⁴

54 Rote Fahne, 14.1.1920.

Goethe in Dachau – Beethoven in Auschwitz. Das Konzentrationslager als Lernort der geistigen Selbstbehauptung in Grenzsituationen

Jörg Wollenberg

„Es war – ohne Wissen von Hitler – ein geheimes Handelsgeschäft im Gange, bei dem unsere Leben genau gewichtet als Anzahlungsrate in der Waagschale lagen. Natürlich wußten wir nichts, aber wir wußten, daß wir wohl mit knapper Not überleben würden.“¹ Das notierte die Ethnologin und Widerstandskämpferin Germaine Tillion (1907-2008) in Erinnerung an die Ereignisse im KZ Ravensbrück, die bei noch rauchenden Gaskammern zur Befreiung von 3.960 weiblichen Häftlingen aus dem Lager mit Güterzügen führten. Diese Rettung fand nach Geheimgesprächen von Himmler mit dem schwedischen Roten Kreuz und jüdischen Organisationen zwischen dem 25. und 30. April 1945 statt. Ein Ereignis aus der Endphase des Krieges, das auf einen Separatfrieden mit den Westmächten abzielte und noch heute für Überraschungen sorgt.²

Germaine Tillion war im August 1942 in Paris von der Gestapo verhaftet worden und wurde im Oktober 1943 als „Nacht und Nebel“-Häftling zusammen mit ihrer Mutter in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück deportiert. Folgt man ihren 1946 in der Schweiz veröffentlichten Aufzeichnungen über „Ravensbrück“³, dann vermittelte sie von Anfang an den internierten Französisinnen ihr Verständnis von der Kunst des Überlebens im KZ: „Il faut comprendre, ce qui vous écrase“ (Man muss begreifen, was einen vernichtet). Und um dieses Verständnis in widerständiges, künstlerisches Handeln umzusetzen, begann sie im Oktober 1944 – versteckt in einer Kiste der Kleiderkammer – eine Operette zu verfassen: „Le Verfügbar aux Enfers“, („Verfügbar in der Hölle“,) lautet der Titel des Werkes, das helfen sollte, „pour survivre là, ou on ne survit pas“ (um

1 Germaine Tillion: Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, Lüneburg 1998, S.15.

2 Siehe dazu u. a. Jehuda Bauer: Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933-1945, Frankfurt/Main 1996; Reinhard R. Doerries: Hitler's Intelligence Chief. Walter Schellenberg, New York 2009; Daniel Blatman: Die Todesmärsche 1944/45, Reinbek 2011.

3 Germaine Tillion u. a.: Ravensbrück, Neuchatel 1946; überarbeitete französische Fassung 1988 und 1997, auf deutsch erschienen unter dem Titel „Frauenkonzentrationslager Ravensbrück“ (siehe Fußnote 1). Die erste Fassung von 1946 enthält vornehmlich die Erinnerungen von Mithäftlingen aus Ravensbrück, die Tillion befragt hat.

dort zu überleben, wo man nicht überlebt). Ein Titel, der auf die besonders gefährdete Gruppe von Häftlingen verweist. Denn Germaine Tillion gehörte zu den Häftlingen, die keinem spezifischen Kommando zugeordnet wurden und deshalb überall „verfügbar“, d. h. einsetzbar und dem Tode geweiht waren.

Der Gegensatz zwischen der äußerst brutalen Realität im Lager und der vorgetäuschten Naivität spiegelt sich in dem doppelbödig angelegten Text der Operette. Schon im Prolog führen schattige Plätze und sanfte Frühlingluft schnell zu „la vie et la mort“ (Leben und Tod), zu „l’horreur du Betrieb ou l’horreur du Transport“ (Schrecken des Betriebes oder Schrecken des Transportes). Leiden mithilfe der Erinnerung und der Musik, das heißt, sich des Mittels der Ironie und des Sarkasmus zu bedienen: „Wir kommen sicher in ein Lager mit sämtlichem Komfort: Wasser, Gas, Strom – vor allem Gas.“ Und immer wieder der mit Gefahren verbundene Wechsel in der Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Häftlingskategorie ohne privilegierte Funktionen: „J’ai perdu mon Innendienst“ (Ich habe meinen Innendienst verloren). So beschreibt Germaine Tillion diesen gefährvollen Alltag im KZ in der Form einer Persiflage, die Orpheus herzerweichende Klage nach dem Verlust Eurydikes zitiert. Im Wechsel der Chöre von alten und jungen „Verfügbaren“ werden die einzelnen Etappen der Frauen in Ravensbrück dialogisch besungen, von der Ankunft über die entwürdigende Prozedur der Entkleidung und der Reduktion auf das nackte Überleben bis zum Tode.⁴

Erst am 2. Juni 2007 wurde anlässlich des 100. Geburtstages von Germaine Tillion die Operette am Théâtre du Châtelet von Paris uraufgeführt. Ein unglaubliches zeitgenössisches Zeugnis aus dem Leben der Deportierten, das sechzig Jahre in einer Schublade ihres Arbeitstisches versteckt geblieben war. Aus Anlass des 65. Jahrestages der Befreiung von Ravensbrück wurde die Operette am 30. April 2010 in der Gedenkstätte Ravensbrück erstmals in Deutschland aufgeführt.

Vielfältige künstlerische Ausdrucksformen des Überlebens im KZ von Goethe in Dachau bis zu Beethoven in Auschwitz sind wie im Falle von Germaine Tillion durch ähnliche Rettungsaktionen am Ende des Krieges überliefert worden. Für einige der Überlebenden entwickelten sich aus der Artikulation von Kunst und Kultur feste Formen des Widerstands im Lager. Auch wenn wohl der begrenzte Spielraum des Handelns künstlerische und literarische Aktivitäten erschwerte und den Blick auf die eige-

⁴ Erstdruck der Operette „Verfügbar aux enfers“ in drei Akten in Paris 2005 in der Edition de la Martinière. Zur Biografie von Tillion: Jean Lacouture: *Le témoignage est un combat. Une biographie de Germaine Tillion*, Paris 2001.

ne Identität verengte,⁵ gelang es diesen Überlebenden, durch legale, halb-legale und illegale Veranstaltungen Ansätze einer moralisch-philosophischen Kraft aufzubauen und die nicht ganz ohnmächtige Gegenmacht des Überlebens – unter der Kontrolle der absoluten Macht der NS-Gewaltherrschaft – zu stabilisieren.⁶

Solchen künstlerischen und literarischen Aktivitäten soll im Folgenden an einigen Beispielen nachgegangen werden.⁷ Gegen die zunehmende Geschichtsrevision nicht nur in der BRD antworten wir mit einer Auswahl von Texten von Frauen und Männern, die sich dem NS-System von Anfang an entgegenstellten, deshalb in die Zuchthäuser, Ghettos, Internierungs- und Konzentrationslager deportiert wurden und dort überlebten dank der Solidarität der Leidensgenossen und dank ihrer eigenen kulturellen Aktivitäten. Wir lassen uns dabei mit Primo Levi von der Einsicht leiten: „Es ist natürlich und selbstverständlich, daß das reichhaltigste Material für die Rekonstruktion der Wahrheit über die Konzentrationslager die Erinnerungen der Überlebenden sind“.⁸ Veranlasst zur Sammlung solcher Zeugnisse wurde ich nicht zuletzt durch persönliche Erlebnisse als Zeuge des Todesmarsches von Auschwitz nach Ostholstein. Seit den Siebzigerjahren habe ich als damaliger VHS-Leiter in Bielefeld und später als Hochschullehrer in Bremen und Nürnberg Überlebende der Zuchthäuser und KZ – Politiker, Schriftsteller und Wissenschaftler –, die die politische Kultur Deutschlands nach 1945 prägten, zu Zeitzeugengesprächen

5 Siehe Wulff E. Brebeck/Thomas Lutz/Nicolas Hepp (Hrsg.): ÜBER-LEBENS-MITTEL. Kunst aus Konzentrationslagern und Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus, Marburg 1992.

6 Siehe dazu u. a. die Schilderungen von Wilhelm Gírnus: Damals vor vielen Jahren, in: Sowjetliteratur, 1972, H. 10; Harry Naujoks: Mein Leben im KZ Sachsenhausen 1936-1942. Erinnerungen des ehemaligen Lagerältesten, Köln 1987, S.282-314, u. a. mit Schilderungen der Weihnachtsfeiern von Häftlingen im KZ Sachsenhausen 1940 und 1941 nach dem Massenmord an Tausenden von sowjetischen Kriegsgefangenen und der Exekution von holländischen Geiseln und jüdischen Häftlingen im Block 4 mit dem Bremer Edgar Bennert sowie Erich Klan und Egon Nickel aus Lübeck oder im Block 65 mit dem Cevinka-Quartett aus der ČSR und dem Spanienkämpfer Eberhard Schmidt, die den russischen Trauermarsch „Unsterbliche Opfer, ihr sanket dahin“ spielten und eine Tolstoi-Lesung anschlossen.

7 Ich folge dabei dem hier gekürzten und überarbeiteten Manuskript eines Vortrages auf der 27. Konferenz des Arbeitskreises zur Aufarbeitung historischer Quellen der Erwachsenenbildung – Deutschland – Österreich – Schweiz – vom 20. bis 23. November 2007 in Linz, veröffentlicht in: http://www.stiftung-sozialgeschichte.de/Zeitschrift Online/pdfs/Goethe_in_Dachau.pdf?PHPSESSID=8jroordghkbig29tvo5qm107v6. Der Autor plant in Zusammenarbeit mit der edition bodoni einen Dokumentenband zum Thema, der 2013 auf der Leipziger Buchmesse vorgestellt wird.

8 Primo Levi: Die Untergegangenen und die Geretteten, München-Wien 1990, S.13.

eingeladen.⁹ Diese persönlichen Begegnungen weckten bei mir früh das Interesse, die „Überlebenschancen im KZ“, wie sie sich in Augenzeugenberichten niederschlugen, thematisch in den Angeboten der Volkshochschulen als Pflichtaufgabe zu verankern. Gespräche mit in Deutschland geborenen Franzosen wie Stéphane Hessel und Joseph Rovin stärkten die Absicht, über die Bedeutung kultureller Aktivitäten in den Konzentrationslagern eine ausführliche Dokumentation vorzulegen.

Der Ankündigungstitel des Beitrags greift auf die Erinnerungen des Schriftstellers Nico Rost aus seinem Dachauer Tagebuch zurück („Goethe in Dachau“, 1946). Denn Rosts eigener Fluchtversuch aus dem Schrecken der Lagerwirklichkeit in das Reich der Phantasie endete immer wieder bei Goethe und bei dem von den Idealen der Französischen Revolution geprägten deutschen Jakobiner Friedrich Hölderlin. Solche Fluchtburgen der Menschlichkeit in den Zeiten des SS-Terrors öffneten sich auch in anderen Konzentrationslagern. So berichtet der 1917 in Berlin geborene und in Paris als Mitglied des „Bureau de contre-espionage“ (BCRA) verhaftete Stéphane Hessel, wie er nach seiner Verhaftung und Deportation im Juli 1944 in Buchenwald auf den Mitstreiter Christian Pineau traf, den Schwager von Jean Giraudoux. Der spätere französische Außenminister Pineau „steckte mir ein Manuskript zu: Dejamire („Deianeira“). Ein Theaterstück über jene Heldin, deren Eifersucht, die unversöhnlichste aller Leidenschaften, den unbesiegbaren Herakles besiegt.“ Und weiter heißt es in den Erinnerungen von Hessel: „Da ist auch Hewitt, der sich von der SS die Genehmigung einholt, ein Streichquartett ins Leben zu rufen, das in einem Block abends Mozart spielt. Seltsames Lager, wo man Musik machen und Tragödien verfassen kann.“¹⁰

9 U. a. Hans Günther Adler, Jean Amery, Hans Keilson, Robert M. W. Kempner, Ossip Flechtheim, Walter Dirks, Axel Eggebrecht, Arno Behrisch, Bert Engelmann, Alfred Kantorowicz, Stephan Hermlin, Jürgen Kuczynski, Ruth und Walter Fabian, Augustin Souchy, Hermann Langbein, Harry Naujoks, Karl Röder, Hermann Joseph, Benjamin Jacobs, Willi Bleicher, Otto Kraus, Peter Blachstein, Theo Pinkus, Wolfgang Speiser und Wolfgang Abendroth. Systematische Versuche dazu als VHS-Leiter seit Anfang der Siebzigerjahre im Rahmen der Bildungsarbeit der VHS Bielefeld und der Gewerkschaften, fortgesetzt in Bremen seit 1978, dort allein mit rund 50 KZ-Häftlingen und Widerstandskämpfern, und in Nürnberg von 1985-1992 im Rahmen der Zeitzeugenreihen, die teilweise gut dokumentiert in Videoprojektionen und Büchern vorliegen. Das gilt auch für den Versuch, seit 1997 in der KZ-Gedenkstätte Ahrensböök, meinem Heimatort in Ostholstein, diese Arbeit in einer Gemeinde ohne VHS fortzusetzen, aber mit einer wirkungsvoll arbeitenden, dennoch nach wie vor schlecht ausgestatteten Gedenkstätte.

10 Stéphane Hessel: *Tanz mit dem Jahrhundert. Erinnerungen*, Zürich-Hamburg 1998, S.104 (frz. *Danse avec le siècle*, Paris 1997; dt. Taschenbuchausgabe 2011). Der Wahlfranzose und „Ambassadeur de France“ legte erstmals seine Erinnerungen an Dora und Buchenwald vor in „Entre leurs mains“, in: *Les Temps modernes*, 1.3.1946, nachgedruckt in: Cito-

Ergänzend dazu sei auf die Schilderung von Jorge Semprun verwiesen, der Anfang September 1944 den „Vorraum der Lagerbibliothek“ von Buchenwald betrat, von den „bücherbeladenen Regalen hinter dem Ausgabenschalter“ beeindruckt war und vom „Bibliothekar Anton“ immer wieder mit literarischen und philosophischen Büchern versorgt wurde.¹¹ Zu den stärksten Passagen zählt bei Semprun der Häftlingstausch als letzte Möglichkeit des Überlebens des politischen Häftlings Stéphane Hessel. Versteckt in die Typhusabteilung des Krankenbaus von Buchenwald, verließ der zum Tode verurteilte Hessel das Lager mit dem neuen Namen Michel Boitel, einem kurz zuvor verstorbenen Typhuskranken.

Ein „ausgezeichnet erzogenes und geschultes Orchester“

Auch wenn wir inzwischen über Musik, Tanz und Gesang in Frauenlagern gut informiert sind, besonders über Auschwitz-Birkenau mit den Berichten von Esther Bejarano, Fania Fenelon und Anita Lasker-Wallfisch,¹² so gibt es immer wieder neue Entdeckungen. Neben der Operette von Germaine Tillion verweisen wir hier auf die weniger bekannte Lagerkapelle von Auschwitz III (BUNA-MONOWITZ) im Nebenlager Fürstengrube mit prominenten jüdischen Musikern aus Österreich, Deutschland, Frankreich und der Tschechoslowakei, die den Todesmarsch von Auschwitz bis in mein Heimatdorf in Holstein überlebten und nach 1945 eine neue Karriere beginnen konnten,¹³ darunter der Leiter der Kapelle Harry Hermann Spitz. 1899 in Brünn geboren, war er ab 1923 Bratschist des berühmten „Guarneri-Quartetts“ in Berlin und Mitglied der Wiener Philharmoniker. Nach 1945 wurde er der erste Leiter der Musikabteilung des NWDR und machte sich einen Namen durch Veranstaltungsreihen zu „Das Alte Werk“ und „Das Neue Werk“ mit Uraufführungen u. a. von Arnold Schönbergs Oper „Moses und Aron“. Nicht nur seinem Mithäftling und „Konzertbegleiter“ von den französischen Internierungslagern bis nach Auschwitz und Ahrensböck, Leo Klüger, blieb Spitz nach 1945

yen sans frontière, 2008, S.267-284.

11 Jorge Semprun: Was für ein schöner Sonntag!, München 2004, S.373-376, 386-390.

12 Siehe Fania Fenelon: Das Mädchenorchester von Auschwitz, Frankfurt/Main 1980; Esther Bejarano: Man nannte mich Krümel, Hamburg 1991. Von Anita Lasker-Wallfisch verweisen wir in Ergänzung zu ihren Erinnerungen „Ihr sollt die Wahrheit erben“, Reinbek 2000, auf das „Spiegel-Gespräch“ vom 14.12.2004 (Der Spiegel, 2005, Nr. 4); Gabriele Knapp: Das Frauenorchester in Auschwitz. Musikalische Zwangsarbeit und ihre Bewältigung, Hamburg 1996.

13 Siehe Gerhard Hoch: Von Auschwitz nach Holstein, Hamburg 1998, S.66-68; Jörg Wollenberg: Ahrensböck. Eine Kleinstadt im Nationalsozialismus, Bremen 2000, S.173-192.

wohl eher in Erinnerung als populärer Leiter des NDR-Rundfunkorchesters „Harry Hermann und sein Orchester“ mit Max Thon und James Last als junge Solisten.¹⁴

Ein anderer, heute kaum noch bekannter Musiker war Jan Kurt Behr, 1911 in dem damals noch zu Österreich gehörenden Jägerndorf (heute Kronov in Tschechien) geboren, 1996 in New York verstorben. Der studierte Jurist und renommierte Pianist leitete ab 1937 als Nachfolger von George Szell die Deutsche Oper in Prag. Nach 1945 lehnte er es ab, Chefdirigent an der Hamburger Staatsoper zu werden, und ging in die USA, wo er an der MET als fester Dirigent arbeitete. Behr prägte mit Spitz das Orchester von Auschwitz-Fürstengrube. Als „Pianist von Auschwitz“ blieb Behr in der Erinnerung der Häftlinge und ihrer Bewacher lebendig, weil er am Abend des Auflösung des Lagers (18. Januar 1945) und des Beginns der Evakuierung angesichts der vorrückenden sowjetischen Truppen im überfüllten Saal unter großer Anteilnahme der Anwesenden die Sonate „Les Adieux“ von Ludwig van Beethoven spielte, also jene Es-Dur-Klaviersonate Nr. 26 op. 81a, mit der Beethoven 1809 Abschied und Flucht der kaiserlichen Familie vor den einrückenden Franzosen aus Wien musikalisch eindrucksvoll thematisierte. „Da blieb kein Auge trocken“, erinnerte sich noch über 50 Jahre danach der anwesende Lagerführer Max Schmidt.¹⁵ Unmittelbar nach der Befreiung trat Behr in Belgien als Pianist auf und leitete am 27. Oktober 1945 in Brüssel das erste Solidaritätskonzert zugunsten der Opfer von Lidice.¹⁶

Noch 1947/48, während des I.G. Farben-Prozesses vor dem US-Militärtribunal in Nürnberg, glaubten die Verantwortlichen für Auschwitz III, das Orchester von Auschwitz-Fürstengrube als Beleg ihrer Unschuld einbringen zu können. Die Angeklagten des I.G. Farben-Konzerns wiesen in einem der spektakulärsten Prozesse gegen die Eliten des NS-Systems darauf hin, dass sie an der Besichtigung des Lagers Auschwitz-Fürstengrube im Herbst 1944 teilgenommen hätten. Dieses zum I.G. Farben-Konzern gehörende Lager – mit der Ausbeutung von Hilfskräften aus Auschwitz im Dienst des Konzerns für 4 RM pro Häftling am Tag – war ausgestattet mit einer alten und neuen Schachanlage, mit Wohnbaracken, einer Kranken- und Zahnarztstation, den Werkstätten, Gartenanlagen, Küchen- und Essensräumen sowie einer „Feierabendbaracke“ für die rund 1.200 jüdischen Häftlinge. Aus der Sicht der I.G. Farben-Chefs machten die Häft-

14 Siehe Leo Klüger: *Lache, denn morgen bist Du tot*, München 1998, S.193.

15 Gespräch mit Jörg Wollenberg am 21.3.1995, in: Wollenberg, Ahrensböck, S.231-234.

16 Zu Harry Hermann Spitz, Leo Klüger und Jan-Kurt Behr: Wollenberg, Ahrensböck, S.173-177, 189-192.

linge „insgesamt einen wenn auch nicht gerade blühenden, so doch normal gesunden und kräftigen Eindruck, jedenfalls besser und kräftiger als heute die große Masse der Berliner Bevölkerung einschließlich meines eigenen Zustandes“. So die zynische eidesstattliche Erklärung des Rechtsanwalts Friedrich Silcher am 30. Juni 1947 vor dem Nürnberger Tribunal.¹⁷ „Insgesamt herrschte“, so Silcher, „das Prinzip, Häftlinge [...] in der Entfaltung und Betätigung eigener Initiativen in dieser Richtung unbeschadet der notwendigen Arbeit am Schacht und im Rahmen der Lagerdisziplin möglichste Freiheit und Förderung zu gewähren.“ Die I.G. Farben-Chefs besichtigten den Garten mit Bänken, „auf denen Häftlinge in der Sonne saßen“, und fanden auch die Ernährungslage vorzüglich: „Als Essen zubereitet wurde gerade Fleisch, Kartoffeln und Mohrrüben, was alles einen guten Eindruck machte.“ Der ehemalige Häftling Jan Lawnicki berichtete später über die unzureichende Ernährung in Fürstengrube. Aber er fügte hinzu: „Nur ein einziges Mal erhielten wir an einem Sonntag ein Mittagessen aus zwei Gängen: Suppe und Grütze sowie gebratene Koteletts und Kartoffeln. An diesem Tag spielte das Häftlingsstreicherorchester, und das Lager wurde von zwei Zivilisten in Begleitung des Lagerführers besucht. Wer diese Zivilisten waren, wußten wir nicht.“¹⁸

Auch über das 40-köpfige Orchester geriet der „passionierte Musiker“ Silcher in Entzücken. Folgen wir seiner Aussage vor dem Nürnberger Tribunal: „Unvergleichlich ist mir folgender Eindruck geblieben: Zum Abschluß unseres Besuches war in die freie Abendbaracke (vielleicht wurde sie auch anders genannt) die Lagerkapelle bestellt. Es war ein ziemlich großer Raum mit Bänken und Tischen und einem erhöhten Podium als Bühne; die Häftlinge konnten dort nach Mitteilung des Kommandanten nach Arbeitsschluß spielen. Die Kapelle bildete ein richtiges ganz gut besetztes Orchester [...] Das Orchester spielte den mir gut bekannten Marsch ‚Hoch Heidecksburg‘, den ich früher in meinem Schulorchester selbst mitgespielt und seitdem oft gehört habe, und ich muß sagen, daß ich ihn noch nie in meinem Leben so ausgezeichnet gespielt gehört habe, mich überhaupt kaum erinnere, jemals einen Marsch so schlechthin vollkommen gespielt gehört zu haben. Die Musiker waren offensichtlich mit voller Hingabe bei ihrer Sache und müssen, um so spielen zu können, lange und viel und gründlich geprobt haben; es war ein typisches ausgezeichnet erzogenes und geschultes Orchester. Die Häftlinge in ihrer musika-

17 NI, KV-Prozesse; Fall 6, F 14: Dokument Dr. Bütefisch, Nr. 304, Eidesstattliche Erklärung von Friedrich Silcher, S.103-108.

18 Tadeusz Iwaszko: Das Nebenlager Fürstengrube, in: Hefte von Auschwitz, hrsg. vom Państwowe Muzeum w Oświęcimiu [Staatlichen Museum in Auschwitz], Bd. 16, Oświęcim 1978, S.5-92, hier S.38.

lischen Entrückung und Hingabe wirkten irgendwie befreit, wegen des Kontrastes ihres hingeebenen ganz musikerfüllten Musizierens zu ihrer Häftlingskleidung und ihren geschorenen Köpfen aber doch beklemmend. Als sie geendet hatten und ich Beifall klatschen wollte, wurde mir bedeutet, daß es nicht gehe; so begnügte ich mich damit, dem Kapellmeister, der sich umgedreht hatte und auf uns sah, und den übrigen Musikern herzlich zuzunicken, was vom Kommandanten wohl gesehen, aber nicht weiter zur Notiz genommen wurde.¹⁹

So viel zum Versuch der Hauptverantwortlichen, die Existenz von Kultur und Bildung in den Konzentrationslagern als Beweis ihrer Unschuld zu bemühen. In der Tat gelang es ihnen nicht selten, mit diesem Kulturangebot die bevorzugten Funktionshäftlinge im Theater- und Musikbereich in den Terror- und Vernichtungsbetrieb schon allein dadurch einzubeziehen, dass diese täglich am Lagertor aufzuspielen hatten, wenn die Arbeitskommandos ausrückten und zurückkehrten. Das aus Wien stammende Mitglied des Theater- und Orchesterensembles von Auschwitz-Fürstengrube, Fredy Bauer, fasste diesen Widerspruch treffend am Beispiel des Lagerführers Otto Moll, dem brutalen „Spezialisten der Vernichtung“ durch Gas und Brennöfen und Vorgänger von Max Schmidt, pointiert so zusammen: „Während der Woche schickte er Häftlinge in die Gaskammern, Sonntags kam er zu uns ins Theater.“²⁰

Die in der Regel von der körperlichen Arbeit befreiten Funktionshäftlinge befanden sich häufig selbst in Gefahr, in Widersprüche verwickelt zu werden. So kam es wegen ihrer privilegierten Position unter den Künstlern und Musikern in allen Lagern immer wieder zu Rangeleien und Streitigkeiten. Wie sehr Eifersüchteleien um die privilegierten Positionen gelegentlich die Atmosphäre vergifteten, sei am Beispiel des renommierten Theatergründers Emil F. Burian aus Prag angedeutet. Als dieser vom 27. Juni 1941 bis zum 7. August 1942 von Theresienstadt nach Dachau deportiert war, gelang es ihm nicht, in den Kreisen der relativ abgesicherten Musiker-Prominenz Fuß zu fassen. Kapellmeister Kozlik sah in ihm einen unerwünschten Konkurrenten. Er setzte ihn lediglich als Sänger in der Jazzkapelle ein und ließ ihn zum Geburtstag des Lagerältesten Karl Kapp aus Nürnberg deutsche Schlager vom Blatt singen, darunter „Lili Marleen“.²¹ Dennoch nutzte Burian immer wieder Besuche der Nazi-

19 Dokument Bütetisch, Nr. 306, S.4f.; auch Jörg Wollenberg: Die „roten Kapos“. Hitlers unwillige Vollstrecker?, in: Ders.: Den Blick schärfen. Gegen das Verdrängen und Entsorgen, Bremen 1998, S.136-159, hier S.146f.

20 Fredy Bauer: Jag sjöng mig genom helvetet [Ich sing mich durch die Hölle], Boras 1945; auch Hoch, Von Auschwitz, S.68.

21 Siehe Milan Kuna: Musik an der Grenze des Lebens. Musikerinnen und Musiker aus

größen in Dachau zu geschickten musikalischen Provokationen, die ihn in Gefahr brachten. So sah sich der Häftlingsbibliothekar und Schreiber der politischen Abteilung, Viktor Matejka, gezwungen, Burian zusammen mit dem durch die Aufführung eines Theaterstücks gefährdeten Blockältesten Erwin Geschonneck²² im Auftrag der illegalen Häftlingsorganisation auf eine Transportliste für ein anderes Lager setzen zu lassen, um deren Leben zu retten.

Beide Künstler landeten – wie später auch Kurt Schumacher und Hermann Langbein – im KZ Neuengamme und erfreuten dort die „Häftlingsgesellschaft“ unter anderem mit der gemeinsamen Darbietung von Auszügen aus der „Dreigroschenoper“ von Bert Brecht und Kurt Weill. Burian und Geschonneck gehörten zu den wenigen der über 7.000 Menschen, die das angelsächsische Bombardement auf das schwimmende KZ, den einstigen Luxusliner „Cap Arcona“ und die „Thielbeck“, am 3. Mai 1945 in der Lübecker Bucht zusammen mit Jan Kurt Behr, Benjamin Jacobs, Antoni Boron und Robert Alt überlebten.²³

Behr und Alt zählten zu den „Ostjuden“, die von der Rettungsaktion der „Weißen Busse“ des schwedischen Roten Kreuzes unter Leitung von Folke Bernadotte Ende April 1945 ausgeschlossen blieben, während Harry Hermann Spitz und Leo Klüger als „Westjuden“ mit 46 weiteren Häftlingen Anfang Mai 1945 so die Freiheit erlangten.²⁴ Von den Überlebenden der „Cap Arcona“-Katastrophe wurden 19 ehemalige Häftlinge des Lagers aus Auschwitz-Fürstengrube im Juli 1948 im Lager für Displaced Persons in Neustadt zu diesem bis heute umstrittenen Komplex einer verweigerten Rettung von Juden aus Osteuropa befragt. Sie bestätigten diesen Tatbestand.²⁵

böhmischen Ländern in nationalsozialistischen Konzentrationslagern und Gefängnissen, Frankfurt/Main 1998 (2. Aufl. bei Zweitausendeins), S.306-310.

22 Es handelte sich um die Rittergrotteske von Rudolf Kalmar „Die Blutnacht auf dem Schreckenstein oder Wahre Liebe ist das nicht“. Dazu Jörg Wollenberg: Viktor Matejka und Kurt Schumacher als Häftlingsbibliothekare in Dachau und Flossenbürg, in: Spurensuche. Mitteilungen des Vereines zur Geschichte der Volkshochschulen, NF 16, Wien 2005, H. 1-4: „Volksbildung mache ich wo immer...“. Viktor Matejka, 1901-1993, S.37-53, hier S.39.

23 Siehe Erwin Geschonneck: Meine unruhigen Jahre, Berlin 1984, S.121-129; Emil František Burian: Die Schiffbrüchigen der Cap Arcona, Prag 1945 (in tschechisch), zit. nach: Kuna, Musik, S.309f.; dazu auch Wollenberg, Ahrensböck, S.178-188; Wilhelm Lange: Cap Arcona. Das tragische Ende der KZ-Häftlingsflotte am 3. Mai 1945. Dokumentation, Neustadt 1988.

24 Siehe Wollenberg, Ahrensböck, S.250-259.

25 Siehe Akten und Dokumente zur Voruntersuchung gegen den Lagerältesten von Fürstengrube, Hermann Joseph, STA Nürnberg, Staatsanwaltschaft Ansbach, Nr. 1316; Wollenberg, Ahrensböck, S.162-165, 206-208, 250-259.

Der Pädagoge Robert Alt verdankte seine Rettung zwei Wehrmachtsoldaten aus Bremen, die sich nicht an die Weisung der SS hielten, keinen Häftling aus der kalten Ostsee zu retten. Der 1904 geborene und in Neustadt seit 1942 dienstverpflichtete oppositionelle Bremer Kommunist Fritz Halberstedt verfasste dazu am 17. Oktober 1952 einen ausführlichen Bericht, den zahlreiche Zeitzeugen der letzten Etappe des Todesmarsches von Auschwitz nach Ostholsten bestätigten, vor allem diejenigen, die als Displaced Persons noch bis 1948/49 in Neustadt blieben.²⁶

Robert Alt war schon im März 1933 als Lehrer der von Fritz Karsen mitbegründeten Karl Marx-Schule in Berlin-Neukölln entlassen worden und arbeitete anschließend illegal als Erzieher in dem Jüdischen Landschulheim Caputh, einem Haus, das Albert Einstein vor seiner Emigration der jüdischen Gemeinde gestiftet hatte. Alt durchlief verschiedene Arbeitslager. Er kam über das Ghetto von Litzmannstadt (Łódź) in das Lager Wolsztyn, bevor er nach Auschwitz deportiert wurde. In Auschwitz-Fürstengrube konnte Robert Alt mithilfe eines in Geheimschrift verfassten Briefwechsels mit seiner Frau den Kontakt nach außen aufrechterhalten. So ergibt die Entschlüsselung des Textes eines Gedichtes von Matthias Claudius folgenden Sinn: „Dank für Flöte, vierzig Mark und Marken“. Seine in Berlin lebende, selbst gefährdete Lebensgefährtin veranlasste also die Zusendung einer Flöte, für die Alt sich brieflich in Geheimschrift mit dem berühmten Gedicht des Leiters des „Wandsbecker Bothen“ bedankte („Der Mond ist aufgegangen“). Diese Flöte erlaubte wiederum dem musikalisch begabten Lehrer, Mitglied des Orchesters in Fürstengrube zu werden. So überlebte Robert Alt als nicht „verfügbarer“, d. h. als privilegierter, in der Küchenabteilung tätiger Häftling, der als Mitglied der Kapelle in Auschwitz-Fürstengrube von harter unterirdischer Bergbauarbeit befreit blieb und nach 1945 das Bildungswesen in Berlin und in der DDR mitprägen konnte.²⁷

Überleben durch Kunst hinter dem Stacheldraht

Zu den kulturellen Veranstaltungen in den Konzentrationslagern wurden häufig bildende Künstler herangezogen. So berichten der Lagerälteste Hermann Joseph und Leo Klüger, Mitglied der Schauspieler- und

26 Der Bericht und weitere Aussagen zur Cap Arcona-Katastrophe bei Wollenberg, Ahrensböck, S.186-188, 178-185 (Jacobs), 190-192 (Behr).

27 Siehe Bodo Friedrich/Dieter Kirchhöfer/Christa Uhlig (Hrsg.): Robert Alt (1905-1978), Frankfurt/Main 2006, besonders S.137-181 mit biografischen Zugängen. Dem Sohn Stefan Alt verdanke ich zahlreiche Hinweise zum unveröffentlichten Briefwechsel von Robert Alt aus Auschwitz.

Musikergruppe in Auschwitz-Fürstengrube, vom Bau einer versenkbaren Bühne „mit beweglichen Kulissen, Vorhang, Beleuchtung und Scheinwerfern [...] Die Kulissen malte Claude, ein französischer Künstler. Die Arbeit wurde von vorn bis hinten mit Kreativität und großem handwerklichen Können durchgeführt.“²⁸

Die Überlebensperspektiven der Häftlinge verbesserten sich besonders nach 1943 beträchtlich, wenn sie künstlerische Zwangsarbeit für die SS in den sogenannten Zeichenstuben und Künstlerwerkstätten verrichten durften. In den Tischlereien, Glasereien, Druckereien und Schlossereien der KZ entstanden kunsthandwerkliche „Meisterleistungen“, die nicht nur der Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse von SS-Angehörigen dienten, sondern die auch die Weltöffentlichkeit erreichen sollten. So produzierten z. B. im KZ Theresienstadt jüdische Häftlinge wie Kurt Gerron und František Zelanka im Auftrag der SS im Sommer 1944 den Propagandafilm „Der Führer schenkt den Juden eine Stadt“. Nachdem dieses Mitte September 1944 beendete „Werk des Wahnsinns“ der Öffentlichkeit präsentiert worden war, erhielten die Mitarbeiter von der SS Geschenke und großzügige Vergünstigungen, um „einige Wochen darauf“ fast alle „in die Gaskammer geschickt“ zu werden.²⁹ Mit solchen „Verschönerungsaktionen“ zur „Freizeitgestaltung“, mit Kaffeehäusern, Konzert- und Theatersälen, Büchereien oder Kinderspielplätzen gelang es der SS, das Internationale Rote Kreuz als willfähiges Sprachrohr zu täuschen und das „Ghetto“ Theresienstadt öffentlich ab Februar 1944 zum „jüdischen Siedlungsgebiet“ zu erklären.³⁰

In den Veröffentlichungen von Schneider, Stütz, Seidel und in neuerer Zeit von Didi-Hubermann und Bruhns³¹ finden wir zahlreiche Beispiele für künstlerische Zwangsarbeit von Bildhauern, Malern, Grafikern, Fotografen und Kunsthandwerkern in Buchenwald, Neuengamme und Auschwitz, auch das Beispiel des Überlebenskampfes von Bruno Apitz („Nackt unter Wölfen“), der den mörderischen Bedingungen der Ar-

28 Klüger, Lache, S.307.

29 H.[ans] G.[ünther] Adler: Theresienstadt 1941-1945, Tübingen 1955, S.180.

30 Zur problematischen Rolle des Deutschen und Internationalen Roten Kreuzes siehe u. a. Birgitt Morgenbrod/Stephanie Merkenich: Das Deutsche Rote Kreuz unter der NS-Diktatur 1933-1945, Paderborn 2008; Dieter Riesenberger: Für Humanität in Krieg und Frieden. Das Internationale Rote Kreuz 1933-1977, Göttingen 1992.

31 Siehe Wolfgang Schneider: Kunst hinter Stacheldraht, Leipzig 1976; Marina Stütz (Hrsg.): überleben und widerstehen. Zeichnungen von Häftlingen des Konzentrationslagers Auschwitz 1940-46, Fulda 1979; Sonja Seidel: Kultur und Kunst im antifaschistischen Widerstand im Konzentrationslager Buchenwald, NMG Buchenwald 1983; Georges Didi Hubermann: Bilder trotz alledem, München 2007; Maike Bruhns: „Die Zeichnung überlebt...“. Bildzeugnisse von Häftlingen des KZ Neuengamme, Bremen 2007.

beit im Schachtkommando ausgesetzt war. Auf Anregung seiner Freunde schnitzte er in seiner spärlichen Freizeit aus einem Stück Holz eine Arbeiterfigur, die ihm für vier Jahre einen Arbeitsplatz im Block 12 in der Bildhauerwerkstatt der „Künstlerwerkstätte“ Buchenwald einbrachte. Allein 140 Künstler überlebten in den Fälscherkommandos von Sachsenhausen und Mauthausen, wo sie gezwungen wurden, für die Gestapo ausländische Währungen, falsche Pässe und wichtige Dokumente anzufertigen. Oft waren es „unvorhergesehene Überlebenschancen“ und „Glücksfälle des Überlebens in der Hölle“, wie Hans Landauer berichtet, wenn ihm und anderen Dachau-Häftlingen ein Arbeitsplatz in der SS-Porzellanmanufaktur Allach bei München angeboten wurde, an dem sie ab 1941 für die „Aufrechterhaltung des Betriebes“ sorgten.³² Und dennoch litten viele der inhaftierten Maler, Musiker und Schauspieler, die ihre Aufgabe zur „Manipulation der Gefangenen und der Erbauung der Mörder(innen)“³³ ausüben mussten, unter den Schuldgefühlen und dem psychischen Druck, die ihre privilegierte Tätigkeit gegenüber den anderen Häftlingen erzeugte. Denn es war nicht zu übersehen, dass die SS die Künstler nicht nur zur Verschleierung der Grausamkeiten vor der Öffentlichkeit nutzte, sondern gleichzeitig zur Demütigung der Häftlinge. Hans Günther Adler registrierte außerdem das zunehmende Leugnen der Realität im KZ durch die Wahrnehmung künstlerischer Aktivitäten im Rahmen der „Verschönerungspolitik der SS“ in Theresienstadt, die „unfreiwillig die Opfer weitgehend an die Verfolger anglich“: „Viele der jungen, menschlich unreifen Musiker und Theaterleute büßten jeden Halt ein, nahmen Starallüren an und vergaßen beinahe das Lager und die SS. Ein begabter Dirigent führte gedankenlos das Prominentenleben eines vom Publikum umjubelten Lieblings der Musen. Man betäubte sich, verleugnete die Gegenwart und, was am bedenklichsten ist, man erfüllte ahnungslos willig die Wünsche der SS.“³⁴ Unter den wesentlich härteren Bedingungen der Vernichtungslager waren solche Selbsttäuschungen in der Regel unmöglich.

32 Hans Landauer: *Nazi Porzellan als Glücksfall für Häftlinge*, in: Jan Tabor (Hrsg.): *Kunst und Diktatur. Architektur, Bildhauerei und Malerei in Österreich, Deutschland, Italien und der Sowjetunion 1922-1956*, Bd. 2, Baden 1994, S.600-624. Dazu auch Daniella Seidl: *Zwischen Himmel und Hölle. Das Kommando Plantage des KZ Dachau*, München 2009.

33 Martina Kliner-Fruck: „Es ging ja ums Überleben“. *Jüdische Frauen zwischen Nazi-Deutschland, Emigration nach Palästina und ihrer Rückkehr*, Frankfurt/Main 1995, S.101; dazu auch Cordula Kagemann: *Überleben durch Kunst? Zum Stellenwert der Kunst in den Konzentrationslagern*, Diplomarbeit im Studiengang Weiterbildung der Universität Bremen 2000, S.36-40.

34 Adler, *Theresienstadt*, S.588, 176.

„Musik an der Grenze des Lebens“ nannte der tschechische Wissenschaftler Milan Kuna seine umfangreiche Darstellung über das Leben der Musiker-Häftlinge in den Konzentrationslagern und Ghettos von Dachau, Theresienstadt, Buchenwald, Sachsenhausen, Ravensbrück, Mauthausen, Auschwitz und Łódź. Eine eindrucksvolle Dokumentation über die Bedeutung der musikalischen Aktivitäten, deren Anlässe ebenso unterschiedlich waren wie die Musik, die gemacht wurde. „Es gab Gesang und Instrumentalmusik, es wurde klassische Musik gespielt, aber auch Bar-Musik, Jazz und Zwölftonmusik. Gassenhauer wurden gesungen, Opern wurden aufgeführt, und in einer Zuchthauszelle ist sogar eine Oper komponiert worden. Daß sich so viele Häftlinge mit Musik beschäftigt haben, überrascht und wurde bisher kaum zur Kenntnis genommen“, resümiert Kuna seine Forschungsergebnisse.³⁵ In der Tat erfuhren Komponisten in Theresienstadt wie Viktor Ullmann, Hans Krasa, Gideon Klein, Rudolf Karel oder Karel Reiner erst in den letzten Jahren posthume Uraufführungen ihrer Werke. Anne Sofie von Otter spielte 2007 eine CD bei der Deutschen Grammophon ein: „Terezín/Theresienstadt“ mit bislang nicht zugänglichen Stücken u. a. des Pianisten der „Ghetto-Swingers“, Martin Roman, mit Adolf Strauss’ „Tango über die Sehnsucht nach einer fernen Geliebten“, Ilse Webers „Wanderung durch Theresienstadt“ und mit den von Ulrike Migdal kommentierten Sonett-Vertonungen von Viktor Ullmann.³⁶ „Ullmann bekannte in seinem Aufsatz ‚Goethe und Ghetto‘, daß wir [als Künstler] keineswegs bloß klagend an Babylons Flüssen saßen und daß unser Kulturwille unserem Lebenswillen adäquat war“.³⁷ Einige der Künstler und Häftlingsbibliothekare hatten vor 1933 Erfahrungen im Bereich von Kultur und Bildung, auch in der Weiterbildung, gesammelt. Der Schauspieler und Theaterintendant Edgar Bennert (1890-1960), vor 1933 Chefredakteur der Bremer „Arbeiter-Zeitung“, prägte

35 Siehe Kuna, Musik, S.351; dazu auch: Guido Fackler: „Des Lagers Stimme“ – Musik im KZ. Alltag und Häftlingskultur in den Konzentrationslagern 1933-1936, Bremen 2000; Eckhard John: Musik im Konzentrationslager, in: Archiv für Musikgeschichte, 48, 1991, S.14-36.

36 Terezín/Theresienstadt. Anne Sofie von Otter, Bengt Forsberg, Christian Gerhauer, Daniel Hope. CD der Deutschen Grammophon GmbH, Hamburg 2007 (002896546); zu Gideon Klein: Hans-Günther Klein, Gideon Klein, Hamburg 1995.

37 Zit. nach: Ulrike Migdal (Hrsg.): Und die Musik spielt dazu. Chansons und Satiren aus dem KZ Theresienstadt. Mit einem Essay über Kunst im Konzentrationslager, Zürich 1986. Zur Musik und den Musikschaffenden im „Dritten Reich“ siehe neben Fred K. Prieberg: Musik im NS-Staat, Frankfurt/Main 1982, die Trilogie von Michael H. Kater: Gewagtes Spiel. Jazz im Nationalsozialismus, Köln 1995, Die missbrauchte Muse. Musiker im Dritten Reich, München-Wien 1998, Komponisten im Nationalsozialismus. Acht Porträts, Berlin 2004. Hinzuweisen ist auch auf die deutsch-französische Zusammenarbeit im Rahmen der Ausstellung „Das Dritte Reich und die Musik“, Paris 2004, Berlin 2006.

z. B. die „Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur“ und war in Bremen 1931 an der Gründung der Marxistischen Arbeiterschule (MASCH) beteiligt. Er initiierte in der Endphase Weimars die „Soziologische Studiengemeinschaft“ als Modell der Kooperation mit Bürgerlichen, um die antifaschistische Bildungsarbeit auszuweiten und Erich Mühsam, Erich Wehnert oder Alfons Goldschmidt in Bremen zu Wort kommen zu lassen.³⁸ Ab April 1933 durchlief Bennert mehrere Konzentrationslager (Bremen-Mißler, Esterwegen und Sachsenhausen). Über die von ihm, Karl Bock, Hans Seigewasser, Herbert Bender, Werner Jacobi und Bernhard Bästlein geleiteten „Schallerabende“ und Dichterlesungen wie auch über die Darbietungen eines tschechischen Streichorchesters in Sachsenhausen berichtet der Lagerälteste Harry Naujoks und hebt dabei die Zusammenarbeit mit den Gruppen der Jugendbewegung hervor.³⁹ Besonders wirkungsvoll erwies sich die Zusammenarbeit mit dem Nerother Robert Oelbermann, einer der Kultfiguren der Jugendbewegung. Diesem als Homosexueller mit dem Rosa Winkel besonders gefährdeten Häftling gelang es, im Block 14 einen auch für Häftlinge aus anderen Baracken offenen geistigen Austausch in Gang zu setzen, der nicht nur seine Gruppe am Überleben hielt. „Es werden Vorträge gehalten, es wird gesungen, es wird musiziert, es werden hübsch erdachte Kabarettaufführungen gestartet, oder es wird über irgendwelche Fragen aus Kunst, Wissenschaft, Wirtschaft und sogar Theologie debattiert. Nur die politischen Themen werden ängstlich vermieden, denn man ist sich doch nicht ganz sicher, ob es nicht Rinnsale bis hinaus vor das Tor gibt“, erinnerte sich später Albert Christel.⁴⁰ Selbst unter den extremen Bedingungen der Foltermethode des „Stehkommandos“ – Häftlinge wurden im Freien mit Wasser übergossen und mussten bei Minusgraden stundenlang stehen – fertigte Oelbermann in einer Nische des Waschraums Lieder an und diktierte dem neben ihm kauernenden Richard Grune, Kamerad aus besseren Wandertagen, in zwei Schreibhefte die Entwürfe für das spätere „Sachsenhausen-Liederbuch“.⁴¹ Nachdem Robert Oelbermann im August 1940 nach Dachau verlegt wurde, wo er am 29. März 1941 umkam, setzte Edgar Bennert nach seiner zweiten Einweisung ins KZ Sachsenhausen diese Tätigkeit fort und über-

38 Siehe Jörg Wollenberg u. a.: Von der Krise zum Faschismus. Bremer Arbeiterbewegung 1929-33, Frankfurt/Main 1983, S.50-56.

39 Naujoks, *Leben*, S.152-154, 287-300; Barbara Kühle/Heinz Neumann: Edgar Bennert, Künstler, Kämpfer, Kommunist, Schwerin 1985, S.6-9.

40 Albert Christel kam aus der Freischar und war Lehrer an der Freien Schule von Curt Bondy. Siehe *Die Waldeck: Lieder – Fahrten – Abenteuer*. Die Geschichte der Burg Waldeck von 1911 bis heute, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck e.V., Potsdam 2005, S.216.

41 Günther Morsch (Hrsg.): *Sachsenhausen-Liederbuch*, Reprint Berlin 1995, S.22.

nahm ab 1941 im Kommando Häftlingsschreibstube auch die Leitung der Lagerbibliothek. Als Blockältester im Block 52 initiierte Bennert kulturelle Veranstaltungen, die den Lebenswillen der Häftlinge stärkten und über die u. a. tschechische Studenten und Schriftsteller wie Bohdan Rossa und Jiří Hajek nach 1945 Rechenschaft ablegten.⁴² Besonders beeindruckten die Versuche von Bennert und Fritz Hirsch (Reinhardt-Bühnen), das klassische Erbe unter den Bedingungen der KZ-Haft zu pflegen – mit Rezitationen, Liederabenden und Theaterinszenierungen (u. a. Goethes „Faust“ mit Bennert als Faust, Hellmut Bock als Mephisto und Gustav Voß als Wagner). Über diese Aktivitäten – als Ausdruck des inneren Widerstandes gegen den Faschismus mit den Mitteln der Kunst – liegen für Sachsenhausen zahlreiche authentische Belege vor. Wir verweisen dazu neben Naujoks exemplarisch auf die „Aufzeichnungen aus fünf Jahren Schutzhaft“, die Arnold Weiß-Rüthel 1949 unter dem Titel „Nacht und Nebel. Ein Sachsenhausenbuch“ vorlegte. Besonders Häftlinge aus dem von deutschen Truppen besetzten Teilen Europas und zahlreiche „Prominente“ aus Österreich betonen in ihren Erinnerungen immer wieder die Bedeutung der kulturellen Aktivitäten im Überlebenskampf der Häftlinge, die an der Schwelle zwischen Leben und Tod dahinvegetierten und das Ausmaß der Entwürdigung täglich ertragen mussten.⁴³

Das Modell Dachau als internationaler Lernort und Kulturwerkstatt der Überlebenskunst für Ausgegrenzte im KZ

Immer wieder präsentierte die SS auswärtigen Gästen und dem Internationalen Roten Kreuz die Bildungseinrichtungen in den Ghettos und Konzentrationslagern. Mit besonderem Stolz zeigte sie das kulturpolitische

42 Siehe ebenda, S.10f.; Jiří Hajek: Unser Harry, in: Literarische Monatshefte, Prag, August 1984, nachgedruckt in: Naujoks, Leben, S.7-9.

43 Siehe dazu neben den schon zitierten Autoren u. a. Eugen Kogon: Der SS-Staat: das System der deutschen Konzentrationslager, zuerst Frankfurt/Main sowie München 1946; Hermann Langbein: Menschen in Auschwitz, Wien 1972; Primo Levi: Ist das ein Mensch?, Frankfurt/Main 1988; René Coudy/Simon Laks: Musique d'un autre monde, Paris 1948; Ruth Elias: Die Hoffnung hielt mich am Leben, 3. Aufl. München 1988; Anselm J. Gram: Turm A ohne Neuigkeit. Erleben und Bekenntnis eines Österreicherers. Ein Komponist, Maler und Schriftsteller schildert das KZ, Wien-Leipzig 1946; Herbert Mandl: Musik aus der Finsternis. Ein Lebensbericht aus Auschwitz und Dachau, Ingolstadt 1983; Eberhard Schmidt: Ein Lied – ein Atemzug: Erinnerungen und Dokumente. Gesprächspartner und Hrsg. Manfred Machlitt, Berlin 1987; Alfons Waiser: Die Musik stärkte uns, in: Internationales Buchenwald-Komitee: Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung, Frankfurt/Main 1960; Daniella Seidl: „Zwischen Himmel und Hölle“. Dachauer Diskurse, Bd. 1, hrsg. von Bernhard Schoßig und Robert Sigl, München 2008.

sche Aushängeschild des Konzentrationslagers Dachau vor, die im Herbst 1933 eingerichtete Häftlingsbibliothek mit eigenen Räumlichkeiten in der Baracke 10, in der auch Kranke und Invalide untergebracht waren und in der sich ebenfalls die Kantine befand. Ursprünglich – wie in den Zuchthäusern und in vielen der frühen Konzentrationslager in Anlehnung an alte Schutzhaftordnungen – zur Umerziehung der Häftlinge und zur nazistischen Indoktrination benutzt, gelang es inhaftierten Intellektuellen, Künstlern und Schriftstellern bald, die Lesemöglichkeiten wenigstens einem Teil der Gefangenen zugänglich zu machen. „Es ist wurscht“, urteilte dazu Viktor Matejka, der österreichische Linkskatholik und Häftlingsbibliothekar in Dachau, „ob die Lagerbücherei von der SS nur eine Alibifunktion für Besucher hatte. Wesentlich ist, was die Häftlinge, besonders die Bücherei-Leiter aus der Bücherei machten.“⁴⁴

Nico Rost, vom 10. Juni 1944 bis zum 30. April 1945 im KZ Dachau als Häftling, veröffentlichte am 1. August 1946 seine „an Hand von zahlreichen, an Ort und Stelle, auf den verschiedenartigsten Papieren und Zetteln gemachten Tagebuchaufzeichnungen“ unter dem Titel „Goethe in Dachau“.⁴⁵ Der aus den Niederlanden stammende Schriftsteller hatte als Pfleger im Häftlingskrankenbau Dachau alle Torturen überstanden. Für ihn bedeutete die Beschäftigung mit deutscher Literatur Überlebenshilfe. Sie trug zur geistigen Selbstbeauptung bei. Kultur und Bildung erweisen sich gerade in Grenzsituationen als „Ausdrucksformen der Aufrechterhaltung des Mensch-Seins unter unmenschlichen Bedingungen“.⁴⁶

„Die alte Erde steht noch, und der Himmel wölbt sich noch über mir! Ein alter Ausspruch Goethes [...] So lange es noch ist, wie Goethe sagt, ist nichts verloren.“ So beginnen die Tagebuchaufzeichnungen von Rost.

44 Antwort von Viktor Matejka am 20. Februar 1987 auf die Fragebogenaktion von Herbert Exenberger. Neben Matejka hatte der Bibliothekar des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes noch weitere 23 Häftlinge über die Lagerbücherei und das Leseverhalten im KZ Dachau befragt, darunter Karl Röder. Auf diese Ergebnisse griff schon Seela in seiner Pionierstudie zurück. Exenberger selbst fasste seine Fragebogenaktion noch einmal systematisch zusammen unter dem Titel „Bibliothekar im KZ Dachau“ in: Franz Richard Reiter (Hrsg.): *Wer war Viktor Matejka?*, Wien 1994, S.34-47, hier S.37; siehe auch Spurensuche, 2005, S.37-53.

45 Nico Rost: *Goethe in Dachau. literatuur en werkelijkheid [Literatur und Wirklichkeit]*, Amsterdam [1946], Vorbemerkung. Eine der ersten deutschen Ausgaben, übersetzt von Edith Rost-Blumberg, erschien 1948 im Verlag Volk und Welt, Berlin mit einer Einleitung von Anna Seghers, nach der wir zitieren. Neuauflage mit einem Nachwort von Wilfried F. Schöler in München 2001.

46 Lutz Niethammer: *Häftlinge und Häftlingsgruppen im Lager*, in: Ulrich Herbert/Karin Orth/Christoph Dieckmann (Hrsg.): *Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur*. Bd. 2, Göttingen 1998, S.1046-1060, hier S.1058.

Und sie halten unter dem 11. Februar 1945 angesichts des Flecktyphus im Lager fest: „Konstatiere stets aufs neue, wie gut es ist, so viel wie möglich zu lesen und zu schreiben. Wer vom Essen spricht, bekommt stets größeren Hunger. Und die am meisten vom Tode sprachen, starben zuerst. Vitamin L (Literatur) und Z (Zukunft) scheinen mir die beste Zusatzverpflegung.“⁴⁷ Der Büchermensch, Übersetzer und Autor Nico Rost überlebte so die KZ-Haft und konnte nach 1945 weiter als Kulturvermittler zwischen Deutschland, Österreich, der Schweiz, Frankreich und den Niederlanden wirken.

Auch der aus Nürnberg stammende Karl Röder, nach 1945 enger kulturpolitischer Mitarbeiter von Viktor Matejka in Wien, beschreibt in seinen Erinnerungen über die zehn Jahre Haft in Dachau und Flossenbürg von 1934 bis zum 10. November 1944 den Prozess der „geistigen Selbstbehauptung“ im Umgang mit Büchern und in den monatelangen Diskussionen darüber: „Ich war damals 26 Jahre alt und vier Jahre im Lager. Schon damals hatte ich mich an Diskussionen beteiligt. In diese stürzte ich mich mit der größten Begeisterung. Sie gingen auf prinzipielle Fragen ein, deren Bedeutung für unser Lagerleben außer Zweifel stand. [...] Manch einer hat im Lager die Grundsteine zu einem Weltbild gelegt, die sich später als brauchbar und ausbaubar erwiesen. Ich jedenfalls habe erst dort die Kraft des Denkens entdeckt. Der wichtigste Teil meiner geistigen Entwicklung hat sich im Lager vollzogen.“⁴⁸ Während der in der Buchbinderei arbeitende Österreicher Bruno Furch die Gedichte von Lamartine und Baudelaire „Fleur du Mal“ übersetzte, übertrug Röder die Novellen Maupassants ins Deutsche, nachdem sie zuvor die französischsprachigen Originale aus der Lagerbücherei entliehen hatten.

Das Konzentrationslager Dachau, im März 1933 für maximal 5.000 Insassen aus Deutschland geplant und im Verständnis der SS als eine moderne Umerziehungsanstalt für „Nörgler“ und „Arbeitsscheue“ aus den Reihen der Kommunisten und Sozialdemokraten konzipiert, öffnete nach dem Abschluss der Bauarbeiten für ein neues Gefangenenlager im Herbst 1937 seine Tore viermal in der Woche für Besucher und das Internationale Rote Kreuz, um die Öffentlichkeit auf die Erfolge ihrer „Umerziehungspolitik“ aufmerksam zu machen, ab 1938 verstärkt auch für Besucher aus Österreich und der Schweiz. Hinter dem eisernen Eingangstor mit der Aufschrift „Arbeit macht frei“ befanden sich nicht nur das Lager, ein Zuchthaus – als Bunker mit 136 Zellen – und ein leistungsfähiges Kre-

47 Rost, Goethe, S.223.

48 Karl Röder: *Nachtwache. 10 Jahre KZ Dachau und Flossenbürg*, Wien-Graz-Köln 1985, S.278-315, hier S.279f.

matorium, ausgestattet mit Gaskammern, sondern auch eine Schule mit Vortrags- und „Schulungsraum“, ein Kinderspielplatz, eine Kaffeestube, ein Standesamt, eine Kapelle für Gottesdienste. Das Mitglied der französischen Résistance de Compiègne Joseph Rován behielt diese Kapelle in dem Ort des Terrors als „Stätte des Friedens und der Zurückgezogenheit inmitten eines überbevölkerten und ruhelosen Lagers“ in Erinnerung.⁴⁹ Selbst auf ein Bordell wurde nicht verzichtet. Die „Prämien Scheine“ für Lebensmittel und Kleidung für die Funktionshäftlinge wurden ab 11. Mai 1944 auf Bordellbesuche ausgeweitet. Und selbstverständlich ließ die SS neben Sportaktivitäten (vor allem Fußball und Boxen) kulturelle Betätigungen zu. Es standen unter anderem zur Verfügung (mit den Begriffen der Nazis ausgedrückt): „Künstlerwerkstätten“, „Zeichenstuben“, eine Theatertruppe mit Konzert- und Theatersaal und einer eigenen Musikkapelle. Freilich handelte es sich dabei nicht um ein „Kurorchester“, sondern die Kapelle hatte ähnlich wie die in Auschwitz-Fürstengrube die Aufgabe, zunächst einmal frühmorgens und abends auf dem Appellplatz aufzuspielen, wenn die Häftlinge zur Arbeit ausrückten und wenn sie ins Lager zurückkehrten. Aber sie hatte auch die Pflicht aufzutreten, wenn offizielle Gäste zu Besuch kamen oder die Lagerleitung und die Funktionshäftlinge es wünschten. Dabei konnten sie auch auf Chöre, Jazz-Ensembles, Kammerorchester, Liederabende, auf Tanz, Kabarett, Folklore zurückgreifen. Als eine Bauchtyphus-Epidemie in Dachau den Häftlingen im Frühjahr 1943 ungewöhnlich viel Freizeit verschaffte, bauten sie in der Nähe der Desinfektionsbaracke eine Freilichtbühne, die mit einem Stück des Österreicherers Rudolf Kalmar eingeweiht wurde: „Die Blutnacht auf dem Schreckenstein oder Wahre Liebe ist das nicht“ – mit dem Schauspieler Erwin Geschonneck in der Hauptrolle der Rittergroteske, in der er die Mimik und Gestik des „Führers“ so erfolgreich imitierte, dass selbst die SS-Leute sich vor Freude auf die Schenkel schlugen.⁵⁰

„Bildung aus dem Widerspruch“ (Matejka)

Wie war es möglich, in den deutschen Konzentrationslagern nicht nur die nationalsozialistischen Klassiker wie Hitlers „Mein Kampf“, Alfred Ro-

49 Joseph Rován: Geschichten aus Dachau, München u. a. 1992, S.161.

50 Jürgen Zarusky: Widerstand von Häftlingen im KZ Dachau, in: Johannes Tuchel (Hrsg.): Zur Realgeschichte und Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur, Göttingen 2005, S.78f. (Zarusky stützt sich hierbei auf: Rudolf Kalmar: Zeit ohne Gnade, Wien 1946.) Erwin Geschonneck, der spätere Defa-Filmschauspieler und Mitglied des Berliner Ensembles unter Brecht, hat diese Ereignisse in seinen Erinnerungen dokumentiert, siehe Geschonneck, Jahre, S.105-113.

senbergs „Mythus des XX. Jahrhunderts“ oder Hans Grimms „Volk ohne Raum“ lesen zu können, sondern trotz aller Kontrollmaßnahmen auch verbotene und verbrannte Bücher? Und wie kamen diese in das KZ? Zeitzeugen wie Karl Röder, Viktor Matejka, Jorge Semprun, Edgar Bennert, Karl Schirdewan oder Harry Naujoks informieren darüber im Detail, und Wissenschaftler wie Herbert Exenberger und Torsten Seela haben das vorliegende Material systematisch ausgewertet.⁵¹ Die Ahnungslosigkeit der SS-Wächter in Fragen der Literatur erlaubte den Häftlingsbibliothekaren, auf Bücher zurückzugreifen, die auf dem Index der Reichskulturkammer standen. So gelang es 1940 in Sachsenhausen, über tschechische Studenten und Wissenschaftler eine Geldsammlung zu organisieren, um die Häftlingsbibliothek mit rund 800 Büchern, die aus dem KZ Esterwegen und aus Zuchthäusern stammten, um 1.000 Buchtitel zu erweitern.⁵² Und Karl Röder berichtet: „Ich habe z. B. in Dachau folgende Bücher gelesen: von Karl Kraus ‚Die letzten Tage der Menschheit‘, ‚Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie‘ von Friedrich Engels, ‚Das Feuer‘ von Henry Barbusse, ‚Die eiserne Ferse‘ von Jack London und viele andere. Ich lernte erst dort Peter Altenberg, Egon Friedell, Musil und Kafka kennen. Wir besaßen Bücher von Thomas und Heinrich Mann, Thomas Wolfe, Theodore Dreiser, Emile Zola, Andersen Nexö usw. Es ist unmöglich, sie alle aufzuzählen.“⁵³

Die Häftlingsbibliothek in Dachau mit ihren 18.000 Bänden wurde dank des Engagements Matejkas und seines späteren Intimfeindes Kurt Schumacher, dem ersten Vorsitzenden der SPD nach 1945, von den KZ-Insassen als Zentrum der Information, Konspiration und des Widerstands genutzt, aber auch als Ort der Ruhe und Reflexion, der Entspannung und Ablenkung, als Stätte zur Bewältigung des qualvollen Häftlingsalltags. Die Häftlinge in Dachau profitierten dabei von den besonderen Umständen seit der Gründung des KZ: Die Dachauer Lagerbibliothek entstand 1933 auf Anregung des inhaftierten Rosenheimer Verlegers Heinrich Bergmann und geistlicher KZ-Insassen, die Spenden der katholischen Volksbibliothek in der Stadt Dachau erhielten. Da die Häftlinge alle Zivilsachen in der Effektenkammer abgeben mussten, versteckten Röder und Matejka die dort lagernden Buchbestände, bevor die SS diese zur Heizung der Öfen verwenden konnte. Vor allem durch den Zugang beschlagnahmter jüdischer Literatur aus Wiener Magazinen und Privatbibliotheken gelangten

51 Siehe Röder, *Nachtwache*, S.286-294; Torsten Seela: *Lesen und Literaturbenutzung in den Konzentrationslagern. Das gedruckte Wort im antifaschistischen Widerstand der Häftlinge*, Diss. A, Berlin 1990; Exenberger, *Bibliothekar*.

52 Siehe Naujoks, *Leben*, S.175.

53 Röder, *Nachtwache*, S.286 (Anhang).

mit den österreichischen Häftlingen Tausende von Bänden nach Dachau, welche diese zum Teil in den Baracken versteckten oder, was sich nach Röder als ungefährlicher herausstellte, in die Bibliothek einreichten. Das war nur mit Tricks möglich. Unter dem Vorwand, die neuen Bände müssten erst repariert werden, trugen die von der SS eingesetzten „Buchsachverständigen“ unter Anleitung des Wiener Archivars Franz Sperk die Bücher in die Buchbinderei und tauschten sie dort gegen nicht gelesene Nazi-Literatur aus. So kamen Werke von Karl Kraus und Hefte der „Fackel“ in die Hände der Häftlinge. „Die Tatsache, daß wir Karl Kraus ins Lager gebracht hatten, war ein kleiner Sieg über die SS“, hielt Matejka fest.⁵⁴ Dazu kam die Möglichkeit – nicht nur in Dachau –, sich Bücher ins KZ senden zu lassen oder durch Geldsammlungen im KZ auswärtige Fachbuchkäufe anhand von Verlagsprospekten zu organisieren. Beachtliche Schmuggelkünste, vor allem aber die Unbelesenheit und Dummheit der SS-Wachen trugen wesentlich dazu bei, dass regimfeindliche Literatur nicht nur das Lager erreichte, sondern in die Häftlingsbücherei eingereicht werden konnte. Dennoch: Krimis und Unterhaltungsromane von Ganghofer und Karl May gehörten zur bevorzugten Lektüre der Häftlinge, es sei denn, dass sie von den Bibliothekaren auf besondere Bücher aufmerksam gemacht wurden. Auf jeden Fall gewann Viktor Matejka bei der Vergrößerung der Buchbestände eine herausragende Rolle. Das „Organisieren“, der humanistische Diebstahl, war seine Stärke. „Die Not verführt, und die List zur geistigen und körperlichen Selbsterhaltung macht auch vor dem Organisieren nicht halt“, berichtete er.⁵⁵ Als das Gelände des KZ Dachau zwischenzeitlich von der ersten SS-Totenkopf-Frontdivision als Ausbildungsstätte benötigt wurde und die Häftlinge nach Buchenwald, Mauthausen und Flossenbürg ausgelagert worden waren, konnte Matejka seine Tätigkeit gegen den Willen Kurt Schumachers ab Oktober 1939 im KZ Flossenbürg fortsetzen und dort eine Lagerbibliothek aus den Geldspenden der österreichischen und deutschen Häftlinge aufbauen.⁵⁶ Erst im Februar 1940 kehrte ein Teil der Häftlinge nach Dachau zurück, darunter Schumacher und Matejka.

Zurück in Dachau, verlängerte Matejka die Öffnungszeiten der Häftlingsbücherei durch die von ihm eingeführte „Blockausleihe“. Er ging abends mit Bücherpaketen in die Baracken, um diejenigen mit Büchern zu versorgen, die wegen der langen Arbeitszeiten oder durch Krankheit nicht in der

54 Viktor Matejka: *Widerstand ist alles*. Notizen eines Unorthodoxen, Wien 1984, S.90f.

55 Zit. nach: Seela, Lesen, S.60.

56 Siehe Brief Matejkas an Rudolf Augstein vom 14. August 1967, S.2f. (Archiv Wolfgang Benz, Zentrum für Antisemitismusforschung Berlin) und Matejka, *Widerstand*, S.124-131.

Lage waren, die Bücherei zu den Öffnungszeiten zwischen 12 und 14 Uhr aufzusuchen.⁵⁷ Eine weitere herausragende Bedeutung gewann Matejka durch den mit seinen Freunden heimlich zusammengestellten Zeitungsausschnittdienst. Dabei bediente er sich vielfach des Mittels der Collage. Ausschnitte aus Zeitungen, aus Reden Hitlers, aus Naziliteratur und Artikeln von Wissenschaftlern und Literaten trugen in seinen „Pickbüchern“ dazu bei, kritische antifaschistische Positionen zu festigen. „Bildung aus dem Widerspruch“ nannte er diese von Kurt Schumacher mit Misstrauen verfolgte Methode der Gegeninformation. So trat Matejka auch dafür ein, Hitlers „Mein Kampf“ zum „Schulungsbuch im richtigen Sinn“ umzufunktionieren, weil es, so Matejka, „wie kaum ein anderes Buch relativ frühzeitig gründlichen Einblick in ein heranwachsendes Großverbrechen gewährte“.⁵⁸ Und mit den von ihm, Karl Röder oder Nico Rost und Edmund Michelet „privat“ organisierten Lesegruppen und kleinen literarischen Zirkeln stärkten die Funktionshäftlinge in den Arbeitskommandos die Kunst des Überlebens im KZ.⁵⁹ Matejkas Doppelfunktion als Kapo in der Lagerbibliothek und als Schreiber des Schulungsleiters im SS-Übungslager begünstigte diese subversive Tätigkeit.⁶⁰

Wie in anderen Lagern nutzten die Häftlingsbibliothekare in Dachau ihre begünstigte Stellung dazu, die für die SS schwer durchschaubare Kette von Kämpfern gegen den Lagerterror der SS abzusichern.⁶¹ Während der täglichen zweistündigen Öffnungszeiten bestand die Gelegenheit zu unauffälligen Gesprächen. Durch die räumlich enge Verbindung zu anderen Kommandos, wie dem von österreichischen Häftlingen um Franz Olah und Hermann Langbein geprägten Krankenrevier, der Arbeitsstatistik, der Buchbinderei und den Schreibstuben, entwickelte sich die Bücherei über den Kontakt zu anderen Kapos zum Umschlagsplatz für Nachrichten. Allerdings erreichte man auf diesem Weg im Grunde nur den be-

57 Siehe Seela, Lesen, S.76. Wie in den alten Gefängnisbüchereien durfte der Häftling lediglich jeweils ein Buch – ohne Leihgebühr – für eine Woche bis 14 Tage ausleihen. Vor jeder neuen Entleiherung musste erst das ausgeliehene Buch „schonend und in sauberen Zustände wieder abgeliefert“ werden. So der von der Kommandantur herausgegebene „Lagerbefehl für die Bücherei des Konzentrationslagers Dachau“ (siehe Seela, Lesen, Anlage 2.1).

58 Zit. nach: Seela, Lesen, S.122.

59 Siehe Röder, Nachtwache, S.290; Rost, Goethe, S.71; Rován, Geschichten, S.152; Edmund Michelet: Die Freiheitsstraße. Dachau 1943-1945, Stuttgart 1960, S.98f.

60 Zu Matejka siehe besonders Spurensuche, 2005, S. 37-53.

61 Siehe dazu neben Matejka die Aussagen von Karl Röder, Otto Skritek, Josef Mörtel, Friedrich Heine, Anton Großmann, Karl Adolph Gross, Alfred Pohl, Bruno Furch, Hermann Peters, Otto Pies u. a., die Torsten Seela (Die Lagerbücherei im KZ Dachau, in: Dachauer Hefte, 1991, H. 7: Solidarität und Widerstand, S.34-46, hier S.45f.) zitiert und die teilweise unveröffentlicht im Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau liegen.

grenzten Kreis von Gefangenen, die als „privilegierte Funktionshäftlinge“ (Kapos, Block- und Lagerälteste) Zugang zu der Lagerbibliothek hatten.⁶² So mussten zum Beispiel Häftlinge auf diese Möglichkeit geistiger Zuflucht in der Regel dann verzichten, wenn sie Juden waren und, wie Jean Améry in Auschwitz oder Erich Mühsam in Oranienburg, keine bevorzugte Kapo-Position wahrnehmen konnten oder wollten.⁶³

Wie in Dachau gelang es den politischen Häftlingen auch in den meisten anderen größeren Konzentrationslagern, die für das Überleben so wichtigen Funktionen im Kultur- und Bildungsbereich zu besetzen. In Buchenwald wurden z. B. als Häftlingsbibliothekare eingesetzt: Walter Husemann, Mitglied der „Roten Kapelle“, Anton Gebler, Ernst Haberland und Gottlieb Branz, ehemaliger Bibliothekar des Münchener Gewerkschaftshauses, wahrscheinlich aber nicht der dort inhaftierte Direktor der Bibliothèque Nationale de Paris, Julian Cain. In Sachsenhausen waren es die Kommunisten Wilhelm Guddorf, Karl Schirdewan, Wilhelm Girnus, Edgar Bennert und Karl Block; im Börgermoor Armin T. Wegner; in Lichtenburg der Strafverteidiger der Linken Hans Litten⁶⁴ und Carlo Mierendorff; in Esterwegen der Schauspieler und Theaterleiter Wolfgang Langhoff; in Neuengamme Jakob Feetz und Kurt Schumacher (von Oktober 1944 bis zu seiner Entlassung im Februar 1945); in Auschwitz I die Polen Bronislaw Pedzinski und Boleslaw Nowicki.⁶⁵

Auch in den Konzentrationslagern für Frauen kam es zu Gründungen von Lagerbüchereien. In Lichtenburg arbeiteten neben Hans Litten als Häftlingsbibliothekare u. a. Katja Großmann und Grete Rische, die mit dafür sorgten, dass die Bestände nach der Auflösung den Grundstock für die neue Bücherei in Ravensbrück bildeten, die von Marga Langensiepen

62 Siehe Seela, Lagerbücherei, S.34-46; siehe auch dessen ungedruckte Dissertation A: Seela stützt sich, was Dachau betrifft, auf Befragungen von Herbert Exenberger vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, die dieser 1987 unter Dachau-Häftlingen, u. a. mit Viktor Matejka, Karl Röder, Hans Landauer und Karl Horak, vornahm. In Dachau und Flossenbürg waren vor Schumacher und Matejka als Bücher-Kapo tätig: Heinrich Bergmann, Vitus Heller, Konrad Kübler, Karl Leonhard Graf Du Moulin (persönlicher Adjutant des ermordeten SA-Chefs Röhm), Julius Zerfaß (Walter Hornung) und Franz Ludwig Neher, der anstelle des Monarchisten Erwein von Aretin zum Bücher-Kapo ernannt wurde. Nachfolger Schumachers wurde der Österreicher Franz Sperk. Siehe Seela, Lagerbücherei, S.27; Ders., Lesen, S.36f., 45.

63 Siehe u. a. den Bericht von Jean Amery: *Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten*, Stuttgart 1977, S.24; Levi, *Die Untergegangenen*, S. 133-135; zu Dachau die Befragung von Alfred Maleta am 6. Februar 1987 durch Herbert Exenberger siehe Seela, Lagerbücherei, S.39, Fußnote 33.

64 Siehe Knut Bergbauer/Sabine Fröhlich/Stefanie Schüler-Springorum: *Denkmalsfigur. Biographische Annäherung an Hans Litten 1903-1938*, Göttingen 2008.

65 Siehe Seela, Lesen, S.27.

aus Düsseldorf geleitet wurde.⁶⁶ Litten selbst nutzte seine Tätigkeit als Bibliothekar zur Herstellung „einer Auswahl von Texten und Bildern mittel- und althochdeutscher Kunst für 14-16-jährige Jungs, denen er das deutsche Mittelalter und die germanische Frühzeit in geeigneten Zeugnissen ohne romantische Verfälschung zugänglich machen wollte“.⁶⁷

Generell konnten sich die großen Konzentrationslager auf Buchbestände stützen, die aus aufgelösten Lagern stammten, ergänzt um „Geschenke“ aus geplünderten Vereins- und Pfarrbibliotheken, nach 1938 vermehrt aus den Besitzständen der deportierten oder ins Exil getriebenen Juden, gelegentlich auch durch Kauf mithilfe von Geldspenden der Häftlinge oder durch die von den Häftlingen aus den Effektenkammern eingeschmuggelten Werke. Wahrscheinlich blieb das KZ Mauthausen – neben Stuttgart, Auschwitz III (Monowitz-Buna) und Lublin-Majdanek – das einzige große Lager, das den Häftlingen keine Lagerbücherei zur Verfügung stellte. Von Himmler als Straflager konzipiert, wurde hier auf „humanitäre“ Hilfs- und Umerziehungsangebote verzichtet.

Die „roten Kapos“ – auch im Kulturbereich „rotlackierte Nazis“ und „willige Vollstrecker“ der SS?

Wer als Häftling überleben wollte, musste eine Funktion im riesigen Lagerapparat wahrnehmen. Auch wer von der SS nicht zum „Funktionshäftling“ ernannt wurde, konnte nur überleben, wenn er seine Aufgabe ausfüllte. Auch wenn er „nur“ aufräumte, Steine schleppte oder im Steinbruch arbeitete, war er Teil des Lagersystems. Insofern erweist es sich als problematisch, die „Funktionshäftlinge“ strikt von denen zu trennen, die keine Funktion hatten. Denn über das Leben entschied nicht allein, ob man Häftling mit oder ohne Funktion war. Das hatte zunächst und vor allem mit der sozialen Rangordnung zu tun. Ein Jude hatte im Lager eine viel geringere Überlebenschance als ein Deutscher, auch als ein Franzose, Pole oder Ungar. Die Überlebenschance wuchs, wenn man sich einer Gruppe zugehörig fühlte, die unter schwierigsten Bedingungen einen inneren Zusammenhalt aufzubauen verstand. Ist es nur Zufall, dass in den letzten dramatischen Monaten des Krieges eine solche Struktur fast ausschließlich von „roten Funktionshäftlingen“ geprägt werden konnte? Gewiss waren auch die sogenannten „roten Kapos“ nicht frei von Korruption und Brutalität gegen Mithäftlinge. Und die SS versuchte bis zum Schluss, die „prominenten“ KZ-Gefangenen einzubinden und zu bestechen – sei es

66 Siehe ebenda, S.54.

67 Bergbauer/Fröhlich/Stefanie Schüler-Springorum, Denkmalsfigur, S.261.

mit ausreichendem Essen und warmer Kleidung. Sie brauchten nicht zu arbeiten und trugen keine Glatze. Auch bei Krankheiten wurden sie bevorzugt behandelt. Selbst das KZ-Bordell stand ihnen offen. Für ihre Unterhaltung gab es Sportkämpfe, Theatergruppen oder Musikkapellen. Privilegien, die das Überleben sichern halfen. Doch viele der KZ-Häftlinge, die eine Chance hatten zu überleben, waren „Funktionshäftlinge“ in den Schreibstuben und sorgten für die kulturellen Tätigkeiten und Freizeitaktivitäten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Häftlinge ihre Funktion nicht selbstständig, sondern im Auftrag der SS-Verwaltung wahrzunehmen hatten und dass durch ihre Tätigkeit die zunächst hohe Todesrate in den deutschen Konzentrationslagern stetig zurückging, wenn man von den Selektionen durch die SS und den Epidemien in den letzten Monaten absieht. Hatten die Häftlinge die Einlieferungsphase überstanden, so sank die Sterblichkeitsrate beträchtlich.⁶⁸

Ohne auf die Hintergründe der seit 1990 erneut erbittert geführten Kontroversen über die „roten Kapos“ einzugehen,⁶⁹ wollen wir hier lediglich die für unseren Zusammenhang wichtigen Tatbestände benennen und prüfen, ob einige Funktionshäftlinge in den Schreibbüros ihre Tätigkeiten im Kultur- und Bildungsbereich zur Sicherung von Privilegien nutzten, um sich so das Überleben im KZ – teilweise auf Kosten der Mithäftlinge – zu erleichtern. Gerade in den von großen deutschen Konzernen benutzten Arbeits- und Konzentrationslagern hing die Überlebensperspektive der Häftlinge von den Leistungen der „Funktionshäftlinge“ ab. Und hier gewannen die politischen Häftlinge, die sogenannten „roten Kapos“, eine herausragende Rolle. Die Moraldilemmata der „Funktionshäftlinge“ zeigten sich immer dann am deutlichsten, wenn es um die Behand-

68 Laut einer Statistik aus Auschwitz sank zwischen April und Juli 1942 die Rate von 11,32 Prozent in der vierten Woche auf 3,3 Prozent in der zwölften Woche. Überlebenschancen im gesamten Lagerkomplex der Todesfabrik Auschwitz standen für Häftlinge, die nicht sofort nach der Ankunft selektiert und ins Gas geschickt wurden, „etwa 2 zu 3 zugunsten des Todes“. Und zweifelsohne waren die Bedingungen zum Überleben in den Lagern auf deutschem Territorium günstiger, wenn man von Mauthausen bei Linz absieht, das Anfang 1941 von der SS der Stufe III zugeordnet wurde, also für die „schwer belasteten“ und „kaum noch erziehbaren“ Häftlinge gedacht war – mit einer Todesrate von 75 Prozent gegenüber Buchenwald mit 20 Prozent. So nach Gerhard Botz: *Überleben im Holocaust*, in: Margareta Glas-Larsson: *Ich will reden. Tragik und Banalität des Überlebens in Theresienstadt und Auschwitz*, hrsg. und kommentiert von Gerhard Botz, Wien u. a. 1981, S.18-22; siehe auch Langbein, *Menschen*, S.77.

69 Siehe dazu ausführlicher Jörg Wollenberg: *Die roten Kapos – rotlackierte Nazis und willige Vollstrecker der SS? Zum Versuch, den Gebrauchswert des Antifaschismus am Beispiel der KZ-Funktionshäftlinge neu zu bemessen*, in: Matthias Brosch u. a. (Hrsg.): *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland*, Berlin 2007, S.115-139.

lung der von der SS auf der untersten Stufe der Hierarchie angesiedelten Juden ging, die noch hinter den sowjetischen Kriegsgefangenen eingeordnet wurden. Innerhalb und außerhalb der Konzentrationslager benahmen sich dabei die Frauen kaum besser als die Männer.⁷⁰ Und was die skandalöse Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen betrifft, so führte die Unterlassung von Hilfeleistungen durch einige der kommunistischen Funktionshäftlinge in Buchenwald nach 1945 zunächst zur Untersuchung durch die US-Militärregierung (1945) und die SED (1946/47), dann zur Verhaftung kommunistischer Führungskader durch Organe des Ministeriums für Staatssicherheit der Sowjetunion und zur Verurteilung durch das Sowjetische Militärtribunal.⁷¹

War es vor dem Hintergrund solcher Verfehlungen überhaupt zu rechtfertigen und moralisch zu begründen, wenn ein Häftling Funktionen im Lager übernahm? Oder ließen sie sich lediglich von egoistischen Motiven leiten, weil ein Funktionshäftling unbestritten sein Leben zumindest eine Zeitlang länger retten konnte?

Die Haltung der Funktionshäftlinge wird in der Regel von denen positiv beurteilt, die als Mitglieder der „Häftlingsselbstverwaltung“ durch die Hölle des Konzentrationslagers gingen und die dort versucht hatten, Mensch zu bleiben. „Wer dürfte es wagen, jene Kameraden zu verurteilen?“, fragte schon 1945 der Häftlingsschreiber im Krankenbau Eugen Kogon in seinem ersten Bericht über Buchenwald: „Niemals hätte das KL Buchenwald so viel Positives in dieser Hölle der SS erlebt, niemals wäre es am Ende zu einem beachtlichen Teil noch gerettet worden, wenn es der zähen todesverachtenden Arbeit politisch führender Menschen unter den Lagerinsassen nicht gelungen wäre, sich im Laufe der Jahre doch durchzusetzen.“⁷²

70 Siehe Hermann Kaienburg: Das Konzentrationslager Neuengamme 1938-1945, Bonn 1997; Eike Hemmer/Robert Milbradt: Bunker „Hornisse“. KZ-Häftlinge in Bremen und die U-Boot-Werft der „AG Weser“ 1944/45, Bremen 2005, S.85-89; Iwaszko, Nebenlager, S.60-72; Gudrun Schwarz: „... möchte ich nochmals um meine Einberufung als SS-Aufseherin bitten.“ Wärterinnen in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, in: Barbara Distel (Hrsg.): Frauen im Holocaust, Gerlingen 2001; Dies.: Frauen in Konzentrationslagern: Täterinnen und Zuschauerinnen, in: Herbert/Orth/Dieckmann (Hrsg.), Konzentrationslager, S.800-882; Dieter Pfliegensdörfer: Vom Handelszentrum zur Rüstungsschmiede: Wirtschaft, Staat und Arbeiterklasse in Bremen 1929-1945, Bremen 1987, S.340-343.

71 Zu lebenslänglicher Haft wurden u. a. der Lagerälteste Erich Reschke und der Kapo im Krankenbau Ernst Busse verurteilt. Auch der Vorsitzende des Internationalen Lagerkomitees von Buchenwald und persönliche Referent von Wilhelm Pieck Walter Bartel musste 1953 wegen Vorwürfen über unzulängliches Verhalten als Funktionshäftling in Buchenwald alle politischen Funktionen aufgeben und lange auf seine Rehabilitatierung warten. Siehe dazu u. a. Lutz Niethammer (Hrsg.): Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Dokumente, Berlin 1994, S.68-94.

72 Zit. nach: Niethammer (Hrsg.), Antifaschismus, S.198.

Ähnlich urteilten Hans Günther Adler und Benedikt Kautsky, die Auschwitz, Theresienstadt, Dachau und Buchenwald durchlaufen hatten.⁷³ Und Hermann Langbein stellte in der kurz vor seinem Tode vorgelegten Neuauflage seiner Studie „Menschen in Auschwitz“ die Frage: „Sicher wäre es für den einzelnen einfacher gewesen, sich vor der Übernahme einer Funktion zu drücken und sein Gewissen frei von jeder Belastung zu halten; aber wie hätten dann die Verbesserungen, die in vielen Lagern durchgesetzt wurden, erreicht werden können? Wie hätte man Schläger und Betrüger aus Schlüsselstellungen entfernen können? Wie hätten die Lager ausgesehen, wenn alle, deren Moral nicht gebrochen war, die Übernahme einer Verantwortung gescheut hätten?“⁷⁴

Fassen wir zusammen: Die beschränkte Möglichkeit von Häftlingen, an Angeboten der Kultur und Bildung teilzuhaben, entlastete von emotionaler Qual und stärkte das nicht Abzutötende im Überlebenskampf als letzte Möglichkeit der Vergewisserung des Humanen. Und gerade deshalb stellten sich die jüdischen Überlebenden von Jean Améry über Paul Celan bis zu Margarete Buber-Neumann und Primo Levi nach 1945 immer wieder die Frage, warum gerade sie überlebt hatten. Die besondere Verpflichtung und Verantwortung gegenüber den Toten verband sich mit dem quälenden Gefühl, die eigene Existenz rechtfertigen zu müssen. Bruno Bettelheim, der jüdische Psychiater aus Wien und Häftling von Dachau, spricht vom „Problem des Überlebthabens“, das einerseits in der traumatischen Erfahrung des Konzentrationslagers an sich und andererseits in den „lebenslangen Nachwirkungen“ dieses Traumas bestehe, das „ganz besondere Formen der Bewältigung“ erfordere.⁷⁵ Es ist sicher von nicht geringer Bedeutung, dass die von den Funktionen in der „KZ-Selbstverwaltung“ in der Regel ausgeschlossenen Juden mit dem die Persönlichkeit zersetzenden Erlebnis der KZ-Haft nach der Befreiung weit weniger zurechtkamen als die „Funktionshäftlinge“. Nicht wenige von ihnen wählten den Freitod.

73 Siehe Hans G[ünther] Adler: Selbstverwaltung und Widerstand in den Konzentrationslagern der SS, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 8 (1960), S.221-236; Benedikt Kautsky: Teufel und Verdammte. Erfahrungen und Erkenntnisse aus sieben Jahren in deutschen Konzentrationslagern, zuerst Zürich 1946.

74 Langbein, Menschen, S.252.

75 Siehe Bruno Bettelheim: Erziehung zum Überleben. Zur Psychologie in Extremsituationen, Stuttgart 1979, S.34.

Widerstand im Konzentrationslager Buchenwald¹

Ulrich Peters

Entstehung des Lagers, Lebens- und Arbeitsverhältnisse

In das neue KZ Buchenwald wurden die Häftlinge ab Mitte Juli 1937 eingeliefert. Ein Vorauskommando kam aus Sachsenhausen hierher, erste größere Transporte kamen aus den KZ Sachsenburg und Lichtenburg. Die Aufbauzeit gehörte wie überall zu den härtesten Phasen: Es gab lediglich erste Holzbaracken, kaum sanitäre Einrichtungen, überall lagen Dreck und Schlamm. Zunächst mussten schwerste Arbeiten verrichtet werden – Rodungsarbeiten, Arbeiten im Steinbruch usw. Qualen bereiteten dabei die mangelnde Versorgung mit Essen und dem rationierten Trinkwasser. Die SS trieb die Häftlinge mit Schlägen und Tritten an; wer auffiel, musste mit harten Strafen rechnen (Stockhiebe auf dem sogenannten „Bock“, Auspeitschen, Baumhängen). Medizinische Versorgung gab es nur unzureichend. Zu schaffen machten den Insassen auch die ungünstigen klimatischen Bedingungen. Ein Häftlingsreim überliefert sie wie folgt: „Sechs Monate Winter, elf Monate kalt, das ist das Wetter von Buchenwald.“

Die Opferzahlen fielen entsprechend hoch aus. Der erste Tote war am 13. August 1937 zu beklagen. 1937 gab es 48 Tote, 771 waren es bis Ende 1938. Von den knapp 239.000 Menschen, die bis 1945 in Buchenwald eingeliefert wurden, starben ca. 56.000 (die Opfer der Todesmärsche mit eingerechnet). Das heißt: Fast jeder vierte Häftling kam ums Leben.

Ungemach drohte den Häftlingen zudem durch das System der sogenannten Häftlingsselbstverwaltung. Es gewährte den Häftlingen keinerlei Autonomie, wie der Name suggeriert. Vielmehr wurden die Häftlinge mit organisatorischen Aufgaben der Arbeit und Verwaltung betraut, während sich die SS auf ihre repressiven Funktionen konzentrierte.

In Funktionen setzte die SS in der Anfangszeit überwiegend Kriminelle ein, die sogenannten „Berufsverbrecher“, nach der Farbe ihres Winkels auch „Grüne“ genannt. Sie waren von der Arbeit befreit und materiell besser gestellt und erwiesen sich in der Mehrheit als willfährige Werkzeuge der SS. Als Vorarbeiter bzw. „Kapos“ trieben sie die Häftlinge mit Schlägen zur Arbeit an und denunzierten missliebige Personen; als Blockälteste oder Stubendienste in den Baracken prellten sie andere Häft-

¹ Bearbeiteter Vortrag im Rahmen des Symposiums „Leben im Widerstand“ zur Ehrung Walter Krämers am 22.10.2011 im Siegener „KrönchenCenter“.

linge um Teile ihrer kargen Essensrationen und betrieben einen blühenden Schwarzhandel.

Die Aufgabe des Lagerältesten (LA) bestand darin, die Anweisungen des Lagerkommandanten umzusetzen. Anfangs setzte die SS als LA den Kriminellen Hubert Richter ein, einen ehemaligen SA-Schläger aus Berlin. Im Bericht des Internationalen Lagerkomitees (ILK) von 1946 heißt es über ihn: „Richter war von kurzer, gedrungener Gestalt mit einer ausgesprochenen Verbrechervisage. Sein unsteter Blick ließ schon nichts Gutes ahnen. Wenn abends beim Appell ein Häftling fehlte, zog er mit seiner Meute in den Wald, um den Fehlenden zu finden. Selten kam er ohne Erfolg zurück und der Ausreißer wurde vielfach schon tot hinter ihm hergeschleift, oder aber er trieb ihn mit Schlägen vor sich her zum Tor“.² Eugen Kogon vermerkte in seinem Buch „Der SS-Staat“ über ihn: „Irgendwie war ihm einmal ein Satz von Karl Kraus zur Kenntnis gelangt, und er wendete ihn, mit leichter Abänderung, auf sich und seine Praxis an: ‚Wir sind nicht mehr im Lande der Dichter und Denker, sondern im Lande der Richter und Henker!‘“³

Unter den obwaltenden Bedingungen konnte das Ziel des Widerstands nur darin bestehen, die Härten des Lageralltags zu lindern, gegenseitige Hilfe zu organisieren, also (soweit es ging) solidarische Prinzipien durchzusetzen und möglichst viele Häftlinge vor dem Tode zu bewahren. Der französische Häftling Robert Antelme formulierte das in den folgenden einfachen Worten: „Nicht sterben zu müssen, das ist hier das wirkliche und einzige Ziel der Schlacht. Weil jeder Tote ein Sieg der SS ist.“⁴

Übernahme von Lagerfunktionen – Voraussetzung des Widerstands

Um einen planmäßigen, organisierten Widerstand zu leisten, der über spontane individuelle Unterstützungsakte hinausging und entsprechend spürbare Wirkungen zeigen konnte, musste eine Grundvoraussetzung erfüllt werden: die Übernahme von Lagerfunktionen. Dies war dringend notwendig, um die Kriminellen in ihrem Handeln zu behindern, das gängige Prügeln der Häftlinge in den Arbeitskommandos und in den Blocks zu minimieren, für eine gerechte Verteilung des Essens zu sorgen sowie Diebstähle und Schieberereien zu unterbinden. Die mit den Lagerfunktionen verbundene Besserstellung schuf erst den Freiraum für organisier-

2 Kl. Bu. Konzentrationslager Buchenwald. Bericht des Internationalen Lagerkomitees Buchenwald, Weimar o. J. (1946), S.124.

3 Eugen Kogon: Der SS-Staat, Gütersloh o. J., S.84.

4 Robert Antelme: Das Menschengeschlecht, München 1990, S.93.

te Tätigkeit. Sie war daher Bedingung, damit die Häftlinge wenigstens ansatzweise der Willkür der SS entgegentreten konnten. Lagerfunktionen zu übernehmen war aber nicht einfach; es stellten sich zahlreiche Probleme. Politische Häftlinge, unter denen KPD-Mitglieder von Anfang an klar in der Mehrheit waren, mussten eigene Skrupel überwinden und die Bereitschaft zur Übernahme von Lagerfunktionen entwickeln. Die Sorge war groß, dass man sich automatisch zum Büttel der SS machte, weil deren Befehle ja zumindest dem Schein nach zu befolgen waren.

Die Kriminellen bei der SS zu denunzieren, also der SS nahezu legen, dass Politische (oft Facharbeiter) für die Funktionen geeigneter wären, fiel schwer, weil Arbeit in den ersten Jahren nur als Mittel der Tortur diente. Die Lager waren noch nicht in die Kriegswirtschaft eingebunden, und sinnvolle Arbeiten wurden nur in Handwerkerkommandos verrichtet (Tischlerei, Schlosserei, Wäscherei). Genau hier kamen Politische frühzeitig in Funktionen.

Ein weiteres Problem bestand darin, dass die Belegschaft noch nicht so groß, die Verhältnisse also übersichtlich waren. Die Kommandowechsel wurden in der sogenannten Arbeitsstatistik festgelegt, aber jeder Kommandowechsel wurde damals noch vom Arbeitsdienstführer der SS persönlich bestätigt oder annulliert. Gelang es, Politische in Funktionen zu lancieren, genossen die Betreffenden Privilegien, sahen sich aber auch besonderen Gefahren ausgesetzt, weil die Befehle der SS unterlaufen werden sollten und die eigene begünstigte Stellung für illegale Aktivitäten genutzt werden musste. Im Alltag führte das zu vielen Balanceakten und zu Entscheidungen, an denen der Einzelne ohne die Unterstützung des Kollektivs bzw. der Parteigruppe zerbrochen wäre. Der moralische Druck des Kollektivs sorgte dafür, dass Häftlinge den Verlockungen ihrer Position nicht erlagen. Wer dennoch nicht standhielt und zum Handlanger der SS wurde, musste aus seiner Position wieder entfernt werden, was in der Praxis oft nicht leicht fiel.

Über die Privilegien der Funktionshäftlinge ist in den 90er-Jahren unter dem Stichwort „rote Kapos“ viel debattiert worden. Den KPD-Mitgliedern, heißt es bei Lutz Niethammer, sei es nur um den eigenen Nutzen gegangen, der dann durch ein paar Unterstützungsleistungen nachträglich „beglaubigt“ worden sei. Die KPD-Gruppe habe eine „mafiose Struktur kollektiver Selbstbehauptung“ entwickelt.⁵ Solche denunziatorischen Urteile folgten freilich einem zeitgenössischen geschichtspolitischen Zweck. Sie ignorierten sowohl die konkreten Kampfbedingungen als auch die vie-

5 Lutz Niethammer (Hrsg.): *Der „gesäuberte“ Antifaschismus*, s. Dokumente, Berlin 1994, S.31.

len aufschlussreichen Zeugnisse von Häftlingen, auch von nichtkommunistischen. So schrieb Eugen Kogon, österreichischer Katholik und Christdemokrat: „Das Verdienst der Kommunisten um die KL-Gefangenen kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. In manchen Fällen verdanken ihnen die Lagerinsassen buchstäblich die Gesamterrettung, wenn auch die Beweggründe selten reiner Uneigennützigkeit entsprangen, sondern meist dem Gruppen-Selbsterhaltungstrieb, an dessen Folgen dann manchmal eben ein ganzes Lager teilnahm.“⁶ Und Benedikt Kautsky, Sohn des berühmten Karl Kautsky und österreichischer Sozialdemokrat, bekundete, dass die Politischen die interne Lagermacht „nicht für sich, sondern im Interesse der Allgemeinheit beanspruchten“; „es gehörte eine achtenswerte Charakterfestigkeit dazu, sich weder durch Macht noch durch die materiellen Vorteile korrumpieren zu lassen. [...] Dieses ehrenvolle Zeugnis muss einer Reihe von kommunistischen Funktionären in Buchenwald [...] ausgestellt werden.“ Für Kautsky gehörten sie zu den „leuchtenden Beispielen echten Triumphes, den der menschliche Geist und Charakter auch über die schwersten Bedingungen erfechten konnte“.⁷

Subjektive Voraussetzungen des Widerstands

Neben der Übernahme von Lagerfunktionen als quasi objektiver Bedingung gab es noch weitere, eher subjektive Voraussetzungen, die erfüllt sein mussten, um die Häftlinge zum Widerstand zu befähigen. Hierbei ging es zuallererst um die Bewahrung der Menschenwürde. Die Einlieferung ins KZ und die dortigen Lebensverhältnisse stellten für die Betroffenen einen extremen Bruch zu ihrem vorherigen zivilen Leben dar. Das gilt für ausnahmslos alle, auch für diejenigen, die aus sehr ärmlichen Verhältnissen kamen.

Schon bei der Ankunft im Lager erwartete die Häftlinge eine ausgeklügelte Abfolge von Erniedrigungen und Beleidigungen, das Scheren der Haare, der Tausch der zivilen gegen die Häftlingskleidung sowie der Verlust des Namens und dessen Ersetzung durch eine Nummer. All dies verursachte einen sogenannten Aufnahmeschock, der jenen Bruch markierte. Antelme schrieb hierzu: „Zu sagen, wir hätten damals das Gefühl gehabt, als Mensch, als Angehöriger der Gattung in Frage gestellt zu werden, mag wie ein Rückblick, wie eine nachträgliche Erklärung anmuten. Aber es war genau das, was wir damals unmittelbar und ganz schmerzhaft erlebten,

6 Kogon, SS-Staat, S.317.

7 Benedikt Kautsky: Teufel und Verdammte, Zürich 1946, S.161.

und es war übrigens auch das, genau das, was die anderen wollten.“⁸ Sich diesem Schicksal zu fügen hieß: sich aufzugeben. Die Betroffenen wurden zu sogenannten „Muselmännern“, bemitleidenswerten Kreaturen im Stadium zwischen Leben und Tod: lethargisch, selbstvergessen, dem Untergang geweiht.

Widerstand erforderte also zunächst, den Kampf um die Wahrung der Menschenwürde zu bestehen. Was das hieß, verdeutlichte Antelme anschaulich am Beispiel seines französischen Landsmannes Jacques, eines Medizinstudenten, mit dem er im Außenlager Gandersheim interniert war: „Wenn man zu einem SS-Mann ginge und ihm Jacques zeigen würde, könnte man zu ihm sagen: ‚Sehen Sie ihn sich an, diesen verfaulten Menschen mit der gelblichen Haut, den haben Sie gemacht, offenbar gleicht er jetzt am besten dem, was er nach Ihrer Vorstellung seinem Wesen nach ist: Abfall, Ausschuß, und das ist Ihnen wirklich gelungen. Aber wir werden Ihnen nun folgendes sagen, wovon Sie tot umfallen müßten, wenn der ‚Irrtum‘ töten könnte: Sie haben ihm erlaubt, zum vollendetsten Menschen zu werden, zum Menschen, der sich seiner Macht und der Tragweite seiner Handlungen voll bewußt ist, zu einem Menschen, der stärker ist als die anderen. [...] Bei Jacques haben Sie nie gewonnen. Sie wollten, daß er stiehlt, er hat nicht gestohlen. Sie wollten, daß er den Kapos den Arsch leckt, um was zu fressen zu bekommen, er hat es nicht getan. Sie wollten, daß er, um gut angesehen zu sein, lacht, wenn ein Meister einem Kameraden Schläge gibt, er hat nicht gelacht. Sie wollten vor allem, daß er daran zweifelt, ob eine Sache es wert ist, daß er so zerfällt, sich auflöst, er hat nicht gezweifelt.“⁹

Als wichtiges Instrument im Kampf gegen die Demoralisierung erwies sich neben der Stärke des Charakters die Ideologie. Um aufrecht zu bleiben, musste man an den eigenen humanitären Zielvorstellungen festhalten und seinen religiösen oder weltanschaulichen Grundsätzen treu bleiben. Die vielen politischen Häftlinge, die aus der Arbeiterbewegung kamen, profitierten davon, dass sie die faschistische Gewalt im KZ als Ausdruck des Klassenkampfes interpretierten. Diese richtete sich nach ihrem Verständnis nicht gegen sie persönlich, sondern gegen sie als radikale Opponenten des Systems. Dadurch konnten die Häftlinge ihr Schicksal besser verstehen; das stärkte, sofern sie (sozusagen streng dogmatisch) an ihrem eigenen Wertesystem festhielten, ihre Integrität in der ihnen feindlich gesonnenen Umwelt.

Ein eindrucksvolles Beispiel für diesen „Dogmatismus“ ist der „Buchenwald-Dekalog“, eine Auflistung von zehn Moralgeboten, die eine Grup-

8 Antelme, *Menschengeschlecht*, S.12.

9 Ebenda, S.124.

pe kommunistischer Häftlinge formulierte und dann im Lager propagierte. Die Gebote sollten die Häftlinge zu kameradschaftlichem, diszipliniertem Benehmen anhalten. Gebot Nr. 1 lautete: „Ihr sollt mit den Kameraden um euer Leben kämpfen. Ihr dürft nicht aufgeben.“

Eine ebenso große Bedeutung hatte das vielfältige kulturelle Leben, das die Häftlinge teils unter Duldung der SS, teils ohne ihr Wissen entwickelten. Es erstreckte sich auf nahezu alle Gebiete: Bildende Kunst, Musik, Literatur, Bildung. Eine wichtige Rolle spielten zum Beispiel die von den Politischen initiierten „Blockkonzerte“, bei denen in den Baracken meist klassische Musik geboten wurde. In späteren Jahren (nach der Internationalisierung) waren die „bunten Abende“ mit musikalischen, literarischen und darstellerischen Einlagen so beliebt, dass die Nachfrage nach Eintrittskarten weit größer war als das Angebot. Es gab sogar eine Jazzband, die im Lager zu Gehör brachte, was im Dritten Reich als „Negermusik“ verpönt und verboten war. Die Band spielte Songs von Duke Ellington, Klassiker wie den St. Louis Blues und eigene Kompositionen. Der Eindruck, den sie auf ihr Publikum hinterließ, war famos.

In die von der SS mehr zur nationalen Erbauung geschaffene Lagerbibliothek gerieten auf verschlungenen Wegen auch kostbare Werke humanistischer Literatur, die dort von den kommunistischen Kapos sorgsam gehütet und an Interessierte ausgeliehen wurden. Fred Löwenberg, der als sehr junger Mensch nach Buchenwald kam und aus einer der linkssozialistischen SAP nahestehenden Familie stammte, hat bezeugt, er sei im Lager gerade auch bei der Vorbereitung auf sein späteres Leben unterstützt worden: „Am wichtigsten war, dass sie mir z. B. vermittelt haben, zu lesen im Lager, was längst draußen verboten war im Nazireich: das Manifest der Kommunistischen Partei, aber auch Literatur der Brüder Mann, von Lion Feuchtwanger; das heißt, ich bin in Buchenwald, im Nazi-KZ vertraut gemacht worden mit politischer Literatur, und wir sind angehalten worden, uns auseinanderzusetzen.“ Er sei insofern „durch eine gute Schule gegangen“ und „als Nichtkommunist von Kommunisten herangezogen worden“.¹⁰ Wer nicht an Bücher herankam (wie viele ausländische Häftlinge), rekapitulierte oder rezitierte aus dem Gedächtnis. Man kämpfte buchstäblich mit Literatur gegen den Hunger.

Politische Häftlinge bemühten sich auch um Schulungen, die entsprechend den Bedingungen in relativ loser Form stattfanden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt im Kampf gegen die Demoralisierung bestand im Wissen um die Besiegbarkeit der Nazis. Die Verschleppung in die Lager sollte den Häftlingen ja auch bedeuten, dass sie hoffnungslos

¹⁰ Aussagen in öffentlicher Diskussion, Tonbandmitschnitt im Besitz des Autors.

verloren sind, zumal das Dritte Reich sich selbst als „Tausendjähriges“ bezeichnete. Die anfängliche Ohnmacht gegenüber dem alltäglichen Terror verstärkte diesen Eindruck noch. Politische Häftlinge profitierten in diesem Zusammenhang von ihrer eher optimistischen Grundhaltung, weil sie den Faschismus als besondere Form bürgerlicher Klassenherrschaft begriffen, die früher oder später an ihr Ende kommen müsste. Der Siegeszug der Nazis hohlte diesen Optimismus allerdings aus. Um so wichtiger war es, Informationen über das Weltgeschehen und später vor allem über das Kriegsgeschehen zu erlangen. Eingeschränkt halfen hier Berichte neu eingelieferter Häftlinge, aber mehr noch half das Abhören ausländischer Radionachrichten. Schon recht frühzeitig bekamen und nutzten die Elektriker in den Lager-Werkstätten entsprechende Möglichkeiten. Weil aber das Risiko hoch war und sich die Gelegenheiten nur sporadisch ergaben, wurde beschlossen, einen eigenen Empfänger zu bauen. Das gelang nach mehreren Anläufen. Jetzt konnten regelmäßig die Nachrichten von Radio Moskau, London und Beromünster abgehört werden, später verfügte der Widerstand sogar über mehrere Radios.

Die moralische Wirkung, die die Nachrichten insbesondere über die späteren militärischen Niederlagen der Naziwehrmacht erzielten, ist kaum zu ermessen. Trefflich beschrieben hat sie Jorge Semprun, der sich erinnerte, wie Walter, ein alter deutscher Häftling, und er damals „zusammen am Radio die Nachricht von der großen russischen Offensive hörten, der letzten, die schließlich bis ins Kerngebiet Deutschlands branden sollte. [...] Er weinte vor Freude, denn er sah, daß er jetzt getrost sterben konnte. Das heißt, er hatte jetzt nicht mehr nur einen Grund zu leben, sondern auch, gelebt zu haben. In den Jahren 1939, 1940, 1941 hatten die SS-Leute die Gefangenen gezwungen, auf dem Appellplatz im Stillgestanden die Siegesmeldungen anzuhören, die das nazistische Oberkommando der Wehrmacht bekanntgab. Da hatten sie, Walter es mir erzählt, die Zähne zusammengebissen und sich geschworen, auszuhalten bis zum Schluß, komme, was wolle. Jetzt war es soweit. Viele von ihnen waren zwar tot, und selbst die noch Lebenden waren todwund, nie mehr würden sie leben können wie andere, aber sie hatten ausgehalten.“¹¹

Auch die persönlichen Kontakte zur Außenwelt waren ein wirksames Mittel gegen die Demoralisierung. Nachrichten von Freunden und vor allem von der Familie zu bekommen war für die Häftlinge wichtig, um die Hoffnung nicht aufzugeben, sich nicht vergessen und verlassen vorzukommen. Den Nazis war dieser Zusammenhang bewusst, deshalb reglementierten und zensierten sie die Post streng. Manchmal wurde die Post den Häft-

11 Jorge Semprun: Die große Reise, Frankfurt/Main 1981, S.159.

lingen sogar vorenthalten oder vor ihren Augen vernichtet. Besonders hart traf es Häftlinge, deren Ehefrauen auf Druck der Gestapo die Scheidung eingereicht hatten. Es gibt viele Berichte über durchaus hartgesottene Häftlinge, die nach einer solchen Nachricht lange Zeit gebrochen waren, weil sie ihr letztes Band zur Außenwelt zerschnitten sahen.

Politische Überzeugungen und ethische Werte, Hoffnung und Glaube, Kultur und Wissenschaft, das Wissen um die Besiegbarkeit der Nazis sowie der familiäre Rückhalt trugen somit wesentlich dazu bei, den Kampf ums Überleben fortzuführen. Dennoch fragt sich, ob spezielle charakterliche Eigenschaften nötig waren, um Widerstand zu leisten, etwa ein besonders robustes Gemüt oder außergewöhnlicher Mut. Den Überlieferungen zufolge wurden gerade in der Anfangszeit manche KPD-Mitglieder nicht in die illegale Organisation eingereiht, weil man sie für „zu weich“ oder „zu schwach“ hielt. Insgesamt lässt sich Derartiges aber nicht bestätigen. Für die vielfältigen Aufgaben wurden sehr unterschiedliche Charaktere gebraucht, und wer den Willen hatte, Widerstand zu leisten, konnte das tun.

Unverzichtbar war allerdings die Anpassung an die Lagerverhältnisse, also die seelische Verarbeitung dessen, was den Häftlingen dort widerfuhr. Nach der Einlieferung reagierte ein Großteil der Häftlinge mit einer Art Spaltung der Persönlichkeit: Sie versuchten, das, was ihnen zustieß, als etwas aufzufassen, das nichts mit ihrer Person zu tun hatte, um später unverändert in die Gesellschaft zurückkehren zu können. Um überleben zu können, mussten die Lagerverhältnisse als etwas Reales akzeptiert werden; nur wer sich seinem Schicksal stellte, konnte versuchen, es zu ändern, also sich in der Wirklichkeit besser zurechtfinden.

Diese Wandlung des Neuankömmlings zum „alten Lagerhasen“ ist besonders trefflich von Kogon beschrieben worden. Gelang es, sich zu akklimatisieren, fing man nach etwa einem halben Jahr an, „Konzentrationsär zu werden, das heißt einen besonderen seelischen Typ zu entwickeln, der meist im Laufe von weiteren zwei oder drei Jahren voll ausgebildet wurde“. Als dessen Hauptmerkmal bezeichnete Kogon die „seelische Primitivierung“: „Der Empfindungsreichtum wurde fast automatisch herabgesetzt. [...] Schmerz, Mitleid, Trauer, Entsetzen, Grauen, Beifall hätten in ihrer normalen Unmittelbarkeit die Aufnahmefähigkeit des menschlichen Herzens gesprengt, der Schrecken, der überall lauerte, es mühelos zum Stillstand gebracht. [...] Ein barbarisches Lachen, ein grausamer Witz waren oft nichts anderes als abwehrender Selbstschutz der Seelen.“¹²

Dieser Anpassungsprozess war nötig, aber man musste darüber hinaus

12 Kogon, SS-Staat, S.372f.

kein Held sein, um Widerstand zu leisten. Es gab durchaus einige heroische Gestalten im Buchenwalder Widerstand (Walter Krämer dürfte hierzu zählen), aber in der Regel war das, was die Politischen dort vollbrachten, eher ein stilles Heldentum.

Praxis und Leistungen des Widerstands

Von Anbeginn standen im Zentrum des Buchenwalder Widerstands die Kommunisten. Sie bauten innerhalb der ersten Jahre eine straffe, nach regionalen bzw. sogenannten „landsmannschaftlichen“ Gesichtspunkten strukturierte Organisation auf, die den strengen Regeln der Konspiration gehorchte. Ihr gehörten ungeachtet einer gewissen Fluktuation (Entlassungen und Neueinlieferungen) stabil 600 bis 800 Genossen an; als ihre Leiter fungierten in den ersten Jahren Dr. Theodor Neubauer, Walter Stoecker und Albert Kuntz. Zum erweiterten Kreis der Leitung, sozusagen zum „inner circle“ gehörte auch Walter Krämer.

Mit der Internationalisierung der Häftlingsgemeinschaft durch die Einlieferung Tausender ausländischer Gefangener internationalisierte sich auch der Widerstand. Im Zuge eines oft komplizierten Prozesses wurden in den Reihen aller nationalen Gruppen Widerstandsorganisationen geschaffen. Andere politische Strömungen spielten hier teils eine bedeutendere Rolle als bei den Deutschen, dominiert wurden sie aber dennoch von Kommunisten, die stets zu den aktivsten im Widerstand gehörten. Zugleich bauten die Häftlinge die internationale Zusammenarbeit aus. Dies führte 1943 zur Gründung des ILK, in dem später Vertreter aus elf Nationen vertrauensvoll zusammenarbeiteten. Die Leitung oblag den deutschen Kommunisten Walter Bartel, Harry Kuhn und Ernst Busse.

Die interne Lagermacht wurde durch schwere Kämpfe mit den Kriminellen errungen. So konnten wichtige Funktionen (LA, Kapos, Blockälteste) mit Personen besetzt werden, die ihre Mithäftlinge nicht schlugen, für solidarisches Verhalten sorgten und die für den Widerstand eminent wichtige Personal- bzw. „Kaderpolitik“ durchsetzten. Beispielsweise konnten Funktionäre, die zur Stärkung der nationalen Widerstandsgruppen im Stammlager gebraucht wurden, vor Transporten bewahrt werden, andere wiederum wurden in Außenlager abgeschoben oder als Funktionäre dorthin geschickt. Außerdem konnten gefährdete Häftlinge auf Transport geschickt oder Fluchten vorbereitet werden.

Die Transporte wurden im Kommando Arbeitsstatistik und in der Schreibstube zusammengestellt. Hier Einfluss zu nehmen, war aber nicht nur für die „Kaderpolitik“ von Bedeutung, sondern auch für die Organisation von Sabotage, auf die es ankam, als die Lager in den 40er-Jahren verstärkt

in die Rüstungsproduktion einbezogen wurden. Man brachte Facharbeiter an die Stellen, wo man sie brauchte, und entzog sie den Nazis, wo diese händeringend nach solchen suchten. Wollte man z. B. die Rüstungsproduktion in den Gustloff-Werken sabotieren, die nahe dem Lager errichtet wurden, half bloße Verweigerung nicht weiter – sie zog drastische, meist tödlich endende Strafen der SS nach sich. Man benötigte Facharbeiter, die für geschickte Fehlkonstruktionen und Ausschussproduktion sorgen konnten, ohne dass die SS das merkte. Hilfreich war dabei, dass die Vorgesetzten sich in der Regel als fachlich völlig inkompetent erwiesen. Andersherum: Wurden von irgendwelchen Betrieben Facharbeiter gesucht bzw. vom SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt (WVHA) in Buchenwald angefordert, entzog man sie ihnen. Ein Beispiel: Das Reichsbahnausbesserungswerk in Schwerte brauchte dringend Kesselschmiede, die Widerstandsorganisation schickte sie aber in ein Außenlager, das Dachdecker suchte, und so standen dann eben keine Kesselschmiede zur Verfügung. Um die vielfältigen Aktivitäten des Widerstands logistisch abzusichern, wurde rigoros gegen Spitzel, die sogenannten Zinker, vorgegangen, die ihren Verrat stets mit dem Leben bezahlten.

Auf die SS wurde Einfluss genommen, indem man sie korrumpierte. Die Parteiorganisation verschaffte sich über die Jahre nennenswerte Vorräte an Geld, Zigaretten und anderen Dingen, mit denen SS-Leute „geschmiert“ werden konnten – um hier oder dort ein Auge zuzudrücken, kriminelle Häftlinge aus Funktionen zu drängen oder bestimmte Strafen zu annullieren.

Zu den besonders eindrucksvollen Kapiteln des Buchenwalder Widerstands gehört die langfristige Vorbereitung des Aufstands, bei dem die Häftlinge am 11. April 1945 das Lager einnahmen. In einem jahrelangen Prozess entstand die Internationale Militärorganisation (IMO) mit ca. 900 Mitgliedern, die in 194 Kampfgruppen organisiert waren. Die IMO besaß entwendete sowie selbst gefertigte Waffen: ein leichtes MG, 96 Karabiner, ca. 100 Pistolen, 16 Wehrmachts-Handgranaten, 107 Handgranaten aus eigener Produktion, 1.100 Brandflaschen bzw. Molotow-Cocktails, 50 Hieb- und Stichwaffen sowie 80 bis 100 Stichwaffen. Ferner verfügte sie über einen Sanitätsdienst, eine exakte Feindaufklärung (wodurch Mannschaftsstärke und Bewaffnung der SS genau überprüft werden konnten), einen funktionstüchtigen Sender (um Kontakt zu den alliierten Truppen aufzunehmen) sowie weitere logistische Mittel (z. B. Kartenmaterial).

Der Aufstand verlief weniger spektakulär, als er einst in der DDR dargestellt wurde. Er begann, als sich erste Panzerspitzen der 3. US-Armee auf das Gelände des Lagers zubewegten und die SS mit ihrem Abzug bereits begonnen hatte. Der kanonisierte Begriff „Selbstbefreiung“ ist aus die-

sem Grunde durchaus problematisch. Dennoch: Wirklich übernommen wurde das Lager von der US-Armee erst zwei Tage später, am 13. April. Bis dahin übten die Häftlinge die Kontrolle über das Lager sowie über das Gelände in einem Umkreis von zwei Kilometern aus und übergaben den Amerikanern am 13. April unversehrt (!) ca. 220 gefangene SS-Leute. In den Tagen vor dem 11. April hatten die Häftlinge durch ihren Widerstand, vor allem ihre Verzögerungstaktik, die Evakuierung des Lagers vermieden. Viele der 21.000 im Lager verbliebenen Häftlinge (gerade die kranken und besonders schwachen) sind so vor dem sicheren Tod bewahrt worden. Auch die 3.000 verbliebenen Juden verdanken ihr Überleben zweifelsfrei dem Buchenwalder Widerstand.

Frühzeitig ein Zentrum des Widerstands: der Häftlingskrankenbau

Nun soll etwas genauer auf den Häftlingskrankenbau, das sogenannte „Revier“, und damit die Wirkungsstätte Walter Krämers eingegangen werden. Das Revier besaß von Anbeginn eine große Bedeutung in gleich mehrfacher Hinsicht: Erstens kam es hier ganz besonders auf verantwortungsbewusste Häftlinge an, die ihren kranken Leidensgenossen größtmögliche Unterstützung gewährten, denn die SS-Ärzte und die ihnen assistierenden Sanitätsdienstgrade (SGD) kümmerten sich nicht um die Häftlinge, sondern schrien Kranke an und schlugen sie. Zweitens: Hier politische Häftlinge in leitenden Funktionen zu haben, hieß nicht nur, akut Kranke begünstigen zu können. Darüber hinaus konnten auch andere hilfsbedürftige Häftlinge mit Medikamenten versorgt werden, fingierte Krankenschreibungen erhalten oder in sogenannte Schonung gebracht werden, also vorübergehend eine leichtere Arbeit bekommen.

Die Politischen waren im Revier von Anbeginn tonangebend, wemgleich der erste Kapo Willi Klangwarth ein eher zwielichtiger Charakter gewesen sein soll. Es gab aber auch einige „Grüne“, die sich aufopferungsvoll um ihre Mithäftlinge kümmerten.

Willi Dehnert, der von der Parteileitung beauftragt war, das Revier im Einflussbereich der „Roten“ zu halten, schleuste dann auch Walter Krämer ins Kommando. Noch 1937 schrieb er Krämer krank und betraute ihn mit Nachtwachen, doch die SS schickte Krämer zurück in ein anderes Kommando. Im März 1938 versuchte Dehnert es nochmals, diesmal mit Erfolg. Im April 1939 wurde Krämer Kapo.

Seine kameradschaftliche und hilfsbereite Art machte ihn bei den Mithäftlingen sehr beliebt. Der Sozialdemokrat Walter Poller rühmte seine „geradezu übermenschliche Widerstandskraft“, die er „einfach bewundern

mußte“.¹³ Viele bezeugten, dass Krämer witzig und immer zu Späßen aufgelegt gewesen sei. Außerdem sei er stark wie ein Bär gewesen, „Bär“ habe auch sein Spitzname gelautet. Der Häftlingsarzt Fritz Lettow berichtete: „Im übrigen war Walter von einer geradezu fanatischen Arbeitskraft beseelt, und er hatte ein ausgeprägtes Verantwortungsgefühl. Überall war sein dröhnender Bass zu hören, und wo er konnte, sorgte er für das Wohl seiner Kumpels, der Politischen. Tag und Nacht war er auf den Beinen.“¹⁴ Regelrecht berühmt wurde Krämer aber als „Arzt ohne Examen“. Bis 1939 war es ausgebildeten Medizinerinnen verboten, im Revier zu arbeiten. Deshalb mußten sich die Häftlinge hier auf das Selbststudium verlegen. Dehnert brachte Krämer erste Kenntnisse bei, z. B. das Injizieren. Durch das Studium einschlägiger Fachliteratur und Konsultationen jüdischer Ärzte bildete sich Krämer weiter fort. Lettow bezeugte ferner, Krämer habe „über eine beachtliche Geschicklichkeit im Schneiden von Wunden und Abszessen“ verfügt.¹⁵ Bald führte Krämer sogar Operationen aus, bis hin zu Magen- und Rippenresektionen sowie Amputationen. Als Ernst Haberland, führendes IMO-Mitglied, 1941 an einer Blinddarmentzündung erkrankte, willigte er ein, von Krämer operiert zu werden. Er berichtete: „Bevor Walter anfing, rauchte er noch eine Zigarette, um sich zu beruhigen. Ich sehe ihn heute noch vor mir mit ruhigem und ernstem Gesicht, in der einen Hand das Skalpell, in der anderen Hand die Zigarette. Mit dem Skalpell visierte er behutsam die Operationsstelle an. Dann war es soweit. Als ich wieder aufwachte, befand ich mich in den starken Armen Walters. Er trug mich in seinen Krankensaal.“¹⁶ Sogar die SS schätzte Krämers Fähigkeiten. Der SS-General Josias Prinz von Waldeck ließ seine Furunkulose lieber von Krämer als von einem SS-Arzt behandeln, gleiches tat Lagerkommandant Karl Koch, als ihn die Syphilis plagte. Einen weniger guten Leumund besaß der aus dem Harz stammende stellvertretende Revierkapo Karl Peix, mit dem Krämer befreundet war. Peix wurden ein unsauberer Charakter und die Ungleichbehandlung von Häftlingen entsprechend persönlicher Vorlieben nachgesagt: Zu jungen, hübschen Menschen sei er charmant gewesen, zu alten brutal. Trotz verschiedener Warnungen seitens Dritter soll Krämer lange zu Peix gehalten, sich später aber von ihm distanziert haben. Ungeachtet dessen verbesserten Krämer und Peix die Verhältnisse im Revier beständig. Anfänglich blieben diese aber unzulänglich. Erst im Früh-

13 Walter Poller: *Arztstreiber in Buchenwald*, Offenbach/Main 1960, S.192f.

14 Fritz Lettow: *Arzt in den Höllen*, Berlin 1997, S.97.

15 Ebenda, S.94.

16 Ernst Haberland: *Der Pelerinenmann*, Berlin 1981, S.169.

jahr 1938 zog der Krankenbau in geeignete Baracken mit einem OP-Raum. Es fehlte an Medikamenten und Verbandsmaterial, Kriminelle aus dem Revier beteiligten sich an Schiebereien; nach Entlassungen politischer Häftlinge im Frühjahr 1939 nahmen Korruption und Schwarzhandel noch zu. In den Folgemonaten festigten die Politischen wieder ihre interne Lagermacht und besserten damit auch die Verhältnisse im Krankenbau. Medikamente wurden bei der SS geklaut oder durch Manipulation der Bestelllisten beschafft.

Besonders verdient machte sich Krämer um die jüdischen Häftlinge, die nach der Reichspogromnacht 1938 nach Buchenwald überführt und dort in ein umzäuntes Sonderlager gesperrt worden waren, in dem entsetzliche Bedingungen herrschten. Als dort im Winter 1938/39 eine Typhusepidemie ausbrach, verwies Krämer darauf, dass die Seuche auch benachbarte Orte erfassen könnte. Er erreichte durch seine Hartnäckigkeit die Auflösung des Sonderlagers im Februar 1939. 250 Juden konnte so das Leben gerettet werden.

Mit derselben Hartnäckigkeit und seinen Hinweisen auf die Ansteckungsgefahr auch für die SS-Leute erwirkte Krämer einen Monat später sogar eine Schutzimpfung gegen Typhus und Ruhr – bis dahin ein absolutes Novum in der KZ-Geschichte. Für die Juden, die Revierverbot hatten und bislang nur illegal behandelt werden konnten, wurde jetzt das sogenannte Judenrevier eingerichtet, in dem allerdings katastrophale Zustände herrschten. Die Leitung dort übernahm Willi Dehnert. Unter Vorwänden erwirkten Dehnert und Krämer die Einrichtung einer direkten Telefonverbindung. Sie diente als Warnsystem und brachte großen Nutzen, zumal das Haupttor vom Judenrevier aus beobachtet werden konnte.

Immer wieder erwies sich Krämer als echtes Organisationstalent. Beschwerden von SS-Dienststellen ausnutzend, konnte er die Genehmigung zur Errichtung weiterer Räumlichkeiten veranlassen, in denen die Medikamente ordnungsgemäß gelagert, Verbandszeug und Wäsche aufbewahrt und sterilisiert wurden. In Absprache mit dem kommunistischen Maurerkapo Karl Rauch wurde illegal ein weiterer kleiner Raum als Versteck bedrohter Häftlinge eingerichtet.

1939 entstand auch eine Zahnstation. Wegen der brutalen und unfähigen SS-Ärzte kam es ebenso bei Zahnproblemen auf Autodidakten unter den Häftlingen an. Hier war es der Buchdrucker Arno Liske, ein Kommunist aus Halle, der sich durch Studium der Fachliteratur zum Dentisten mauserte. Später durften auch gelernte Zahnärzte Behandlungen durchführen.

Wie ein Jahr zuvor die Juden wurden im Oktober 1939 Tausende Polen nach Buchenwald verschleppt und in ein Sonderlager gesperrt, das die

Nazis zynisch den „Rosengarten“ nannten. Auch hier waren die Verhältnisse entsetzlich, viele Häftlinge starben, es brach eine Ruhrepidemie aus. Wieder erreichte Krämer durch Verweis auf ausbrechende Seuchen die Auflösung des Sonderlagers. Im Februar 1940 kamen die letzten 500 bis 600 Polen in feste Baracken, aber viele waren so erschöpft, dass sie doch starben.

Anfang 1940 wurde illegal ein zweiter OP-Saal mit Röntgenraum eingerichtet. Da dieser ohne Baugenehmigung der SS und nur unter stillschweigender Duldung des Lagerarztes Dr. Blies existierte, gab es folglich auch keine Materialien; sie mussten von den Häftlingen selbst organisiert werden. Im Buchenwald-Report heißt es dazu: „Die Arbeitskräfte, die dabei Verwendung fanden, wurden mit Essen aus der Revierküche entgolten; die meisten Häftlinge, die solche Zusammenhänge nicht kannten, aber von der Essenbesserstellung ihrer Kameraden wussten, zeternten in solchen Fällen nur wieder ‚Korruption‘. In Wahrheit hat man monatlang die Todesfälle später gemeldet und für die Toten das Essen weiter bezogen.“¹⁷

Kurt Leuser, ein aus der Nähe von Aachen stammender Häftling jüdischer Abkunft, kein KPD-Mann, aber ein Politischer, und vor allem ein absolutes Organisationstalent, ein Draufgänger, lagerbekannter Witzbold und Filou, beschaffte die Einrichtung des OP-Raums. „Sie sollte“, berichtete Kogon, „vom SS-Lazarett in Buchenwald nach Mauthausen gehen und war in Kisten verpackt. Leuser vertauschte die Kisten, als sie auf Lastwagen verladen wurden, gegen andere und schaffte die Instrumente ins Lager. Drei volle Jahre lang hat die SS zwischen Mauthausen, Buchenwald, dem ‚Amt für Gesundheitstechnik‘ beim Hygiene-Institut der Waffen-SS Berlin, dem Zentralsanitätslager und dem SS-WVHA hin- und herkorrespondiert, ohne der Sache auf die Spur zu kommen (wobei allerdings informierte und gewitzte Häftlinge durch Unterschlagung von Briefen, Verstümmelung von Fernschreiben und dergleichen nachhalfen).“ Kogon nannte den Coup ein „Husarenstück“.¹⁸

Trotz der verbesserten medizinischen Versorgung führten weiterhin die SS-Ärzte, die sich abscheulicher Verbrechen schuldig machten, das Zepeter. Dazu zählen unsachgemäße Operationen durch hierfür nicht ausgebildete Mediziner und Amputationen (manchmal ohne Narkose), Sterilisierungen, Kastrationen und medizinische Experimente. Besonders abscheulich war das sogenannte „Abspritzen“, die tödliche Verabreichung von Gifteinjektionen. Diese Verbrechen nahmen verstärkt zu, speziell in

17 David A. Hackett (Hrsg.): Der Buchenwald-Report, München 1996, S.90.

18 Kogon, SS-Staat, S.156.

der Ära des Dr. Hans Eisele, der 1940 in die Funktion des (über alle medizinischen Belange Aufsicht führenden) Lagerarztes gelangte.

Dehnert, der Eisele den „Schrecken von Buchenwald“ nannte, bezeugte, dass dessen mörderische Praxis die politischen Häftlinge des Krankenbaus „zu einer grundsätzlichen Stellungnahme“ veranlasste. Er schrieb: „Die Ansicht, aus dem Kommando auszuschneiden und das Feld wieder kriminellen Häftlingen zu überlassen, wurde als verantwortungsscheu und lagergefährdend abgelehnt. Es wurde im Gegenteil verbindlich festgelegt, die bittere Zeugenschaft auf sich zu nehmen, um bei fast jeder Gelegenheit retten zu können, was zu retten sei.“¹⁹ Langfristig bewährte sich diese Linie. Anfangs gerieten die Politischen aber noch mehr unter Druck, weil nach dem Überfall auf die Sowjetunion die Kriminellen wieder stärker hofiert wurden.

Ende Oktober 1941 wurden Krämer und Peix ihrer Funktionen enthoben, in den sogenannten Bunker (den Arrestbau im Lager) geworfen und dann in ein Außenkommando nach Goslar verlegt, wo sie Anfang November angeblich „auf der Flucht“ erschossen wurden. Die Gründe für den Doppelmord sind umstritten. Von verschiedenen Zeitzeugen wurde geltend gemacht, dass:

1. Krämer und Peix Hilfe für die eingelieferten sowjetischen Gefangenen organisierten (Versorgung mit Essen trotz Verbots);
2. Krämer sich geweigert habe, die sowjetischen Häftlinge Tbc-krank zu schreiben (um keinen Vorwand für ihre Ermordung zu liefern);
3. durch die Ermordung der beiden Mitwisser die vielen Morde der SS-Ärzte gedeckt werden sollten;
4. der Kronzeuge der Syphilis-Erkrankung Kochs eliminiert werden sollte und
5. insbesondere Peix in Ungnade gefallen war, weil er sich in einen offenen politischen Streit mit dem SGD Hofmann, einem braunen Fanatiker, über den Ausgang des Krieges eingelassen hatte.

Wichtig ist, die Morde nicht zu entpolitisieren. Sie fügten sich in den Trend der damaligen Monate und waren geprägt von einem starken Vernichtungsdruck gegen die Politischen. Viele von ihnen wurden in einem Sonderkommando getriezt, es gab vorübergehend einen „grünen“ Lagerältesten. Neuer Kapo im Revier wurde für kurze Zeit Heinrich Weingärtner, dann folgte der Solinger Metallarbeiter und KPD-Reichstagsabgeordnete Ernst Busse mit seinem Stellvertreter Otto Kipp, einem aus Dresden stammenden Spanienkämpfer.

19 Willi Dehnert: Bericht über die Entwicklung des Häftlingskrankenbaus im KZ Buchenwald, Gedenkstätte Buchenwald, Buchenwald-Archiv (BWA) 31/15.

Die Posten im Revier innezubehalten und rettend einzugreifen, blieb eine Gratwanderung. Immer wieder wurde der Vorwurf der Komplizenschaft mit den Nazis und der Mitschuld erhoben, der sich aber bei genauer Prüfung nicht erhärten lässt. Unter diesem Vorwurf wurde Otto Kipp nach der Befreiung vorübergehend von den Amerikanern festgenommen und Ernst Busse später von der sowjetischen Administration in ein Lager verschleppt, wo er 1952 starb. In beiden Fällen spielten eher aktuelle politische Interessen eine Rolle, eine Schuld konnte keinem der beiden nachgewiesen werden. Für Kipps Freilassung hatten sich übrigens besonders zwei Christdemokraten stark gemacht, die keinen Grund hatten, wider besseres Wissen für einen Kommunisten gutzusprechen, nämlich Werner Hilpert (ehemaliges Mitglied der Zentrumspartei und des Volksfrontkomitees in Buchenwald) und Eugen Kogon.

Durch die Arbeit der politischen Häftlinge unter Busse und Kipp verbesserte sich die medizinische Versorgung weiter, und es konnten zahlreiche Häftlinge durch Krankschreibung oder Schonung von schwerer Arbeit befreit werden. Schätzungen zufolge wurden 1944 fast 11.000 Krankenscheine ausgegeben. Durch gefälschte Totenmeldungen wurde gesuchten Häftlingen eine neue Identität verschafft; ferner konnte durch die Beeinflussung der Lagerärzte auch Druck ausgeübt werden, damit an den Arbeitsstellen weniger geprügelt wurde. Die Mordpraxis der SS-Ärzte machte man sich zunutze, wenn es darum ging, gefährliche Spitzel auszuschalten.

Das Revier war Ort zahlreicher illegaler Treffen, in seinen Räumen wurde auch das ILK gegründet. Die SS wurde folgerichtig ihr Misstrauen gegenüber dem Krankenbau nicht los, bei Razzien blieb das Revier stets die erste Adresse.

Fazit: die Rolle der Kommunisten

Lässt man die Rolle der Kommunisten Revue passieren, muss man zu dem Ergebnis kommen, dass ihre Verdienste um den Widerstand und somit um das soweit als mögliche Wohlergehen der Lagerinsassen gar nicht hoch genug eingeschätzt werden können. Dass sie im Buchenwalder Widerstand so dominant waren, lag teils an ihrem zahlenmäßigen Übergewicht, teils daran, dass sie als einzige politische Kraft in der Lage waren, den Nazis organisiert die Stirn zu bieten.

Das Verhältnis zu den Sozialdemokraten als zweitstärkste Gruppe deutscher politischer Häftlinge war von zahlreichen Ambivalenzen und Wechselfällen, mit zunehmenden Jahren aber von einem eher einvernehmlichen Miteinander geprägt. Eine Parteiorganisation bauten nur die Kommunis-

ten auf, während „sich die Sozialdemokraten mit der losen und weniger gefährlichen Form persönlicher Föhlung begnügten, die bei ihrer geringen Zahl vollkommen ausreichte“.²⁰

Kogon resümierte: Dass die Kommunisten gerade in der Anfangszeit „wertvolle antifaschistische Persönlichkeiten anderer Richtung ausgeschaltet hielten, war bedauerlich, sogar nachteilig, aber praktisch nicht zu ändern. Die Gründe für die kommunistische Machtausschließlichkeit waren zum Teil in alten Gewohnheiten, zum anderen in den besonderen Kampfbedingungen zu suchen.“²¹ Zur Erfüllung der mit der Untergrundtätigkeit verbundenen Aufgaben, heißt es im Buchenwald-Report, „brachten die deutschen Kommunisten die besten Voraussetzungen mit: Im Gegensatz zu liberalen oder demokratischen Auffassungen waren sie schon von früher her strikten Parteigehorsam gewohnt und daher den Mitteln und Methoden des Gegners fast allein gewachsen; außerdem besaßen sie die längste Lagererfahrung.“²²

Welche positiven Folgen der robuste Widerstand der Kommunisten für das gesamte Lager hatte, ist hier ausführlich geschildert worden. Dennoch soll noch einmal Kautsky zu Wort kommen, der mit Blick auf die Übernahme der Lagermacht am 11. April 1945 schrieb: „Das Lager wahrte im allgemeinen Disziplin und ordnete sich freiwillig den deutschen Politischen unter, die in diesen letzten Tagen in meisterhafter Weise, Mut und Klugheit richtig mischend, das Lager geführt und 21.000 Häftlingen das Leben gerettet hatten. Ich als Sozialdemokrat lege auf diese Feststellung umso größeren Wert, als es sich in den verantwortlichen Stellen fast ausschließlich um Kommunisten handelte, die in vorbildlicher internationaler Solidarität allen Antifaschisten ohne Unterschied der Partei, Nation oder Konfession ihre Hilfe zuteil werden ließen.“²³

Persönliches Schlusswort

Die großen Verdienste der Kommunisten im Buchenwalder Widerstand sind historisch zweifelsfrei belegbar und bewiesen. Verfehlungen Einzelner ändern daran nichts.

Was konkret Walter Krämer anbelangt: Er war nicht nur standhafter Antifaschist und Retter für viele, sondern auch ein einwandfreier Charakter von einer Größe, der viele nur nacheifern können. Man kann ohne Über-

20 Kautsky, Teufel und Verdammte, S.180.

21 Kogon, SS-Staat, S.316.

22 Buchenwald-Report, S.112.

23 Kautsky, Teufel und Verdammte, S.296.

treibung sagen: Krämer war ein Pfundskerl und jemand, den man sich ohne Bedenken zum Vorbild nehmen kann. Wer versucht, Walter Krämers Andenken in ein schlechtes Licht zu rücken, etwa mit der Begründung, er sei ja Kommunist bzw. Anhänger einer sogenannten totalitären Ideologie gewesen, setzt sich nicht nur über die Erkenntnisse der historischen Forschung hinweg, sondern verwehrt einem aufrechten Humanisten die verdiente Anerkennung!

Die Stadt Siegen sollte ihre Chance jetzt nutzen, ihren großen Sohn zu ehren.

Die Suche nach wirksamer Solidarität. Der vietnamesische Faktor bei der Mobilisierung gegen den Vietnamkrieg in Belgien in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren¹

Kim Christiaens

Von den 1960er-Jahren bis in die 1980er-Jahre verbreiteten sich Solidaritätsbewegungen zur Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen und revolutionärer Regime in der Dritten Welt rapide in ganz Westeuropa. Bis heute sehen die Geschichtsschreibung und das öffentliche Bewusstsein das Auftreten von Solidaritätsbewegungen zur Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen und von Regimes der Dritten Welt als Angelegenheit radikalisierten Aktivisten in der Ersten Welt an und denken sie begrifflich als spontane, endogene Bewegungen. Der Rolle, die Akteure der Dritten Welt bei deren Entstehung und Entwicklung gespielt haben, wurde in den Darstellungen hingegen unzureichende Aufmerksamkeit gewidmet.²

Die Vernachlässigung des Themas hat verschiedene Ursachen. Zum Teil lag sie in der Aufspaltung der Forschungsfelder begründet, wurde doch die Geschichte sozialer Bewegungen in Westeuropa gesondert von der Geschichte der revolutionären Bewegungen und Regierungen in der Dritten Welt geschrieben. Diese Aufspaltung ist allerdings nicht nur eine Frage akademischer Spezialisierung. Schon von dem Augenblick an, als erste Aktivitäten zur Unterstützung von kommunistisch beeinflussten Erhebungen, Bewegungen oder Regimes in der Dritten Welt Gestalt annahmen, stellten Gegner diese Bewegungen im Kontext des Kalten Krieges als Frontorganisationen dar, die Gefangene internationaler kommunistischer Strategien, Manipulationen und Irrtümer wären.³ Als Reaktion dar-

1 Der Aufsatz basiert auf einem Teil des Vortrages auf der 47. Linzer Konferenz der ITH 2011 und wurde für das Jahrbuch grundlegend überarbeitet.

2 Zur Historiografie über die Solidarität mit der Dritten Welt siehe Kim Christiaens: *States Going Transnational. Transnational State Civilian Networks and Socialist Cuba and Sandinista Nicaragua Solidarity Movements in Belgium (1960s-1980s)*, in: Ders. u. a. (Hrsg.): *The Transnationality of Social Movements (Special Volume of the Belgisch Tijdschrift voor Filologie en Geschiedenis/Revue Belge de Philologie et d'Histoire)*, Brüssel 2011, S.1278-1286.

3 Siehe George R. Vickers: *The Vietnam Antiwar Movement in Perspective*, in: *Bulletin of Concerned Asian Scholars*, 21, 1989, S. 100-110, hier S.110; Guenter Lewy: *America in Vietnam*, New York, 1978, S.436; Peter Collier/David Horowitz: *Another Low Dishonest Decade on the Left*, in: *Commentary*, Januar 1987, S.17; Arthur Marwick: *The Sixties. Cultu-*

auf taten Aktivisten, die als Historiker und Sozialwissenschaftler in den 1980er- und 1990er-Jahren so überreich Standarddarstellungen über die Solidaritätsbewegungen mit der Dritten Welt verfassten, diese Behauptungen geringschätzig ab und vernachlässigten sie. Stattdessen betonten sie die spontane und von der Basis kommende Dimension der Aktivitäten. Zweifellos wäre es falsch zu behaupten, dass die Tausenden Menschen, die in Brüssel und anderen Städten der ganzen Welt auf die Straßen gingen, um ihre Solidarität mit dem Volk von Vietnam zu bekunden, oder die von Haus zu Haus liefen, um Abzeichen für Nicaragua oder Chile zu verkaufen, dies nur im Ergebnis von Strategien taten, die in Hanoi, Managua oder in anderen Hauptquartieren erdacht worden waren. Doch haben die zu geringe Aufmerksamkeit für die Akteure der Dritten Welt und die Sicht auf die Solidaritätsbewegungen als allein endogenes, spontan hervorgebrachtes Phänomen weitreichende Konsequenzen dafür, wie man die Solidaritätsbewegungen mit der Dritten Welt einschätzt. Zum einen führt das dazu, die Solidarität hauptsächlich auf eine Art „mental connectivity“ von Aktivisten der Ersten mit der Dritten Welt zu reduzieren. Damit ist die Tendenz verbunden, Solidarität als Einbahnstraße zwischen *aktiven* Aktivisten, die Unterstützung mobilisieren, und *passiven* Empfängern in der Dritten Welt anzusehen. Demgegenüber ist es wichtig, auch die Akteure in der Dritten Welt zu untersuchen und einzuschätzen, denn auf diese Weise behandelt man das Wesen der Solidarität mit der Dritten Welt. Diese Studie stellt den Versuch dar, am Beispiel der Mobilisierung in Belgien gegen den Krieg in Vietnam auch die Rolle von Akteuren der Dritten Welt in Solidaritätsbewegungen ins Bewusstsein zu rücken. Die Untersuchung versteht Solidarität als Interaktion zwischen Akteuren der Dritten Welt und Solidaritätsaktivisten.

Wie in anderen westeuropäischen Ländern war auch in Belgien die Solidarität mit Vietnam die erste umfassende und nachhaltige Solidaritätsbewegung mit der Dritten Welt, sie bot ein Modell für die Solidarität mit Ländern wie Chile und Nicaragua in den 1970er- und 1980er-Jahren.

1. Das Thema „Vietnam“ kommt nach Westeuropa

Im Dezember 1960 wurde die Nationale Front für die Befreiung Südvietnams (Front National de Libération, FNL) durch südvietnamesische Revolutionäre unter diskreter Lenkung der Demokratischen Volksrepublik

Vietnam (DRV) offiziell gebildet.⁴ Die Gründung der FNL beruhte auf einer veränderten Strategie der vietnamesischen Kommunisten, die auf eine Verstärkung des politischen Kampfes im Rahmen der militärischen Operationen abzielte. Auf der innenpolitischen Ebene versuchte die FNL, breite Kreise der Bevölkerung und verschiedene Organisationen unter ihrem Zehn-Punkte-Programm des Kampfes gegen die von den USA gestützte südvietnamesische Regierung und für die Befreiung Vietnams südlich des 17. Breitengrades zu vereinen. Diese politische Wendung betraf nicht nur den Kampf im Innern, sondern besaß auch eine bedeutende internationale Dimension. Die südvietnamesischen Kommunisten verstanden sich als nationale Befreiungsbewegung, als Teil des weltweiten Ringens gegen Kolonialismus und Imperialismus. Sie traten als Verbündete anderer nationaler Befreiungsbewegungen sowie revolutionärer und sozialistischer Regimes auf und appellierten an deren Solidarität.

Ab 1962 begann die FNL als Widerstandsbewegung intensive Außenbeziehungen und diplomatische Kampagnen zu entwickeln, um Unterstützung im Ausland zu gewinnen. Dies stimmte mit der koordinierten Strategie Nordvietnams überein, auf die internationale Anerkennung der FNL zu setzen, um auf die USA-Regierung Druck auszuüben, ihre Truppen abzuziehen. Für diese Strategie war entscheidend, dass die FNL als autonome Befreiungsbewegung agierte, die nicht der verlängerte Arm der DRV war, sondern das südvietnamesische Volk repräsentierte und eine Alternative zur Regierung in Saigon darstellte.⁵ Ungeachtet ihres Anspruchs, eine autonome Bewegung zu sein, stützte sich die FNL, um ihr internationales Ansehen zu erhöhen, auf Hilfe aus der DRV. Anfangs konzentrierten sich die Anstrengungen des Außenpolitischen Komitees der FNL auf die sozialistischen und die sogenannten nichtpaktgebundenen Länder.⁶ Ab 1962 eröffnete die FNL ständige Vertretungen in verschiedenen Ländern, so in Kuba, Algerien, Indonesien und der DDR, und Generalsekretär Nguyen Van Hieu organisierte Höflichkeitsbesuche, um die Sache der FNL im Ausland publik zu machen.

1964 begann die FNL, Westeuropa als fruchtbare und strategisch bedeutsame Region zur Erlangung von Unterstützung anzusehen. Dahinter stand die Überlegung, dass eine wohlwollende internationale öffentliche Meinung im Westen für ihren Erfolg in Vietnam entscheidend war und

4 Siehe South Viet Nam Front for Liberation, Documents, South Viet Nam 1968, S.53.

5 Siehe Merle L. Pribbenow: National Front for the Liberation of South Vietnam, in: Spencer C. Tucker (Hrsg.): The Encyclopedia of the Vietnam War. A Political, Social and Military History, Santa Barbara 2011, S.794f.

6 Siehe Robert K. Brigham: Guerilla Diplomacy. The FNL's Foreign Relations and the Viet Nam War, Ithaca-London 1999, S.19-26.

dass die fortschreitende Friedensmobilisierung in den USA und in Westeuropa – so die Märsche gegen Atombomben – einen fruchtbaren Boden darstellten, um Solidaritätsbewegungen zu entfachen und Druck auf die Politiker in den USA auszuüben.⁷ Bei ihren Versuchen, Zugang zur Öffentlichkeit im Westen zu erhalten, nutzten die vietnamesischen diplomatischen Vertretungen in Prag und Ostberlin die Netzwerke des Weltfriedensrates, der – wie sich herausstellte – dafür ausgezeichnete Möglichkeiten bot.

Diese internationale, kommunistisch beeinflusste Friedensorganisation – 1949 auf zwei parallelen Kongressen in Prag und Paris gegründet – besaß ein gut entwickeltes Netzwerk in Westeuropa. Über die Mitgliedschaft des südvietnamesischen Komitees für Weltfrieden und des nordvietnamesischen Friedenskomitees führten die FNL und die DRV ihre Delegierten in dessen internationale Foren, die Weltkonferenzen, ein. Diese Konferenzen gaben gemeinsame Erklärungen, Publikationen und Solidaritätsproklamationen heraus und unterstützten damit die vietnamesischen Kommunisten. Sie stellten aber auch Orte für direkte Kontakte zwischen vietnamesischen und westeuropäischen Delegationen dar.⁸

Die Kooperation mit dem Weltfriedensrat verlief jedoch nicht ohne Probleme, da diese Organisation seit den frühen 60er-Jahren eines der internationalen kommunistisch beeinflussten Foren war, auf denen die Volksrepublik China und die UdSSR sowie ihre jeweiligen Verbündeten heftig über Probleme wie Abrüstung und nationale Befreiung in der Dritten Welt stritten.⁹

Angesichts des Bündnisses der FNL und der DRV mit dem China Maos entwickelte sich die „Angelegenheit Vietnam“ zu einem kritischen Punkt in den Diskussionen zwischen prochinesischen und prosowjetischen Kräften. Ab Ende 1964 verstärkte sich die Position der FNL zunehmend. Die Sowjetunion begann, ihre Unterstützung für die vietnamesischen Kommunisten auszuweiten. Sie hatte ihre Politik in Südostasien neu orientiert und wollte China in seinem eigenen „Hinterhof“ entgegentreten. Im November 1964 sagte die UdSSR Nordvietnam für den Fall eines Angriffs

7 Siehe Luu Van Loi: *50 Years of Vietnamese Diplomacy, 1945-1995*, Hanoi 2000, S.209-215.

8 Siehe Rüdiger Schlaga: *Die Kommunisten in der Friedensbewegung – erfolglos? Die Politik des Weltfriedensrates im Verhältnis zur Außenpolitik der Sowjetunion und zu unabhängigen Friedensbewegungen im Westen. 1950-1979*, Berlin 1991, S.220f.; Günter Wernicke: *The Communist-Led World Peace Council and the Western Peace Movements: The Fetters of Bipolarity and Some Attempts to Break Them in the Fifties and Early Sixties*, in: *Peace & Change*, 23 (1998) 3, S.265-311.

9 Siehe Alfred. D. Low: *The Sino-Soviet Dispute, an analysis of the Polemics*, Cranbury 1976, S.152.

der USA ihre Unterstützung zu und gewährte der FNL die Einrichtung einer Vertretung in der Sowjetunion. Der Weltfriedensrat folgte dieser Politik und konzentrierte seine Aktionen für Vietnam.

Die vietnamesischen Bemühungen, über den Weltfriedensrat Zugang nach Westeuropa zu erlangen, wurden durch eine Strategie der „Volksdiplomatie“ ergänzt. Mit ihr sollten jenseits der traditionellen diplomatischen Kanäle, die in Westeuropa kaum von Nutzen waren, Menschen für Unterstützung mobilisiert werden.¹⁰ Die FNL und die DRV waren bestrebt, die westeuropäische Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen, zum Beispiel durch Informations- und Propagandamaterial wie die Zeitschrift „South Vietnam in Struggle“ und die Organisation von Pressekonferenzen im Rahmen der Treffen des Weltfriedensrates. Sie riefen auf, Solidaritätsgruppen zu schaffen. Als eine dauerhaftere Operationsbasis funktionierte die Handelskommission der DRV in Paris, die 1961 unter der Leitung des Diplomaten Mai Van Bo eingerichtet worden war und in den folgenden Jahren als Treffpunkt zwischen Repräsentanten der DRV und der FNL sowie Solidaritätsaktivisten wirkte.

2. Der Wiederhall der vietnamesischen Bemühungen in Belgien

Die vietnamesischen Aktivitäten über das internationale Forum des Weltfriedensrates lassen sich gut verfolgen, fanden sie doch in Belgien und anderen westeuropäischen Gesellschaften eine Resonanz. Das Auftreten einer ersten organisierten Solidaritätswelle in Belgien weist deutlich auf die Schlüsselrolle des Weltfriedensrates als Vermittler hin, der die FNL in westeuropäischen Kreisen bekannt machte. Ab 1964 gab es Initiativen, die mit den Vietnamaktionen dieses internationalen Forums verbunden und von diesem inspiriert waren. In Belgien fanden die vietnamesischen Bestrebungen im Weltfriedensrat ein aufnahmeberechtigtes Publikum, sodass die westeuropäische Solidarität mit Vietnam dort ihren Anfang nahm.

Wie nicht anders zu erwarten und in Übereinstimmung mit der frühen Unterstützung der FNL und Nordvietnams durch China, entstand die erste Gruppe im Milieu der prochinesischen kommunistischen Partei Belgiens. Diese war nach dem offenen Bruch zwischen den moskautreuen und den pekingorientierten Kräften innerhalb der Kommunistischen Partei Belgiens (Kommunistische Partij van België/Parti Communiste de Bel-

10 Siehe Lien-Hang T. Nguyen: *The Vietnam Decade. The Global Shock of the War*, in: Niall Ferguson u. a. (Hrsg.): *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, Harvard 2010, S.169; Nguyen Dy Nien: *Ho Chi Minh. Thought on Diplomacy*, Hanoi 2004, S.132; Harish C. Metha: *People's Diplomacy, The Diplomatic Front of North Vietnam during the War against the United States, 1965-1972*, Phd. Thesis, McMaster University 2009.

gique; KPB) 1963 vom früheren kommunistischen Resistanceführer Jacques Grippa als erste sich „marxistisch-leninistisch“ nennende Partei in Westeuropa gegründet worden.¹¹ Als solche war sie gegenüber der chinesischen politischen Linie loyal, sodass sich der Kampf der gleichfalls „marxistisch-leninistisch“ orientierten FNL für die nationale Befreiung gut in die ideologische Agenda der Partei einfügte. Diese zeigte ein besonderes Interesse am Kampf der Dritten Welt gegen Kolonialismus und Imperialismus und denunzierte nach der Kuba-Raketenkrise die „friedliche Koexistenz“ als imperiale Weltordnung, die von der Sowjetunion und den USA dominiert sei.¹²

Damals schlug dank der Anwesenheit von Vertretern der Grippa-Partei auf den internationalen Konferenzen des Weltfriedensrates diese ideologische Affinität in eine konkrete Mobilisierung um. Mitte Februar 1965 griff die Partei das Thema „Vietnam“ auf und schuf ein belgisches „Solidaritätskomitee mit dem Volk Südvietnams“.¹³ Inspiriert war dies vom Weltfriedensrat, der auf seiner Präsidiumssitzung im Dezember 1964 in Berlin zur Bildung nationaler Solidaritätskomitees aufgerufen hatte, um eine Volksbewegung in Gang zu setzen und die Opposition gegen die amerikanische imperialistische Aggression zu organisieren.¹⁴ Auf diesen Vorschlag hin gründete der Vertreter der Grippa-Partei beim Weltfriedensrat Antoine Allard in Brüssel das Solidaritätskomitee. Es sollte in die „Aktion für den Frieden und die Unabhängigkeit der Völker“ integriert werden, eine Dachorganisation für die Friedens- und Dritte-Welt-Arbeit der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei mit einer entsprechenden namengebenden Zeitschrift.¹⁵

Obleich im Rahmen des internationalen Netzwerks des Weltfriedensrats entstanden und – offiziell – als belgischer Zweig einer weltweiten Solidaritätsbewegung zur Unterstützung der FNL gedacht, war das Solidaritätsko-

11 Siehe Milou Rikir: *Le P.C.B. et la scission „grippiste“ de 1963. Documents présentés et annotés*, Brussels 2002; Robert Jackson Alexander: *Maoism in the Developed World*, Westport 2011, S.59f.

12 Siehe Giang Zhai: *Beijing and the Vietnam Conflict 1964-1965*, in: *The Cold War in Asia, Cold War International History Project Bulletin*, 6-7, 1996, S.233-250.

13 Louvain-la-Neuve, Archives du Monde Catholique (ARCA), Archives Allard, Solidarité Belgique Vietnam, s.d.; Brussels, Archives Free University Brussels (FUB), Vietnam, 11TP, Comité belge de Solidarité avec le Peuple du Sud-Vietnam, Februar 1965.

14 Siehe *Bulletin of the World Peace Council*, 11, Nr. 13, Dezember 1964, S.1f.; Ghent, Amsab-ISG, Archives Rudy Van Doorslaer, 72, Nr. 2, *Action pour la Paix et l'Indépendance des Peuples*, Juli 1965.

15 Ghent, AMSAB, Archives of the BUVV, Nr. 99, *Actions on Vietnam*, Pamphlet of the Committee for Solidarity with the People of South-Vietnam, 9 Juli 1965; Brussels, FUB, Vietnam, 11TP, Comité belge de Solidarité avec le Peuple du Sud-Vietnam, Februar 1965.

mittee mit dem Volk Südvietnams ein Werkzeug in den Händen einer nationalen politischen Partei. Die Verbindung zwischen dem Weltfriedensrat und dem Komitee erwies sich als kurzlebig, ihre Beziehung endete schon Mitte 1965. Allard trat aus dem Weltfriedensrat aus, dessen Führung sich bemühte, die Anwesenheit prochinesischer Gruppen zu reduzieren.¹⁶ Wesentlich blieb in den Aktivitäten des Komitees jedoch die fortgesetzte Beziehung zum vietnamesischen Friedenskomitee, das weiterhin Ressourcen bereitstellte, um die Mitglieder des belgischen Komitees zu Taten zu veranlassen. So wurden vom vietnamesischen Komitee verschiedene Dokumentationen, Filme, Bücher und Zeitschriften wie „Image du Vietnam“ und „Courrier du Vietnam“ über Xunhasaba, den in Hanoi ansässigen offiziellen staatlichen Buchimport und -export, an Antoine Allard und andere Mitglieder des belgischen Solidaritätskomitees versandt.¹⁷ Diese Informationen waren für die Aktivisten von entscheidender Bedeutung, da sie in den offiziellen Medien, die von ihnen ohnehin als von amerikanischer Propaganda beeinflusst angesehen wurden, nicht zu finden waren.¹⁸ Dank seines Netzwerks war das belgische Komitee auch in der Lage, dem vietnamesischen Friedenskomitee finanzielle Mittel zuzuleiten und so die moralische und politische Unterstützung mit effektiver Hilfe für die FNL zu verbinden.

Das Komitee begann jedoch nach 1965, viel an Resonanz einzubüßen, hauptsächlich wegen seiner ausdrücklichen Bindung an die Grippa-Partei, die doch eine ziemlich enge Gruppe und zunehmend von internen Auseinandersetzungen betroffen war. Der Bedeutungsschwund des Komitees war aber auch in der wachsenden Aktivität der traditionellen kommunistischen Partei begründet, die ab Anfang 1965 ihre Aufmerksamkeit zunehmend der Mobilisierung der Menschen in Belgien gegen den Krieg in Vietnam zuwandte. Vertreter ihrer 1949 als nationale Abteilung des Weltfriedensrates gegründeten Friedensorganisation, der Belgischen Union für die Verteidigung des Friedens (Belgische Unie voor de Verdediging van de Vrede/ Union belge pour la defense de la paix, BUVV/UBDP), standen in der ersten Reihe, als die vietnamesischen Delegationen auf den Treffen der internationalen kommunistischen Friedensbewegung auftraten, sie brachten Aufrufe zur Organisation von Solidaritätsaktionen auf den Weg.

16 Siehe ARCA, Archives Antoine Allard (AA), Resignation Letter from Antoine Allard to Isabelle Blume, 13. Juli 1965.

17 Siehe Arca, AA, Letter from Vietnam Peace Committee in Hanoi to A. Allard, 8. Dezember 1966; Nicholas Martland: Book Publishing and Book Selling in Vietnam, in: Logos. The Journal of the World Book Community, 2001, S.29-32.

18 Siehe Arca, AA, Folder of the Comité belge pour la solidarité avec le peuple du Sud-Vietnam, 1965.

Wegen der zögerlichen Haltung der Sowjetunion gegenüber den mit China verbundenen vietnamesischen Kommunisten hielt sich die KPB 1964 hinsichtlich des Themas „Vietnam“ ziemlich zurück und war gegenüber Aktivitäten für die FNL skeptisch. Mit der Annäherung zwischen der Sowjetunion sowie der FNL und Nordvietnam ab Ende 1964 zeigte sich die Partei jedoch aufgeschlossener für Aktionen zu Vietnam. Ungeachtet dieser Annäherung blieb die KPB zögerlich und gespalten darüber, wie am besten mit dem Thema „Vietnam“ umzugehen war. Gegen Aktionen für die FNL sprach der traditionelle Entspannungskurs, dem die Partei und die BUVV seit Ende der 1950er-Jahre gefolgt waren. Mit diesem Kurs waren die belgischen Kommunisten aus der Isolation herausgekommen und hatten erfolgreich mit verschiedenen Gruppen der Friedens-, Antiatombomben- und Abrüstungskampagnen kooperiert. Die BUVV hatte sich in der belgischen Gesellschaft als Hauptpfeiler dieser seit den 60er-Jahren vom Weltfriedensrat organisierten Kampagnen profiliert. Lokale Komitees gegen Atombomben waren entstanden, die auch viele Jugendorganisationen anzogen und Tausende Menschen zu jährlichen Märschen gegen die Atombombe versammelten. Eine zu offensichtliche Parteinahme für die FNL trug das Risiko in sich, diese Position zu gefährden.

In den Sitzungen des Politbüros der Partei drängten Anfang 1965 mehrere Mitglieder daher auf Vorsicht hinsichtlich des Problems „Vietnam“. Sie zogen es vor, eine Sprache des Friedens zu sprechen und sich auf Verhandlungen mit dem Ziel einer friedlichen Lösung zu konzentrieren, statt den bewaffneten Kampf der FNL zu unterstützen.¹⁹ Diese Erwägungen mussten jedoch mit dem Druck anderer Parteimitglieder im Gleichgewicht gehalten werden, die Aktionen für die FNL befürworteten und in dieser Frage mit dem Weltfriedensrat zusammengehen wollten. Bei dessen zunehmenden Aktivitäten für die FNL spielte die belgische Vizepräsidentin und ab 1965 Präsidentin Isabelle Blume (KPB) eine entscheidende Rolle. Trotz ihres anfänglichen Skeptizismus gegenüber der FNL brachte es die Einbindung der KPB in die internationale kommunistische Bewegung mit sich, dass die Partei – wenn auch nicht ohne Ambivalenz – ab Frühjahr 1965 dem Thema „Vietnam“ größere Aufmerksamkeit schenkte.

Diese Ambivalenz kam darin zum Ausdruck, dass die Vietnam-Aktivitäten der KPB hauptsächlich in zwei Organisationen konkret wurden, die ihre Bemühungen von zwei Blickwinkeln aus unternahmen. Zum einen griff die BUVV das Thema „Vietnam“ hauptsächlich im Rahmen ihres Friedensprogramms auf, veranstaltete Friedensdemonstrationen und or-

19 Siehe Brussels, CARCOB, Archives Jean Terfve (JT), Nr. 55, Vietnam, Revirements communistes, 1965.

ganisierte Petitionen. Diese Aktionen hatten einen begrenzten Umfang. Die zweite Organisation war das Komitee für Medizinische und Sanitäre Hilfe für Vietnam, dessen Gründung Mitte 1965 auf Aktivitäten der FNL im Weltfriedensrat zurückging und sich am Beispiel der algerischen Nationalen Befreiungsfront und ihrer Kampagne zur Sammlung medizinischer Hilfsmittel Anfang der 60er-Jahre orientierte.²⁰ Die entsprechende Bitte der vietnamesischen Delegation an den Weltfriedensrat hatte Isabelle Blume übermittelt. Im Frühjahr 1965 initiierte sie mit weiteren Mitgliedern der KPB einen Aufruf zu einer medizinischen Hilfsaktion in Belgien. Sie versammelte eine Gruppe von Ärzten, von denen sich die meisten zuvor in einer medizinischen Hilfskampagne für Algerien engagiert hatten, und bat sie, etwas ähnliches für Vietnam zu organisieren.²¹ Aufgrund dieser Initiative schuf die KPB dann das Komitee für Medizinische und Sanitäre Hilfe für Vietnam. Ab dem Sommer 1965 und in Kombination von humanitärer Hilfe und politischer Aktion gewann das Komitee die Unterstützung von über hundert Professoren und Ärzten und richtete lokale Zweigstellen ein, die Blutspenden beschafften und medizinische Materialien sammelten.²² All dies geschah in der Absicht, den Wünschen der FNL und der DRV soweit wie möglich zu entsprechen. Die Ergebnisse der Sammlung wurden in Kooperation mit dem sowjetischen Roten Kreuz nach Prag übermittelt.²³

3. Amerikanisierung, Europäisierung und die Grenzen der belgischen Solidarität mit Vietnam

Im April 1965 empfing die BUVV im Brüsseler Kongresspalast 75 Vertreter von Friedensorganisationen aus dreißig Ländern, um Aktionen für Vietnam zu diskutieren und die internationale Vietnamkonferenz vorzubereiten, die im Juli des Jahres stattfinden sollte.²⁴ Die Initiative zu diesem internationalen Treffen war von Isabelle Blume, der Präsidentin des Weltfriedensrates und Führerin der BUVV, ausgegangen. Drei Wochen später reiste Blume zu einem weiteren Treffen nach Stockholm. Im Juli 1965 kamen Vertreter von Friedensorganisationen aus der ganzen Welt

20 Siehe Bulletin of the World Peace Council, 12, Nr. 13, Dezember 1965, S.4.

21 Siehe Vrede. Maandblad voor internationale politiek en vredesproblemen, 14, Nr. 103, Mai 1971, S.24.

22 Siehe Brussels, SOMA, Archives Pierre Le Grève, Papers on the Medical Vietnam Committee, 1965-1966.

23 Amsterdam, IISH, Archives Dutch Medical Vietnam Committee (DMC), Nr. 360, International Red Cross, Overview of the Cooperation with the Red Cross, 1. Februar 1971.

24 Siehe Bulletin of the World Peace Council, 12, Nr. 5, April 1965, S.1f.

in Helsinki zusammen und trafen sich mit Delegationen der FNL und der DRV. Alle Treffen waren von dem Geist getragen, dass man die Vietnamaktionen des Weltfriedensrates international koordinieren müsse, damit sie wirksam werden. Auf diese Weise versuchten der Weltfriedensrat und die FNL, eine globale Bewegung für das als global wahrgenommene Problem des Krieges in Vietnam zu schmieden. In seiner Präsentation der von der Konferenz in Helsinki angenommenen Vietnamresolution formulierte der französische Philosoph Jean-Paul Sartre kurz und bündig die grundlegende Idee der Konferenz: „Es ist ermutigend zu denken, dass hier jeder die Unteilbarkeit unserer Sache verstanden hat. [...] Aber das ist nur der Anfang. Die Resolution schlägt uns [...] wirksame Wege der Unterstützung unserer vietnamesischen Brüder vor. Damit die Worte zu Taten führen, müssen sie abgestimmt, organisiert werden: Jede einzelne Initiative muss durch alle anderen gestützt werden.“²⁵

In der Tat drängten die Führungen des Weltfriedensrates und der FNL energisch darauf, Aktionen der nationalen Organisationen soweit wie möglich im Zusammenwirken aller zu organisieren. Folglich war der Weltfriedensrat nicht nur der Vermittler zwischen FNL und westeuropäischen Delegationen, er ermöglichte auch zwei miteinander verbundene und in der belgischen Vietnambewegung sichtbare Prozesse, die man mit den Begriffen „Amerikanisierung“ und „Europäisierung“ etikettieren könnte.

In Übereinstimmung mit der Bitte der FNL, dem Druck auf die amerikanische Regierung Priorität zu verleihen, unterstützte die BUVV bei den Solidaritätsaktionen vorrangig die Antikriegsdemonstrationen in den USA. Dank der Informationen und Kontakte des Weltfriedensrates konnte die BUVV die Vernetzung mit den Demonstranten in den USA pflegen und auch den Kontakt zwischen belgischen und amerikanischen Antikriegsaktivisten fördern. Im September 1965 mobilisierte sie die belgische Gesellschaft für eine Kampagne zur Übersendung von Sympathiebotschaften an das Vietnam Day Committee in Berkeley (USA), in denen die Unterstützung für die Protestaktionen gegen die kriegerische Politik der Johnson-Administration bekundet wurde.²⁶

Das vielleicht bedeutendste Ereignis, in dem der „amerikanische Faktor“ sichtbar wurde, ereignete sich am Wochenende vom 15./16. Oktober 1965. Damals organisierte die BUVV in Brüssel und anderen Orten im ganzen Land Demonstrationen und Kundgebungen, die zeitgleich mit

25 Supplement to the Bulletin of the World Council of Peace, Nr. 8 (1965), S.5.

26 Siehe Ghent, Amsab-ISG, NCAA, Nr. 1499, Letter from Piet Frantzen to the Chairman of the Vietnam Day Committee, 10. September 1965, Open Letter to the Youth of the United States of America, 9. September 1965.

Demonstrationen in weiteren westeuropäischen Großstädten und in den USA stattfanden. Höhepunkt war die in Brüssel zusammen mit Jugendgruppen und trotzkistischen Organisationen veranstaltete Demonstration von 1.000 Menschen, die unter FNL-Fahnen und Spruchbändern mit den Aufschriften „USA – raus aus Vietnam“ und „Johnson ist ein Mörder“ marschierten, mit Losungen also, die von amerikanischen Antikriegsaktivisten übernommen worden waren.²⁷ Das Medizinische Vietnamkomitee verband Antikriegsaktivismus und Solidarität mit der FNL miteinander und nutzte den entstandenen Schwung, um lokale Aktionen zu organisieren und Zehntausende belgische Franken als medizinische Hilfe für die FNL zu sammeln.²⁸ Dass belgische Aktivisten zeitgleich mit Menschen in Rom, Kopenhagen, Stockholm, Washington und anderen Großstädten in aller Welt auf die Straße gingen und ihre Aktionen nach dem amerikanischen Beispiel gestalteten, war das Ergebnis einer gut abgestimmten Kampagne und die Reaktion auf den Appell des Vietnam Day Committee in Berkeley, an jenen beiden Tagen einen vereinten internationalen Protest durchzuführen. Dieser Appell wurde von der FNL unterstützt. Der Weltfriedensrat rief seine nationalen Gruppen weltweit zur Teilnahme auf und versorgte sie mit wichtigen Informationen.²⁹ Die Gleichzeitigkeit der Demonstrationen in Westeuropa vermittelte den europäischen Aktivisten das Gefühl, miteinander vernetzt zu sein. Doch war diese „Europäisierung“ ziemlich begrenzt, denn die transnationale Kooperation bestand hauptsächlich darin, Daten für gleichzeitige Aktionen festzulegen oder während internationaler Konferenzen des Weltfriedensrates Informationen auszutauschen.

Die Europäisierung und die Amerikanisierung waren Teil einer umfassenderen Strategie, mit der im Rahmen einer „globalen Solidaritätsbewegung“ die Erste, Zweite und Dritte Welt für den Frieden in Vietnam mobilisiert werden sollten. Diese globale Identität wurde sowohl vom Weltfriedensrat als auch von der FNL kräftig stimuliert. Von ihnen herausgegebene Periodika wie „Perspectives“ und – als eine der bedeutendsten Informationsquellen – der weit verbreitete „Courrier du Vietnam“ entwickelten diese globale Dimension und verbanden Solidaritätsaktionen in verschiedenen Ländern miteinander. Die Vietnambewegung in Belgien gewann durch ihre internationale Ver-

27 Siehe <http://www.socialisthistory.ca/Docs/1961-/Vietnam/YSF-Antiwar-65-68.htm>; Jozef Smits: Inventaris van de betogingen in België. 1960-1974. Samengesteld op basis van het rijkswachtarchief en de dagbladen De Standaard, Het Laatste Nieuws, La Libre Belgique, Le Soir, en Le Peuple, Leuven 1982, S.50.

28 Siehe Vredesinitiatieven, in: Vrede. Maandelijks Tijdschrift van de Belgische Unie voor de Verdediging van de Vrede, 8. November 1965, S.8.

29 Siehe CARCOB, JT, Nr. 55, Journée de solidarité, 19. November 1965.

netzung an Bedeutung, war aber trotz aller Verweise auf die Macht eines globalen Protestes und ihres Anspruchs, Teil des „mächtigen Stroms einer weltweiten Bewegung“³⁰ zu sein, ziemlich begrenzt. In den Jahren 1965 und 1966 fand die Solidarität mit Vietnam Rückhalt nur in kommunistischen Gruppen und unter radikalen Aktivisten, die – direkt oder mittels des Weltfriedensrates – nicht nur Zugang zu Informationen der FNL und Nordvietnams besaßen, sondern auch durch Ziele motiviert wurden, die über Vietnam hinausgingen. Der Einfluss auf die Regierenden in Belgien war gering, da die belgische Regierung weiterhin einen atlantischen Kurs verfolgte.³¹ Bewertet man aber die Bedeutung nicht auf der Ebene der belgischen Gesellschaft, sondern sieht sie aus vietnamesischer Perspektive, so ergibt sich, dass die FNL und die DRV durchaus Kapital aus den Solidaritätsaktionen schlugen. Dank ihres gut ausgebauten Apparats nutzten die FNL und die DRV Kampagnen wie beispielsweise die im März 1965 in Brüssel und in anderen Großstädten in der Welt organisierten Manifestationen auch propagandistisch.³² Über Solidaritätsaktivitäten in Belgien informierte auch das offizielle Organ der vietnamesischen kommunistischen Partei „Nhan Dan“.³³

4. Effektivierung der Solidarität (1967-1969)

Bis Ende 1966 blieb die Solidarität mit Vietnam ein zersplittertes und begrenztes Unternehmen. Das änderte sich Anfang 1967, als die Tendenz zur Einheit und die Forderung nach weitreichenderen Aktionen stärker wurden. Zu den Akteuren, die die Idee einer Massenmobilisierung für Vietnam verfochten, gehörten die KPB und ihre Friedensorganisation BU-VV sowie jene Mitglieder der trotzkistischen Bewegung, die zuvor für Algerien gearbeitet hatten. Es war kein Zufall, dass die Partei gerade 1967 Koalitionen für Vietnam-Kampagnen zu schmieden begann. Die FNL hatte im Februar 1967 zwölf Empfehlungen an die nationalen Zweige des Weltfriedensrates verabschiedet, darunter die Bitte, nationale Vietnamkomitees als koordinierende Körperschaften für die Organisierung von Aktionen zu bilden. Diese sollten die Öffentlichkeit in ihren jeweiligen Ländern über politische und ideologische Unterschiede hinweg aktivieren und

30 Supplement to the Bulletin of the World Peace Council, 3 (1966), S.4.

31 Siehe Vincent Dujard: *La Belgique et la guerre du Vietnam*, in: Christopher Goscha/Maurice Vaisse (Hrsg.): *La Guerre du Vietnam et l'Europe, 1963-1973*, Brussels 2003, S.151-192.

32 Siehe *American Use of War Gases and World Public Opinion*, Hanoi 1966.

33 Siehe *Belgian CP Conveys Anti-U.S. Support to DRV*, in: *Nhan Dan*, 23.2.1965.

diese Bewegung mit den Kampagnen des Weltfriedensrates verbinden.³⁴ Über den Weltfriedensrat und in Abstimmung mit führenden Mitgliedern der KPB betonten Vertreter der FNL und der ständigen Mission der DRV in Paris wiederholt die Notwendigkeit einer Massenbewegung. Die Bitte, eine „breite Front“ zu formieren, sprachen FNL-Vertreter auch bei Kontakten mit Mitgliedern der trotzkistischen Bewegung aus. Der Appell der FNL, die Solidaritätsbewegung zu strukturieren und zu koordinieren, widerspiegelte die gewachsene Aufmerksamkeit für die „Volksdiplomatie“, die gemeinsam mit der „diplomatischen Front“ wirkte. Dieses Vorgehen wurde 1967 offiziell sanktioniert.³⁵ Mit einer besseren Struktur und Koordination der Bewegung sollte die Solidarität wirkungsvoller werden. Mitglieder der KPB und trotzkistische Politiker begannen nun, Kontakt mit Organisationen aufzunehmen, die an koordinierten Aktionen gegen den Krieg in Vietnam interessiert sein könnten. Die internationalen Kampagnen der FNL, die nicht nur über den Weltfriedensrat, sondern auch über das Russell-Tribunal initiiert wurden und deren Zahl ab 1966 anstieg, halfen, nationale Koalitionen zu schmieden. Anfang 1967 wurde ein „Belgisches Komitee zur Unterstützung des Russell-Tribunals“ gegründet, doch stellte sich schon bald heraus, dass sein Charakter nur schwer mit einer Massenbewegung zu vereinbaren war.³⁶ Erfolgreicher war eine nationale Vietnam-Manifestation am 4. März 1967, die gleichzeitig mit Demonstrationen in anderen Ländern stattfand. In den Monaten zuvor bemühte sich die BUVV in Zusammenarbeit mit Mitgliedern der trotzkistischen Bewegung, so viele Gruppen wie möglich in dieser gesamtnationalen Aktion zu vereinen. Die Verhandlungen mit heterogenen und manchmal widersprechenden Gruppen waren oft beschwerlich, auch galt es, widersprüchliche Erklärungen der einzelnen Gruppen zu vermeiden. Doch erreichte es die BUVV, dass 8.000 bis 10.000 Menschen am 4. März 1967 durch die Straßen von Brüssel marschierten. An der Spitze des Zuges gingen Vertreter der sozialistischen, der christlich-demokratischen und der kommunistischen Partei zusammen mit Repräsentanten von Friedens- und Jugendorganisationen, von der kommunistischen Jugend bis zur katholischen Organisation Pax Christi.³⁷ Die nationale Vietnam-Manifestation war der

34 Siehe Brussels, Carcob, Archives WPC President Isabelle Blume, Recommendations of the WPC, 25.-27. Februar 1967.

35 Siehe Luu Van Looi, 50 Years, S.199.

36 Siehe Harish C. Mehta: North Vietnam's Informal Diplomacy with Bertrand Russell: Peace Activism and the International War Crimes Tribunal, in: Peace & Change, 37, 2012, 1, S.64-94.

37 Siehe Leuven, Kadoc, Archives Pax Christi, Nr. 39, 2, La manifestation du 4 mars [1967]; Ghent, Amsab, National Committee Anti Atom March, Nr. 1504, Invitation from National

erste erfolgreiche Schritt zur Formierung einer koordinierten Bewegung auf breiter Basis. Unterstützt von der vietnamesischen Delegation in Paris, die entsprechende Briefe an verschiedene Persönlichkeiten sandte, bereitete die BUVV in den folgenden Monaten die Bildung eines Nationalen Vietnamkomitees vor, das im Sommer 1967 gegründet wurde.

Dieses Ereignis markierte den Übergang von einer locker koordinierten zu einer gut abgestimmten Solidaritätsbewegung, die in der Lage sein würde, schnell auf die Bedürfnisse der FNL zu reagieren. Übereinstimmend mit den Vorstellungen der FNL und der DRV-Delegation in Paris erkannte die KPB, dass die beste Unterstützung der vietnamesischen Sache in der Mobilisierung einer breiten Öffentlichkeit in Belgien war: „Seht euch an dem Ort als mobilisiert an, an dem ihr seid.“³⁸

Ein wesentlicher Teil der Aufgaben des Nationalen Vietnamkomitees bestand darin, die Aktivitäten in Belgien mit den Vietnamkampagnen auf internationaler Ebene abzustimmen. Seine Gründung fiel mit einer Expansion von Initiativen zusammen, deren bedeutendste das Russell-Tribunal und die Stockholmer Vietnamkonferenzen waren. Organisatorisch war das Nationale Vietnamkomitee an keine dieser Initiativen gekoppelt. Es war mit diesen internationalen Foren aber durch die BUVV verbunden, die Vertreter zu den Konferenzen entsandte, um Informationen, Kontakte und Ideen zu erhalten.

Das Nationale Vietnamkomitee war keine Massenorganisation. Es wurde von einer Handvoll Politiker und Akademiker geleitet und bot – in Übereinstimmung mit den Wünschen der vietnamesischen Delegation in Paris – einen Treffpunkt für Vertreter verschiedener Organisationen und Gruppen, die an koordinierten Aktionen gegen den Krieg in Vietnam interessiert waren. Das organisatorische Herz des Nationalen Vietnamkomitees war ein Büro aus bekannten Persönlichkeiten, die auf den ersten Blick eher unpolitisch waren, so Professoren und Priester, darunter der Kanonikus François Houtart. Präsident war der betagte sozialistische Staatsminister Henri Rolin, ein Mann mit langjähriger Erfahrung in der Leitung kommunistischer Freundschaftsgesellschaften, wie der Assoziation der belgisch-polnischen Freundschaft.³⁹ Hinter der Fassade einer pluralistischen Organisation wurde das Nationale Vietnamkomitee also in Wirk-

Vietnam Committee, Januar 1968.

38 Brussels, Private Archives of Jean Verstappen, Perspectives d'action pour préparer le huitième anniversaire du FNL, September 1968.

39 Siehe Robert Devleeshouwer: Henri Rolin 1891-1973. Une voie singulière, une voix solitaire, Bruxelles 1994, S.452; Louvain-la-Neuve. Archives du Monde Catholique, Archives Antoine Allard, Letter from Antoine Allard to the Polish Embassy in Brussels, 31. August 1968, S.2.

lichkeit von Personen geleitet, die in enger Beziehung zur KPB und zur BUVV operierten. Die Führung des Komitees entsprach nicht dem Charakter der „Neuen Linken“, der man traditionell die Mobilisierung für Vietnam zuschreibt. Die vom Komitee organisierten Treffen zur Diskussion öffentlichkeitswirksamer Aktionen versammelten jedoch Repräsentanten etablierter Organisationen sowie von Jugend- und lokalen Aktionsgruppen. Ob das Nationale Vietnamkomitee eine führende Rolle in der Mobilisierung bei diesen Organisationen und Gruppen spielen konnte, hing hauptsächlich von seiner Fähigkeit ab, einen subtilen Doppelcharakter aus FNL- und DRV-naher Koordinationsstelle und öffentlichem Protestträger auszubilden. Gegenüber der belgischen öffentlichen Meinung agierte das Nationale Komitee als pazifistische Organisation, die für die Kooperation mit Gruppen aller politischen und ideologischen Richtungen offen war. Indem es den fruchtbaren Boden der wachsenden Ablehnung des Vietnamkrieges in Belgien beackerte, zielte das Komitee darauf, alle Vietnamkriegsgegner zusammenzuführen, um so eine machtvolle Opposition gegen die USA-Politik und gegen das Stillschweigen der belgischen Regierung zu bilden. Am 2. März 1968 veranstaltete das Komitee die größte Vietnam-Manifestation, die je in Belgien organisiert wurde. Sie brachte 20.000 Demonstranten zusammen. Parallel dazu gab es Aktionen an Universitäten und vom sozialistischen Allgemeinen Gewerkschaftsverband (Algemeen Belgisch Vakverbond; ABVV). Erstaunlicherweise wurde die Einheit zwischen all diesen Gruppen dadurch hergestellt, dass sie unter den Losungen der FNL marschierten, die nunmehr eine Mobilisierungskraft über einheimische Meinungsbarrieren hinweg besaßen. Das zeigt, dass diese Bewegung nicht unpolitisch war und dass es ihr nicht „nur“ um den Frieden ging, sie war auch eng mit der Solidarität gegenüber der FNL als politischer Kraft verbunden.

Durch ihre meist diskrete Verbindung mit den FNL- und DRV-Repräsentanten und den privilegierten Zugang zu Informationen spielte das Nationale Vietnamkomitee eine entscheidende Rolle bei der Versorgung interessierter Gruppen und Organisationen mit Informations- und Aktionsmaterial aus Vietnam und gab eine eigene Zeitschrift heraus. Hilfreich waren auch die ausgedehnten persönlichen Netzwerke seiner führenden Mitglieder. Das Komitee bot zudem die Möglichkeit, die Solidarität durch die Sammlung finanzieller Mittel zu konkretisieren. Das Geld wurde über führende Persönlichkeiten der vietnamesischen Delegation in Paris der FNL zugeführt. Diese Aktivitäten regten zur Gründung neuer lokaler, meist mit Ortsorganisationen der KPB verbundener Komitees und Basisinitiativen an, die ihre Aktivitäten mit dem Nationalen Vietnamkomitee abstimmten. Das Wirken des Komitees für Medizinische und Sanitäre

Hilfe für Vietnam zeigt, auf welche Weise es das Nationale Komitee den Aktivisten ermöglichte, etwas Konkretes für Vietnam zu tun, und wie der Erfolg von der Kooperation mit der FNL und der DRV abhing.

Wie schon dargelegt, war das Komitee für Medizinische und Sanitäre Hilfe für Vietnam bereits 1965 gegründet worden. Wegen fehlender Ressourcen in Belgien und mangelnder Kontakte nach Vietnam geriet es in ernste Schwierigkeiten. Ende 1967 begann für das Komitee jedoch ein neues Leben, und zwar mit denselben Personen, aber jetzt in enger Zusammenarbeit mit der vietnamesischen Delegation in Paris und weiteren westeuropäischen Komitees für medizinische und sanitäre Hilfe. Die Reaktivierung des Medizinischen Komitees als in das Nationale Vietnamkomitee integrierte Hilfsorganisation resultierte auch aus dem wachsenden Bedarf der Vietnamesen an medizinischer Hilfe – insbesondere an Chinin. Zugleich öffnete die Gründung einer Französisch-Vietnamesischen Medizinischen Vereinigung in Kooperation mit dem Gesundheitsministerium der DRV und mit der FNL im Herbst 1967 neue Transportwege nach Vietnam.⁴⁰ Folglich sammelte das Belgische Komitee für Medizinische und Sanitäre Hilfe Gelder und technisches Gerät, Laborchemikalien und Medikamente, die über das Komitee des Roten Kreuzes der Sowjetunion und entsprechend den Richtlinien der vietnamesischen Delegation in Paris nach Vietnam gebracht wurden.⁴¹ Das Komitee fand bei unterschiedlichen lokalen Gruppen Widerhall. Im studentischen Milieu verschiedener Universitäten⁴² wurde ein Studentisches Medizinisches Komitee gegründet, das Meetings und Diskussionen organisierte und Geld für die FNL sammelte.⁴³

Während seiner Europatour Anfang 1968 sprach sich der Gesundheitsminister der DRV Dr. Pham Ngoc Thach für eine bessere Koordinierung der medizinischen Hilfe für die FNL und Nordvietnam in Westeuropa aus, wofür ein Europäisches Sekretariat eingerichtet und regelmäßige internationale Treffen organisiert werden sollten.⁴⁴ Diese Treffen sollten hauptsächlich dazu dienen, effektiv über den genauen Bedarf zu infor-

40 Siehe Bulletin d'Information. Association médicale franco vietnamienne, Nr. 1, November 1967, S.1; Amsterdam, IISH, Dutch Medical Vietnam Committee, Nr. 363, Letter from Marcel-Francis Kahn, 18. Oktober 1967.

41 Siehe Amsterdam, IISH, DMC, 362: Letter from F. Zakharov, 15. Dezember 1971.

42 Siehe Brussels, FUB, Vietnam, Comité Viet-Nam ULB, Que faire pour le Viet-Nam?, 3. November 1967.

43 Siehe Brussels, CARCOB, Archives Isabelle Blume, Vietnam, 2 Dagen voor Vietnam, April 1968.

44 Siehe IISH, DMC, Nr. 362, Letter from the Association Médicale Franco Vietnamienne, 6. März 1968.

mieren, Methoden für die Sammlung von Mitteln und Materialien zu erläutern, die Aktionen zwischen verschiedenen europäischen Komitees zu vereinheitlichen sowie Kanäle für die Lieferung des Materials nach Vietnam bereitzustellen und bekannt zu machen. Die Kooperation sollte zudem Vereinigungen mit Schwierigkeiten oder geringerer Aktivität anregen, von anderen Komitees zu lernen. Die französische Medizinische Vietnam-Vereinigung und die vietnamesische Delegation in Paris nahmen in den ersten Monaten des Jahres 1968 Kontakt zu den bestehenden medizinischen Vietnam-Komitees in ganz Westeuropa auf, um eine erste „Europäische Konferenz der medizinischen Vietnam-Komitees“ vorzubereiten, die in Paris im Mai 1968 mit dem Ziel durchgeführt werden sollte, das Niveau der Kooperation zu erhöhen.

Das Belgische Medizinische Komitee war damals der am besten organisierte und international vernetzte Teil des Nationalen Vietnamkomitees. Es verfügte über regelmäßige Kontakte und wirkte mit seinen Pendanten in anderen westeuropäischen Ländern zusammen. Die seit 1968 organisierten Jahreskonferenzen waren ein wichtiger Ort für grenzüberschreitende Kooperation. Sie standen unter der Schirmherrschaft von Delegierten und Offiziellen der FNL und der DRV, deren Anwesenheit die Bedeutung der Veranstaltungen erhöhte. Auf den Konferenzen informierte man sich gegenseitig darüber, was dringend nötig war, und baute gemeinsame Projekte aus. Diese grenzüberschreitende Kooperation ergab sich nicht nur aus den vietnamesischen Wünschen nach Koordinierung, sie erwuchs auch aus praktischen Bedürfnissen der Komitees. Das Belgische Medizinische Komitee erkannte, dass sich aus dem regelmäßigen Kontakt mit anderen Komitees große Vorteile ergaben, und trug bedeutend zur Finanzierung des Sekretariats in Paris bei.⁴⁵ Diese Struktur erlaubte es, die Grenzen der eigenen beschränkten Ressourcen für den Transport und den Kauf von Ausrüstungen zu überschreiten.

5. Solidarität zwischen Diplomatie und Basisaktivismus

Die Verbindungen der führenden Mitglieder des Nationalen Vietnamkomitees zu den vietnamesischen Diplomaten in Paris und den internationalen Kampagnen der FNL und der DRV hätten dem Nationalen Vietnamkomitee eine führende Position unter den an Aktionen für Vietnam interessierten Organisationen und Gruppen sichern können. Doch begann

45 Das Belgische Medizinische Komitee zahlte für die Aktivitäten des Sekretariats per Juni 1969 801,31 FF bei einem Gesamtbudget von 2083,39 F. IISH, DMC, Nr. 373; Financial Situation International Secretariat, 1969.

die Autorität des Nationalen Komitees ziemlich schnell zu zerfallen. Da die ihm seit der Gründung angeschlossenen Gruppen nicht nur zusammen, sondern teils auch gegeneinander arbeiteten, wurde die Mobilisierung für Vietnam zunehmend divers. Kritik gab es vor allem von maoistischen Zirkeln, die den Anspruch des Nationalen Vietnamkomitees, eine Einheitsorganisation zu sein, unterminierten. Ihnen wie auch einigen anderen radikalen Gruppen war klar, dass sich das Nationale Komitee jenseits aller Rhetorik stark auf Strukturen und Personal stützte, die mit der KPB verbunden waren. Außerdem wollten sie nichts mit dem Geist der Détente und der Sprache des Friedens gemein haben, von denen sich das Nationale Vietnamkomitees in Kooperation mit vielen anderen Gruppen leiten ließ. Gegen das Komitee bestanden jedoch nicht nur ideologische Einwände. Es gab auch Probleme, die aus der Zusammensetzung seiner Führung und aus den Methoden herrührten, mit denen es der Solidarität Gestalt gab. Von einem betagten Staatsminister sowie Professoren und Politikern geführt, konnte sich das Nationale Vietnamkomitee auf Anerkennung stützen, dieses Renommee verlieh ihm aber auch ein ziemlich elitäres Image, das die Kluft zu radikaleren, antiautoritären Gruppen vergrößerte. Ein weiteres entscheidendes Element, durch das die Resonanz des Komitees beeinträchtigt wurde, stellte die politische und diplomatische Dimension der Vietnam-Problematik dar, war doch der Basisaktivismus nur eine Facette der Mobilisierung für Vietnam in Belgien.

Schon bald nach seiner Gründung hatte sich im Wirken des Nationalen Vietnamkomitees eine auf den ersten Blick starke Basis mit diplomatischer und politischer Aktivität verbunden, die dessen Tätigkeit ab 1968 immer mehr dominierte. Dies hing stark mit den zunehmenden diplomatischen Aktivitäten in Paris zusammen. Nach dem Beginn der Pariser Friedensverhandlungen mit den USA im Mai 1968 wurden die ständige Vertretung der DRV und das im Oktober 1968 gegründete „Informationsbüro“ der FNL in Paris zu einem Hauptzentrum vietnamesischer Diplomatie. Es konzentrierte sich auf internationale Informations- und Lobby-Kampagnen, um die öffentliche Meinung und die Regierungen in Westeuropa im Sinne der vietnamesischen Verhandlungsposition zu beeinflussen und die Legitimität der FNL zu stärken.⁴⁶ Hatte es in den vorhergehenden Jahren schon viele FNL-Delegationen in Westeuropa gegeben, so kam es 1968 zu einem bemerkenswerten Anstieg sogenannter „Freundschaftsbesuche“. Bis Ende November kamen 20 offizielle Dele-

46 Siehe Brigham, *Guerilla Diplomacy*, S.79-81; Marianna P. Sullivan: *France and the Vietnam Peace Settlement*, in: *Political Science Quarterly*, Vol. 89, Nr. 2, Juni 1974, S.305-324, hier S.310.

gationen von FNL und DRV in westeuropäische Länder, wo sie mit Solidaritätsorganisationen zusammentrafen und sich um Zugang zu Medien, politischen Organisationen und Regierungen bemühten.⁴⁷ Neben der Erzeugung von Druck auf die USA, den Krieg zu beenden, und der Stärkung der Legitimität der FNL war die offizielle diplomatische Anerkennung der DRV seitens westeuropäischer Länder ein Hauptziel, das nach der Bildung der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRG) der Republik Südvietnam durch die FNL 1969 um Lobbytätigkeit für deren Anerkennung erweitert wurde.

Angesichts der diplomatischen Ambitionen fungierte das Nationale Vietnamkomitee nach dem Beginn der Pariser Gespräche als Operationsbasis für Propagandakampagnen und eine politische Lobbytätigkeit in Belgien. Die Aktivitäten richteten sich insbesondere an Repräsentanten etablierter und großer Organisationen wie die Gewerkschaften, auf Mitglieder von Gemeinde- und Provinzräten sowie des Parlaments.⁴⁸ Mit führenden politischen Persönlichkeiten der DRV und der FNL fanden Vietnam-Meetings statt. Im Oktober 1968 wurde eine erste Delegation hochrangiger Vertreter der FNL und der DRV, die im Rahmen einer Europatour in Belgien weilte, vom Nationalen Vietnamkomitee empfangen.⁴⁹ Mehrere Tage lang reiste die Delegation durch das Land und besuchte verschiedene Organisationen. Sie veranstaltete Pressekonferenzen und Vorträge, die dank der Vermittlung des Komitees Resonanz in der Presse fanden. In den folgenden Jahren diente das Komitee als semidiplomatisches Büro der PRG und der DRV, die mehrfach vietnamesische Delegationen entsandten.⁵⁰ Zur selben Zeit setzte sich das Nationale Vietnamkomitee in der politischen Lobbyarbeit mit Parlamentsabgeordneten und Organisationen für die Anerkennung Nordvietnams und der PRG durch die belgische Regierung ein.⁵¹

Einen großen Anteil an der Mobilisierung für Vietnam hatten damals auch andere Gruppen. Paradoxerweise schuf die geografische Nähe der vietnamesischen Diplomaten in Paris, die die Stärke des Nationalen Vietnamkomitees befördert hatte, auch die Grundlage für die wachsende Vielfalt, da

47 Siehe Hanoi VNA Domestic Service, FNLSV Representations Abroad Enumerated, 3. Dezember 1968, <http://www.virtual.vietnam.ttu.edu> (Zugriff 14.10.2011).

48 Siehe Brussels, CARCOB, Archives Isabelle Blume, Action for Vietnam, 17. Mai 1968.

49 Siehe Bulletin d'Information des Comité National Vietnam et Comité d'Aide Médicale et Sanitaire au Vietnam. Périodique Trimestriel, Nr. 1, November 1968, S.2.

50 Siehe Ghent, Amsab-ISG, Archives XXX, Invitation from Henri Rolin to attend the visit of the FNL and DRV delegation in Belgium, 11. Dezember 1971.

51 Siehe Ghent, Amsab-ISG, Archives 1612, Recognition of the Democratic Republic of Vietnam, Januar 1969.

sie es anderen Gruppen ermöglichte, andere Wege für die Arbeit mit der FNL zu nutzen als die über das Nationale Vietnamkomitee. Die Gruppen, die erfolgreich mit dem Komitee konkurrierten, profitierten ebenso wie dieses von Verbindungen zur vietnamesischen Mission in Paris.

Eine von ihnen war die Gruppe um die maoistische „Aktion für den Frieden und die Unabhängigkeit der Völker“ in Brüssel, die in Zusammenarbeit mit Jugend- und Studentengruppen seit 1967 in verschiedenen Bezirken lokale Vietnam-„Basiskomitees“ organisierte. Obwohl diese Komitees hauptsächlich von französischen maoistischen Aktivisten und deren Publikationen beeinflusst waren, spielte die vietnamesische Delegation in Paris für die belgischen Aktivisten, die solche Komitees organisierten, auch eine wichtige Rolle. So fuhren im Januar 1968 Mitglieder des kurz zuvor gegründeten Basiskomitees von Anderlecht nach Paris. Dort wurden sie von der DRV-Mission in der Leverrier-Straße empfangen und sprachen mit dem ersten Sekretär der Mission über die Möglichkeiten, regelmäßig erscheinende Informationen und Ausgaben des „*Courrier de Vietnam*“ zu erhalten.⁵²

Eine weitere von Maoisten betriebene Organisation, die in erheblichem Maße vom Kontakt mit der Pariser Delegation lebte, war das 1969 gegründete „Zentrum zur Verbreitung und Dokumentation für Vietnam“, das französische und englische Ausgaben von „*Courrier du Vietnam*“ und „*Sud-Vietnam en Lutte*“ sowie vietnamesische Bücher und Filme verbreitete.⁵³ Anfang der 1970er-Jahre profitierte diese Organisation viel von der Rolle des Nationalen Vietnamkomitees als Informationsvermittler. Sehr wichtig war sie für die Versorgung maoistischer Studentengruppen an Universitäten mit Informationen, Filmen und Gastrednern zu Vietnam.

Eine weitere Initiative, die zum Nationalen Vietnamkomitee auf Distanz ging, war die „Humanitäre Arbeitsgruppe X“, die im September 1968 in Antwerpen von einer Gruppe, die dem sozialistischen Journal „*Links*“ nahestand, gegründet wurde.⁵⁴ Anders als beim Nationalen Vietnamkomitee setzte sich ihr Schirmherrenkomitee nicht aus Politikern zusammen, sondern bestand aus etwa fünfzig Ärzten, hauptsächlich aus Antwerpen und Gent. Die geografisch auf Flandern gerichtete Gruppe gab sich als „unpolitische Organisation“ mit einem mehr „humanitären“ Herangehen an die Solidarität aus. Diese Betonung des Humanitären war nicht nur eine prinzipielle Frage, sie war auch in der Absicht verwurzelt, Gruppen jen-

52 Siehe Brussels, Private Archives of Claire Delstanche, Personal Diary, Report of the trip to Paris, 31. Januar 1968.

53 Siehe IISH, DMC, Nr. 355, Diffusion and Documentation Centre for Vietnam.

54 Siehe Aide Médicale au Viet-Nam, Nr. 9, November 1972, S.14.

seits der extremen Linken und insbesondere christlich orientierte Organisationen zu erreichen. Die Humanitäre Arbeitsgruppe versuchte, ein populäreres Herangehen an die Solidarität zu entwickeln, organisierte Geldsammlungen und Antikriegsdemonstrationen zusammen mit Popfestivals und Theateraufführungen. Diese Mischung aus politischer Solidarität, Humanität und populären Formen ließ die Humanitäre Arbeitsgruppe im flämischen Teil Belgiens Anfang der 1970er-Jahre zur wichtigsten Organisation gegen den Krieg in Vietnam werden, die örtliche Filialen in verschiedenen Städten besaß.⁵⁵ Ungeachtet ihres erklärten unpolitischen Charakters blieben die FNL und nach 1969 die PRG ihre ideologische und Handlungsgrundlage. Ebenso wie das Nationale Vietnamkomitee orientierte sie ihre Aktivitäten an den vietnamesischen Wünschen und hatte intensiven Kontakt mit der Mission in Paris. Ihre Führung reiste regelmäßig in die französische Hauptstadt, wo sie sich mit Dr. Le Van Loc traf, der in der dortigen PRG-Delegation für die medizinischen Sammelaktionen zuständig war und über die Bedürfnisse in Südvietnam informierte. Auch von außen her betrachtete man den humanitären und unpolitischen Charakter nicht als Widerspruch zur Ausrichtung an der FNL/PRG, die dazu diente, eine gewisse Einheit zwischen verschiedenen Gruppen herzustellen. Die Humanitäre Arbeitsgruppe wurde auch in die schon erwähnte europäische Struktur der medizinischen Komitees integriert und profitierte so von den Transportmöglichkeiten für Hilfsgüter nach Vietnam.

Die Entstehung der neuen, mit dem Nationalen Vietnamkomitee konkurrierenden Initiativen bestätigte die zunehmend isolierte Position des Nationalen Vietnamkomitees, dessen Energie nachließ. Es reduzierte seine Aktivitäten auf Aktionen auf diplomatischem Parkett sowie auf die politische Lobbyarbeit und kombinierte dies mit gelegentlichen Initiativen für ein breiteres Publikum. Vom 28. bis 30. Januar 1971 war das Komitee Gastgeber für Nguyen Thi Binh, der Außenministerin der PRG und Leiterin der Regierungsdelegation zur Pariser Konferenz. Ihr Besuch begann mit einem Dinner im Luxushotel „Métropole“ in Brüssel, auf dem ausgewählte Vertreter des Nationalen Vietnamkomitees anwesend waren.⁵⁶ Die Mitglieder des Komitees hatten ständigen Kontakt zu Mitgliedern des belgischen Parlaments, um Druck auf die belgische Regierung auszuüben, damit diese ihren Kurs des Schweigens gegenüber dem Geschehen in Vietnam ändere. Die Führungen des Nationalen Vietnamko-

55 Siehe IISH, DMC, Nr. 355, Letter from Hugo Janssens to Jean Michel Krivine, 30. Januar 1972.

56 Siehe Ghent, Amsab-ISG, Archives of Vrede, Nr. 185, Invitation of the National Vietnam Committee, Januar 1971.

mitees und des Komitees für Medizinische Hilfe wurden regelmäßig von vietnamesischen Diplomaten empfangen. Zum Nationalfeiertag oder zu solchen Ereignissen wie dem 25. Jahrestag der DRV 1970 wurden Mitglieder des Nationalen Vietnamkomitees zu luxuriösen Empfängen ins Hotel „Lutétia“ auf dem Boulevard Raspail, einem der renommiertesten Hotels in Paris, eingeladen.⁵⁷ Repräsentanten des Komitees für Medizinische und Sanitäre Hilfe nahmen beispielsweise an einem formellen Essen teil, das der Direktor des Informationsbüros der PRG Pham Van Ba am 20. März 1971 gab.⁵⁸

Diese Events haben nicht etwa nur anekdotischen Wert, sie enthüllen, wie – jenseits der Öffentlichkeit – in den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren Botschaftsatmosphäre einen bedeutenden Teil der Mobilisierung für Vietnam zu durchdringen begann. Vor allem lassen sie erkennen, welche Bedeutung die Vietnamesen der Solidarität beimaßen. Daher unterstützten die FNL und die DRV die Solidaritätsaktivisten nicht nur organisatorisch und taktisch, sie stärkten sie auch psychologisch, indem sie demonstrierten, dass deren Aktionen nicht fruchtlos waren, dass sie nicht allein standen, dass ihre Anstrengungen geschätzt wurden. Anerkennung von vietnamesischer Seite erfuhr nicht nur das Nationale Vietnamkomitee, auch andere Solidaritätsgruppen erhielten sie. Mitglieder des Vietnam-Basiskomitees von Anderlecht (Brüssel) beispielsweise beschenkte die Delegation in Paris als Zeichen ihrer Dankbarkeit mit Solidaritätsmedaillen, Ringen und Zigarettendosen, die (wie es hieß) aus dem Metall abgeschossener amerikanischer Flugzeuge gefertigt waren. Im Januar 1968 erreichte das Basiskomitee von Brüssel ein Telegramm aus Hanoi, das von Nguyen Huu Tho, dem Präsidenten der FNL, unterzeichnet war und in dem dieser für die Organisierung des Gedenkens an den Jahrestag der Front im Jahr 1967 dankte. Das Telegramm wurde auf den Versammlungen vorgelesen und von den Mitgliedern hoch geschätzt.⁵⁹ Auch bei persönlichen Besuchen, mit Erklärungen in Zeitschriften wie „South Vietnam in Struggle“, mit Briefen, Fotografien, Dankesbotschaften von hochrangigen Offiziellen und auf andere Weise zeigten FNL/PRG und DRV, dass sie das, was in Belgien getan wurde, zu würdigen wussten. Dies gab den Solidaritätsaktivisten nicht nur Auftrieb, viele von ihnen erwarteten eine solche Rückkopplung.

57 Siehe IISH, DMC, Nr. 1, Visit to Paris, 2. September 1970; zum Hotel Lutetia siehe www.lutetia-paris.com.

58 Siehe IISH, DMC, Nr. 362, Quatrième Colloque des Associations médicales européennes, 20. März 1971.

59 Siehe Brussels, Private Archives Claire Delstanche, Telegram by Nguyen Huu Tho to the Brussels Solidarity Committee, 18. (?) Januar 1968.

So baten Mitglieder des Medizinischen Komitees und der Humanitären Arbeitsgruppe X die vietnamesischen Behörden in den frühen 1970er-Jahren regelmäßig, ihnen Informationen und Bilder über den Erhalt der medizinischen Hilfe in Vietnam zu schicken. Dadurch wollten sie nicht nur erfahren, ob ihre Aktionen effektiv gewesen waren, sondern diese Informationen sollten auch genutzt werden, um in den Medien konkrete Ergebnisse ihrer Aktivitäten propagieren zu können.⁶⁰ Das Vietnam-Verbreitungs- und Dokumentationszentrum in Brüssel schickte seine Bulletins an die vietnamesische Delegation in Paris, um von dort eine Einschätzung und Vorschläge zu erhalten.⁶¹ Das Interesse an Verbindungen bestand also nicht nur auf der vietnamesischen Seite, sondern auch bei den Aktivisten. Damit die weit verbreitete Losung „Keine Sentimentalität, sondern internationale Solidarität“ wirksam in die Tat umgesetzt werden konnte, waren die Verbindungen mit den Vietnamesen entscheidend.

Nach 1973 verlor die Mobilisierung für den Frieden in Vietnam viel von ihrer Schlagkraft. Dafür gab es verschiedene Gründe. Zum einen bewirkte die stärkere Polarisierung zwischen linksorientierten Gruppen, dass groß angelegte Aktionen schwer zu organisieren waren. Zum anderen – und das war fundamental – wurde die Notwendigkeit von Vietnamaktionen durch den Eindruck untergraben, dass der Krieg gegen die USA gewonnen war. Dieser Eindruck zeichnete sich schon seit Ende der 1960er-Jahre ab und verstärkte sich durch die Unterzeichnung des Pariser Abkommens im Januar 1973, in dem der Abzug aller militärischen Kräfte der USA aus Südvietnam und die Einstellung von Militäraktionen gegen Nordvietnam festgelegt wurden. Die Aktivisten lenkten ihre Aufmerksamkeit nun auf neue Kampffelder – in Brasilien, Chile und anderswo. Nicht weniger bedeutend war der Umschwung in der Haltung Vietnams. Wie die vietnamesische Delegation in Paris die Mitglieder der Basiskomitees von Brüssel wissen ließ, „interessieren uns Medikamente, Antikriegsmanifestationen nicht mehr. Vorrang sollte der diplomatischen Anerkennung der PRG gegeben werden.“⁶² Eine ähnliche Botschaft ging an die Mitglieder des Nationalen Vietnamkomitees, die zu einem Treffen mit dem Leiter der DRV-Delegation in Paris Nguyen Minh Vy eingeladen wurden, um die Solidaritätsbewegung für Vietnam der neuen Situation und den neuen Bedürfnissen der PRG und der DRV anzupassen.⁶³

60 Siehe IISH, DMC, Nr. 355, Letter from Hugo Janssens, 23. September 1971; Vrede, 14, Nr. 103, Mai 1971, S.24.

61 Siehe IISH, DMC, Nr. 355, Letter from the DRV Delegation, 15. Juni 1971.

62 Interview des Autors mit Claire Delstanche und Robert Goedertier in Brüssel am 23. September 2011.

63 Siehe Belgique-Vietnam, Bulletin d'information périodique de l'association Belgique-

Auf jenem Treffen in Paris wurde die Idee geboren, eine Assoziation Belgien-Vietnam zu schaffen, die unabhängig von bestehenden Organisationen für die politische Solidarität arbeiten und die Aktivitäten koordinieren sollte.⁶⁴ Am 13. Oktober 1973 wurde als Nachfolgerin des Nationalen Vietnamkomitees die „Assoziation Belgien-Vietnam“ unter der Präsidentschaft von Kanonikus François Houtart in Brüssel offiziell mit dem Ziel gegründet, als informelle Botschaft für die südvietnamesische Delegation und die DRV zu fungieren.⁶⁵ Auf der Gründungsveranstaltung umriss Minister Nguyen Van Hieu, Generalsekretär der sozialistischen Partei Südvietnams und Leiter der PRG-Delegation in Paris, die Aufgaben der Assoziation. Sie sollte Nordvietnam materielle Unterstützung leisten und sich für die internationale Anerkennung der PRG sowie für die Umsetzung des Pariser Abkommens einsetzen.

Nach dem Ende des Krieges, der Vereinigung des Landes 1975 und der Anerkennung der PRG durch die belgische Regierung traten kulturelle Aufgaben stärker in den Vordergrund. Die Hilfsprojekte der Assoziation in Vietnam wurden jetzt von Aktivitäten zur vietnamesischen Kultur (Lieder, Kochkunst) begleitet.⁶⁶ In dieser Hinsicht war die Assoziation Belgien-Vietnam – stärker als ihr Vorgänger, das Nationale Vietnamkomitee, – dem Beispiel der traditionellen kommunistischen Freundschaftsgesellschaften nachgebildet. Ihre Resonanz blieb jedoch auf Brüssel und Umgebung begrenzt, ihr Wirken wurde von der KPJ gelenkt. Die meisten anderen Vietnam-Solidaritätsorganisationen lösten sich bis 1975 auf.

Schluss

Dieser Aufsatz hat am Beispiel Belgiens gezeigt, dass die Anregung durch Aktivisten im Lande einen fruchtbaren Boden für die Solidaritätsbewegung mit Vietnam bot. Es wird aber auch sichtbar, dass deren Entstehung und Entwicklung grundlegend von den Interaktionen mit den vietnamesischen Akteuren abhingen. Sie erst entzündeten die Mobilisierung, indem sie anschauliche Informationen lieferten, konkrete Hilfsmöglichkeiten aufzeigten und schließlich demonstrierten, dass die Solidarität erfolgreich war. Außerdem stimulierten die FNL und die DRV die ländere-

Vietnam, Nr. 62, Oktober 2003, S.2.

64 Siehe Brussels, Private Archives R. Goedertier, Belgium-Vietnam Association, 27. Mai 1973.

65 Siehe Ghent, Amsab-ISG, Archives Vrede, Nr. 185, Statutes of the Belgium Vietnam Association, 1973.

66 Siehe Brussels, Archives of the Belgium Vietnam Association, Un Nouveau Partenaire de Développement: le Vietnam, s.d.

übergreifende Kooperation der Aktivisten. Die Vietnamsolidarität war also viel enger mit der FNL und der DRV verbunden, als Standardeinschätzungen offenbaren.

An engen Wechselbeziehungen waren beide Seiten interessiert, die Vietnamesen ebenso wie die Aktivisten der Solidaritätsaktionen, für die es entscheidend war, dass die Solidarität mehr als nur Worte war. Ihnen ging es um eine wirksame Unterstützung für die FNL und die DRV. Es waren aber die Vietnamesen, die diese Zusammenarbeit initiierten, indem sie in Westeuropa den Anstoß und die Gelegenheiten für die ersten organisierten Solidaritätsaktionen in den 1960er-Jahren gaben. Aufstieg und Rückgang der Solidaritätsbewegung mit Vietnam in den 1970er-Jahren waren andererseits nicht nur in den veränderten Bedingungen für die Aktivisten oder in anderen innereuropäischen Faktoren begründet. Sie resultierten gleichermaßen aus sich ändernden vietnamesischen Interessen.

Aus dem Englischen von Evelyn Buddrus

Liberalismuskonversation in der DDR.

Eine wissenschaftshistorische Erinnerung

Wilma Ruth Albrecht

Vorbemerkung

Der folgende Text ist ein Kapitel Fachgeschichte. Es geht um die quellenbezogene und insofern ad-fontes-Erinnerung an eine (fach)wissenschaftliche Diskussion von Historikern in den 1960er-Jahren. Diese DDR-Historikerdebatte begann 1962 und dauerte einige Jahre. Im Ergebnis ging es um die gleichermaßen historische wie ideologiekritische Kennzeichnung des „fiktiven“ gesellschaftlichen Charakters des politischen Liberalismus im Deutschland der „imperialistischen Periode“.

Die hier dokumentierte fachöffentliche Debatte war aus heutiger Sicht weder „pluralistisch“ noch „totalitär“. Sondern – nicht zuletzt weil sie ergebnisoffen war – eher etwas Drittes zwischen diesen Antipoden. Dieses Tertium wird hier en détail und unter bewusstem Verzicht auf spätere, vor allem nach dem staatlichen Ende der DDR in den letzten zwanzig Jahren erschienene, Veröffentlichungen rekonstruiert. Der richtungsweisende Charakter der Liberalismus-Debatte wurde bereits zeitnah nach ihrem vorläufigen Abschluss erkannt und als Annäherungsschritt an „ein sehr hohes Maß wissenschaftlicher Freiheit“ gewertet, weil, wie es Ernst Richert formulierte, „man nun nicht mehr von vornherein feststellen kann, was aus den Analysen herauskommt“.¹

1. Die Entstehung der Liberalismuskonversation und die Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien“

Besagte wissenschaftliche Liberalismuskonversation fand innerhalb der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart“ statt. Diese Arbeitsgemeinschaft konstituierte sich am 9. März 1962 und hielt gleichzeitig ihre Gründungsversammlung ab. Schon ein Jahr zuvor war das Historische Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena als Leitinstitut für die Erforschung der bürgerlichen Parteien im engen Zusammenhang mit dem Geschichtsinstitut der

1 Ernst Richert: Sozialistische Universität. Die Hochschulpolitik der SED, Berlin 1967, S.225.

Akademie der Wissenschaften (Berlin) ausgewählt und dem Direktor des Jenaer Instituts Dieter Fricke² die Leitung des Forschungsvorhabens und der Arbeitsgemeinschaft übertragen worden. Mit deren Konstituierung wurde die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema der bürgerlichen Parteien und Interessenorganisationen zum ersten Mal systematisch angegangen.³

- Die Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart“ setzte sich zusammen aus:
- Wissenschaftlern, wobei außer Historikern auch Soziologen und Psychologen zur interdisziplinären Forschung herangezogen wurden,
- Parteipolitikern von Sozialistischer Einheitspartei Deutschlands (SED), Christlich-Demokratischer Union (CDU), National-Demokratischer Partei Deutschlands (NDPD) und Liberal-Demokratischer Partei Deutschlands (LDPD) und Gästen des sozialistischen Auslandes.

2 Dieter Fricke (*1927) wissenschaftlicher Aufstieg begann 1957, als ihm die Position des Chefredakteurs der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ (ZfG) übertragen wurde, nachdem Fritz Klein (1924-2011) und Joachim Streisand (1920-1980) ihrer Funktion innerhalb des Redaktionskollektivs enthoben worden waren. Den Hintergrund dieses Positionswechsels bildete die Auseinandersetzung um Aufsätze von Jürgen Kuczynski (1904-1997), die in der ZfG veröffentlicht worden waren. Darin wurde Kritik an der dogmatischen Behandlung des historischen und dialektischen Materialismus geübt, und es wurden Elemente von Ernst Bloch und Georg Lukács' massentheoretischen Ansätzen aufgenommen. In dieser Auseinandersetzung wurde Kuczynski von Klein und Streisand unterstützt. Klein wurde als Chefredakteur der ZfG abgelöst, weil er Kuczynskis und Streisands Aufsätze unter Umgehung des Redaktionskollektivs veröffentlicht hatte. Siehe Richert, Sozialistische Universität, S.154ff.; Gustav Seeber: Gründungstagung der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart“, in: ZfG, 1962, H. 5, S.1151-1157; Mario Keßler: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR, Köln 2001, S.131ff.

3 Was nicht besagen soll, dass nicht schon vorher Literatur zum Liberalismus, zu liberalen Parteien und Parteipolitikern veröffentlicht wurde, wie z. B. Rudi Müller: Die Stellung der liberalen Parteien im Deutschen Reichstag zu den Fragen der Arbeiterversicherung und des Arbeitsschutzes bis zum Ausgang des 19. Jahrhunderts, Phil. Diss., Jena 1952; Kurt Winter: Rudolf Virchow und die Revolution von 1848, in: ZfG, 1954, H. 6, S.844-865; Robert Naumann: Theorie und Praxis des Neoliberalismus. Das Märchen von der freien und sozialen Marktwirtschaft, Berlin 1957; Gertrud Theodor: Friedrich Naumann oder der Prophet des Profits. Ein biographischer Beitrag zur Geschichte des frühdeutschen Imperialismus, Berlin 1957. Zu letzterem die Besprechung von Horst Büttner in ZfG, 1959, H. 1, S.174-180; Ladislaus Farkas: Virchow und der Marxismus, in: Friedrich Jung u. a. (Hrsg.): Arzt und Philosophie. Humanismus, Erkenntnis, Praxis, Berlin 1961, S.205-207; Rolf Weber: Kleinbürgerliche Demokraten in der Deutschen Einheitsbewegung 1863-1866, Berlin 1962, hierzu die Besprechung von Gustav Seeber in: ZfG, 1964, H. 2, S.336f.

Die Themenwahl ergab sich zum einen pragmatisch: Nach absehbarem Abschluss der Arbeiten an der Geschichte der Arbeiterbewegung sollte ein neues Forschungsfeld bearbeitet werden. Zum anderen erfolgte die Themenwahl aus methodischen Gründen: Der dialektische Materialismus erfordert die Behandlung beider antagonistischer Kräfte einer Gesellschaftsformation, d. h. neben der Erforschung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen auch die der Bourgeoisie: „Die bürgerlichen Parteien und Organisationen muß jeder beachten, der auf dem Gebiet der neuen und neuesten Geschichte forscht und lehrt. Erst die Kenntnis ihrer Entwicklung und ihrer Rolle ermöglicht es, vor allem auf der Grundlage der Forschungsergebnisse zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die komplizierte Dialektik des Kampfes zwischen den fortschrittlichen und reaktionären Kräften in der Vergangenheit des deutschen Volkes zu verstehen und die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Parteien und Parteiensystemen zu erkennen, die gegenwärtig in den beiden deutschen Staaten existieren“, schrieb Dieter Fricke.⁴ Des weiteren wirkten ideologische Zwänge. Die wissenschaftliche Analyse der bürgerlichen Parteien und Organisationen und deren Funktionen sollte das bestehende Gesellschaftssystem in der DDR legitimieren, auch um den Identifizierungsgrad der Bevölkerung mit dem sozialistischen System zu erhöhen. „Erst die entsprechende Berücksichtigung der Geschichte der bürgerlichen Parteien ermöglicht es, die Vergangenheit zu bewältigen und ein sozialistisch nationales Geschichtsbild auszuarbeiten, in dem die ganze Dialektik des Kampfes zwischen den reaktionären und den fortschrittlichen Kräften in der Vergangenheit des deutschen Volkes sichtbar wird.“⁵ Nicht zuletzt standen politisch-taktische bzw. praktische Fragen an. Durch die wissenschaftliche Arbeit zu den bürgerlichen Parteien sollten Anweisungen für praktisches Handeln, d.h. für die Politik, insbesondere gegenüber der BRD, gewonnen werden. „Die Orientierung der DDR-Historiker auf die fortschrittlichen Traditionen in der Geschichte der bürgerlichen Parteien kann und muß bei der weiteren Festigung der moralisch-politischen Einheit der Bevölkerung der DDR und bei der Förderung des Prozesses

4 Dieter Fricke: Vorwort, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. 2 Bde., hrsg. v. einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke, Berlin 1968, Bd. 1, S.V.

5 Ders.: Die bürgerlichen Parteien und die Lebensfragen der deutschen Nation. Zur Erforschung und Darstellung der Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland (im folgenden zitiert als: Lebensfragen), in: ZfG, 1963, H. 1, S.29-77, hier S.29f.; siehe auch ders.: Methodologische Probleme der Erforschung der Geschichte der bürgerlichen Parteien, in: ZfG, 1965, H. 2, S.189-208, hier S.190.

des Umdenkens, der in weiten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung eingesetzt hat, eine besondere Rolle spielen.“⁶

Zunächst ging es um zweierlei: „Da war erstens die Diskussion grundlegender Probleme der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessensorganisationen. So wurden auf der Gründungskonferenz der Arbeitsgemeinschaft u. a. folgende Fragen diskutiert: Welche wissenschaftliche und politische Bedeutung besitzt die Erforschung der bürgerlichen Parteien? Wie muß eine klassenmäßige Analyse der bürgerlichen Parteien erfolgen, und welche Probleme ergeben sich dabei? Wie sind das Zentrum und seine Rolle als führende Partei des deutschen Monopolkapitals einzuschätzen? Welchen Einfluß haben die bürgerlichen Parteien auf die Volksmassen ausgeübt, und wie haben sie ihn zu erhalten und auszubauen versucht? Welche wesentlichen progressiven Traditionen kommen in der Geschichte der bürgerlichen Parteien zum Ausdruck? Wodurch wird vor allem die antinationale Politik der bürgerlichen Parteien gekennzeichnet? [...] Zweitens orientierten sie sich auf die kollektive Erarbeitung eines größeren Publikationsvorhabens.“⁷

Die Implikationen der Themenwahl konstituierten auch die Schwerpunkte, auf die bei der Bearbeitung des Forschungsfeldes geachtet werden sollte. Die Arbeitsgemeinschaft hatte „die antinationale Rolle der Bourgeoisie und der Junker zu entlarven und damit allen demokratischen Kräften, die auch heute noch in Deutschland wirksam sind und ihre Stellung festigen, eine Hilfe zu geben. Dabei bedarf es besonders der Herausarbeitung aller wirklich progressiven Traditionen der deutschen Parteigeschichte. Diese Seite der Forschung wird auch unmittelbar zur moralisch-politischen Einheit der Bevölkerung der DDR beitragen, bilden diese Traditionen doch eine der Grundlagen für die Politik der Blockparteien.“⁸ Demnach sollten primär Probleme, die in der Kolloquiumsarbeit auftraten, bearbeitet werden: Es ging dabei um die Haltung der bürgerlichen Parteien zum Militarismus, ihren Kampf um die Demokratie und ihr Verhältnis zur Arbeiterbewegung und zum Sozialismus. Praktisches Ergebnis des Forschungsprogramms sollte die Erarbeitung eines Handbuchs sein. Diese Aufgabe wurde jedoch erst 1964 aktuell, obwohl sich das Autorenkollektiv schon am 4. Juni 1963 konstituiert hatte.⁹

6 Fricke, Lebensfragen, S.34.

7 Ders.: Forschungen zur Geschichte der bürgerlichen Parteien, in: Historische Forschungen in der DDR 1960-1970: Analysen und Berichte, Berlin 1970, S.258.

8 Seeber, Gründungstagung, S. 155.

9 Siehe Manfred Weißbecker: Zur Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart“, in: ZfG, 1964, H. 7, S.1228f.

An diesem Handbuch, dessen erster Band 1968 und dessen zweiter 1969/70 verlegt wurde, arbeiteten fünfundsechzig Historiker, Vertreter der Blockparteien sowie zwanzig Geschichtslehrer und Studenten mit. Es wurde also versucht, die Erarbeitung und die Vermittlung eines wissenschaftlichen Problems nicht nur kollektiv, sondern auch von unterschiedlichen Seiten her anzugehen. Das Vorhaben nahm also gewissermaßen das wissenschaftlich-produktive Studium, wie es in dem Beschluss des Staatsrates der DDR „Die Weiterführung der dritten Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975“ vom 3. April 1969 festgelegt wurde, vorweg.

Der dialektische und historische Materialismus als der theoretische und methodische Bezugsrahmen, innerhalb dessen die Behandlung der bürgerlichen Parteien erfolgen sollte, wurde schon auf der Gründungstagung der Arbeitsgemeinschaft abgeklärt.

Allgemein akzeptiert wurde die Determinierung der Partei durch die Klasse und zwar in Anlehnung an Lenin: „Der vollendetste, stärkste und klarste Ausdruck des politischen Kampfes der Klassen ist der Kampf der Parteien.“¹⁰

Fricke nahm schon früh diesen Definitionsansatz auf,¹¹ indem er betonte, „daß die grundlegenden Interessen der verschiedenen Klassen und Klassengruppierungen das Wesen und die Funktion der Parteien bestimmen“. Zugleich versuchte er aber auch, diese sehr weite Formel mit dem Hinweis im Brief Engels‘ an Mehring vom 14.7.1893 zu relativieren: „Das Wesen der einzelnen Parteien werde zwar ohne Zweifel primär von der Basis, den Produktionsverhältnissen, bestimmt, aber die Wechselbeziehung zwischen Basis und Überbau, zwischen Ideologie und politischer Praxis muß in seiner ganzen Vielfältigkeit gesehen werden.“¹² Vielfältigkeit bestimmte sich für Fricke in Organisationsformen, Ideologien und Persönlichkeiten. Gegen eine mögliche Verselbstständigung dieser Faktoren bei der wissenschaftlichen Behandlung wandte sich der Protokollant Gustav Seeber, indem er, an Fricke Ausführungen anknüpfend, betonte: „Trotzdem soll

10 W. I. Lenin: Sozialdemokratische Partei und parteiloser Revisionismus, in: Ders.: Werke, Bd. 10, Berlin 1958, S.65. „Um die Klassengegensätze der bürgerlichen Gesellschaft aufzudecken, muß man die Parteien auf die Klassen zurückführen.“; ders.: Wie man Resolutionen nicht schreiben soll, in: Werke, Bd. 12, Berlin 1959, S.221.

11 „Ihr Wesen und ihre Politik [der Parteien, WRA] werden durch die Interessen der Klassen und Klassengruppierungen bestimmt, die sie jeweils vertreten. Das heißt also: Die Gliederung der politischen Parteien entspricht im Großen gesehen der Klassengliederung der bürgerlichen Gesellschaft, die den ‚tiefsten Grund der politischen Gruppierungen‘ darstellt und sie, wie Lenin hervorhebt, ‚letzten Endes immer‘ bestimmt.“ Fricke, Lebensfragen, S.49.

12 Zit. nach: Seeber, Gründungstagung, S.1154.

m. E. gerade das Problem der sozialen Grundlage einer Partei nicht unterschätzt werden. Die Untersuchung der einzelnen Führungsgruppen, der parlamentarischen Vertretungen, der Mitglieder und der Wähler einer Partei in dieser Hinsicht deckt immerhin wichtige Prinzipien und Methoden der Klassenpolitik auf.“¹³

Damit war ein Problemkreis angesprochen, um den es in der DDR-Historiografie, so auch in der Liberalismuskonzeption, hauptsächlich ging: die Frage nach dem subjektiven Faktor in der Geschichte bzw. dem Grad der Verselbstständigung von Ideen und Organisationsformen gegenüber den Produktionsverhältnissen, nach der Beziehung von Ökonomie und Politik sowie der Wechselwirkung zwischen Strategie und Taktik der herrschenden Klasse.

Die Abgrenzungproblematik dieser Faktoren oder die Verhältnisbestimmung spielt auch für die Parteidefinition eine Rolle: Wird „Partei“ zu eng kausalistisch-ökonomisch definiert, erfährt der Aktionsraum für die parteiliche Praxis eine „fatalistische“ Beschränkung. Wird jede bürgerliche Partei und Organisation als Instrument von Kapitalisten angesehen, dann finden bestimmte historische Erscheinungen im Parteienleben keine Erklärung, dann lässt sich keine Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit anderen Interessenorganen und Volksschichten entwickeln.

Die vorausgehenden Ausführungen lassen erkennen, dass die allgemeine Bestimmung von Partei durch die Klasse einen großen Spielraum für differenzierte Auffassungen, selbst konträre, zulässt. Nicht zuletzt, um solche Auffassungen zu erfassen und zu problematisieren, wurde vom 9. bis 11. November 1964 eine weitere Konferenz zum Thema bürgerliche Parteien durchgeführt, die sich hauptsächlich methodologischen Problemen der Parteiengeschichtsschreibung widmete. Hauptreferent war wiederum Fricke.¹⁴ Er sprach über „Die Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer Interessensorganisationen in Deutschland von den Anfängen bis 1945. Methodologische Probleme ihrer Erforschung und Darstellung“.¹⁵ Wesentlich waren hier die angeführten Bestimmungselemente zum Eigenleben bürgerlicher Parteien, die Inkongruenz von Partei und Klasse, die parteiinternen Auseinandersetzungen und der Parlamentarismus. Die Eigenständigkeit der Parteien ergäbe sich: „a) aus der Tatsache, daß Parteien und Klassen nicht miteinander zu identifizieren sind; b) aus der Vorherrschaft bzw. dem Kampf zwischen einzelnen Gruppen oder Ein-

13 Ebenda.

14 Siehe Gerhard Becker u. a.: Konferenz über die Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland, in: ZfG, 1965, H. 2, S.296

15 Überarbeitet abgedruckt in: ZfG, 1965, H. 2, S.189-208.

zelpersönlichkeiten in der jeweiligen Partei, die das Interesse einer bestimmten Fraktion innerhalb der Bourgeoisie vertreten; c) aus solchen Klassen- und Interessengegensätzen, wie die zwischen der monopolistischen Großbourgeoisie und dem Kleinbürgertum, die die Kräfte zwischen den bürgerlichen Parteien direkt und indirekt beeinflussen; d) aus dem Kampf um Wähler und Mitglieder, Parlamentssitze und entscheidende Regierungsämter, aber auch um den größtmöglichen Anteil an der Parteienfinanzierung.“¹⁶

Damit versuchte Fricke, sich von Positionen, die sozialpsychologische Faktoren bei der Parteibestimmung stärker berücksichtigt sehen wollten, abzugrenzen. So plädierte Alfred Schröter (Berlin), unterstützt durch Rolf Sonnemann (Halle), dafür zu untersuchen, „durch welche anderen Faktoren als nur ökonomische, z. B. Familienbeziehungen, religiöse Bindungen usw., Gruppierungen im Monopolkapital entstehen“.¹⁷ Daraufhin entwickelte sich eine Diskussion, deren Ergebnis allerdings offen blieb. Fricke nahm hierzu in seinem überarbeiteten Referat Stellung: „Die Sozialpsychologie kann uns grundlegende Einblicke in die Methoden der imperialistischen Massenbeeinflussung und in die Funktion der bürgerlichen Parteien und Verbände als ‚Zwischenfilter‘ vermitteln [...] Die marxistische Sozialpsychologie kann aber nicht für die Erforschung der *gesamten* subjektiven Seite der gesellschaftlichen Beziehungen und Prozesse verantwortlich gemacht werden. Es geht um die Frage, welche gesellschaftlichen Faktoren als psychische anzusehen sind und mit welchen Methoden sie unterstützt werden. Diese Frage haben wir im Bereich unseres Forschungsgegenstandes noch nicht bzw. erst unbefriedigend beantwortet.“¹⁸

Auch Herbert Schwab (Jena) versuchte 1964 eine organisationssoziologische Bestimmung von Partei. Er bestimmte als Charakteristikum von Parteien beim Übergang zum Imperialismus ihre Entwicklung von „parlamentarisch orientierten Wählerparteien mit Komiteecharakter“ vor 1890 zur „parlamentarisch orientierten Mitgliederparteien“.¹⁹

Man kann jedoch feststellen, dass in der wissenschaftlichen Literatur nach 1965 die Leninsche Parteidefinition dominierte. Bei der Klärung von Definitionsfragen hinsichtlich des Parteibegriffes ging es auch um Methodenfragen, speziell die Weiterentwicklung des historischen und dialektischen Materialismus in den Gesellschaftswissenschaften.²⁰

16 Fricke, Methodologische Probleme, S.207.

17 Zit. nach: Becker u.a., Konferenz, S.296-302.

18 Zit. nach: ebenda, S.300.

19 Zit. nach: ebenda.

20 Siehe hierzu Gerhard Becker: Tagung der Sektion Geschichte zu methodologischen Problemen der Geschichtswissenschaft, in: ZfG, 1965, H. 3, hier S.496f. Sie mündete in eine

Von den vorausgehenden Ausführungen lässt sich nur analytisch der folgende Komplex trennen. Trat zu Beginn der wissenschaftlichen Arbeit um bürgerliche Parteien ein stark pragmatischer Zug in den Vordergrund, der dazu führte, dass die Parteienforschung zu stark auf die Praxis und die Gegenwartrelevanz gerichtet war, so nahm diese Tendenz, die auch methodologische Auswirkungen hatte, zunehmend ab. Deutlich wurde dies besonders in der Kritik Fricke an Stefan Doernbergs „Vorbemerkungen“ zum Handbuch „Die westdeutschen Parteien 1945-1965“.²¹ Doernberg betrachte die Partei lediglich als *ein* Macht- und Herrschaftselement der Bourgeoisieherrschaft. Diese umfasse als Ensemble: (1) Herrschaft über die ökonomischen Ressourcen des Landes, (2) System der Verbände, (3) Staat mit seinen Einrichtungen, (4) Parteien, (5) Organisationen mit „politisch-operativen und propagandistischen Funktionen“ und (6) Publikationsorgane. Die Funktion der Partei sei eine doppelte: „Erste und Hauptfunktion der Parteien ist es, den führenden Monopolen die Massenbasis für ihre Machtausübung zu schaffen“ und durch ihre Führungsgruppen „an der Ausarbeitung und Durchsetzung der Politik der herrschenden Klassen wesentlich beteiligt“ zu sein. „Die Parteien sind Umschlagplätze der Macht. Von ihnen führt ein direkter Weg zur Regierung und ins Parlament.“²² Hierzu Fricke: „Einwände gibt es besonders gegen bestimmte Teile der Einleitung, z. B. bestehen in bezug auf die Art der Darstellung und die Definition der allgemeinen Funktionen der Partei in Westdeutschland in mancher Beziehung andere Auffassungen. Zur Zeit findet hierüber ein Meinungsstreit statt.“²³

Mit dem Zurückdrängen des Gegenwartbezuges in der Methodologie und der intensiveren Parteiengeschichtsforschung zu den einzelnen Zeitabschnitten der Neuzeit erreichten die wissenschaftlichen Erkenntnisse ein höheres Niveau. Die Durchsetzung der leninschen Parteidefinition und die intensivere Erforschung bürgerlicher Parteien und Interessenorganisationen von ihren Anfängen bis zur Gegenwart durch die Arbeitsgemeinschaft bildeten den Hintergrund der schon 1964 einsetzenden Liberalismuskritik.

wissenschaftliche Diskussion über Geschichtsforschung und Geschichtsstudium und führte mit zur 3. Hochschulreform.

21 Siehe Stefan Doernberg: Vorbemerkungen zu: Die westdeutschen Parteien 1945-1965. Ein Handbuch. Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1966, hierzu die Rezension von D. Fricke in: ZfG, 1968, H. 8, S.1066.

22 Doernberg, Vorbemerkungen, S.13f.

23 Fricke, Rezension, S.1066.

2. Die Liberalismuskonversation und die Debatte über den „fiktiven Charakter des Liberalismus“

Die Liberalismuskonversation fand in den Jahren 1964 bis 1969 statt. Es ging um die marxistische Charakterisierung des Liberalismus, seines Wesens und seiner Funktion sowie seiner Wandlung vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart der Sechzigerjahre. Drei Problemkomplexe standen im Mittelpunkt: a) Liberalismusbewegung – Arbeiterbewegung, b) Liberalismus – Demokratie und c) Liberalismus – Imperialismus.

Den Beginn der Liberalismuskonversation im Jahre 1964 anzusetzen ist darin begründet, dass auf der Methodologiekonferenz der Arbeitsgemeinschaft „Bürgerliche Parteien“ im November 1964 Ludwig Elm (*1934) seine These vom fiktiven Charakter des Liberalismus entwickelte. In der Plenumsdiskussion zum zweiten Problemkreis „Die Wechselwirkung zwischen der Strategie und Taktik der herrschenden Klassen und der Parteipolitik“ vertrat Elm die Ansicht, dass mit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus der historische Wendepunkt in der Entwicklung der bürgerlichen Parteien in Deutschland eintrat, der sich auch parteigeschichtlich nachweisen lasse, denn „die Wende liegt dort, wo die Arbeiterklasse in den Mittelpunkt des geschichtlichen Geschehens tritt, die innerlich zerfallene Bourgeoisie aus dieser von ihr innegehabten Stellung verdrängt und neue geschichtliche und politische Maßstäbe setzt“.²⁴

Die zu Beginn der Tagung geführte Plenumsdiskussion verfolgte das Ziel, Thesen mit Leitlinienfunktion zu erstellen. Dabei wurde Elms These zum Liberalismus nicht übernommen. Deshalb versuchte er, sie in dem Arbeitskreis, der die Periode der bürgerlichen Parteien von 1866/71 bis zur Jahrhundertwende behandelte, durchzusetzen: „Anknüpfend an die Diskussion im Plenum über den Liberalismus versuchte Elm eine genaue Wesensbestimmung des Liberalismus zu geben. Seine These, daß der Übergang zum Imperialismus sich auch auf das Wesen des Liberalismus auswirkte, wurde allgemein anerkannt, doch bemerkte Joachim Petzold (Berlin), daß dem Liberalismus nicht nur für die Zeit des vormonopolistischen Kapitalismus historische Existenzmöglichkeiten eingeräumt werden dürfen.“²⁵ Während 1964 Elms These über den Liberalismus noch auf Widerstand stieß, wurden Herbert Bertschs Ausführungen zum Liberalismus in der Plenumsdiskussion zum Problemkreis vier „Die Wandlung des Liberalismus und die Differenzierung in den bürgerlichen Parteien“ akzeptiert.

24 Zit. nach: Becker u.a., Konferenz, S.297.

25 Ebenda, S.301.

Bertsch warf die Frage auf, „ob nicht die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse in unserer Zeit und die sich verschärfenden Widersprüche in Westdeutschland unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Möglichkeit einer neuerlichen Wandlung des Liberalismus mit sich bringen“. Obgleich auch er die historische Überlebtheit und die Nichtidentität des frühen Liberalismus mit dem der Nachkriegszeit nach 1945 anerkannte und betonte, glaubte er dennoch, dass die progressiven Kräfte des westdeutschen Bürgertums „aus bestimmten positiven Elementen des deutschen Liberalismus, besonders dem Humanismus, Lehren ziehen“²⁶ könnten. Damit wurde Aspekten der liberalen Ideologie eine größere Allgemeingültigkeit, die weit über den Grad ihrer historisch-sozialen Abhängigkeit hinausreicht, zuerkannt.

Der Beharrungseffekt einer Ideologie, hier die des Liberalismus, und die Behauptung, dass eine politische Erscheinung im öffentlichen Leben der BRD noch als Liberalismus bezeichnet werden dürfe, ja, dass der Liberalismus die Möglichkeit der Wandlung und Anpassung an wesentliche Strukturveränderungen des Kapitalismus impliziere, bildeten den Kern der Auseinandersetzungen zwischen Bertsch und Elm. Dies wurde auch Thema der am 19. September 1966 in Jena stattfindenden Tagung „Probleme des Liberalismus“;²⁷ zu der das Historische Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena eingeladen hatte. Zur Diskussion standen Thesen zum Liberalismus von 1866 bis 1933 von Siegfried Schmidt und Herbert Schwab sowie ein Artikel von Ludwig Elm²⁸ (alle Jena). In diesem Aufsatz legte Elm die Auffassung vom fiktiven Charakter des Liberalismus im Imperialismus dar und machte eine Reihe kritischer Anmerkungen zum 1965 erschienenen Buch von Bertsch „Die FDP und der deutsche Liberalismus (1789-1963)“.²⁹

Die Charakterisierung des Liberalismus durch Elm beinhaltete folgende konstitutive Elemente: (1) Geschichtliche Prozesse und Ideen sollten öko-

26 Zit. nach: ebenda, S.298.

27 Siehe Manfred Weißbecker: Probleme des Liberalismus. Konferenz der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“, in: ZfG, 1967, H. 1, S.81-83.

28 Die angeführten Diskussionsartikel finden sich in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte. Mitteilungsblatt der Sektion Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften „Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland“, Nr. 17 (Juli 1966), S.2-34.

29 Siehe Ludwig Elm: Eine marxistische „Tragödie des Liberalismus?“ Kritische Bemerkungen zur Liberalismus-Konzeption von H. Bertsch, in: Mitteilungsblatt, Nr. 15/16 (April 1966), S.3-32; sowie ders.: Liberalismus und Imperialismus. Zur geschichtlichen Einschätzung der „Krise des Liberalismus“ in Deutschland, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller Universität Jena, Geschichts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 1965, H. 2, S.247ff.

nomisch determiniert werden, (2) daraus folge die dem Materialismus entsprechende Auffassung des Liberalismus als historische und soziale Bewegung der Bourgeoisie und deren Ausdruck als Ideologie und (3) der historischen, sozialen und ideologischen Gebundenheit des Liberalismus an die Bourgeoisie entspreche seine zwiespältige Natur, gekennzeichnet in der dialektischen Einheit von Konservativismus und Fortschrittlichkeit.

Diese Charakteristika besitze der Liberalismus deshalb, weil die Klasse der Bourgeoisie und ihre Herrschaft lediglich eine (wenn auch notwendige) Stufe in der – sich nach marxistischer Auffassung durch antagonistische Klassen konstituierenden – Geschichtsentwicklung bildeten. Die Bourgeoisie herrschte über die Feudalherrschaft, die den Geschichtsprozess nicht selbst aufheben, da sie als notwendiges Konstituens der Institution des Privateigentums bedürfe. Dadurch wiederum produziere sie eine Klasse, mit deren Herrschaft nicht nur der Geschichtsprozess weitergetrieben, d.h. auch die Bourgeoisie abgelöst, sondern diese auch aufgehoben würde. Somit impliziere die Bourgeoisie herrschaft sowohl ein fortschrittliches als auch ein reaktionäres Element. Das fortschrittliche Moment bestehe darin, dass die Bourgeoisie die Feudalherrschaft ablöst und aufhebt und dabei Forderungen stellt, die nicht nur zur Errichtung ihrer eigenen Herrschaft notwendig seien, sondern auch die potenzielle Befreiung anderer Klassen und Schichten einbezüge. Solche allgemeinen Forderungen seien Demokratie, Freiheit und Gleichheit, die auch die Bauern erhoben hatten, um sich vom Feudalismus zu befreien. Doch mit der eigenen Übernahme der Herrschaft schränke die Bourgeoisie die mit Demokratie, Freiheit und Gleichheit verbundenen formellen Rechte materiell wieder ein. Diese Implikationen führten Elm zu folgender Definition des Liberalismus: „Der Liberalismus ist als soziale und historische Bewegung der Bourgeoisie Produkt, Ausdruck und Agens einer bestimmten historischen Epoche, im wesentlichen des vormonopolistischen Kapitalismus, die von der bürgerlichen Aufklärung, der antifeudalen und antiabsolutistischen bürgerlichen Bewegung und Revolution des 18. Jahrhunderts bis zum Übergang des Kapitalismus in den Imperialismus und den Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus reicht. Als typisch-ideologische Äußerung der ökonomischen Natur des vormonopolistischen Kapitalismus umspannt und repräsentiert er die Summe und Vielfalt jener weltanschaulichen, ökonomischen, sozialen, rechtlichen, politischen und moralischen Ideen und Leitsätze und der sie tragenden Bewegungen, Organisationen, Institutionen und Schulen, in denen sowohl das bürgerlich antifeudale Streben nach ökonomischer und politischer Freiheit als auch die in der Klassenlage der Bourgeoisie wurzelnde Zwiespältigkeit und Inkonsequenz im Kampf um Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt ihren Ausdruck

finden.³⁰ Aus der engen ökonomischen Verknüpfung mit dem vormonopolistischen Kapitalismus folge, dass nach dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium dem Liberalismus seine ökonomischen Wurzeln entzogen würden. Er bestehe nun losgelöst von ökonomischen Interessen als Ideologie und trete folglich mit fiktivem Charakter auf: „Der Liberalismus als historische und soziale Bewegung endet in der Geschichte des Kapitalismus notwendig dort, wo die Bourgeoisie objektiv und subjektiv dieser führenden geschichtlich progressiven Potenz und Rolle verlustig ging. Das ist ein widerspruchsvoller, sich in verschiedenen Phasen vollziehender Prozeß. Seine letzten vereinzelt Ausläufer reichen in die Frühzeit des Imperialismus und den Beginn unserer Epoche.“³¹

Die Bestimmungsmerkmale des Zeitpunktes, zu dem der Liberalismus fiktiven Charakter annimmt, seien: a) die Ausbildung von Widersprüchen innerhalb der Bourgeoisie, die sich aus den ökonomischen Strukturwandlungen, der Erhöhung der Zahl der Unternehmen, des Handels und Verkehrs sowie deren Konzentrations- und Differenzierungsprozess ergeben, b) die Erhöhung der Rolle des ökonomischen und politischen Gewichts des Bankkapitals und der Monopolisierungstendenzen in der Industrie, c) die Vertiefung des nichtantagonistischen Widerspruches Bourgeoisie-Kleinbürgertum und das quantitative Anwachsen der Arbeiterklasse, damit einhergehend des antagonistischen Widerspruches Bourgeoisie-Arbeiterklasse. Dieser Differenzierungsprozess in der ökonomischen und sozialen Basis des Liberalismus wirke sich auch auf die Politik der liberalen Parteien aus.³²

Die Kriterien, an denen sich die Politik der liberalen Parteien zu messen hätte und die gleichzeitig ihren Niedergang veranschaulichen sollten, bildeten: (1) die Haltung der liberalen Parteien zur Arbeiterbewegung, deren historische Einschätzung, das Verhalten im Wahlkampf (Mandatsunterstützung in Stichwahlen), Wählerpotenzial aus der Arbeiterklasse, (2)

30 Ders.: Zwischen Fortschritt und Reaktion. Geschichte der liberalen Bourgeoisie in Deutschland 1893-1918, in: Schriften des Instituts für Geschichte. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Reihe 1: Allgemeine und deutsche Geschichte, Bd. 32, Berlin 1968, S. 269

31 Ebenda, S.270f.

32 Elm kennzeichnete nur die in der Literatur als linksliberal bezeichneten Parteien als liberal, nämlich: die Freisinnige Volkspartei (1893-1910), die Freisinnige Vereinigung (1893-1910), die Deutsche Volkspartei (1868-1910) und den Nationalsozialen Verein (1908-1918). Bei der Aufhebung der geschichtlichen und klassenmäßigen Grundlagen des Liberalismus stütze er sich auf Untersuchungen von DDR-Wirtschaftswissenschaftlern wie: Naumann, Theorie, S.40, 48, 52ff.; Herbert Meißner (Hrsg.): Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus. Ideologie und praktische Bedeutung der westdeutschen Wirtschaftstheorie, Berlin 1967, Kap. 2: Der westdeutsche Neoliberalismus von Werner Krause.

die Stellung der Liberalen zur Expansions-, Rüstungs- und Wirtschaftspolitik der bürgerlichen und junkerlichen herrschenden Kreise, wobei besonders die Kolonialpolitik, die Flottenpolitik (1897-1900), die Zolltarifkämpfe (1900-1912) und das Verhältnis zur Frage der Demokratie berücksichtigt werden sollten, und 3) die Ausbildung des Revisionismus und dessen Übernahme als Teil der liberalen Ideologie.³³

Als Ergebnis konstatierte Elm, dass ab 1871 der Zersetzungsprozess des Liberalismus einsetzte, der mit der Krise des Kapitalismus, dem Beginn des Ersten Weltkrieges, der Revolution in Russland 1917 und der deutschen Revolution 1918/19 seinen Abschluss fand. Deutlich würde die politische Perspektivlosigkeit des Liberalismus in der Beteiligung der Liberalen an der Blockpolitik (1906-1909) sowie in ihrer Parteidifferenzierung und -auflösung: 1893 Aufspaltung der Freisinnigen Partei in Freisinnige Volkspartei und Freisinnige Vereinigung, 1896 Bildung des Nationalsozialen Vereins und dessen Auflösung 1903, 1908 Bildung der Demokratischen Vereinigung, 1910 Fusion von Freisinniger Volkspartei und Freisinniger Vereinigung zur Fortschrittlichen Volkspartei und deren Selbstauflösung 1918. Das Auftreten liberaler Parteien und deren programmatische Forderungen hätten in der Folgezeit nur noch fiktiven Charakter besessen.

Mit der These vom „fiktiven Charakter des Liberalismus“ konnte sich Elm 1966 noch nicht durchsetzen.

Blickt man auf die Historiker, die Gegenpositionen zu Elm einnahmen, lässt sich feststellen, dass deren spezifisches Forschungsfeld im Komplex bürgerlicher Parteien und Organisationen nicht den Zeitraum 1866/71 bis 1918/19 abdeckte. So bearbeiteten Herbert Schwab und Siegfried Schmidt die Zeit 1815 bis 1866/71, die gekennzeichnet war durch einen sich ausbildenden Kapitalismus in Deutschland, einen hohen Grad an Differenzierung politischer Gruppen und Organisationen und durch eine starke Abhängigkeit ideologischer Positionen vom westlichen Ausland sowohl in Fragen der Nationalökonomie als auch der Gesellschaftstheorie.³⁴ Ein anderer Widersacher von Elm, Herbert Bertsch, war auf die Nachkriegszeit nach 1945 spezialisiert und war bei seiner theoretischen Charakterisierung des Liberalismus sehr stark von politisch-taktischen Gesichtspunkten beeinflusst.³⁵ Elm kritisierte Bertsch scharf: Dieser betrachte die Nati-

33 Zum Revisionismus siehe Georg Lukács: *Die Zerstörung der Vernunft*, 6. Kap., Darmstadt 1965.

34 Siehe Becker u.a., *Konferenz*, S.299, Weißbecker, *Probleme*, S.81f, Siegfried Schmidt: *Zur Frühgeschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland*, in: *ZfG*, 1965, H. 6, hier S.973f.

35 Herbert Bertsch: *Die FDP und der deutsche Liberalismus (1789-1963)*, Berlin 1965, S.9

onalliberalen als Hauptgruppe des deutschen Liberalismus und fiel damit noch hinter progressive Vertreter bürgerlicher Historiker zurück: „Sigmund Neumann hat aus bürgerlicher Sicht die Herausbildung des Nationalliberalismus als Preisgabe des Liberalismus gewertet. Dagegen betrachten Ludwig Bergsträsser, F. C. Sell, Helga Grebing u. a. im Gefolge ihrer konservativ-antidemokratischen Liberalismus-Konzeption die Nationalliberalen als wesentliche, wenn nicht sogar hauptsächliche Fraktion der deutschen Liberalen der Wilhelminischen Ära. Dieser Auffassung hat sich Bertsch angeschlossen.“³⁶ Hinzu komme die Überbewertung des ideologischen Aspektes des Liberalismus und die Beeinflussung, die sich aus dem Praxisbezug der Forscher zum Liberalismus ergebe. Dies war auch bei Josef Seemann (Jena) erkennbar, der versuchte, „liberale Auffassungen“ der Liberal-Sozialistischen Partei Deutschland (LSPD) und der Jungdemokraten für den „Kampf um eine echte Alternativlösung in Westdeutschland“ wirksam zu machen.³⁷

Nach marxistisch-leninistischer Vorstellung verfügten die Vertreter der Gegenposition zur These vom fiktiven Charakter des Liberalismus über zu geringe Kenntnisse des Marxismus-Leninismus und grenzten sich ungenügend von sozialdemokratischen und revisionistischen Forschungsansätzen ab. Dies wird besonders bei Schwab, der auf der Liberalismustagung Elms These am stärksten widersprach, deutlich, wenn er sagte: „Liberale Auffassungen existierten in verschiedenen Organisationen weiter und erlebten im Bereich der bürgerlichen Wirtschaftstheorie in veränderter Gestalt einen gewissen Aufschwung, als mit der Weltwirtschaftskrise eine neue Entwicklungsstufe des staatsmonopolistischen Kapitalismus eingeleitet wurde. Die sozialökonomischen *Grundlagen* für das Weiterbestehen liberaler Auffassungen in Wirtschaft, Politik und Kulturpolitik sind in der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, verschiedenen Gruppen der Mittelschichten und in der Intelligenz zu finden.“³⁸ Dabei hätte sich

(Definition) sowie Kap. II: Charakter und Tendenzen des deutschen Liberalismus bis 1933; siehe auch die Rezension von Bernhard Weißel in: ZfG, 1965, H. 1, hier S.1062f. Weißel kritisierte Bertsch in folgenden Punkten: a) besonders hinsichtlich der „Einordnung des Stoffes in die jeweilige konkret-historische Problematik der einzelnen Epochen“, b) wegen der ungenügenden ideologischen Auseinandersetzung mit bürgerlich-wissenschaftlichen Problemstellungen, c) für dessen Unsicherheit in der Interpretation und d) wegen der einseitigen Literaturlauswahl. Siehe auch: Elm, Fortschritt, S.263.

36 Elm, Fortschritt, S.274. Siehe dazu Bertsch, FDP, S.97, 100, 104f., 107; Sigmund Neumann: Die Parteien der Weimarer Republik. Mit einer Einführung von Karl Dietrich Bracher, Neuauflage der Ausgabe von 1932: „Die politischen Parteien in Deutschland“, Stuttgart 1965, S.23; siehe auch: Rezension von Weißel, S.1064.

37 Weißbecker, Probleme, S.82.

38 Zit. nach: ebenda.

Schwab nach Meinung Ernst Engelbergs (Berlin) sogar auf Lenin stützen können, der 1919 darauf hingewiesen habe, „daß auch unter den Bedingungen des Imperialismus die sozialökonomische Basis für eine Fortexistenz und für ein teilweises Wiedererwachen liberaler Ideen vorhanden ist, da der Imperialismus nicht ohne den Kapitalismus der freien Konkurrenz in einer ganzen Reihe von Wirtschaftszweigen existieren kann“.³⁹

Letztlich jedoch setzte sich Elms These vom „fiktiven Charakters des Liberalismus im Imperialismus“ durch. Das zeigte sich zuerst mit der Publizierung der Arbeiten von Seeber und von Elm selbst,⁴⁰ des weiteren in der Fortsetzung der Auseinandersetzung mit neueren wissenschaftlichen Publikationen in der BRD zu Parlamentarismus und bürgerlichen Parteien⁴¹ sowie auf der Tagung zur Thematik der bürgerlichen Parteien im Imperialismus vom 9. und 10. Dezember 1968.⁴² Das mündete in die offizielle Definition von „Liberalismus“ und „Linksliberalismus“ wie auch die Charakterisierung der FDP im „Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung“ (1969/70).⁴³

3. Die gesellschaftspolitische Funktion der Liberalismuskussion in der DDR

Betrachtet man den Verlauf und das Ergebnis der Liberalismuskussion hinsichtlich der Funktion der Wissenschaft in der DDR, dann lassen sich gewisse Beziehungen zwischen der Diskussion und der Gesellschafts- und Wissenschaftspolitik der DDR aufzeigen.

Mit dem Beschluss des VI. Parteitages der SED im Januar 1963 über den umfassenden Aufbau des Sozialismus trat die DDR in eine neue Phase ihrer staatlichen Entwicklung ein, die sich auch auf den Wissenschaftsbereich auswirkte. Diesem Beschluss war am 13. August 1961 mit dem

39 Zit. nach ebenda. Siehe dazu W. I. Lenin: VIII. Parteitag der KPR(B), 18.-23. März 1919. 3. Bericht über das Parteiprogramm, 19. März, in: Werke, Bd. 29, Berlin 1961, S.150-171.

40 Siehe Gustav Seeber: Zwischen Bebel und Bismarck. Zur Geschichte des Linksliberalismus in Deutschland, Berlin 1965; Elm, Fortschritt.

41 Dieter Fricke: Neuere westdeutsche Literatur des Parlamentarismus und der bürgerlichen Parteien, in: ZfG, 1966, H. 7, S.1221-1233, 1967, H.1, S.144-153, 1968, H. 6, S.785-799, 1969, H. 11, S.1457-1470.

42 Siehe Harald Lange/J. Schellenor: Kontinuität und Wandel der bürgerlichen Parteien in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus in Deutschland, in: ZfG, 1969, H. 6, S.765f.

43 Siehe die Stichworte: Liberalismus, Linksliberalismus und Freie Demokratische Partei, in: Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1 (A-K), Berlin 1969, S.622, Bd. 2 (L-Z), Berlin 1970, S.33, 39f. Besonders das Stichwort „Linksliberalismus“ nimmt alle wesentlichen Kennzeichen von Elms Liberalismusdefinition auf.

Mauerbau die Schließung der offenen Grenze zu Westberlin vorausgegangen. Mit der weitgehenden Verhinderung offener „illegitimer“ außerstaatlicher Einflüsse war eine zeitweilige Erweiterung innenpolitischer Freiheiten verbunden. Hermann Weber kennzeichnete die Zeit von 1962 bis 1965 als „Liberalisierungsphase“, die er allerdings einseitig vom XXII. Parteitag der KPdSU, dem Beginn der sogenannten „Entstalinisierungsphase“, ableitete.⁴⁴

In diese Zeit fiel auch verstärkte ideologische Arbeit der SED hinsichtlich der Parteien der Nationalen Front und deren Organisationen: „Durch ideologische Überzeugungskraft versuchte die SED-Führung auch aus den neutralisierten Schichten neue Anhänger zu gewinnen. Nach 1961 stellte sie dabei weniger ihre philosophischen Theorien in den Vordergrund, sie zog vielmehr die nationale Tradition und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zur Bewußtseinsbildung heran. Im Mittelpunkt der ideologischen Arbeit der DDR stand das im März 1962 von der Nationalen Front verabschiedete sogenannte ‚Nationale Dokument‘: ‚Die geschichtlichen Aufgaben der DDR und die Zukunft Deutschlands‘.“⁴⁵ Die Veröffentlichung dieses Dokuments habe eine „beispiellose Volkssprache“ eingeleitet, an der etwa sieben Millionen Bürger teilnahmen.⁴⁶ In diesem Zusammenhang sollte auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit bürgerlichen Parteien gesehen werden, deren Beginn gerade in diese Zeit fiel.

Parallel mit dieser Entwicklung zeigte sich eine Änderung des Charakters der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD).⁴⁷ Das Ziel, den Mittelstand für das sozialistische System zu gewinnen, galt Mitte der 1960er-Jahre als erreicht: „Handwerker, Geschäftsleute und Gewerbetreibende waren jetzt direkt in die sozialistischen Produktionsverhältnisse einbezogen, bzw. in entscheidendem Maße dadurch mit ihnen verbunden, daß sie in einem sozialistischen Lande lebten und arbeiteten. Sie entwickelten sich zu sozialistischen Werktätigen. Die aus bürgerlichen

44 Hermann Weber: Von der SBZ zur DDR 1945-1968, Hannover 1968, S.159.

45 Ebenda, S.160; siehe auch Stefan Doernberg: Kurze Geschichte der DDR, Berlin 1965, S.460.

46 Siehe Weber, Von der SBZ, S.161; Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands (Nationales Dokument, Beschluß des Nationalkongresses der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vom 16. und 17. Juni 1962), in: Programmatische Dokumente der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, hrsg. und eingeleitet von Helmut Neef, Berlin 1969, S.200ff.

47 Sie anerkannte in der Auseinandersetzung um das Nationale Dokument die führende Rolle der Arbeiterklasse und näherte sich damit dem Standpunkt der SED an. Siehe hierzu Max Suhrbier: Die LDPD und das Dokument des Nationalrats, in: ZfG, 1962, H. 4, S.792-797; Zwanzig Jahre Liberaldemokratische Partei Deutschlands. Berlin 1965, S.220ff.

Kreisen stammenden Angehörigen der Intelligenz entwickelten sich gemeinsam mit der aus der Arbeiterklasse und der Bauernschaft hervorgegangenen Intelligenz.⁴⁸

Demgemäß wurde auch der Aufgabenbereich der LDPD erweitert. Die Partei sollte nun die aggressive Rolle der FDP aufdecken und demokratische Bewegungen in der BRD ideologisch und organisatorisch unterstützen: „Andererseits wurde es erforderlich, dem Differenzierungsprozeß in Westdeutschland zugunsten einer breiten Front gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus größere Aufmerksamkeit zuzuwenden und nachzuweisen, welche realen Möglichkeiten durch Übereinkommen zwischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten bestehen. Dadurch würden auch die humanistisch gesinnten Vertreter des westdeutschen Bürgertums um Frieden und Entspannung eine größere Wirksamkeit erhalten.“⁴⁹

Der LDPD sollte also in stärkerem Maße ideologische und außenpolitische Aufgaben wahrnehmen. Dabei überschneidet sich ihre Tätigkeit mit der der Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien“, an der auch die Parteitheoretiker der LDPD mitarbeiteten und besonders Gewicht auf praxisnahe Ergebnisse legten.

Mitentscheidend für den Funktionswandel war auch, dass das Gewicht der Mittelschichten in der sozialökonomischen Struktur der Berufstätigen der DDR sowie der Anteil privater Betriebe an der Nettoproduktion der Volkswirtschaft stark zurückgingen.⁵⁰ Somit kann es auch nicht verwundern, dass mit den Wahlen vom 20. Oktober 1963 die Repräsentanz der Mittelschichten in der Volkskammer zugunsten der Massenorganisationen verringert wurde.⁵¹

Die hier rekonstruierte Liberalismuskussion hatte auch einen funktionalen Bezug zur Wissenschaftspolitik der DDR. Zur Zeit der Staatsgründung war universitäre Lehre recht heterogen: neben bürgerlichen Lehrmeinungen gab es Marxisten unterschiedlicher Ausrichtung. Um die Lehrmeinungen zu zentralisieren und zu kontrollieren, wurden von der SED-Führung zentrale Tagungen, Dozenten- und Aktivzirkel einberufen.⁵²

48 Thesen zur Geschichte der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands, hrsg. vom Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD (Schriften der LDPD, H. 1), Berlin 1965, S.108.
49 Ebenda, S.118.

50 Siehe Statistisches Jahrbuch 1970 der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. von der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1970, S.52, 39.

51 Siehe Weber, Von der SBZ, S.171; Statistisches Jahrbuch 1970, S.487.

52 Siehe Max Gustav Lange: Wissenschaft im totalitären Staat. Die Wissenschaft der Sowjetischen Besatzungszone auf dem Wege zum „Stalinismus“ (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 5), Stuttgart-Düsseldorf 1955, S.11.

Die Geschichtswissenschaft als spezielle Disziplin der Gesellschaftswissenschaften hatte lange Zeit eine besondere Rolle inne und besaß einen gewissen Freiraum: „Zwar gab es Tagungen von SED-Dozenten, nicht aber rein wissenschaftliche Tagungen, an denen alle Vertreter eines bestimmten Faches teilnehmen konnten [...] Seit 1950 hat sich das allmählich geändert. Nun ist es SED-Dozenten bereits als Fehler angekreidet worden, daß sie es versäumt hatten, öffentlich mit anderen Gelehrten zu diskutieren. Die ‚theoretische Konferenz‘ der SED vom 23. bis 24. Juni 1951, die sich mit Stalins Linguistikbriefen beschäftigte, ist der Wendepunkt in der hier beschriebenen Entwicklung. Seitdem dringt die SED-Führung auf die Abhaltung wissenschaftlicher Konferenzen für die einzelnen Fächer.“⁵³

Das Parteiprogramm der SED von 1963 rief alle Geschichtswissenschaftler auf, „tief in die Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus einzudringen, sie theoretisch zu verallgemeinern und so zur Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung beizutragen.“⁵⁴ Diese Forderung stand in engem Zusammenhang mit dem Neuen Ökonomischen System (NÖS), das das Rentabilitätsprinzip als Grundlage der Volkswirtschaft übernahm und die volkseigenen (VEB-) Betriebe auch zu „profitorientierten sozialistischen Großkonzernen“ entwickeln sollte. Insofern wurde – so Ernst Richert als zeitgenössischer Beobachter – eine Wende vollzogen, die „die fraglos unerhört weitgehende Preisgabe traditioneller Dogmen einschließen und besondere ökonomische Forschungen fortan in dem Sinne freistellen muß, daß man nun nicht mehr von vornherein feststellen kann, was aus den Analysen herauskommt. Für diesen weitesten Bereich [...] ist damit ein sehr hohes Maß wissenschaftlicher Freiheit greifbar nahe.“⁵⁵

In diesem Umfeld hatten auch die Arbeitsgemeinschaft „Geschichte der bürgerlichen Parteien“ und die Liberalismusdebatte in den 1960er-Jahren ihren Platz.

53 Ebenda, S.278.

54 Horst Bartel/Ernst Diehl/Ernst Engelberg: Die Geschichtswissenschaft der DDR 1960-1970, in: Forschungen 1960-1970, S.19-30, hier S.22.

55 Richert, Universität, S.225.

Biografisches

Jan Skala, Gestapo und Volksgerichtshof. Ergänzungen aus Akten vergangener Zeit

Peter Kroh

Der sorbische¹ Journalist und Politiker Jan Skala² wurde am 21. Januar 1938 von der Dresdner Gestapo in Schutzhaft genommen und am 26. Oktober 1938 entlassen. Der Volksgerichtshof³ stellte am 1. Juni 1939 das gegen „Skala und Andere“⁴ angestrebte Hochverratsverfahren ein. Wie nicht nur seine Ehefrau, sondern auch andere Zeitzeugen⁵ bestätigten, wurde Skala zwischen Verhaftung und Verfahrenseinstellung intensiv verhört. Davon, so vermutete ich schon am Beginn der konzeptionellen Arbeiten zur Skala-Biografie, muss es Akten geben.

Diese Akten über den sorbischen Minderheitenpolitiker sind bisher noch nicht im Zusammenhang ausgewertet worden, auch nicht in der Skala-Biografie. Meine elektronischen und telefonischen Recherchen verliefen damals ergebnislos. Auf eine Bitte um Hilfe teilte der damalige Präsident des Bundesarchivs Prof. Dr. Weber mit, von ihm beauftragte Fachleute hätten nichts gefunden, die Akten seien vermutlich durch Kriegseinwirkung vernichtet worden.

In einer sorbischen Rezension der Biografie wurde jedoch u. a. kritisch angemerkt: „Als Archivarin des Sorbischen Kulturarchivs (SKA) [... konnte]

1 „Sorbisch/Sorben“ ist die dominierende Selbstbezeichnung, „wendisch/Wenden“ die vorherrschende Bezeichnung der Deutschen, die z.T. in der Niederlausitz auch von Sorben verwendet wird.

2 Zu meinem Großvater Jan Skala habe ich kürzlich eine Biografie veröffentlicht: Peter Jan Joachim Kroh: Nationalistische Macht und nationale Minderheit. Jan Skala (1889-1945). Ein Sorbe in Deutschland (Edition Zeitgeschichte Bd. 48), Berlin 2009. Die nachfolgenden Ausführungen ergänzen diese.

3 Die demagogische Bezeichnung – die Institution war weder mit dem Volk noch mit dem Recht verbunden – wird hier als NS-Selbstbenennung ohne Anführungszeichen gebraucht. „Die nationalsozialistische Justiz hat ihr Antijustizgebäude mit der Errichtung des Volksgerichtshofes gekrönt.“ Hellmut von Gerlach, Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, in: Die Neue Weltbühne, 24.5.1934, S.641f.

4 Gemeint sind: Jurij Měrcink, verhaftet am 16.8.1937, und Dr. Jan Cyž, verhaftet am 25.8.1937.

5 Siehe u. a. Brief von Eskildsen vom 5.8.1938, abgedr. in: Kroh: Macht, Dok. 49, S.368f.

ich nicht feststellen, hege aber den Verdacht, dass dem Autor die umfangreiche Akte zu Skalas Gestapoverhören im Deutschen Bundesarchiv nicht bekannt ist.⁶ Dieser Kritik einer ausgewiesenen Expertin musste ich zustimmen. Ihre Angaben zu Quantität und Fundort veranlassten mich im Oktober 2010 zur Vermutung, die Rezensentin kenne die Akten, sie seien vielleicht doch nicht vernichtet. Bei einer telefonischen Nachfrage im Januar 2011 erfuhr ich, in der Tat gäbe es seit Mitte der 1990er-Jahre im Sorbischen Kulturarchiv Kopien von Gestapo-Akten. Sie seien wohl im Berliner Document Center gefertigt worden.⁷

Das Bundesarchiv konnte mit diesen Informationen die Recherche verbessern und mitteilen, es handle sich bei den „gesuchten Prozessunterlagen in der Strafsache gegen Ihren Großvater [...] um 5 umfangreiche Aktenbände des Oberreichsanwaltes beim Volksgerichtshof in der Strafsache gegen Jan Skala, Johann Ziesche und Georg Mirtschink“.⁸ Ende März 2011⁹ konnte ich sie im Bundesarchiv einsehen. So kann ich die Spuren Jan Skalas – um ihre Zusammengehörigkeit und wechselseitige Bedingtheit wissend – zuerst unter einem eher formalen und danach unter mehreren inhaltlichen Aspekten bezeugen und aufklären.

Spur 1: Schutzhaft als rechtsförmiges Unrecht

Das gilt voll und ganz für den Umgang der Gestapo mit Skala. Am 26. Januar 1938 – fünf Tage nach der Verhaftung am „21. Januar 1938 um 20 Uhr“ – schrieb Kriminalkommissar Weissmann aus seinem Dienstsitz in der Dresdner Schießgasse 7 an die Dresdner Gestapoleitstelle Abteilung I4 in der Wiener Straße 25 und beantragte, gegen Skala, „wohnhaft Bautzen, Wettinstraße 48 I“, Schutzhaft anzuordnen, weil „der Vorgenannte sich staatsfeindlich in wendepolitischen Sinne betätigt“ habe und „sich noch umfangreiche Ermittlungen notwendig“ machen. Handschriftlich ist später am unteren Seitenende in Sütterlin u. a. ergänzt: „Schutzhaftbefehl erlassen von Gestapo Berlin am 31.1.38“ und „Schutzhaftbefehl be-

6 Annett Bržezanec: Wo Janu Skali [Über Jan Skala], in: Rozhlad (Serbski Kulturny Časopis [Umschau, Sorbische Kulturzeitschrift]), 2010, H. 6, S.26.

7 Kurze Zeit später tauchten die Kopien tatsächlich im Institut auf. Meiner Anmerkung, es sei zum einen verwunderlich und zum anderen bedauerlich, dass während meines einwöchigen Studienaufenthaltes am Institut Mitte März 2008 – also anderthalb Jahre vor der Veröffentlichung der Skala-Biografie – mich niemand auf die Existenz der Aktenkopien aufmerksam machte, wurde entgegnet, das sei gewiss keine böse Absicht gewesen.

8 Schreiben vom Bundesarchiv Berlin vom 16.2.2011, unterzeichnet von Dr. Kreikamp.

9 Rund anderthalb Jahre nach der Veröffentlichung der Skala-Biografie.

stätigt am 2.2.38“.¹⁰ Zu diesem Zeitpunkt hatte Skala schon fünf Verhöre hinter sich. Die – wenn es im „Dritten Reich“ rechtskorrekt zugegangen wäre – zuständigen staatlichen Stellen wussten von all dem nichts. Am 8. März 1938 teilte der Bautzener Oberstaatsanwalt – vermutlich auf eine an ihn ergangene, aber in den Akten nicht vorhandene Aufforderung – dem Reichsminister der Justiz über den Dresdener Generalstaatsanwalt mit, „dass hier von der Verhaftung des genannten Skala bisher nichts bekannt gewesen ist“. Ein von ihm beauftragter Sachbearbeiter habe „in Erfahrung gebracht: Skala ist durch die Geheime Staatspolizei in Schutzhaft genommen worden. Von dritter Seite hat ein Auftrag hierzu nicht vorgelegen. Über die Gründe ist Näheres nicht bekannt. Tatsächlich ist Skala einer der gefährlichsten Wendenführer, er ist auch vorbestraft. Er war Redakteur der ‚Kulturwehr‘. Skala soll mit einem polnischen Bund in Berlin in Verbindung stehen, und es wird gesagt, dass er von dort aus monatlich 500,-RM Gehalt beziehe.“¹¹

Am 9. März 1938 informierte der Dresdner Oberstaatsanwalt den Reichsminister der Justiz, er habe telefonisch von „Kriminalkommissar Weissmann bei der Geheimen Staatspolizei“ erfahren, „dass dort Erörterungen gegen Skala, Ziesche und Mirtschink,¹² sämtlich aus Bautzen, wegen des Verdachts des Hochverrats geführt werden. Die Genannten befinden sich in Schutzhaft und zwar Ziesche und Mirtschink seit etwa August 1937, Skala seit einigen Wochen. Die polizeilichen Erörterungen werden voraussichtlich noch einige Monate in Anspruch nehmen, bevor eine Abgabe an die Staatsanwaltschaft erfolgen kann.“¹³ Am 21. März 1938, auf den Tag zwei Monate nach Skalas Verhaftung, teilte der Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Dresden dem Reichsminister der Justiz mit, die Gestapo werfe Skala Hochverrat vor, und regte an, „erforderlichenfalls den Herrn Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof mit weiteren Ermittlungen zu betrauen“.¹⁴

Der Reichsminister verfuhr genau so. Am 19. April 1938 ersuchte der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof Kriminalkommissar Weiss-

10 BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g, fol. 5. Nicht unwichtig für die Bewertung des Umgangs der Dresdner Gestapo mit Skala ist die Tatsache, dass mit dem 25.1.1936 neue Schutzhaftbestimmungen eingeführt wurden, nach denen „alle volks- und staatsfeindlichen Personen“ willkürlich durch die Gestapo verhaftet, sofort inhaftiert und in KZ verbracht werden konnten.

11 BArch, R3017 VGH/ Z-S 162, fol. 2.

12 Gemeint sind die in Fußnote 4 genannten Dr. Jan Cyž und Jurij Měrcink, deren Namen „eingedeutscht“ wurden.

13 Ebenda, fol. 3.

14 Ebenda, fol. 4.

mann, alle zum „Ermittlungsverfahren gegen Skala und Andere“ anhängigen „Vorgänge nach Abschluß der Ermittlungen durch die zuständige Staatsanwaltschaft an mich weiterzuleiten“. Weiter heißt es: „Von der Vorführung der Beschuldigten beim Haftrichter bitte ich abzusehen. Ich werde gegebenenfalls Haftbefehl beim Ermittlungsrichter des Volksgerichtshofs beantragen.“¹⁵

Unklar bleibt, ob er meinte, die Ermittlungen würden durch die zuständige Staatsanwaltschaft geführt und er bitte die Gestapo um Weiterleitung, oder ob er wollte, dass die Ergebnisse der Gestapo durch die Staatsanwaltschaft an ihn weitergeleitet werden sollten. Vermutlich hielt er die Gestapo für zuständig, aber auch für nachlässig, denn am 11. Juli 1938 um 9 Uhr 55 mahnte er die Stapo-Leitstelle in Dresden um Erledigung seines Schreibens vom 19. April 1938 oder um „umgehende Mitteilung der Hinderungsgründe“ an, weil er „höheren Orts berichten“¹⁶ müsse. Die Dresdner Gestapo-Spezialisten für sorbischen Hochverrat hatten Skala zu diesem Zeitpunkt nicht nur schon mehr als 20 Verhöre unterzogen, sondern beim Eintreffen der telegrafischen Mahnung des Oberreichsanwalts existierte sogar schon über zwei Monate lang ein vom 3. Mai 1938 datierter „Abschlußbericht“.¹⁷ Die Gestapo informierte den Oberreichsanwalt wohl nicht so schnell, weil sie mehr Zeit brauchte, um Skala zu demoralisieren.

Auf die telegrafische Mahnung hin schickte der Bautzener Oberstaatsanwalt am nächsten Tag, also am 12. Juli 1938, dem Oberreichsanwalt einen vierseitigen Bericht über das „Ermittlungsverfahren“ gegen den „Journalisten und Wendenführer Johann Skala [...] wegen des Verdachts des Hochverrats nach §82 StGB“. Unter rechtsförmig-formalem Aspekt sind die beiden letzten Sätze besonders interessant: „Ein richterlicher Haftbefehl ist gegen Skala nicht beantragt worden. Im übrigen sind sofortige richterliche Massnahmen nicht geboten.“¹⁸ Diese Feststellung überrascht nicht. Sie belegt jedoch, dass die Beamten zwar gesetzeskonform handelten,¹⁹ aber Unrecht taten. Richterliche Prüfungen galt es unter allen Umständen zu verhindern. Das war Nazi-„Recht“! Der Dienstausbau Dresdner und Berliner Geheimpolizisten gegen Skala lagen politisch motivierte Willkür, vorausseilender Gehorsam, nationalistische Arro-

15 Ebenda, fol. 7.

16 Ebenda, fol. 10 (Tippfehler stillschweigend korrigiert).

17 Siehe BArch, R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g Sonderbd. I, fol. 72.

18 BArch, R3017 VGH/ Z-S 162, fol. 12.

19 Das (preußische) Gesetz über die Aufgaben der Gestapo vom 10.2.1936 legte in § 7 fest, dass Aktivitäten und Entscheidungen der Gestapo nicht der Nachprüfung durch Gerichte unterlagen.

ganz, aber auch ein gerüttelt Maß an Stumpf- und Dummheit zugrunde, sehr oft eine Melange all dieser „Zutaten“.

Bevor das an einigen Inhalten der Verhöre (euphemistisch „Erörterungen“ genannt) ausführlich bewiesen wird, soll es mit drei kurz fixierten Fakten belegt werden.

Am 10. November 1937 hatten im Reichsinnenministerium Vertreter des Innen-, des Propaganda- und des Kultus-Ministeriums sowie des Auswärtigen Amtes einen „Antrag“ des Reichsstatthalters von Sachsen beraten, „die Domowina aufzulösen und zu verbieten“. Daran nahmen auch Gestapo-Kommissar Weissmann und der Sachbearbeiter des Geheimen Staatspolizeiamtes Berlin Jarosch teil. „Nach längerer Aussprache waren alle Beteiligten einstimmig der Meinung, daß diesem Antrag stattgegeben werden müsse. Mit Rücksicht auf die noch schwebenden staatspolizeilichen Ermittlungen [...] wurde das Verbot zunächst noch nicht ausgesprochen. Die Geheime Staatspolizei wurde gebeten, nach Abschluß der Ermittlungen eingehend zu berichten.“²⁰

Was die Gestapo über die schon im August 1937 festgenommenen Sorben Jurij Měrcink und Dr. Jan Cyž berichten konnte, reichte offensichtlich nicht aus, ein Verbot der Domowina zu begründen. Hierfür sollte die am 11. November 1937, also einen Tag nach der oben angeführten Beratung, von Weissmann bei Skala durchgeführte Hausdurchsuchung²¹ Abhilfe schaffen. In Skalas Wohnung wurde – wie es im Gestapo-Abschlussbericht vom 3. Mai 1938 heißt – „umfangreiches Schriftenmaterial sichergestellt und beigezogen“, das allerdings „teilweise übersetzt werden mußte“, denn es war – Welch hochverräterische Aktivität des international bekannten Journalisten und in weiten Teilen Europas aktiven Minderheitenpolitikers – „in wendischer und in anderen Sprachen geschrieben“.²²

Sodann wird gelogen, dass aufgrund der beschlagnahmten Papiere „der Beweis erbracht war, daß Skala ein ausgesprochener Deutschenhasser ist und dies bei jeder sich bietenden Gelegenheit im In- und Ausland zum Ausdruck brachte“.²³ Skala jedoch hatte viele Freunde unter den Deutschen, schrieb als Chefredakteur der „Kulturwehr“ die meisten seiner politischen Artikel in der Sprache der Deutschen, verteidigte die deutschen Dichter und Denker gegen Nationalisten und Sorbenunterdrücker, wirkte programmatisch und praktisch für ein friedliches Zusammenleben von Sorben und Deutschen.²⁴

20 BArch, R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g Sonderbd. II, fol. 34.

21 Siehe Kroh, Macht, S.117.

22 BArch, R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g Sonderbd. I, fol. 72.

23 Ebenda.

24 Siehe Kroh, Macht, S.46, 64, 235.

Die Bewertung Skalas als Deutschenhasser bringt die Haltung seiner Gestapo-Verhörspezialisten ans Licht, Sorben zu unterdrücken sei eine Sache „ordentlicher“ Deutscher, wer das kritisiere, sei halt ein Deutschenhasser. Tatsächlich jedoch ist der Deutsche, der Sorben unterdrückt, ein deutscher Unterdrücker. Wer das kritisiert, ist ein Gegner der Unterdrückung, der die Überhebung der eigenen Nationalität ebenso ablehnt wie die Abwertung anderer Völker.

In der sachlich falschen Aussage im Gestapo-Abschlussbericht wird daher nichts über Skala, aber „alles“ über das Menschen- und Gesellschaftsbild der Gestapo-Vernehmer gesagt. Nur Nazis kannten und kennen die Worte „Herrenrasse“ und „Untermenschen“. Mit großer Wahrscheinlichkeit ließen sich die Gestapo-Spezialisten in ihrem Unrechts-Tun von Auffassungen leiten, wie sie z. B. Walter Steller, ein nazistischer Scharlatan im Ornat eines promovierten Volkskundlers, verkündete: „Der Wende pflegt gern von ‚seinem‘ Volkstum zu sprechen und dies dem deutschen gegenüberzustellen [...] Das Ziel ist, die Wenden auf der Grundlage ihres angeblich gesonderten Volkstums aus dem Reich zu lösen.“ Sorben, die auf einer von Deutschen unterschiedenen Ethnizität beharrten, planten also Landesverrat. „Durch solche Machenschaften wird“, so der Professor weiter, „die befriedigte Geborgenheit innerhalb der deutschen Reichsgrenzen gestört.“²⁵ Wenn die sorbische Minderheit in Memoranden und Zeitungsartikeln Wünsche äußerte und Rechte forderte, die sich in jedem demokratischen Staat von selbst verstehen, dann war das Hochverrat, der den Terror-„Frieden“ des Nazi-Staates störte.

Skala wurde am häufigsten von Gestapo-Kriminaloberassistent Albert Würker verhört. Dessen bornierter geistiger Horizont erhellt sich blitzlichtartig in einem Protokoll vom 13. April 1938. Skala wusste aus einem Brief seiner Frau, dass dem Sohn Jan im Bautzener Gymnasium sowohl in Leibesübungen als auch in Erdkunde die Note 3 erteilt worden war. Skala hatte seiner Frau am 10. April 1938 geschrieben, die Ursache für solche Benotungen liege „offensichtlich außerhalb Jans wirklicher Leistung“ und solle „eine Art Zurückstellung darstellen [...], für die der Junge nichts kann“. Das rief den Argwohn Würkers hervor, der Skala sofort hierzu vernahm. Dieser erklärte, sein Sohn bekomme diese Noten, „weil er nicht in der HJ sei. Dies habe ihm Studienrat Stein, den er in dieser Hinsicht kenne, angerechnet.“ Solch eine selbstbewusst-realistische Bewertung ging dem nationalistisch-engstürnigen Gestapo-Mann über die berühmte „Hutschnur“: „Das Verhalten des Skala in bezug dieses Briefes muß in höchstem Maße mißbilligt werden, zu-

25 BArch, R3017 VGH/ Z-S 162, fol. 106-109; siehe dazu auch: Kroh, Macht, S.273, 275, 282f, 352f.

mal er weiß (sic!), daß die Briefe kontrolliert werden und daß der Inhalt zur Kenntnis der Behörde kommt.“ Unterwürfig-treudeutsch-penibel beendete Würker die Aktennotiz mit dem Rat: „Es dürfte sich empfehlen, Studienrat Stein hiervon in Kenntnis zu setzen.“²⁶

Zuletzt sei als Beleg für die oben genannte „Melange“ Würkers Notiz über Skalas Aussage zu seinem 1924 erfolgten Weggang aus der Redaktion der „Serbske Nowiny“ (Sorbische Zeitung) angeführt. Würker legte im Verhör-Protokoll vom 22. April 1938 Skala folgende Aussage in den Mund: „Während meiner Schriftleitertätigkeit bei der Serbske Nowiny war ich weder mit Barth, noch mit Briesing befreundet.“²⁷ Würker wusste nichts von der, in der Weimarer Republik sehr bekannten, Persönlichkeit des sorbischen Volkes Bart-Brězynčanski. Arnošt Bart (Ernst Barth) wurde als 40-jähriger 1911 in den Landtag des Königreichs Sachsen gewählt, gehörte 1912 zu den Mitbegründern der Domowina und war ihr erster Vorsitzender. Im Dezember 1918 war er einer der Gründer des Sorbischen Nationalausschusses, nahm 1919 an den Verhandlungen in Versailles teil und war zu all dem langjähriger Ortsvorsteher von Briesing (sorb. Brězynka), damals ein Dörfchen nahe Bautzen. Nach diesem Ort gab sich Bart den Beinamen „Brězynčanski“, zu deutsch: „der Briesinger“. Skala war all das natürlich bekannt. Die ihm von Würker in den Mund gelegte Aussage belegt insofern exemplarisch Ignoranz und Geistlosigkeit des Beamten im Hinblick auf ein kleines Völkchen in seiner sächsischen Nachbarschaft. Wo Würker zwei Personen mutmaßte, gab es nur eine. Mit der hatte Skala neben vielen Gemeinsamkeiten ab und zu auch Differenzen.²⁸

Spur 2: Skalas politisch-moralische Haltung in den Verbören

Vor allem wegen der nun darzustellenden Inhalte ist es bedauerlich, dass die Gestapo-Akten nicht in meine Biografie über Jan Skala einfließen konnten. So wären wahrscheinliche Enttäuschungen vor allem sorbischer Leser vermieden worden: „Wer auf interessante und konkrete Details aus Skalas Leben hoffte – besonders von sorbischer Seite, der wird beim Lesen wahrscheinlich etwas enttäuscht. Ich hätte mir u. a. mehr Informationen über seine Fehlgriffe in jungen Jahren [...] gewünscht.“²⁹

In den Gestapo-Akten sind die Verfehlungen aus Jugendjahren mehrfach und ausführlich behandelt. Der sechs Monate nach Skalas Verhaftung an-

26 BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g Sonderbd. I, fol. 65.

27 Ebenda, fol. 71.

28 Siehe Kroh, Macht, S.105f.

29 Brězanec, Wo Janu Skali, S.25.

gefertigte „Auszug aus dem Strafregister“ der Staatsanwaltschaft Bautzen vom 21. Juli 1938 vermerkte „keine Verurteilungen“³⁰ für frühere Fehlgriffe, weil diese verjährt waren. Für die Gestapo aber, für deutsche Nazis also, waren Skalas Fehlgriffe in jungen Jahren sehr wichtig, ermöglichten sie doch seine moralische Diskreditierung.

Über den schon in der Biografie dargestellten Griff in die Kasse des „Katolski Posol“ (Katholischer Bote), für den sich Skala sein Leben lang immer wieder selbst Vorwürfe machte und der zugleich von seinen (vor allem sorbischen) Gegnern oft gegen ihn instrumentalisiert wurde, um seine ungeliebten Meinungen und Vorschläge unbeachtet lassen zu können,³¹ wird im Protokoll erstmals die konkrete Summe genannt: „etwa 230 bis 250 RM“, weswegen er „1911 wegen Betrugs und Unterschlagung mit 8 Monaten Gefängnis“³² bestraft wurde.

Am 22. April 1938, nach einem der letzten Verhöre der Gestapo zur Vorbereitung des Hochverratsprozesses, wurden Skalas Fehlgriffe in jungen Jahren zusammenfassend dargestellt:³³ 1908 erhielt er vier Tage Haft wegen Bettelns. Der 19-Jährige befand sich damals auf Wanderschaft und hatte „bei einem Pfarrer um Mittagessen gebeten“, es kam jedoch „gerade ein Gendarm dazu“. 1909 wurde er zehn Tage inhaftiert, weil ein Anzug „nur teilweise bezahlt“ war. Skala hatte zeitweilig den Ort verlassen, ohne den Schneider davon in Kenntnis zu setzen. Und 1914 bekam er vom Amtsgericht in Pulsnitz eine Strafe von zehn Tagen Gefängnis, weil er ein noch nicht abgezahltes Fahrrad weiterverkauft hatte. Eine an die „Köpenickiade“ erinnernde Begebenheit fand 1912 statt. Damals hatte er „als Offizier verkleidet eine Militärwache der Grenadierkaserne in Dresden revidiert“, nachdem er mit anderen jungen Leuten darüber eine Wette abgeschlossen hatte. Ein Strafverfahren fand aber nicht statt, wahrscheinlich, weil es dem Militär peinlich war, diese Posse öffentlich kundzutun.³⁴ Mit Unverständnis vermerken die Gestapo-Spezialisten, dass Skala während seiner Dienstzeit beim Infanterieregiment 103 in Bautzen „einen Selbstmordversuch“ unternommen hatte, weil er von seinen „Vorgesetzten schikaniert, wendisches und katholisches Schwein genannt“ wurde. Diese

30 BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g, fol. 1a.

31 Siehe Kroh, Macht, S.41-44. Dort wird noch Anfang 1912 als Tatzeit vermutet. Allerdings gab Skala in einem anderen Verhör auch diese Jahreszahl an.

32 BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g, fol. 2f.

33 Siehe BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g Sonderbd. I, fol. 70f.

34 Kürzlich jedoch tat dies eine Zeitung: „Er foppte 1912 das Elite-Regiment des I. Königlich Sächsischen Armee-Korps [„...] lief in die Mannschaftsstuben [...], ließ die Truppe strammstehen und begann die Ordnung in Spinden und Betten akribisch zu kontrollieren“. Dresdner Morgenpost, 30.8.2010, S.18.

Geschehnisse lagen zum Zeitpunkt der Verhöre in der Dresdner Gestapo fast ein Vierteljahrhundert zurück. Alle Strafen waren verjährt. Insofern beweisen die Akten der Gestapo vor allem, dass schon die kaiserliche Justiz unverhältnismäßig und überzogen handelte, wenn es um „kleine Leute“, noch dazu um Slawen ging.

Um nun im Nazi-Reich Skala als Hochverräter zu überführen, waren die verjährten Vorstrafen den Verhör-Beamten erkennbar sehr wichtig. Sie stärkten das nationalistisch-beschränkte Vorurteil, wer ums Mittagessen bittelt, als slawischer „Untermensch“ in fremde Kassen greift, Anzugschneider und Fahrradhändler tatsächlich oder vermeintlich ums Geld betrügt, wer sich militärische Amtsmacht anmaßt und sich wegen „läppischer Schikanen“ das Leben nehmen will – der ist auch fähig und bereit, die Lausitz vom Reich abzutrennen und sie der Tschechoslowakei zuzuschlagen.

Der Oberreichsanwalt hingegen sah eifernde Dummheit und „arische“ Intoleranz zielstrebigler Sorbenfeinde in der Gestapo wohl eher etwas kritisch. In seiner Entscheidung zur Einstellung des Verfahrens stellte er zu den Verfehlungen aus Skalas Jugendzeit fest: „Mit Ausnahme einer im Jahre 1929 erkannten geringfügigen Geldstrafe wegen Beleidigung durch die Presse betreffen die Verurteilungen des Beschuldigten kriminelle Straftaten, die er in den Jahren 1908 bis 1914 begangen hat.“³⁵

Über die Kenntnis verjährter Straftaten hinaus ist eines – vielleicht auch für manchen sorbischen Leser – viel bedeutsamer: Aus den Verhörprotokollen ist zu erkennen, dass Skala auch unter dem Druck mehrmonatiger Einzelhaft und „trotz eingehender Vernehmung“³⁶ sich als moralisch integrier Mensch erwies. Im ungleichen Kampf mit seinen Inquisitoren, der alltäglichen seelischen und körperlichen Gewalt, Demütigung und Einschüchterung ausgesetzt und isoliert von seinen Freunden stand er taktisch klug und mutig zu seinen Auffassungen als Sorbe, Minderheitenpolitiker und Antifaschist. Dazu soll umfassend aus den Akten zitiert und möglichst sparsam kommentiert werden.

In der Vernehmung vom 22. Februar 1938 bekräftigte Skala, dass „ich die NSDAP mit ihren politischen Gliederungen ablehnen muß“, da sie „die

35 BArch R3017 VG/ Z-S 162, fol. 37. Zur Geldstrafe siehe Kroh, Macht, S.170-186.

36 Siehe BArch R3017 VG/ Z-S 162 8J 198/38 g, fol. 8f. So hieß im Gestapo-Deutsch die im Gesetz über die Gestapo vom 10.2.1936 sanktionierte, auch gegen Skala wiederholt ausgeübte körperliche Gewalt. Die häufigen Schläge „nur“ ins Gesicht bewirkten bei Skala „nur“ einseitige Taubheit. Erst bei „verschärften Vernehmungen“ waren bis zu 25 Stockhiebe aufs Gesäß zulässig, ab dem 10. Schlag musste ein Arzt zugegen sein. Siehe dazu Bericht des Oberstaatsanwaltes Düsseldorf vom 8.6.1937 über eine Besprechung zwischen Reichsjustizministerium und Gestapo, zit. nach: Eberhard Aleff: Das 3. Reich, Hannover 1970, S.74.

Partei des deutschen Volkstums ist“ und „ich als Wende und damit als Angehöriger einer slawischen Volkstumsgruppe nicht zur NSDAP stehen [kann]“, weswegen „ich aus diesem Grunde meinen Kindern verboten habe, in die HJ zu gehen“.³⁷

Am 2. April 1938 wurde ihm vorgehalten, er habe „der wendischen Dichterin Minna Wittka“, die ihm brieflich „in allen Einzelheiten von ihrer Vernehmung durch die Geheime Staatspolizei berichtet“ hatte, 30 RM überwiesen. Skala erklärte dazu, dass er die Dichterin seit etwa zehn Jahren kenne und sie vom 2. bis 6. Dezember 1937 bei Skalas gewohnt habe, weil sie am 3. Dezember in Bautzen eine Gerichtsverhandlung hatte. „Sie hatte eine Nierenbeckenentzündung und war sehr ausgehungert. Sie hat sich einige Tage bei mir erholt“ und gesagt, sie sei „im Rückstand mit der Bezahlung der Invalidenversicherung“. Weil sie „für 24 RM Marken nachzukleben“ hatte, habe er ihr „einen Betrag von 30 RM zugeschickt“.³⁸

Am 7. April 1938 fragte Gestapo-Vernehmer Würker Skala, wieso bei seiner Hausdurchsuchung ein Schreiben der Technischen Hochschule Dresden vom 8. August 1933 an „Paul Nowotny“ gefunden worden sei, mit dem dieser vom Studium an der TH mit der Begründung ausgeschlossen wurde, er habe „an einer Veranstaltung in Polen teilgenommen, die deutschfeindliche Tendenzen zeigte“. Würker vermutete, Skala habe „den Inhalt des Schreibens in seiner Eigenschaft als Hauptschriftleiter der ‚Kulturwehr‘ [...] in einer gegen Deutschland gerichteten Art und Weise verwertet“. Skala tappte nicht in die ausgelegte Hochverrats-Falle, sondern erklärte, er sei aus Angaben des jungen Nowotny „über die Gründe der Ausschließung nicht ganz klug“ geworden, habe deshalb „den Inhalt des Schreibens zur Kenntnis genommen“ und später Nowotny „an die Universität in Posen vermittelt“. Da Würker Skala erneut nichts Hochverräterisches nachweisen konnte, er jedoch zu Nowotny die Gestapo-„Akten 121/36 B (Wiener Straße)“ kannte, hielt er wenigstens fest: „Der Fall Nowotny ist ein weiteres Beispiel dafür, daß sich die Wenden freiwillig einer Polnisierung unterwerfen.“³⁹

Tags drauf, am 8. April 1938, wurde Skala zu einem Brief verhört, den er am 14. September 1933 an den Lehrer seines Sohnes Jan an der Volksschule Berlin-Charlottenburg, Herrn Frankowski, geschrieben hatte. Dar-

37 BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g, fol. 23f.; siehe zu Skalas Kritik am faschistischen Terror und seiner Verweigerung des Hitlergrußes auch Kroh: Macht, S.239f.

38 BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g Sonderbd. I, fol. 58f.

39 Ebenda, fol. 63f. Die zu Recht von Skala verschwiegenen wahren Zusammenhänge zwischen Skala und Pawol Nowotny (in dem Vernehmungsprotokoll ist der Name stets fälschlich „Nowotny“ geschrieben) sind dargestellt in: Kroh, Macht, S.255, 298, besonders jedoch in den Dokumenten Nr. 19 und 20, S.344f.

in teilte Skala dem Lehrer mit, „daß er seinem Sohne das Sammeln für den V.D.A.⁴⁰ verboten habe“, weil dieser „nicht dem deutschen, sondern dem ‚sorbischen/wendischen‘ Volkstum“ angehöre, die Sorben seien „in jeder Hinsicht [...] mit einem ‚national-kulturellen‘ Eigenleben“ ausgestattet. In dem Brief zählt Skala Maßnahmen deutscher Behörden auf, die dieses Eigenleben unterdrückten. Im Verhör erklärte er, die Gründe für das Verbot gegenüber seinem Sohn „sind aus dem Inhalt des Briefes ersichtlich“, er wollte deutlich machen, dass „die Forderungen der Wenden auf ihr kulturelles Eigenleben seitens der deutschen Behörden nicht berücksichtigt wurden“. Für Würker hatte Skala damit nicht auf eine kritikwürdige Tatsache hingewiesen, sondern erneut einen „Beweis für seine deutsch-feindliche Einstellung geliefert“.⁴¹

Im Verhör vom 27. Januar 1938 erklärte Skala seinen Vernehmern klar und deutlich, „dass ich mich nicht als Deutscher fühle. Ich bin nach meiner Abstammung und meinem nationalen Bekenntnis nach Angehöriger der sorbischen Volksgruppe, die nach tatsächlichen und wissenschaftlichen Merkmalen zur westslawischen Volksgruppe in Europa gehört.“⁴² Auf Vorhaltungen der Gestapo-Beamten sagte er am 7. Februar 1938: „Ich be-

40 Verein für Deutschtum im Ausland e. V. Laut § 1 der Gründungssatzung von 1908 lag der Vereinszweck darin, die Deutschen außerhalb des Mutterlandes, „dem Deutschtum zu erhalten und sie nach Kräften in ihren Bestrebungen, Deutsche zu bleiben oder wieder zu werden, zu unterstützen“. (zit. nach: Peter Walkenhorst: Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890-1914, Göttingen 2007, S.64) Dies sollte insbesondere durch die Errichtung und Erhaltung deutscher Schulen, Kindergärten und Bibliotheken im Ausland geschehen. Als sich die SS zunehmend in die Volkstumsarbeit einmischte und die Volksdeutsche Mittelstelle begann, die Volkstumspolitik zu zentralisieren, büßte der VDA seine Eigenständigkeit ein und wurde – wie nahezu alle Vereine und Verbände im „Dritten Reich“ – gleichgeschaltet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der VDA daher von den Alliierten im Kontrollratsgesetz Nr. 2 als Teil der Volksdeutschen Mittelstelle verboten. Im Jahre 1955 erfolgte die Wiedergründung unter dem alten Namen „Verein für das Deutschtum im Ausland“. Nach der „Wende“ im Herbst 1989 und dem Fall des Eisernen Vorhangs ergaben sich neue politische Rahmenbedingungen für die Arbeit des Vereins, v. a. in Osteuropa. Heute trägt der VDA den Namen „Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland“. „Seine Zielgruppe sind die rund 14 Millionen Auslandsdeutschen, die sich heute noch zu ihrer deutschen Kultur und Muttersprache bekennen. (zit. nach: <http://www.deutsche-kultur-international.de/de/org/organisationen/verein-fuer-deutsche-kulturbeziehungen-im-ausland-ev-vda.html>. 10.11.2011). Er gibt die Zeitschrift „GLOBUS“ heraus, die vierteljährlich erscheint.

41 BAArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g Sonderbd. I, fol. 64f. Skala kannte natürlich die Rolle des VDA, die durch die Versailler Verträge gezogenen Grenzen zu delegitimieren und ihre Revision vorzubereiten. Skala wusste zudem, wie das Auswärtige Amt die Auslandsdeutschen finanzierte. Siehe dazu u.a. Jan Skala: Das Memorandum der Lausitzer Serben und die Stellungnahme der Reichsregierung, in: Kulturwehr, I. Quartalsh. 1932, S.1f.

42 BAArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g, fol. 6.

zeichne mich nicht als Wendenführer“; er schriebe aber über „Wendenfragen“, weil er sich durch seine „Zugehörigkeit zum wendischen Volke hierzu verpflichtet fühle“.⁴³ Am 8. Februar 1938 wurde er zu einem Brief verhört, den er seinem sorbischen Verbündeten Marko Schmalzer am 29. April 1937 geschrieben hatte. Zu den detaillierten Vorwürfen gab er zu, dass „es eine scharfe Schreibweise ist, wenn ich den deutschen Behörden vorwerfe, daß sie mit raffinierten Mitteln arbeiten“. Die im Brief erwähnten Freunde seien „in erster Linie“ Mitglieder des Verbandes der nationalen Minderheiten in Deutschland und „meine persönlichen Freunde im Auslande, die sich in wissenschaftlicher und ernster Weise mit den Wenden beschäftigen“. Bei dem im Brief verwendeten Ausdruck „Feinde“ habe er „an den ‚Bund Deutscher Osten‘ und an Einzelpersonen gedacht, die sich unseren Forderungen entgegengestellt haben“.⁴⁴ Am 10. Februar 1938, im neunten Verhör am 20. Tag nach der Verhaftung, befragte Kriminaloberassistent Würker Skala nach dessen Mitwirkung an „dem wendischen Kalender ‚Predzenak‘“ und wertete abschließend, es sei „ersichtlich, daß Skala keine Möglichkeit unversucht läßt, die Wenden in irgend einer Hinsicht zu erfassen und sie in wendenpolitischer Hinsicht zu ermuntern“.⁴⁵

Viele Fragen hatte Würker zu einem Artikel, den Skala nach seinem Berufsverbot von Anfang März 1936 mit dem Titel „Die lausitzer Serben“ unter dem Pseudonym „Sorabicus“ in einer englischen Fachzeitschrift publiziert hatte. Im Verhör am 27. Januar 1938 erklärte Skala, die Veröffentlichung sei möglich gewesen, weil er Prof. Rose, Mitarbeiter der Zeitschrift „Slavonic and East European Review“, kenne.⁴⁶ Am 16. Februar 1938 war der Inhalt des Artikels Gegenstand des Verhörs.⁴⁷ Skala wurde vorgehalten: „Der Artikel hat eine deutschfeindliche Tendenz“ und sei „eine spitzfindige geschichtliche Darstellung“. Skala erfinde „unüberwindliche Gegensätze zwischen den Deutschen und den Wenden“ und betreibe „systematisch die Slawisierung des deutschen Ostens. Daß Skala dabei im Dienste anderer slawischer Völker steht, ist an anderer Stelle mehrfach bewiesen.“ Das ist eine zweifache Lüge. Zum einen: Die sogenannte „Slawisierung“ stammt aus dem ideologischen Depot des VDA und seiner Vorgänger. Diese säten damit schon in der k.u.k. Monarchie Zwistigkeiten unter den Nationalitäten. Zum anderen: Die Gestapo-Ak-

43 Ebenda, fol. 12.

44 Ebenda, fol. 14f. Hier ist speziell der Reichsleiter des BDO, der damalige SA-Obersturmbannführer und spätere Bundesminister Theodor Oberländer gemeint, siehe dazu Kroh, Macht, S.118, 272f, 278, 348f.

45 BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g, fol. 16.

46 Siehe ebenda, fol. 8.

47 Siehe dazu Kroh, Macht, S.282f.

ten enthalten weder vor noch nach diesem Verhör einen Beweis dafür. Weiter behauptete der Hochverrats-Ermittler, in dem Artikel stelle Skala „teils unwahre und teils gröblich entstellte Behauptungen auf, die geeignet sind, das Ansehen des Reiches schwer zu schädigen“. Skala antwortete, er werfe neueren deutschen Geschichtsschreibern vor, dass sie „die Sorben als ein geschichtsloses Volk erscheinen lassen“. Er beharrte darauf, deutschen Behörden zu Recht „Germanisation“ vorzuwerfen. Diese zeige sich etwa darin, dass planvoll „wendische Lehrer in deutschsprachiges Gebiet und deutsche Lehrer in wendisches Gebiet“ versetzt würden. Charakterfest stand er zu seiner im Artikel formulierten Ansicht, „daß die gesamten Minderheitenfragen einmal auf internationaler Grundlage, d. h. durch internationale Verträge zu innerstaatlicher Regelung gebracht werden müßten“.⁴⁸ Damit stand er diametral zur Minderheitenpolitik in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Sie zielte nie darauf, dass Angehörige deutscher Minderheiten jemals loyale Staatsbürger werden, sondern sah in den deutschen Minderheiten stets ein Instrument kriegsvorbereitender Außenpolitik.

Minderheitenpolitische Standpunkte, die Skala in zahlreichen „Kulturwehr“-Artikeln und bei Vorträgen innerhalb und außerhalb des Deutschen Reiches vertreten hatte, verfocht er auch in den Vernehmungen der Gestapo. Am 9. März 1938 von Gestapo-Mann Würker zu seinen Kontakten zu tschechoslowakischen Staatsbürgern befragt, gab Skala u. a. an, dass er „ab und zu in der Gesandtschaft in Berlin gewesen“ sei und sich dort mit dem Gesandtschaftsrat Camille Hoffmann über Minderheitenfragen unterhalten“ habe. Er könne sich „natürlich heute im einzelnen nicht besinnen, was wir von Fall zu Fall besprochen haben“, bei allen Fällen, „die von Zeit zu Zeit akut waren“, habe er Hoffmann erklärt, dass er „die Minderheitenfrage in bezug der Wenden nur innerstaatlich gelöst haben möchte, weil wir Wenden doch keinen Mutterstaat hätten“. Dann nutzte Skala gekonnt die Chance der Vernehmung und sagte: „Wenn ich in diesem Zusammenhange nach den Forderungen der Wenden gefragt werde, so kann ich diese wie folgt zusammenfassen. Wir wollen die völlige Freiheit in der Schulfrage. In den Orten, in denen Wenden wohnen, soll neben der deutschen Sprache die wendische Sprache gelehrt werden. Desgleichen soll die wendische Geschichte, wendische Literatur und sonstige wendische Kultur gelehrt werden. Diesen Unterricht sollen ausschließlich wendische Lehrer erteilen. Wir wollen weiterhin eine dem Vorhandensein der Wenden entsprechende Beteiligung in der inneren Verwaltung der Gemeinden und des Staates. Es soll evtl. auch die wendische Sprache als Gerichtsspra-

48 BAArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g, fol. 19-22.

che anerkannt bzw. Dolmetscher bei Gerichtsverhandlungen hinzugezogen werden.“ Gewiss hatte Skala in seinen Artikeln und Vorträgen sprachlich schöner, exakter und klarer, manchmal auch emotionaler formuliert, aber selbst in der Diktion des Nazi-Beamten wird sichtbar, dass Skala sich nicht scheute zu sagen, was er für richtig hielt. Die engen Kontakte zu seinem tschechischen Freund und Förderer Bohumir Janata verharmloste er, sie seien rein privater Natur. Bezüglich des Vorsitzenden der Gesellschaft der Freunde der Lausitz Jan Hejret erklärte Skala im Verhör, er kenne diesen durch die Gesellschaft, deren Auffassungen er in Jahren nach 1922 eine Zeitlang geteilt habe. Um 1930 sei er jedoch „von der Gesellschaft abgerückt“ und hätte sich „eine andere Ansicht“ zur Wendenfrage zu eigen gemacht.⁴⁹ Insbesondere sei es „nicht wahr“ – betonte Skala in einer anderen Befragung –, „daß ich früher für die wendische Loslösungsidee gearbeitet hätte“, sondern er sei vielmehr als „einer der wenigen katholischen Wenden [...] ein Gegner dieser Idee“ gewesen.⁵⁰

Auch an seinem sorbisch begründeten Antimilitarismus ließ Skala seine Vernehmer nicht zweifeln. Nachdem Skala einen Monat in Einzelhaft verbracht hatte, gab er zwar am 22. Februar 1938 zu Protokoll, er lehne „den Militärdienst im deutschen Heer nicht“ ab, würde sich „auch in einem kommenden Krieg gegebenenfalls zur Verfügung stellen“, präzisierete dann aber: „In Konflikte käme ich nur dann, wenn es sich um einen Krieg gegen meine slawischen Brüder, also gegen Polen, Tschechoslowakei oder Jugoslawien handeln würde.“⁵¹ Ohne dem Vernehmer eine direkte Angriffsfläche und vielleicht einen Anlass zu erneuten Schlägen zu bieten, gab Skala deutlich Auskunft über seine Einstellung. Denn er wusste, wie viele andere Deutsche und Sorben natürlich auch, dass der nächste Krieg gegen den Osten gerichtet sein würde. Er hatte ja schon 1932 darüber gesprochen.⁵² Gestapo-Kriminaloberassistent Würker meinte dazu: „Wenn er jetzt in seiner immerhin als Zwangslage zu bezeichnenden Schutzhaft schon freiwillig angibt, daß er in Gewissenskonflikte käme, wenn Deutschland einmal einen Krieg gegen seine ‚Brüder‘ [...] führen müßte, wie muß es erst um Skala aussehen, wenn er in Freiheit unter den Wenden oder gar unter seinen ‚Brüdern‘ [...] ist.“ Als er Skala erklärte, dass es „von den Gewissenskonflikten bis zum Kriegsdienstverweige-

49 BAArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g, fol. 31-33. Zu seinem Glück wusste die Gestapo nichts vom politischen Inhalt vieler Briefe, die Skala an Janata schrieb. Siehe dazu Kroh, Macht, S.38, 107, 199f, 249, 284, 315.

50 BAArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g Sonderbd. I, fol. 70f.

51 BAArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g, fol. 23f.

52 Siehe Kroh, Macht, S.248f.

rer und Landesverräter nur ein kleiner Schritt sei“, schwieg dieser,⁵³ gewiss ein kluges Verhalten von Skala. Würker schlussfolgerte: „Es darf unter keinen Umständen geduldet werden, daß Skala jemals wieder in die Lage kommt, diese Einstellung auch weiterhin als Wendenführer systematisch den von dieser Einstellung noch nicht befallenen Wenden – und dies ist der überwiegende Teil – einzupflegen.“⁵⁴ Darin schwingt zugleich die Haltung mit, die die Gestapo mit ihrer ständigen Bespitzelung, dem Berufsverbot, mehreren Wohnungsdurchsuchungen, der Beschlagnahme von Papieren aller Art schon vor der Inhaftierung einnahm.

In einem Verhör an zwei aufeinanderfolgenden Tagen (29. und 30. März 1938) konfrontierte man Skala mit der Rechnung eines Berliner Hotels vom November 1937. Freimütig erklärte er, er sei auch nach seinem Berufsverbot „ab und zu nach Berlin gefahren“, um u. a. „eine Audienz des Kaczmarek⁵⁵ beim Führer“ vorzubereiten, und fügte selbstbewusst hinzu: „Ich habe auch nach der Streichung in der Schriftleiterliste für den Verband der nationalen Minderheiten geschrieben.“ Auf konkrete Texte angesprochen, räumte er ein, „daß die Ausdrucksweise gemäßiger hätte sein können, im übrigen habe ich aber nur Tatsachen geschrieben.“⁵⁶ Der Vernehmungsbeamte Würker fügte dem Protokoll außer der Hotelrechnung (Anlage 4) drei Texte (Anlage 1 bis 3) bei, die Skala nach seinem Berufsverbot geschrieben hatte, darunter als Anlage 1 eine 18 Schreibmaschinenseiten umfassende Schrift, deren Inhalt „in seiner Tendenz deutschfeindlich“ sei. Anlage 5 skizzierte die „Fragen, die Skala anlässlich der Audienz beim Führer den Pressevertretern beantworten“ sollte.⁵⁷ Leider sind die Anlagen nicht in den Akten enthalten, was bei Anlage 5 besonders bedauerlich ist.⁵⁸ Würker war erfreut, geklärt zu haben, dass Skala nach dem

53 BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g, fol.24.

54 Ebenda.

55 Zu diesem Zeitpunkt Hauptgeschäftsführer des Verbandes der nationalen Minderheiten in Deutschland.

56 BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g Sonderbd. I, fol. 48f.

57 Ebenda, fol. 51f.

58 Am 5.11.1937 vormittags unterzeichnete Hitler eine Vereinbarung mit Polen über den Rechtsschutz der je eigenen Minderheit im Lande des Vertragspartners. Aus diesem Anlass verneinte er gegenüber dem polnischen Botschafter Lipski ein deutsches Interesse am „polnischen Korridor“ und empfing als Vertreter des Związek Polaków w Niemczech (Bundes der Polen in Deutschland) Jan Kaczmarek, Stefan Szczepaniak und Bruno von Openkowski. (Siehe dazu u.a. Paul Bruppacher: Adolf Hitler und die Geschichte der NSDAP. Eine Chronik, Norderstedt 2008, S.514.) Am Nachmittag des gleichen Tages informierte Hitler in einer Geheimrede die militärische und außenpolitische Führungsspitze über seine kriegerischen Pläne zur Neuordnung Europas. (Siehe Die Hoßbach-Niederschrift, in: <http://www.ns-archiv.de/krieg/1937/hossbach/10.11.2011>).

Berufsverbot und der damit verbundenen „Übersiedlung nach Bautzen nach wie vor für den Verband der nationalen Minderheiten arbeitete, obwohl er nach außen hin den Eindruck zu erwecken versuchte, als ob er [...] mit dem Verband nichts mehr zu tun hätte“.⁵⁹

Am 3. Mai 1938 schrieb Würker den schon genannten „Abschlußbericht über die Erörterungen und Vernehmungen des Wendenführers Johann Skala“. Einleitend stellte er fest, Skala wurde festgenommen, „weil auf Grund der vorausgegangenen Überwachung und des sichergestellten Schriftenmaterials der Beweis (sic!) erbracht war, daß Skala ein ausgesprochener Deutschenhasser ist und dies bei jeder sich bietenden Gelegenheit im In- und Ausland zum Ausdruck brachte. Außerdem bestand der dringende Verdacht, daß sich Skala durch Veröffentlichung von Artikeln in ausländischen Zeitungen strafbar gemacht hatte.“⁶⁰ Über die zusammenfassende Darstellung der Biografie Skalas, vor allem seiner Vorstrafen, und der „Ergebnisse“ vorheriger Verhöre, hinaus war es Würker wichtig zu erwähnen, dass der „bekannte Hauptschriftleiter der Prager Presse Arne Laurin ein persönlicher Freund des Skala“ sei, mit dem er „bis in die neueste Zeit [...] in Verbindung gestanden habe“. Für ebenso anstößig und hochverräterisch hielt Würker, dass Skala „Beziehungen zu mehr als 50 Ausländern“ hatte, „die fast durchweg deutschfeindlich eingestellt“ seien, darunter „mehrere maßgebliche Juden“. Stichhaltige Beweise für Skalas hochverräterische und deutschfeindliche Haltung sah Würker weiterhin in Skalas „rege[n] Beziehungen zu dem ‚Forschungsinstitut für Nationalitätenfragen‘ in Warschau“, auch darin, dass dieser 1929 bei einer Vortragsreise durch Jugoslawien „über die Unterdrückung der Wenden im Deutschen Reich gesprochen“ hatte. Bei „Neubesetzungen in der tschechischen und polnischen Gesandtschaft in Berlin“ wäre Skala von den Vorgängern als Vertreter der Wenden den Nachfolgern persönlich vorgestellt und eingeführt worden, auch hätte er für ausländische Zeitungen (noch einmal wird „Slavonic and East European Review“ genannt) Berichte geschrieben, die „ausnahmslos eine deutschfeindliche Tendenz“ trügen.⁶¹ Das hochverräterische Tun wurde in Würkers Bericht auch damit „belegt“, dass Skala 1926 bis 1927 in Berlin der SPD und 1926 bis 1930 der Deutschen Friedensliga sowie der Liga für Menschenrechte angehörte.⁶² Zusammenfassend schätzte Würker ein, Skala sei „ein ausgesprochener Gegner der nat.-soz. Weltanschauung“ und „besonders staatsgefährlich,

59 BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g Sonderbd. I, fol. 51f.

60 Ebenda, fol. 72.

61 Ebenda, fol. 73-75.

62 Ebenda, fol.76.

weil er viele maßgebliche Beziehungen zu Ausländern“ unterhalte, die „teilweise sogar einen grenzenlosen Haß gegenüber dem Deutschen Reich zum Ausdruck gebracht“ hätten. Allerdings könne „Skala nicht nachgewiesen werden, was er im einzelnen mit diesen Personen über Deutschland gesprochen hat“. Würker hatte keinen Zweifel, „daß viele im Ausland erschienene Greuelnachrichten über die Unterdrückung der Wenden von Skala stammen, ohne daß der Beweis dafür geführt werden kann“.⁶³

Für keinen Vorwurf konnten die Nazis Beweise anführen. Da blieb ihnen nur die Behauptung, Skalas Äußerungen, untergeordnete Behörden sabotierten den politischen Willen des Führers,⁶⁴ erfüllten – so Würker – „den Tatbestand des § 1 des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei“.⁶⁵

Der Gestapo-Abschlussbericht ging an den Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof. Skala wurde davon nicht informiert. Er sollte nach dem Willen der Gestapo weiterhin in seiner Einzelzelle isoliert und demoralisiert werden. Er hatte z. B. bei einer Befragung am 11. März 1938 über die Kontakte zu seinen dänischen Mitstreitern Andreas Grau und Julius Bogensee⁶⁶ nicht erfahren, dass Letzterer ihm einen Brief in die Haft geschrieben hatte, „weil der Inhalt des Briefes so gehalten war, daß mit dem Briefe eine Sympathiekundgebung für Skala erblickt wurde. Der Brief wurde mit Sondervorgang an die für Flensburg zuständige Staatspolizeistelle weitergeleitet.“⁶⁷

Skala war nach alledem auch körperlich erschöpft. Als zwei Monate lang außer gelegentlichen Essenskürzungen, ein paar hämischen Beschimpfungen und Ohrfeigen⁶⁸ nichts passiert war, wandte sich Skala am 7. Juli 1938 an die Geheime Staatspolizei Dresden mit dem Gesuch, ihn aus der Schutzhaft zu entlassen. Er sei „in den vergangenen Monaten eingehend vernommen worden“ und wolle, „ohne der [...] Bewertung des Vernehmungsergebnisses“ vorzugreifen, darauf hinweisen, „daß ich mich mei-

63 Ebenda. Fol.77.

64 Siehe dazu Kroh, Macht, S.237f, auch 116, 258, 284-286.

65 BAArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g Sonderbd. I, fol. 77. Damit wurde Skala mindestens eine mehrjährige Gefängnisstrafe in Aussicht gestellt. Die unbestimmten Formulierungen des sogenannten „Heimtückegesetzes“ ermöglichten es, nahezu jede kritische Äußerung zu ahnden. Das beliebig dehn- und beugbare Gesetz war Teil faschistischen Gesinnungsterrors.

66 Siehe dazu u. a. Kroh, Macht, S.99, 188, 230f, 300, 341.

67 BAArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g Sonderbd. I, fol. 43f. Der schlechte Schreibstil Würkers korrespondiert – fast möchte man sagen korreliert – mit seelischer Grausamkeit gegen seinen Gefangenen und unterwürfiger Beflissenheit gegenüber Vorgesetzten. Der Gestapochef von Flensburg war sicher erfreut. Siehe dazu Kroh, Macht, S.107-109, 348.

68 Davon erzählte mir Mitte der 1950er-Jahre seine Ehefrau.

nem subjektiven Empfinden nach einer staatsfeindlichen Betätigung nicht schuldig gemacht haben kann“. Skala versuchte, mit klug durchdachter, vorsichtiger Selbstbehauptung den zermürbenden Schikanen der Gestapo zu entkommen. Den Denkstil seiner Feinde kennend und nutzend, schrieb er: „Meine bisherige Stellung im öffentlichen Leben wie auch meine Lebenserfahrung, und vor allem die Erkenntnis der großen Aufgaben und Leistungen des Staates und seiner autoritären Führung verpflichten mich zur unvoreingenommenen Bejahung und Anerkennung der staatspolitischen Notwendigkeiten.“ Kurz vor der in seiner Situation unvermeidbaren Grußformel „Heil Hitler!“ bekannte er jedoch erneut klar: „Ich würde unehrlich handeln, wenn ich in diesem Gesuch den Wunsch verschweigen würde, auch den kulturellen Bedürfnissen meines wendischen Volkstums dienen zu können.“ Zugleich lehnte er „ausdrücklich [...] jede unzulässige politische Einmischung von außen“ ab. Mit Datum vom 12. Juli 1938, signiert mit „Kau.“⁶⁹ ist unter dem Gesuch vermerkt: „Schutzhaft auf unbestimmte Zeit angeregt.“ Auch sollte auf Skalas Gesuch hin „nichts“ verfügt werden.⁷⁰

Die Gestapo in Dresden hielt sich daran. Weitere 60 lange Einzelhafttage blieb Skala ohne Information. Er wollte sich auch dann nicht kampflös in das ihm von der Gestapo zgedachte Schicksal fügen. Am 6. September 1938 schrieb er erneut ein Gesuch. Mutig bat er um „die Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung über die gegen mich erhobenen und mir bis heute nicht näher bezeichneten Beschuldigungen“ oder um „Aufhebung des Schutzhaftbefehls“. Er sei „seit mehr als 8 Monaten in Haft, ohne die Gründe zu kennen, die eine solche Maßnahme gegen mich erforderlich gemacht haben“, und sei „seit mehr als drei Monaten zu keiner neuen Frage vernommen worden“. Damit forderte er – sachlich und forsch zugleich – dass sich die Gestapo rechtlich korrekt verhalten möge. Als weitere Begründung für sein Gesuch nannte er seinen Gesundheitszustand, „der sich während der langen Haftdauer in Einzelhaft sowohl in seelischer als auch in körperlicher Hinsicht dauernd verschlimmert hat“. Würker signierte am 10. September 1938 unter dem Gesuch folgende Notiz: „Skala wurde heute von mir beschieden, daß seine beiden Gesuche zur zuständigen Erledigung an den Herrn Reichsanwalt beim Volksgerichtshof weitergeleitet werden. Über die ev.[entuelle] Aufhebung der Schutzhaft wird von hier aus erst dann Stellung genommen, wenn das anhängige Strafverfahren abgeschlossen ist.“⁷¹ Diese Skala zur Kenntnis gegebene

69 Dr. Kaussmann von der Gestapoleitstelle Dresden.

70 BAArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g Sonderbd. I, fol. 103f.

71 Ebenda, fol. 104. Während sich von diesen beiden Gesuchen maschinenschriftliche Fas-

ne Mitteilung signalisierte diesem unmittelbare Gefahr. Wusste er doch nun, dass die Dresdner Gestapo für ihn kaum eine mehrjährige Haftstrafe und wohl eher die Einweisung ins KZ als angemessen ansah. Er hatte das schon 1933 befürchtet.⁷² Dennoch bedeutete die Information einen kleinen Erfolg für ihn, da er erreicht hatte, dass die Behörden sich mit seinem Anliegen, aus der Haft freizukommen, beschäftigten.

Wie oben schon erwähnt, schickte der Bautzener Oberstaatsanwalt am 12. Juli 1938 einen vierseitigen Bericht an den Oberreichsanwalt, der eine stilistisch, nicht inhaltlich bearbeitete Form des Abschlussberichts der Gestapo vom Mai darstellte. Letzterer wiederum informierte am 19. August 1938 in einem 25-seitigen, mit „Parey“ gezeichneten Schreiben den Reichsjustizminister über die „Strafsache gegen Skala und Andere wegen des Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat“. Eingangs beschuldigte er Skala, „teils selbständig, teils im Zusammenhang mit den politischen Bestrebungen der in Prag bestehenden ‚Gesellschaft der Freunde der Lausitz‘ das Ziel der gewaltsamen Losreißung des ehemals wendischen Sprachgebiets in der Ober- und Niederlausitz vom Reich und seine Einverleibung in den Staatsverband der CSR verfolgt und zur Förderung dieser hochverräterischen Umtriebe insbesondere unwahre oder doch grob entstellte Nachrichten über die Behandlung des von ihnen als slawische Minderheit in Anspruch genommenen Bevölkerungsteils in diesem Gebiet durch die deutschen Behörden mit Hilfe ausländischer Zeitungen und ausländischer panslawistischer Vereinigungen im Ausland verbreitet zu haben.“⁷³

In der NS-parteilichen, aber weitgehend korrekten Darstellung der Biografie Skalas wird zunächst hervorgehoben, dass „es dem Beschuldigten [gelang], im Jahre 1920 in Anlehnung an die seit langem bestehende polnische und tschechische Sokolbewegung auch eine wendische Sokolbewegung ins Leben zu rufen, in deren Bautzener Ortsverein er den Vorsitz übernahm“.⁷⁴ Ausführlich und vorwiegend sachlich werden Skalas

sungen in den Akten befinden, existieren von den nun zu zitierenden Akten Fotokopien der Sütterlin-Handschrift Skalas als Foto-Negativ.

72 Siehe Kroh, Macht, S.290.

73 BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g, Handakten des Oberreichsanwalts, fol. 26f.

74 Ebenda, fol. 27f. In Klammer ist eingefügt, dass der Oberreichsanwalt ein gegen die Domowina „wegen des Verdachts separatistischer hochverräterischer Betätigung eingeleitetes Ermittlungsverfahren – (8J 325/37) – am 26. November 1937 mangels ausreichendes Beweises eingestellt“ hat. Der Sokol (deutsch: Falke) war eine national geprägte Sport- und Turnbewegung verschiedener slawischer Völker, die sich zugleich um die geistige Bildung ihrer Mitglieder kümmerte. Siehe dazu: Diethelm Blecking (Hrsg): Die slawische Sokolbewegung, Dortmund 1991; Alfons Wićaz: Serbski Sokol [Der sorbische Sokol], Bautzen 1990; zu Skalas Arbeit für den Serbski Sokol siehe Kroh, Macht, S.76-95.

minderheitenpolitische Aktivitäten ebenso aufgezählt wie seine Ansichten zur Regelung sorbischer Belange. Der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof schloss aus all dem: „Die Ermittlungen haben keinen ausreichenden Verdacht für die Annahme eines Verbrechens der Vorbereitung zum Hochverrat im Sinne der §§ 80 Abs.1, 83 Abs. 2 StGB erbracht. Trotz der umfangreichen journalistischen und schriftstellerischen Tätigkeit des Beschuldigten im In- und Ausland haben insbesondere keine literarischen Arbeiten beigebracht werden können, in denen ein derartiger Vorsatz zum Ausdruck kommt.“⁷⁵ Ausdrücklich zählte er dazu Skalas Artikel – z. T. mit ausführlichen Zitaten – im April-Heft 1936 der „Slavonic and East European Review“, in der „Neuen Züricher Zeitung“ und im „Slovenec“. Auch schätzte der Oberreichsanwalt ein, es habe nicht festgestellt werden können, dass Skala durch die Mitgliedschaft in der 1907 gegründeten Gesellschaft der Freunde der Lausitz (GdFdl) „sich des separatistischen Hochverrats schuldig gemacht hat“. Bestrebungen der GdFdl und des sächsischen Landtagsabgeordneten Barth, die Versailler Konferenz zu veranlassen, „für die politische Vereinigung des wendischen Siedlungsgebietes in der Lausitz mit dem neuen tschechischen Staate einzutreten“, seien „an der ablehnenden Haltung des ersten Staatspräsidenten Dr. Masaryk“ gescheitert.⁷⁶ Auch hätten neuere „Ermittlungen über die Tätigkeit der GdFdl bisher keinen sicheren Anhalt dafür erbracht, daß diese von der CSR aus ein gemäß §80 Abs. 1, §83 Abs. 2 StGB strafbares Unternehmen verfolgt, die Lausitz vom Reich loszureißen und gewaltsam der CSR einzuverleiben“. Die Angaben eines Zeugen, der diese Absichten der GdFdl als „ausgemachte Sache“ darstelle, seien – so der Oberreichsanwalt – „mit Vorsicht aufzunehmen“, weil dieser mehrfach „offensichtlich wahrheitswidrig“ ausgesagt habe und derzeit „eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten wegen Hausfriedensbruch, schwerer Körperverletzung und Sachbeschädigung“ verbüße.

Der Oberreichsanwalt war daher der Auffassung, dass strafrechtliche Maßnahmen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat keinen Erfolg“ haben würden. Für ein Verbrechen gegen § 90 StGB hätten „die Ermittlungen einen ausreichenden Anhalt ebenfalls nicht erbracht“.⁷⁷ Skalas Auffassungen über die Unterdrückung der Sorben in Nazi-Deutschland referierend, kommt der Oberreichsanwalt zu dem Schluss, dabei handele es sich um das „Urteil des Beschuldigten über die Gesamtheit der nach seiner Meinung das wendische Volkstum beeinträchtigenden Entwicklung“. Ska-

75 Ebenda, fol. 29f.

76 Ebenda, fol. 30f.

77 Ebenda, fol. 32f.

las Ansichten „über die verwaltungsmäßige Behandlung eines international nicht einmal als Minderheit anerkannten deutschen Bevölkerungsteils [waren] nicht geeignet, eine schwere Gefahr für das Ansehen des deutschen Volkes herbeizuführen“.⁷⁸

Bei allen Gegensätzen ist sowohl im Abschlussbericht der Gestapo als auch im Brief des Oberreichsanwalts zu spüren, dass und wie beide Skala mundtot machen wollten. Die einen trugen eher blind und borniert tatsächliche und vermeintliche Fakten zusammen, der andere hütete sich, einen öffentlichen Misserfolg zu organisieren. Vermutlich spielte bei Letzterem das Kalkül eine Rolle, ein Prozess gegen den international bekannten Skala, noch dazu ein keinen „Erfolg“ versprechender, könne angesichts vorhandener (und voraussehbarer!) Konflikte des Reiches mit Tschechen und Polen die slawischen Sorben unnötig gegen die Politik des Regimes aufbringen. Hitler wollte trotz der Einverleibung Österreichs und von Teilen der Tschechoslowakei international noch immer als „Friedenspolitiker“ dastehen.

Von all dem wusste Skala in seiner Einzelzellen-Isolation beim Schreiben der Gesuche vom 7. Juli und 6. September 1938 nichts. Abgeschirmt und bei knappen Kontakten, z. B. bei der Essensausgabe, und durch meist erniedrigende Bemerkungen der Gestapo-Beamten erfuhr Skala wenig vom „Siegeszug“ des deutschen Faschismus. Durch seine Vereinsamung und die sich verschlechternde Gesundheit stand Skala unter wachsendem Druck. Er befürchtete, dass ihm ein schlimmes Schicksal bevorstand, denn er wusste genau, dass er sich sowohl in der Weimarer Republik als auch bei den Nazis gegen den Umgang der Regime mit den Sorben, seinen Landsleuten, gestellt hatte. Aus eigenem Erleben und beruflicher Tätigkeit war Skala bewusst – wie es später Geborene formulieren werden: In „vielelei Hinsicht hatten die 20-er Jahre nicht nur die Voraussetzungen und Funktionsbedingungen für die weitere Entwicklung der Volkstumspolitik unter der nationalsozialistischen Herrschaft geschaffen. Bereits vor 1933 war die enge Verwobenheit [...] innen- und außenpolitischer Bezüge charakteristisch für die deutsche Volkstumspolitik“.⁷⁹

Erlittene Willkür, alltäglich demütigender Umgang, andauerndes Ohnmachtsgefühl, aber auch starker Überlebens- und Selbstbehauptungswille beeinflussten sein Denken in der Einzelzelle. Weder wollte er bleibende Schädigungen seiner Gesundheit noch seinen – aus Sicht seiner Folterer –

78 Ebenda, fol. 33 (Hervorhebungen im Original).

79 Malte Jaguttis/Stefan Oeter: Volkstumspolitik, Volkstumsarbeit und Minderheitenrecht in der Weimarer Republik, Handbuch der europäischen Volksgruppen, Bd. 3, Wien-New York 2006, S.216.

eher „zufälligen“ Tod hinnehmen. Auch den Gefallen, einen von den Nazis immer mal wieder provozierend angedeuteten Suizid⁸⁰ in die Tat umzusetzen, wollte er seinen Schergen nicht tun.

Skala griff stattdessen zum Stift. Auf Kopfbogen mit dem Aufdruck „Polizeigefängnis Dresden“ und mit dem Absender „Jan Skala, Journalist, Pol. Gef. Zelle 123“ bat er am 14. September 1938 den „Herr[n] Kommissar“ zuerst darum, „die ungewöhnliche Form der persönlichen Anschrift meines vorliegenden Schreibens zu entschuldigen“, doch sei er „als Schutzhaftgefangener Ihnen unterstellt“. Er fügte eine „politische Erklärung“ bei, zu der er „ausdrücklich“ erklärte, dazu „durch mein Gewissen und durch mein politisches Verantwortungsgefühl“ veranlasst worden zu sein, und er „dabei jede Erwägung meiner gegenwärtigen persönlichen Lage absolut ausgeschlossen“ habe. Dem reinen Wortlaut nach war das für Augen und Ohren der Herren Würker, Weissmann und Kausmann gewiß eine Art „Balsam“. Schien es doch so, als hätten sie Skalas Widerstandswillen und seine sorbische Bauernschläue, auf hinterhältige Fragen ausweichend zu antworten, gebrochen. In der Überhöhung (ausdrücklich, absolut) ist allerdings – im Wissen um Skalas Stil – noch immer ein Stück Selbstbehauptung, wenngleich deutlich reduziert, erkennbar. Skala praktizierte, seine reale Ohnmacht genau bedenkend, ein den zerstörerischen Umständen angepasstes Verhalten und schrieb: „Sollten Sie meine [...] Erklärung als unzeitgemäß oder als gegenstandslos ansehen oder meine Aktivlegitimation zu einer solchen Erklärung als nicht gegeben ansehen, oder sollten andere, sachliche und persönliche Gründe Sie veranlassen, die Entgegennahme und weitere Behandlung der Erklärung abzulehnen, so bitte ich ergebenst, mir davon Kenntnis geben zu wollen. Ich würde mich dann naturgemäß dazu entschließen müssen, die Erklärung zurück zu ziehen und als nicht abgegeben anzusehen.“⁸¹ In der beigelegten Erklärung schrieb Skala u. a., dass der „im Entstehen begriffene tschechoslowakische Staat“ den „Anschluß der Lausitz“ angestrebt und versucht habe, dies „mit Hilfe einer [...] ‚Wendischen Delegation‘ bei den Friedensverhandlungen in Versailles 1919 durchzusetzen. Die deutschen Reichsangehörigen sorbischer (wendischer) Volkstumszugehörigkeit haben eine solche Anschlusspolitik in überwiegender Mehrheit abgelehnt.“⁸² Das ist zumindest im ersten Teil ein wenig ungenau, denn Skala wusste natürlich nicht erst im Jahre 1938, dass der tschechoslowakische Außenminister in Versailles zwar die sorbischen Forderungen nach Selbstverwaltung und

80 Davon erzählte mir Mitte der 1950er-Jahre seine Ehefrau.

81 BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g Sonderbd. I, fol. 107f.

82 Ebenda, fol. 109.

Selbstbestimmung öffentlich unterstützt, aber ausdrücklich betont hatte, sein Land erhebe keinen Anspruch auf die Lausitz.⁸³ Schon 1922 hatte Skala in der – unter den Sorben leider weithin unbeachteten Broschüre – „Wo serbskich prašenjach“ (Von sorbischen Fragen) betont: „Wir sind Slaven nach Kultur und Abstammung, politisch und wirtschaftlich aber sind wir Staatsbürger der deutschen Republik, in der wir alle Rechte und Pflichten haben, de facto aber nur soviel, wie man uns zumisst.“⁸⁴

In der Erklärung gegenüber der Gestapo passte sich Skala zum einen der Sicht seiner Verhör-Beamten an und gab sich als „Wendenführer“. So konnte er mit Formulierungen, die nicht sofort auf Ablehnung seiner Feinde stoßen sollten, seine minderheitenpolitischen Standpunkte, die er zwischen 1921 und 1938 in zahllosen Artikeln und Reden im In- und Ausland vertreten hatte, bekräftigen: „Ich halte mich sowohl berechtigt als auch verpflichtet, im eigenen Namen wie auch in unanzweifelbarer Übereinstimmung mit meinen sorbischen (wendischen) Volksgenossen [...] folgendes zu erklären: Wir lehnen jede Einmischung von tschechischer Seite in unsere Angelegenheiten ab und weisen jeden Versuch, uns mit den tschechoslowakischen Nationalitätenproblemen oder den Aspirationen auf die Lausitz irgendwie in Verbindung zu bringen, entschieden zurück. Wir betrachten unsere volkstumsrechtlichen Angelegenheiten als eine ausschließlich innerstaatliche Rechtsfrage“, bekennen uns als Bürger „des deutschen Reiches zu der politischen Schicksalsgemeinschaft mit unseren deutschen Mitbürgern des gemeinsamen Staates und seiner Führung“ und „erklären vorbehaltlos, die daraus sich ergebenden Pflichten zu erfüllen“.⁸⁵ Neben dem Bekenntnis zur Loyalität dem Staat gegenüber brachte Skala auch seinen Wunsch nach demokratischem und korrektem Umgang des Staates mit seinem Volk in der Erklärung unter: „Wir sind überzeugt, daß die Reichsführung und die öffentliche Meinung im deutschen Reich eine solche sittlich und politisch verpflichtende Erklärung als das Ergebnis unserer staatsbürgerlichen Loyalität und als Dokument unserer politischen Reife erkennen und anerkennen werden. Ebenso sind wir überzeugt, daß in einer Zeit der geklärten und beruhigten politischen Atmosphäre unseren berechtigten kulturellen Volkstumsäußerungen der Raum gewährt werden wird, den sie für sich beanspruchen können und dürfen, ohne das gemeinsame Ganze zu stören.“⁸⁶ Skala hatte also – man kann es, wenn man seinen Stil kennt, zwischen den Zeilen

83 Siehe dazu Kroh, Macht, S.23-25.

84 Jan Skala: Wo serbskich prašenjach, Prag 1922, S.15. In deutscher Sprache siehe: Staatsfilialarchiv Bautzen, Bestand 50012, und Kroh, Macht, S.70.

85 BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g Sonderbd. I, fol. 109f.

86 Ebenda, fol.110.

lesen – nach Worten gesucht, in denen er seine Überzeugungen beibehielt und zugleich den Erwartungen der Gestapo-Verhörer entsprach, um der zerstörerischen Haft-Isolierung zu entkommen. Seine Erklärung endet mit den Worten: „Jetzt kann es sich [...] auch für uns Sorben nur darum handeln, in keiner Weise uns der schicksalsgemeinschaftlichen Pflicht zu entziehen, sondern das zu tun, was immer ein gesundes Charakterzeichen des sorbischen (wendischen) Volkes gewesen ist: Treue dem erwählten Führer des Staates zu bezeugen, und selbstlos die Pflicht zum Wohle des Staates, zur Erhaltung der heimatlichen Vätererde und seiner eigenen Seelenkräfte zu erfüllen.“⁸⁷

Skala hatte zu dieser Zeit schon längst keinerlei Illusionen über den anti-slawischen, rassistischen, terroristischen Charakter des Hitler-Regimes. Er hatte aber sicher auch nachvollziehbare Angst um sein Leben und um die Folgen für seine Familie, sollte er ins KZ eingeliefert werden. Bei allem Beharren auf – im heutigen Neudeutsch – „sorbischen essentials“ ist neben taktischem Formulierungsgeschick des sorbischen Journalisten auch Sorge und Verzweiflung des Vaters und Ehemanns unüberlesbar.

Wer glaubt, in vergleichbarer Situation anders als Skala handeln zu können, der werfe den ersten Stein. Ich denke, *resignieren*, auf ein Zeichen verzichten bzw. seinen Mut einbüßen kann nur einer, der vorher prägende Zeichen gesetzt hat, der die Courage hatte, sich nicht abzufinden mit schlechten, ungerechten Zuständen; einer also, der ein Signum trug, also *insigniert* war und bleiben will.

Spur 3: Haftende – und wie weiter?

Mit Bezug auf ein (in den Akten nicht gefundenes) Schreiben des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof vom 14. Oktober 1938 teilte Dr. Kausmann von der Gestapoleitstelle Dresden am 26. Oktober 1938 um 15.40 Uhr telegrafisch mit: „Skala wurde am 26.10.1938 aus der Schutzhaft entlassen, nachdem ihm (sic!) der Polizeiarzt wegen Nierenschaedigung und Herzmuskelschwäche verbunden mit hohem Blutdruck und Eiweissausscheidung zur Abwendung einer Lebensgefahr fuer haftunfaehig erklärt hat.“⁸⁸ Skala war als Mann ohne kranke Nieren, mit gutem Gehör, keinen Herzproblemen und nur manchmal zu hohem Blutdruck neigend in die Schutzhaft verschleppt worden. Die von den Nazis erst geschaffenen Ursachen waren für sie zugleich Gründe der Haftentlassung.

87 Ebenda. Der sorbische Schreiber und die Gestapo-Leser dürften unter „heimatlicher Vätererde“ und „eigenen Seelenkräften“ gewiss nicht dasselbe verstanden haben.

88 Ebenda, fol. 115.

Die Nazis wollten den Eindruck erwecken, die Informationen französischer, tschechischer, polnischer Zeitungen über die Verhaftung Skalas hätten ebenso wenig die Haftentlassung bewirkt wie die Proteste mehrerer Freundschaftsgesellschaften in Poznań, Prag, Paris und Moskau gegen dessen Haft (wie überhaupt gegen die Unterdrückung der Sorben im Dritten Reich). Auch die eindringliche Schilderung des Slowenen Vekoslav Bučar über die Unterdrückung der Sorben im „Dritten Reich“ auf dem letzten Internationalen Minderheitenkongress Ende August 1938⁸⁹ in Stockholm und das damit verbundene internationale Presseecho wollten die Nazis als unwirksam hinstellen. Telefonate hochrangiger Mitarbeiter des Reichsinnenministeriums in Sachen Skala, Cyž und Měrcínk⁹⁰ sollten in der Öffentlichkeit ebenso als wirkungslos erscheinen wie die Reise des deutschdänischen Lehrers Eskildsen im Juli und August 1938 durch die Lausitz, bei der dieser auch die Ehefrauen Cyž, Smoler und Skala besuchte und anschließend in einem Brief ankündigte, er werde einen Vortrag über die aktuelle Situation der – seines Erachtens viel zu friedlichen – Wenden erarbeiten, damit es Hitler nicht gelinge, die Sorben in aller Stille auszulöschen.⁹¹

Die Gestapo verfolgte Skala nach der Entlassung aus der Schutzhaft weiter. Davon zeugen in den Akten nicht nur ein Protokoll über eine Befragung Skalas am 24. Juli 1939,⁹² sondern auch und vor allem Schreiben des Oberreichsanwalts beim Volksgerichtshof vom 1. Juni,⁹³ 18. Juli⁹⁴ und 3. November 1939⁹⁵. Diese, teils an die Gestapo, teils an den Reichsminister der Justiz gerichteten Schreiben nehmen stets Bezug auf „neue“ oder „weitere“ Erkenntnisse der Gestapo (z. B. aus den Gestapo-Verhören von Vladimír Zmeškal und Josef Páta nach der Besetzung der Tschechoslowakei), wiederholen – dann weitestgehend wortgleich – Argumente der oben ausführlich zitierten Entscheidung vom 19. August 1938 und enden jedes Mal mit der unterschiedlich formulierten Feststellung, es seien keine Tatsachen erbracht worden, die Anlass zur Änderung dieser Entscheidung geben könnten. In einem Fall übernahm der in Vertretung unterzeichnende Oberreichsanwalt Parrisius sogar unwidersprochen (auch oh-

89 Dieses Datum wird angegeben in: Erik Thomson: Werner Hasselblatt, Arbeitshilfe 57, -Bonn 1990, insofern ist die Zeitangabe in Kroh, Macht, S.291 zu korrigieren.

90 Siehe dazu Timo Meškank: Kultur besteht – Reich vergeht, Berlin 2000, S.92.

91 Siehe dazu Kroh, Macht, S.90f, 366-369. Der Vortrag ist bisher noch nicht gefunden worden.

92 Siehe BArch R3017 VGH/ Z-S 162, fol.121.

93 Siehe ebenda, fol. 35-42.

94 BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8J 198/38 g, Handakten des Oberreichsanwalts, fol. 55-59.

95 Siehe BArch R3017 VGH/ Z-S 162, fol. 134-138.

ne sonst oft übliche Gänsefüßchen) die Formulierung von Prof. Páta, der unter Bezugnahme auf Tschechen und Sorben von der „Pflege der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden slawischen Stämmen“⁹⁶ gesprochen hatte.

Jan Skala bemühte sich indessen nach seiner Entlassung, im Alltag Fuß zu fassen und mit den Spätfolgen der Schutzhaft fertig zu werden. So schwer das auch immer wieder war, er fasste – nicht zuletzt, weil ihn seine Ehefrau Else aktiv unterstützte – neuen Mut, sein Behauptungswille gewann wieder an Kraft.

Er bemühte sich um „eine einwandfreie Klärung der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen“, wie Rechtsanwalt Glugla aus Bernau bei Berlin am 14. Juni 1939 dem Vorsitzenden des 1. Senats des Volksgerichtshofes mitteilte, den Skala gebeten hatte, „nach dem Stand der Sache anzufragen“. Sein Mandant sei seit mehreren Monaten entlassen, „ohne daß ihm inzwischen irgendeine Nachricht zugegangen“ sei.⁹⁷ Das klingt sehr nach dem Skala aus der zehn Jahre zurückliegenden Konfrontation mit dem Sorbenfeind Professor Laubert. Der hatte 1927 öffentlich erklärt, Sorben seien im nächsten Krieg mit dem Osten eine Brücke zum Feind und gefährdeten die Sicherheit des Reiches. Zudem hatte er gelogen, der tschechische Präsident Masaryk sei Geldgeber von Skala.⁹⁸ Dieser nannte das „entweder Unwissenheit oder Böswilligkeit“⁹⁹ und wollte „vor Gericht das Material“ sehen, „mit dem man mich seit Jahren grundlos verdächtigt“. Solches gab es schon damals nicht. Skala hatte deshalb 1928 erklärt, er werde auch künftig „alle Behauptungen, ich triebe staatsfeindliche Arbeit [...] , als ‚dreiste Verleumdung‘ bezeichnen“.¹⁰⁰ Wenngleich nicht verbal, de facto war ihm das auch in der Nazi-Einzelhaft gelungen. Die Gestapo musste einerseits selber eingestehen, sie habe keine Beweise für Skalas Hochverrat. Die von ihr zusammengetragenen Vermutungen, Unterstellungen und Irrtümer waren andererseits für den Volksgerichtshof nicht genug, um erfolgreich einen Prozess zu führen.

Die Auswertung der Akten macht zunächst sichtbar, dass die faschistische Machtsicherung in der Praxis durchaus uneinheitlich war. Es gab Konflikte zwischen Apparaten und Institutionen. Zugleich ist zu erkennen, dass der auch gegen Skala ausgeübte Terror nicht Ergebnis unkontrollierter Exzesse Einzelner, sondern wesentliches Kennzeichen des Umgangs mit Andersdenkenden war.

96 BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8j 198/38 g, Handakten des Oberreichsanwalts, fol. 55f.

97 BArch R3017 VGH/ Z-S 162 8j 198/38 g Sonderbd. I, fol. 119.

98 Siehe Kroh, Macht, S.176-183.

99 Jan Skala: Bemerkungen, in: Kulturwehr, 1928, H. 6, S.258.

100 Ders: Erzwungene Abwehr, in: ebenda, 1929, H. 1/2, S.59f.

Die Kenntnis der faschistischen Akten hat mein Skala-Bild da und dort ergänzt bzw. präzisiert, in seinem Wesen aber ist es unverändert geblieben. Jan Skala verdient gerade und erst recht wegen seiner Standhaftigkeit, wegen seiner politischen Reife und Klugheit in der zermürbenden Einzelhaft die Achtung der Demokraten ganz unterschiedlicher Weltsicht und der sorbischen Patrioten, seien sie nun evangelische oder katholische Christen oder Atheisten. Die seinerzeit von Skala im Verband nationaler Minderheiten miterarbeiteten und in der Gestapohaft nicht verleugneten Vorschläge zur Minderheitenpolitik können nicht nur Anstöße zur Lösung heutiger Probleme des sorbischen Volkes, sondern auch für moderne europäische Minderheitenpolitik überhaupt sein. Sorbische Ehrungen für Skala sollten nicht nur sein poetisches Werk, sein lyrisches Schaffen umfassen. Da wurde und wird viel Lobenswertes getan. Seine minderheitenpolitischen Ansichten fanden diese Anerkennung (noch) nicht. Möglicherweise sind sie dem einen oder anderen zu radikal. „Radikal“ aber heißt nach gutem Deutsch nicht mehr, aber auch nicht weniger, als eine Sache „gründlich“, „grundlegend“, „an der Wurzel (lat. radix) fassen“.

Bericht

Zur Geschichte der kommunistischen Bewegung 1919 bis 1943. Konferenz in London

John Riddell

Die achte Jahreskonferenz der Zeitschrift „Historical Materialism“ fand vom 10. bis 13. November 2011 in London statt. Sie war mit 750 registrierten Teilnehmern und über 400 Einzelveranstaltungen bedeutend größer als die in der Vergangenheit. Die 38 thematisch breit gefächerten Referate im Themenblock zur Geschichte der weltweiten marxistischen Bewegung in der Zeit der Kommunistischen Internationale (Komintern) von 1919 bis 1943 spiegelten die lebhaften Aktivitäten auf diesem Forschungsfeld wider, verwiesen aber auch auf künftige Herausforderungen für Historiker der Arbeiterbewegung.

Einige Vorträge zur Geschichte der internationalen kommunistischen Bewegung legten nahe, dass die Autorität der Moskauer Führung in den ersten Jahren begrenzt war. Der deutsche Historiker *Florian Wilde* beschrieb zum Beispiel, wie zwei konkurrierende Strömungen in der deutschen kommunistischen Partei – hinter denen die gegensätzlichen Ansätze „revolutionäre Realpolitik“ bzw. rasche Herbeiführung der revolutionären Entscheidung standen – tief in der deutschen Arbeiterbewegung verwurzelt waren. Nach *Bernhard Bayerlein* (Potsdam), Mitherausgeber des „International Newsletter of Communist Studies“, sei sowohl rational als auch emotional die Abhängigkeit innerhalb der Komintern eher eine der Bolschewiki von den deutschen Kommunisten gewesen als umgekehrt. Der britische Historiker *David Fernbach*, der sich dem bedeutenden Aktivisten der deutschen kommunistischen Partei Paul Levi zuwandte, betonte dagegen die zerstörerische Rolle des EKKI bei Levis Verdrängung aus der Partei. Fernbach ist Herausgeber des Buches „In the Steps of Rosa Luxemburg“, einer neuen Sammlung von Levis Schriften. In einem ganz anderen Kontext präsentierte der russische Historiker *Aleksander Pantsov* (er musste seinen Auftritt in London absagen; sein Referat trug Sebastian Budgen vor) die Ergebnisse neuer Archivrecherchen, die seines Erachtens zeigen, dass das EKKI in den 1930er-Jahren und während des Zweiten Weltkrieges eine entscheidende Rolle beim Aufbau der kommunistischen Partei in China spielte. *Gregor Benton*, ein britischer Kenner der dortigen kommu-

nistischen Bewegung, schätzte diese Entwicklung anders ein. *John Barzman* (Le Havre) und *John McDonald* (Chicago), die über die französische bzw. US-amerikanische Partei referierten, betonten, dass die Interventionen der frühen Komintern den betreffenden Parteien oft von Nutzen waren. Mehrere Referate beschäftigten sich mit der inneren Dynamik, mit der sich die strategischen Positionen der Komintern gestalteten, besonders hinsichtlich der 1921 beschlossenen Einheitsfrontpolitik. Nach Wilde war „die Einheitsfront die grundlegende Strategie revolutionärer Realpolitik“. Der Begriff „Einheitsfront“ sei zwar 1921 aus einem konkreten Kontext heraus entstanden, viele Elemente der Einheitsfrontpolitik seien aber „so alt wie die Arbeiterbewegung selbst“. *Marvel Bois* von der Hamburger Universität ging in seiner Analyse auf die letzten Jahre vor dem Triumph der Nazis 1933 ein, eine Zeit, in der sowohl die kommunistische als auch die sozialdemokratische Führung die Einheitsfront ablehnten, diese aber auf der lokalen Ebene noch von Arbeiterorganisationen verfolgt wurde. Verschiedene Redner verwiesen auf die Verbindungen zwischen den unterschiedlichen Elementen der Strategie, die die Komintern in den Jahren 1920 bis 1922 entwickelte: Übergangsforderungen, Einheitsfront und Arbeiterregierung.

Mike Jones von der Zeitschrift „*Revolutionary History*“ betonte die Bedeutung demokratischer Forderungen in einem solchen Übergangsprogramm. Er zitierte einen Kommentar des Historikers Arthur Rosenberg, der bis 1927 der KPD angehörte, und kritisierte, dass die Partei nach der deutschen Novemberrevolution 1918 dabei versagt habe, zu fordern, die reaktionären Kräfte aus dem Staatsapparat zu entfernen. Diese Einschätzung teilte auch der britische Historiker *Ben Lewis*, der meinte, dass die Durchsetzung demokratischer Forderungen in der Machtübernahme durch die Arbeiter kulminierte. Der ebenfalls britische Historiker *John Rose* hielt dem entgegen, dass zumindest auf dem Gipfel der revolutionären Auseinandersetzungen 1923 die deutschen Arbeiter ein stärkeres Interesse an einer direkten Machtübernahme gehabt hätten als an der Verteidigung einer demokratischen Republik.

In einem anderen Zusammenhang setzte sich Lewis mit den Ansichten Karl Kautskys zwischen 1904/05 auseinander, als Kautsky zum Aufbau einer demokratischen Republik nach dem Vorbild der Pariser Kommune als politischer Form der Emanzipation der Arbeiterklasse aufrief. *Ottokar Luban* (Berlin), Mitglied der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, merkte dazu an, dass Luxemburg in ihrem Kampf gegen den sozialdemokratischen Reformismus in derselben Weise für eine radikale Demokratisierung eingetreten sei. Schon ab 1919, so Lewis, sei Kaut-

skys Einsatz für eine demokratische Republik von jeglichem revolutionären Inhalt entleert gewesen.

Im selben Panel sprach *Lars Lih* (Montréal) über Georg Lukács' 1924 entstandene Schriften über Lenin. Alle Elemente, die in Lukács' Einschätzung Lenins Originalität ausmachten, fänden sich bereits in Kautskys Schriften aus den Jahren 1904/05. Lih's Behauptung rief vonseiten einiger Diskussionsteilnehmer eine Kontroverse hervor. In der Debatte wurde der Wert komparativer Studien zur Zweiten Internationale vor 1914 und zur Komintern hervorgehoben.

Viele Referenten hatten, wie *Kevin Morgan* (University of Manchester), statt wie üblich den Schwerpunkt auf Institutionen und Strategien der Komintern zu legen, einen biografischen Ansatz gewählt. Morgan verglich den Werdegang von Tom Mann, Marcel Cachin und Clara Zetkin: Alle drei waren führende Kader der ersten Generation der Komintern und älter als Lenin; während der Ära Stalin waren sie weiterhin hoch angesehen, aber jeglichen realen Einflusses beraubt. *Ted Crawford* von der Zeitschrift „*Revolutionary History*“ führte das anders geartete Beispiel von Dora Montefiore an, die auch zu dieser Generation der Pioniere der kommunistischen Bewegung zählte, deren Tod 1934 die Komintern allerdings kaum zur Kenntnis nahm. Morgan antwortete, dass Montefiores Einsatz für Frauenrechte nicht in die Macho-Tradition der britischen kommunistischen Partei gepasst habe, und fügte hinzu, auch Zetkin sei in ihren letzten Jahren ebenso gelobt wie zur Seite geschoben worden. Der in Paris ansässige Historiker *Maurice Andreu* referierte über das Leben Eugen Vargas, eines kommunistischen Ökonomen, der sich dem Stalinismus fügte, dessen oft originelle Ideen ihm aber Ärger mit der sowjetischen Parteiführung einbrachten. Wilde und der britische Historiker *Ian Birchall* wiesen darauf hin, dass fast die gesamte frühe Führung der deutschen wie der französischen kommunistischen Partei die Partei vor oder während des Aufstiegs des Stalinismus verließ. Das bewiese, dass sich der Charakter dieser Parteien grundlegend veränderte. Auf einer gesonderten Veranstaltung zu Antonio Gramsci referierten *Derek Boothman* (University of Bologna), *Peter Thomas* (Brunel University, London) und *Craig Brandist* (Universität Sheffield).

Nur eine Präsentation im Block zur kommunistischen Geschichte, die von *Kunal Chattopadhyay* (Jadavpur University, Kalkutta), richtete den Fokus auf die Kultur. Er beschäftigte sich damit, wie die bengalischen Kommunisten traditionelle kulturelle Formen der Landbevölkerung nutzten, um in der Zeit der Hungersnot in den 1940er-Jahren eine Massenbasis zu gewinnen. Die Bedeutung von Cultural Studies wurde in mehreren anderen

Vorträgen deutlich. *Brigitte Studer* (Universität Bern) untersuchte die Rolle der stark von Geheimhaltung und Misstrauen geprägten politischen Kultur des Stalinismus bei der Umformung der kommunistischen Bewegung in den 1930er-Jahren. *Emmet O'Connor* von der Universität Belfast schilderte, wie die von Stalin dekretierte Religionsunterdrückung in der Sowjetunion ab 1928 in Irland ein der revolutionären Arbeit feindliches Klima schuf.

In der Debatte über politische Allianzen zwischen Kommunisten und Muslimen in den 1920er-Jahren stellte der britische Historiker *Ben Fowkes* die kulturelle Nähe der beiden Bewegungen vor: „Beiden gemein war die Vorstellung des Dschihad im Sinne von Aktivismus, des Egalitarismus, der persönlichen Bescheidenheit, der vollkommenen Gesellschaft als Ziel der Geschichte, und beide wiesen eine revolutionäre Tradition auf.“ *Paul Le Blanc* (La Roche College, Pittsburgh) sprach sich für den notwendigen Kontakt revolutionärer Parteien mit der „radikalen Subkultur der Arbeiterschaft“ aus, der in den vergangenen Jahrzehnten in den USA gefehlt habe.

Ich selbst stellte auf der Konferenz zwei Aufsätze zur Geschichte der kommunistischen Bewegung vor, die seit Kurzem online veröffentlicht sind: „The Comintern in 1922: The Periphery Pushes Back“ und „The Workers’ Government: Fiction, Pseudonym, or Transition?“ (siehe www.johnriddell.wordpress.com). Darüber hinaus wurde meine neue Sammlung von Dokumenten der Komintern „Toward the United Front: Proceedings of the Fourth Congress of the Communist International, 1922“, die kürzlich erschien, auf der Konferenz vorgestellt.

So stark der Themenblock zur kommunistischen Geschichte in manchen Bereichen war, zollte er anderen Feldern, die der Erforschung lohnen, wenig Beachtung. Niemand widmete sich dem Netz von Organisationen, das die kommunistische Bewegung um die Parteien herum aufbaute und die auf bestimmte Themen und Handlungsfelder spezialisiert waren (Gewerkschaften, Frauen, Verteidigung politischer Gefangener, internationale Solidarität, Sport, Film, Genossenschaften etc.). Diese Organisationen stellten die Hauptverbindung der Parteien zur Masse der Arbeiter dar. Die Geschlechterverteilung unter den Referenten wie im Forschungsgebiet der kommunistischen Geschichte insgesamt entsprach anachronistischerweise der auf Arbeiterkongressen vor 100 Jahren. Der geografische Schwerpunkt der Vorträge lag eindeutig auf den Kernländern des Imperialismus: elf zu Deutschland, zwölf weitere zu Ländern in West- oder Zentraleuropa, sechs zu den Vereinigten Staaten, vier zu Asien, kein einziger zu Afrika oder Lateinamerika. Fowkes ging als einziger auf die Wechselbeziehungen zwischen der Entwicklung in Sowjetrußland und den interna-

tionalen Arbeiterkämpfen ein. Mit der Rolle von Frauen beschäftigte sich nur *Soma Malik* aus Kalkutta, doch fand dieser Vortrag aus organisatorischen Gründen außerhalb des Themenblocks zur Geschichte der kommunistischen Bewegung statt.

Zur Ausweitung der Studien zur Geschichte der kommunistischen Bewegung wird auch die Reihe von Publikationen im Rahmen der „Historical Materialism Book Series“ beitragen. Zwei davon wurden 2011 veröffentlicht: „Toward the United Front“, eine kommentierte Sammlung der Protokolle des vier Monate dauernden Vierten Weltkongresses der Komintern 1922, sowie „In the Steps of Rosa Luxemburg“. Vorbereitet wird ein Protokoll des Weltkongresses der Komintern von 1921.

Die nächste Konferenz der Zeitschrift „Historical Materialism“ findet vom 11. bis 13. Mai 2012 in Toronto statt. Weitere Informationen zur Zeitschrift und zur Konferenz finden sich unter www.historicalmaterialism.org.

Aus dem Englischen von David Meienreis

Buchbesprechungen

Hans Mommsen: Zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Demokratie, Diktatur, Widerstand, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2010, 399 S.

Der anlässlich des 80. Geburtstages von Hans Mommsen (5. November 2010) erschienene Bd. widmet sich ausgewählten Problemen der deutschen Geschichte zwischen 1918 und 1945. Der Anhang weist sechs Erstveröffentlichungen nach, die durch bisher Unveröffentlichtes oder Bearbeitungen ergänzt wurden. Daraus ergeben sich partielle und durch die relative Eigenständigkeit der Abschnitte kaum vermeidbare Wiederholungen. Der Text ist in vier Teile gegliedert: Von Weimar zum Dritten Reich, Hitlers Aufstieg und Monopolisierung der Macht, Krise und Zerfall des Dritten Reiches und Der Widerstand im Dritten Reich. Sie umfassen je drei bis sieben der insgesamt zwanzig Kapitel, die fortlaufend nummeriert den inneren Zusammenhang der Veröffentlichung verdeutlichen. Ihnen folgen die Anmerkungen und das Personenregister. Angesichts einer „Welle von zeitgeschichtlichen Veröffentlichungen, die eine neuartige Gesamtinterpretation der NS-Herrschaft“ propagieren, bemerkt M. einleitend, „stellen die in diesem Buch veröffentlichten Aufsätze darauf ab, die Rolle Adolf Hitlers in den jeweiligen historischen Kontext einzuordnen und die strukturellen Faktoren hervorzuheben, welche die NS-Diktatur und die von ihr in Gang gesetzte Eskalation von Gewalt und Terror ermöglicht haben.“ (S.7)

Die vier Beiträge in Teil I (S.19-84) weisen die destruktive Rolle konservativer Führungskreise in den letzten Monaten der Weimarer Republik und bei der Inthronisierung Hitlers als Reichskanzler nach. Allerdings wiederholt M. die von ihm seit vielen Jahren vertretene Auffassung von der Alleintäterschaft des „jungen holländischen Rätekommunisten“ (S.22) Marinus van der Lubbe beim Reichstagsbrand am 27. Februar 1933. Er stellt jedoch fest, dass von jenem „kommunistischen Aufstandsversuch keine Rede sein konnte“ (S.23), der als Vorwand für den in der Nacht zum 28. Februar eröffneten Terror erfunden wurde. Die in der Geschichtsschreibung vielfach behauptete Legalität bei der Errichtung der faschistischen Diktatur wird von ihm zu Recht bestritten. Die antidemokratischen Geburtsfehler der Weimarer Republik, die „Erosion der liberalen Mittelparteien“ (S.26), der wachsende Einfluss völkisch-irrationaler Ideen und autoritärer Leitbilder sowie die „schleichende Machtverschiebung nach rechts“ (S.25) werden als Vorgeschichte einbezogen. Verdeckte Aufrüstung, die Begünstigung des aufkommenden Nazismus und die Auswirkungen der 1929 ausbrechenden Weltwirtschaftskrise beschleunigten die längst eingeleiteten antidemokratischen Formierungen und Umbrüche. „Die Hauptstoßrichtung der NSDAP wandte sich gegen die sogenannten ‚marxistischen Parteien‘ und die Repräsentanten der ‚Novemberrepublik‘, denen sie wie die DNVP die Schuld für die deutsche Kriegsniederlage anlastete.“ (S.32) Partei- und Organisationsverbote richteten sich seit den

Zwanzigerjahren überwiegend gegen die kommunistische Linke. M. wendet sich gegen bis heute vorherrschende Lügen, die Republik sei „durch den Radikalismus von links und rechts erwürgt“ und ihr Ende wesentlich von verfassungsmäßigen Defiziten verursacht worden. „Entscheidend war vielmehr die ungezügelter Macht der Interessenverbände, die es zusammen mit den rechts stehenden Funktionselementen immer weniger möglich machte, den Graben zwischen der demokratischen Linken und der bürgerlichen Mitte zu überbrücken.“ (S.61f.)

Im Teil II (S.85-174) finden sich sechs Kapitel zu Hitler und dem Aufstieg der NSDAP 1919 bis 1933 sowie zu deren Charakteristik als „faschistische Partei“, zu „Hitler und die Zerstörung der Politik“ und Sebastian Haffners früherer Hitler-Deutung, über Hitler, die Deutschen und den Zweiten Weltkrieg sowie zum Mythos der Volksgemeinschaft. Es fällt auf, dass der Autor – entgegen offizieller Sprachregelung – die NSDAP als *faschistisch* charakterisiert und sich von wissenschaftlich fragwürdigen Prämissen der rechtsgerichteten Totalitarismuskonzeptionen distanziert. Er benennt im Unterschied zu deren Vertretern wesentliche Momente der Unterscheidung nazistischer Politik und Herrschaft vom stalinistischen System, das „stets die Potentialität einer Rückkehr zur kollektiven Führung“ (S.106) enthielt. Anders als Stalin habe Hitler sich nicht um die laufenden Regierungsgeschäfte gekümmert. Gegen die andauernde Stilisierung des Willens und des Charismas des *Führers* als Schlüssel seines Aufstiegs ist zu lesen: „Den Hintergrund bildete eine weitreichende Affinität der führenden Eliten in Staat, Wirtschaft und Ge-

sellschaft mit Teilzielen der Partei, zugleich eine seit der Krise der zwanziger Jahre sich zuspitzende moralische Indifferenz im deutschen Bürgertum und der zurückgestaute Komplex des Versailler Friedensvertrags, den die Gesamtnation nicht hinzunehmen bereit war.“ (S.125) Der nach 1945 in der Öffentlichkeit und Geschichtsschreibung vorherrschende *Hitlerismus* habe die Hitlerverehrung umgekehrt, um „nun dem Diktator die Schuld für die Katastrophe persönlich anzulasten. Darin lag eine eindeutig apologetische Tendenz.“ (S.130)

Einen frühen Nährboden für den Weg in den Zweiten Weltkrieg sieht M. im gewaltbereiten Klima seit den Zwanzigerjahren. „Aber der entscheidende Durchbruch erfolgte durch das Bündnis Hitlers mit den konservativen Honoratioren im Umkreis des greisen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg.“ (S.150) Das gelte auch für die Haltung der Reichswehrführung. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs sei die „verheerende Wirkung der antibolschewistischen Klischees in den Köpfen der militärischen Führung, die auf die antikommunistische und antisemitische Indoktrination während der Endphase des Ersten Weltkriegs zurückging“ (S. 160), nicht zu übersehen. In den Wahlen ab Frühjahr 1931 sei die NSDAP „in erster Linie von der bürgerlichen Mittelklasse gestützt“ (S.164) worden und bis Anfang 1933 der bürgerliche Anteil an der Mitgliedschaft signifikant angestiegen. Die beschworene *Volksgemeinschaft* sowie die entfachte *nationale* Aufbruchstimmung hätten „die Sehnsüchte des Bürgertums“ (S.165) angesprochen. Jedoch: „Die Klassenunterschiede blieben so lebendig wie eh und je.“ (S.169)

Der Teil III (S.175-232) setzt sich in drei Kapiteln mit dem Verlust der moralischen Dimension im nationalsozialistischen Gewaltsystem, der Auflösung des Dritten Reiches und der Eskalation der nationalsozialistischen Judenverfolgung bis zur „Endlösung“ auseinander. Letztere wurde mit dem „Rassenvernichtungskrieg gegen die Sowjetunion“ (S.220) eröffnet, der mit einer verschärften antisemitischen Propaganda einherging.

Der abschließende Teil IV (S.233-348) umfasst sieben Beiträge zum Widerstand im Dritten Reich. Darin werden Gruppierungen, Persönlichkeiten, Pläne und Aktivitäten vorgestellt, darunter Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Carl Friedrich Goerdeler sowie ihr jeweiliges Umfeld. Zum Umgang mit dem Widerstand in der unmittelbaren Nachkriegsperiode spricht M. von „der frühzeitig einsetzenden Tendenz, dem kommunistischen Widerstand die Berechtigung abzuspochen, in die neu gestiftete demokratische Ordnung einbezogen zu werden“ (S.288).

Seine Bemerkung, dass inzwischen alle zum Widerstand gehörenden Gruppen breit erforscht würden, ist halbherzig: Bis heute werden in der Bundesrepublik der kommunistische Widerstand, seine Leistungen und Opfer weitgehend missachtet oder ausdrücklich herabgesetzt. Immerhin ist im vorliegenden Bd. die „Rote Kapelle“ eigenständig berücksichtigt. Dabei sei gerade im Vergleich zu anderen Widerstandsgruppen „die Schärfe und Entschiedenheit, mit der die ‚Rote Kapelle‘ die NS-Herrschaft ablehnte und bekämpfte, hervorzuheben. Es gelang ihr, ein bemerkenswert breites Widerstandspotential zu aktivieren.“ In der grundsätzlichen Ablehnung des Regimes habe sie

alle anderen Gruppen übertroffen und „ihre Kritik an der systematischen Zerstörung der sittlichen Grundlagen der Politik ist den Flugblättern der ‚Weißen Rose‘ und den Denkschriften des Kreisauer Kreises ebenbürtig“ (S.331). In den Grundlinien und Kernaussagen bildet der Essaybd. von M. einen konstruktiven Beitrag in der heutigen Geschichtsschreibung und Debatte zu Nationalsozialismus, Zweitem Weltkrieg und Widerstand. Der Autor widersetzt sich den massiven Bemühungen der konservativ-nationalistischen und antikommunistischen Geschichtsschreibung, durch erhebliche und andauernde Auslassungen und Fälschungen den großbürgerlichen Oberschichten, ihren Parteigängern und Anhängern zu unverdienter historischer Legitimation zu verhelfen.

Ludwig Elm

Udo Achten (Hrsg.): Nicht betteln, nicht bitten. Moabiter Streikunruhen 1910, Klartext Verlag, Essen 2011, 195 S., Abb.

Udo Achten, bekannt durch mehrere Publikationen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, so über den 1. Mai, den Wahren Jacob, den Crimmitschauer Textilarbeiterstreik 1903/04, legt nun einen Sammelbd. über den Moabiter Streik vor, der wissenschaftlich 1955 von Helmut Bleiber in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ (ZfG) und von Thomas Lindenberger 1995 im Buch „Straßenpolitik“ sowie literarisch von Horst Bosetzky („Kappi und die verkohlte Leiche. Es geschah in Berlin 1910“, Berlin 2007) dargestellt wurde. Das Motto des Bd. stammt von Hoffmann von Fallersleben (1842), das Vorwort von Doro Zinke, Vorsitzende

des DGB Brandenburg, der – wie andere DGB-Institutionen – die Publikation förderte. Die Einleitung schrieb A. Es folgen neun Dokumente, die auf die Moabiter Vorgänge direkt Bezug nehmen, und im Anhang die Studie „Polizei und Arbeitskampf“ von Alfred Dietel, Schutzpolizeidirektor Dortmund, der in zwölf „Leitsätzen“ (1978) einen aktuellen Bezug herstellte: Wie weit sind wir in der Problematik fortgeschritten? Dazu vermitteln Abbildungen aus der zeitgenössischen Presse als historische Dokumente ein sehr gutes Zeitbild (allerdings ohne Quellenangaben; die Karte von Moabit auf S.44 hätte größer und damit deutlicher sein können).

Einführend bieten zwei Dokumente einen knappen Überblick über die Ereignisse: „Moabit im Handbuch Sozialdemokratischer Wähler“ und „Handbuch nichtsozialdemokratischer Wähler“, beide Titel weichen leicht vom Original ab. Den Schwerpunkt des Bd. bildet der Nachdruck der Broschüre „Moabit – Ein Bild polizeilicher Willkürherrschaft“, die 1911 im Verlag „Buchhandlung Vorwärts“, also aus sozialdemokratischer Sicht, erschienen war. In drei Abschnitten werden „Die Moabiter Ereignisse“, „Die Prozeßverhandlungen“ und „Der Kampf gegen die Wahrheit“ detailliert behandelt.

Der Streik, der am 19. September 1910 auf einem Kohlenplatz im Berliner Stadtteil Moabit ausgebrochen war, erfasste zunächst 141 Kohlenarbeiter, die die Erhöhung des Stundenlohnes von 43 auf 50 Pfennige, die Kutscher des Wochenlohnes von 30 auf 33 Mark forderten. Die Firma gehörte faktisch dem Großindustriellen Hugo Stinnes, was sicher den Großeinsatz von Polizei, zeitweise um 1.000 Mann, und das

Heranziehen von Streikbrechern (der „Hintzegarden“) erklärt. Nach kurzen Zusammenstößen zwischen Polizei und Streikenden, Rempelen und Ausschreitungen auch von Nichtstreikenden kam es vom 27. bis 29. September zu brutalen Angriffen der Polizei auf die inzwischen 20.000 bis 30.000 Streikenden und Sympathisanten, die zu Hunderten Verletzten und zwei Toten führten. Durch Verhandlungen mit dem Deutschen Transportarbeiterverband endeten die Unruhen am 8. Oktober.

In zwei nachfolgenden Prozessen gegen 34 Angeklagte wurden 218 einzelne Fälle von Misshandlungen und Brutalitäten der Polizei bezeugt. 31 Angeklagte erhielten Geldstrafen und mehrheitlich Gefängnisstrafen bis zu 3½ Jahren maximal.

Die Rechtsanwälte Karl und Theodor Liebnecht, Kurt Rosenfeld und Wolfgang Heine verteidigten die Angeklagten und enthüllten zugleich den Angriff des preußisch-deutschen Polizei- und Militärstaates auf die Arbeiterschaft, auf ihr Koalitions- und Streikrecht, wie es namentlich vom Berliner Polizeipräsidenten Traugott von Jagow in seiner „Kaiser-Geburtstagsrede“ am 27. Januar 1911 „im Kampf gegen die drohende sozialdemokratische Gewalt herrschaft“ (S.109) formuliert wurde. Das erinnerte an seine Verkündung des „Rechtes auf die Straße“ vom Februar 1910: Die Straße sei für den Verkehr, nicht für Versammlungen unter freiem Himmel da, Widerstand werde mit Waffengewalt gebrochen.

Im Gleichklang erklärte der Preußische Minister des Innern von Dahlwitz am 17. Januar 1911 im Preußischen Abgeordnetenhaus, die Polizeiaktion sei die Antwort auf Gewalttätigkeiten und

Ausschreitungen zum Schutz der „Arbeitswilligen“ gewesen und von der Sozialdemokratie zu verantworten. In die Publikation wurde der Nachdruck einer Broschüre, 1914 von Wolfgang Heine unter dem Titel „Der Kampf um das Koalitionsrecht“ verfasst, aufgenommen. Der SPD-Reichstagsabgeordnete setzte sich im Januar 1914 mit dem Antrag des Grafen Westarp auseinander, der das Koalitionsrecht einzuschränken suchte. Heine plädierte für die Rechte der Streikenden, insbesondere der Streikposten, allerdings ohne explizit auf die Moabiter Ereignisse einzugehen.

Die Anmerkungen des Hrsg. zu Heine bedürfen einiger Ergänzungen, da Heine den Politischen Massenstreik ablehnte und einseitig auf die bürgerliche Gesetzmäßigkeit orientierte. Er stand bekanntlich immer auf dem rechten Flügel der Partei und war nach der Novemberrevolution 1918 kurzzeitig Präsident des Staatsrates von Anhalt, preußischer Justiz-, dann Innenminister, bis er im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch zurücktreten musste. Sein Todestag ist nicht der 9., sondern der 27. Mai 1944.

Der Hrsg. wollte Material bereitstellen, „das es erlaubt, sich mit dem Verhältnis von Polizei, Justiz und Arbeitskampf im Kaiserreich auseinanderzusetzen“ (S.22). Es soll, auch wenn es auf die Gegenwart nur teilweise „übertragbar“ ist, „doch auch Orientierungshilfe in aktuellen Situationen“ geben. Die Dokumente von 1910 geben vielfache Anregungen für heute, sehr eindrucksvoll hat Doro Zinke einige wichtige in ihrem Vorwort benannt.

Ingo Materna

Hanns Christian Lühr: Die Gründung Albanien. Wilhelm zu Wied und die Balkan-Diplomatie der Großmächte 1912-1914, Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 2010, 281 S.

Lühr sieht den 100. Jahrestag der Gründung des modernen Staates Albanien 2012 als „willkommenen Anlass“, um die „Geburtshelfer“ der neuen Nation, darunter Deutschland und Österreich-Ungarn, zu würdigen. Mit historischem Abstand betrachtet, sollte nicht unerwähnt bleiben, dass beide Länder in den diplomatischen Auseinandersetzungen um die albanische Unabhängigkeit im Konzert der damaligen Großmächte durchaus eigene imperiale Interessen durchzusetzen suchten.

Mit seiner Untersuchung verfolgt L. einen doppelten Anspruch. Zum einen, die Rahmenbedingungen der europäischen Mächtebeziehungen aufzuzeigen, aus denen heraus die Bildung Albanien erfolgte. Zugleich soll einem zweiten Handlungsstrang nachgegangen werden, nämlich der Entwicklung im Lande selbst, die zur Unabhängigkeit drängte. Allerdings sei das nicht als Beitrag zur albanischen Nationalgeschichte zu verstehen. Im Hinblick auf das erstgenannte Anliegen bietet das Buch eine fundierte und faktenreiche Behandlung des Themas. L. leistet einen umfassenden Beitrag, den Versuch einer Neugestaltung auf dem Balkan nach dem Niedergang des Osmanischen Reiches, einschließlich der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges geradezu minutiös zu dokumentieren. Was den zweiten von ihm genannten Anspruch betrifft, so bleibt der Prozess der albanischen Nationswerdung nicht nur unterbelichtet, sondern wird im Grunde genommen gar nicht be-

handelt. Der Leser fragt sich, wie bei einem so „rückständigen Hirtenvolk“, wie L. das albanische Volk kennzeichnet, immerhin eine Nationalbewegung entstehen konnte? Tatsächlich wurden durch die imperiale Großmachtpolitik die vielfältigen Bestrebungen nach kultureller und politischer Autonomie und deren Vollendung mit der politischen Staatlichkeit 1912 extrem behindert. So kam 1913 eine Grenzziehung für den albanischen Staat zustande, ohne die ethnische, sprachliche oder religiöse Homogenität zu berücksichtigen. Mit der Folge, dass das Land durch die Hypothek einer nationalen Irredenta belastet wurde, deren Wirkungen bis in die Gegenwart reichen und die europäische Politik beschäftigen. *Erwin Levin*

Vladlen Loginov: Neizvestnyj Lenin

[Der unbekannte Lenin], Izdatel'stvo Eksmo, Moskva 2010, 576 S.

Der Vf., seit Jahrzehnten mit der Leninforschung befasst, ist ein profunder Kenner des Lebens und Wirkens Lenins und wirkte u. a. an der von 1970 bis 1985 vom IML Moskau herausgegebenen „Biografischen Chronik V. I. Lenin“ in zwölf Bden. mit.

Sein hier vorgestelltes Buch ist der zweite Bd. einer geplanten Reihe von drei Bden., die ausgewählten Stationen in Lenins Leben und Wirken gewidmet sind. Der erste Bd. (Vladlen Loginov: Vladimir Lenin. Vybor puti. Biografija [Wahl des Weges. Biografie], Moskva 2005), der die Jahre 1870 bis 1900 zum Inhalt hat, behandelt Kindheit und Jugend Lenins in einer Umgebung, die dem Zarenregime kritisch gegenüberstand, und das Heranreifen seiner Persönlichkeit zum bewussten Revoluti-

onär und Marxisten. Der vorliegende zweite Bd. beschreibt in fünf Kapiteln den Zeitraum zwischen 1916 und Ende 1917. Die Hauptaufmerksamkeit ist auf die Zeit zwischen Februar und Oktober 1917 (nach altem Kalender) gerichtet.

Die Darlegungen L.s hebt aus anderen Publikationen heraus, dass er – wie schon im ersten Bd. – das Wirken Lenins vor dem Hintergrund einer umfassenden, bis ins Detail gehenden Charakterisierung der russischen Gesellschaft darstellt. Der Vf. entwirft ein breit angelegtes Panorama geschichtlicher Zusammenhänge, Abläufe und Hintergründe, das die vielgestaltigen Klassenkräfte mit ihren widerstreitenden Positionen, Einschätzungen, Interessen und Plänen widerspiegelt, und belegt dies mit einer Vielzahl gründlich recherchierter authentischer Quellen. Die darin eingebundene ausführliche Beschreibung und Analyse des Leninschen Agierens und Reagierens innerhalb der ständig wechselnden Konstellationen bietet ein Bild Lenins und seiner Rolle, das den zunächst anspruchsvoll erscheinenden Titel durchaus rechtfertigt.

L. lässt in seiner Darstellung Vertreter aller Klassen und Richtungen mit direkten Zitaten zu Wort kommen, so dass der Leser sich selbst ein Bild machen kann über Ansichten, Absichten und Argumente, mit denen Lenin sich auseinanderzusetzen hatte. Er wird damit in dessen Gedankengänge einbezogen und zum Mitdenken angeregt, wozu der Vf. auch durch eigene interessante Fragestellungen und Überlegungen beiträgt. Einprägsam beschreibt er, wie und wodurch sich die Kräfteverhältnisse verlagerten und welche Faktoren den Gang der Ereignisse beein-

flussten. Dabei erinnert L. stets daran, dass sich alles Geschehen unter den Bedingungen des verheerenden Weltkrieges vollzog, der die Massen des Volkes an den Rand der Katastrophe und das Land ins Chaos trieb.

Besondere Aufmerksamkeit wird daher dem Prozess des Erwachens der großen Masse der Arbeiter und der vorwiegend bäuerlichen Soldaten, die der Krieg aus ihrem bisherigen engen Lebenskreis herausgerissen hatte, zu politischem Verständnis und Handeln geschenkt. Der Vf. beschreibt, wie anfangs die neu gewonnene Freiheit vielerorts, auch in Petrograd, falsch verstanden wurde, zu unkontrollierbaren Aktionen, Plünderungen, Übergriffen gegen Besitzende und sogenannte „Würdenträger“ führte, bis das Wirken der Sowjets, das Auftreten der Bolschewiki, Lenins „Aprilthesen“ und seine zahlreichen Begegnungen und Diskussionen mit revolutionären Arbeitern und Soldaten vor Ort Schritt für Schritt der Bewegung Ziel und Rahmen gaben.

Eindrucksvoll wird dargestellt, wie Lenin in den entscheidenden politischen Fragen – Perspektiven und Aufgaben der Revolution, Reaktion auf die von der Kerenski-Regierung geplante Offensive an der Front im Juli, Vorbereitung auf die Übernahme der Macht durch die revolutionär gesinnten Volksmassen, Erarbeitung der ersten Dekrete der Sowjetmacht über den Frieden und die Bodenfrage – ständig den Dialog mit seinen Genossen und mit den Vertretern der revolutionären Massen suchte, um im Austausch der Meinungen gemeinsam den Weg zu bestimmen.

Der Autor verschweigt nicht, wie schwierig dieser Prozess war, wie hoch die Wellen in den Debatten oft schlu-

gen und dass dieser Dialog auf beiden Seiten durchaus auch scharfe Züge annahm. Häufig waren es die Ereignisse selbst, die Lenins Gesprächspartner von der Richtigkeit seiner Erkenntnisse überzeugten. Der Vf. führt damit die Behauptungen mancher heutiger Historiker und solcher, die sich dafür halten, von Lenins „putschistischem Genie“, dem sich alle unterordneten, wie auch die ständig aufs Neue kolportierte Meinung ad absurdum, die Machtergreifung im Oktober sei von einer kleinen bolschewistischen Clique vollzogen worden.

Das Buch macht deutlich, dass Lenin und die Bolschewiki eine friedliche Änderung der Machtverhältnisse mit den und für die Massen des Volkes anstrebten. Lenins Vorstellungen von einem echten Demokratismus werden durch die Beschreibung seines praktischen Handelns wie auch durch die Wiedergabe größerer Passagen aus seinen Werken überzeugend illustriert. Überhaupt lässt der Autor in den wesentlichsten Fragen der Politik und Taktik Lenin selbst ausführlich zu Wort kommen. Der direkten Auseinandersetzung mit längst widerlegten Legenden und Lügen widmet der Vf. in der Regel wenig Raum – sein ganzes Buch ist mit seiner Fülle an historischen Details und Erkenntnissen eine wissenschaftlich fundierte Antwort darauf.

Christa Hinckel

Annelies Laschitza/Klaus Gietinger (Hrsg.): Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare (Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, 7), Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2010, 203 S.

Ab Mitte 2009 wurde in den deutschen Medien monatelang über die Vermutung des Pathologie-Chefs der Berliner Charité Prof. Dr. med. Michael Tsokos berichtet und diskutiert, bei einer für Demonstrationszwecke im Institut für Rechtsmedizin ausgestellten Wachsleiche, einem Torso ohne Kopf, Füße und Hände, könnte es sich um die sterblichen Überreste Rosa Luxemburgs handeln. Nachdem es Prof. Tsokos nicht gelang, Beweise für seine Behauptung vorzulegen, vererbte diese Diskussion Anfang 2010. Beigetragen zur Beendigung dieser spekulativen Berichterstattung haben die international anerkannte Rosa-Luxemburg-Forscherin Annelies Laschitzka und der Sozialwissenschaftler Klaus Gietinger, Biograf von Waldemar Pabst, des Organisators des Luxemburg-Liebknecht-Mordes. Beide legten gemeinsam eine konzentrierte Informationssammlung in Form von sechs Aufsätzen und 61 Dokumenten vor.

Aus mehreren Dokumenten geht eindeutig hervor, dass bei dem am 31. Mai 1919 im Berliner Landwehrkanal aufgefundenen Leichnam Kleidungsstücke und ein Medaillon gefunden wurden. Sie gehörten Rosa Luxemburg, die danach am 13. Juni 1919 auf dem Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt wurde. Die Identität dieser Toten als Rosa Luxemburg kann damit als gesichert angesehen werden. Die heutige Gedenkstätte beherbergt jedoch bekanntlich nicht Luxemburgs Grab, das in der Nazizeit genauso wie das von Karl Liebknecht mit dem niedergerissenen Mies-van der- Rohe-Werk an der alten Stelle eingeebnet und für neue Bestattungen genutzt wurde.

Dieser Kenntnisstand wird sowohl von L. wie vor allem von G. detailliert dar-

gestellt und erläutert. L. gelingt es, in ihrem Aufsatz „Rosa Luxemburg – Persönlichkeit, Leben, Werk im aktuellen Diskurs – die jüngste Entdeckung einer rätselhaften Leiche“, in konzentrierter Form, dennoch auf fesselnde Art und Weise Rosa Luxemburg als Politikerin, Theoretikerin und Privatmenschen zu charakterisieren und zugleich einen Überblick über die relevante Forschung zu geben. Dabei kennzeichnet L. einige Punkte von Luxemburgs Auffassungen kritisch als durchaus „diskussionswürdig“ (S.17), ohne dies wegen der gebotenen Kürze einer Zusammenfassung detailliert zu begründen. Erstaunlicherweise hat Tsokos nie konkrete Schritte unternommen, um mit der Luxemburg-Expertin in einen persönlichen Meinungsaustausch zu treten (S.24f.).

G. schildert in seiner Studie „Der Doppelmord“ auf der Basis seiner gründlichen Quellenrecherchen präzise die Vorgänge um die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts am 15. Januar 1919 sowie den folgenden Militärgerichtsprozess und leuchtet dabei auch den politischen Hintergrund aus. G. fußt dabei sowohl auf seinen früheren Veröffentlichungen wie auf von ihm neu erschlossenen Archivalien und kommt dabei zu abgewogeneren Schlussfolgerungen als in seinen früheren Publikationen.

G. zeigt die verhängnisvolle Rolle Noskes auf, der den reaktionären Freikorps-Offizieren weitgehend freie Hand ließ. Damit begünstigte Noske wahrscheinlich den Doppelmord, ermöglichte einen Scheinprozess gegen die Täter und ließ die am Mord Beteiligten meist ohne Strafe davonkommen, wobei er sich nicht scheute, gegen einen Beschluss des Kabinetts von Reichskanzler Her-

mann Müller zu verstoßen. G. konstatiert hinsichtlich des Mordes an Luxemburg und Liebknecht aber auch: „einen direkten Befehl Noskes hat es nicht gegeben“ (S.31). Er umreist in den späteren Jahren der Weimarer Republik liegende Vorgänge, die im Zusammenhang mit dem Prozess standen, erwähnt aber nicht den Bornstein-Jorns-Prozess von 1929 und seine Bedeutung, obwohl er einige im Verfahren gemachte Zeugenaussagen als Quelle benutzt. In diesem in der Öffentlichkeit viel beachteten Gerichtsverfahren gelang es Paul Levi, die vom Kriegserichtsrat Paul Jorns beim Militärgerichtsverfahren 1919 praktizierte Vertuschungstaktik wirkungsvoll an den Pranger zu stellen.

In einem zweiten Aufsatz schildert G. anschaulich nicht nur „Die Auffindung der Leiche“, sondern auch die nachfolgenden Ereignisse um die Identifizierung der Toten, einschließlich der Obduktion, und widerlegt ausführlich, sehr sachlich und überzeugend die Vermutungen des Pathologen Michael Tsokos. Dies legt aus medizinischer Sicht auch Prof. Dr. Volkmar Schneider, als Vorgänger von Tsokos 2003 bis 2007 Direktor des Instituts für Rechtsmedizin an der Charité, deutlich dar. Dabei nimmt Sch. den von den angesehenen Pathologen Geh. Med. Rat. Prof. Dr. Fritz Strassmann und Prof. Dr. Paul Fraenkel im Jahre 1919 erstellten Obduktionsbefund mit Nachtragsgutachten (Dok. 11, 31, S.114-118, 150-156) zur Grundlage seiner Beurteilung. S.s Urteil über die Vorgehensweise von Tsokos ist eindeutig: „Hier ist aus einem Verdacht eine Gewissheit gemacht worden, ohne den Beweis bis heute angetreten zu haben – ein wahrhaft unwissenschaftliches Vorgehen!“ (S.73)

Es war eine gute Entscheidung der Hrsg., auch einen Aufsatz über die wechselvolle Geschichte der „Gedenkstätte der Sozialisten“ auf dem Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde, einschließlich einer Reihe relevanter Dokumente (Nr. 42-61) in den vorliegenden Bd. aufzunehmen. Der Historiker Jürgen Hofmann, der sich um die jüngste Neugestaltung der Gedenkstätte verdient gemacht hat, gibt eine fundierte, interessante Schilderung zum Schicksal der Gedenkstätte bis in die Gegenwart, wobei er sich auf das Grabfeld der KPD konzentriert. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn H. wenigstens knapp auf die hier ebenfalls bestatteten bekannten SPD-/USPD-Mitglieder Wilhelm Liebknecht, Paul Singer, Emma Ihrer, Hugo Haase, Luise Zietz und andere wie auch auf die Gräber der Gewerkschaftsführer, z. B. Carl Legien und Theodor Leipart, hingewiesen hätte, die dazu beigetragen haben, dass diese Stätte zum „Sozialistenfriedhof“ wurde. Es wäre ebenfalls eine kurze beispielhafte Erwähnung einiger Grabstellen von prominenten Politikern, Wissenschaftlern und Künstlern der DDR angebracht gewesen, auch wenn H. die entsprechende Literatur zur Geschichte des Friedhofs angibt. Dieser Aufsatz- und Dokumentenbd. ist zwar aus einer aktuellen Diskussion entstanden. Doch mit den vielen teilweise neuen, komprimiert und immer interessant übermittelten Informationen stellt die Broschüre nicht nur für Besucher/innen der Gedenkstätte, sondern auch für Fachhistoriker/innen ein fundiertes Standardwerk zu diesem besonderen Teilbereich der Rosa-Luxemburg-Forschung dar.

Ottokar Luban

Steffen Kachel: Ein rot-roter Sonderweg. Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen. Kleine Reihe, 29), Böhlau Verlag, Köln-Weimar-Wien 2011, 600 S.

Diese Darstellung der Thüringer Arbeiterbewegung zeichnet sich dadurch aus, dass sie nicht nur eine längere Wegstrecke, sondern auch ein umfassendes soziales und politisches Beziehungsgeflecht ins Blickfeld nimmt. Damit grenzt sich der Vf. prononciert von derzeit gängigen simplen, vorurteilsbelasteten Interpretationen ab. Milieu, politische Lager und politische Kultur sind für ihn wesentliche Zugänge zum historischen Verständnis und werden deshalb eingangs gründlich untersucht. Wiederholt angestellte Vergleiche der Thüringer Verhältnisse und Entwicklungen mit denen in Hessen-Kassel und für die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg mit Sachsen lassen die Besonderheiten der Thüringer Arbeiterbewegung markant hervortreten. Dabei werden vom Vf. immer auch unterschiedliche Definitionen und die Tragfähigkeit bestimmter Schlüsselkategorien erörtert.

An die Untersuchung „objektiver“ Gegebenheiten der Thüringer Arbeiterbewegung schließt sich eine Analyse der „subjektiven“ Voraussetzungen an. K. trägt hier aufschlussreiche Forschungsergebnisse zur Rolle von Persönlichkeiten und Generationen vor. Dies wird im Anhang durch über 100 Kurzbiografien untersetzt. Er weist im Unterschied zu anderen Autoren charismatischen, in der Region hoch angesehenen Arbeiterführern eine beträchtliche Rolle zu. In seiner Sicht auf die Gene-

rationserfahrungen und die spezifische Rolle von Generationen hebt der Vf. hervor, dass gerade die – in der KPD stärker als in der SPD vertretene – jüngere Generation den Radikalisierungsprozess vorantrieb. Die in der Weimarer Republik und unter dem Faschismus gesammelten Erfahrungen sowie das veränderte politische Umfeld nach der Befreiung fanden auch in häufigen Übertritten von Sozialdemokraten zur KPD und in der Rückkehr ehemaliger Mitglieder der KPD (Opposition) ihren Ausdruck. Demgegenüber verzeichnete die SPD eher einen Zustrom aus dem linksliberalen Segment.

Mit dem zweiten Kapitel beginnt die chronologische Darstellung der Arbeiterbewegung in Thüringen, untergliedert in die Zeit von den Ursprüngen bis zur Befreiung vom Faschismus, die „Wiedergründung“ (geführt bis Herbst 1946) und den „Weg zur Staatspartei“ (endend 1950). So recht vermag diese von den gängigen Periodisierungen abweichende Gliederung nicht zu überzeugen. Zudem nimmt K. mit dem von ihm bevorzugten analytischen Herangehen an den historischen Stoff in Kauf, dass weichenstellende, die Kräfteverhältnisse und die politischen Entscheidungen nachhaltig bestimmende weltpolitische oder gesamt-nationale Geschehnisse und Prozesse mitunter ausgeblendet bleiben oder erst später „nachgereicht“ werden.

Aufschlussreich werden die Spezifik der sozialökonomischen Entwicklung und die politischen Besonderheiten der Thüringer Sozialdemokratie vor 1914 – so die Kleinstaaterei oder die vergleichsweise liberale Handhabung des Sozialistengesetzes – herausgearbeitet. Die in Abschnitten nach 1918 getrennte Darstellung der sozialdemokra-

tischen und der kommunistischen Bewegung ergibt sich aus der analytischen Betrachtungsweise des Autors und hat zweifellos ihre Vorteile. Wenn indes der Vormarsch der Nazis in Thüringen erst rückblickend – nach Errichtung der Hitlerdiktatur 1933 – Erwähnung findet, bleibt für die Weimarer Zeit Wesentliches des politischen Kräfteverhältnisses und der Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung Thüringens zunächst im Verborgenen. Immerhin hatten die Nazis ihren Stimmenanteil bis zu den Reichstagswahlen 1932 auf 42,5 Prozent gesteigert, schon 1930 den Innenminister und ab 1932 den Regierungschef gestellt.

Die Thüringer Sozialdemokratie wird uns mit einem starken linken Flügel vorgestellt. Nicht zufällig fand der Gründungsparteitag der USPD in Gotha statt. Die Konstituierung der KPD, auf deren Gründungsparteitag auch Delegierte aus Erfurt, Jena und Gera vertreten waren, bleibt demgegenüber unterbelichtet.

In der Schilderung des Revolutionsgeschehens gelangt K. zu der Bewertung, dass die linkssozialdemokratische Politik jener Zeit weder verantwortungslos noch unrealistisch war, „sondern in der restlosen Ausschöpfung der vorhandenen Möglichkeiten und im Einsatz der vorhandenen Machtmittel der Arbeiterbewegung im Rahmen des parlamentarischen Systems“ bestand (S.148). Das Manko sei vor allem der fehlende Einfluss auf die Reichspolitik gewesen. Was von der Revolution zurückblieb – nicht zuletzt angesichts des durch Freikorps abgestützten Widerstandes der bürgerlichen Eliten – war eine „tiefgreifende gegenseitige Erbitterung“ (S.151). Das Wüten der Soldateska während des Kapp-Putsches

musste die politische Lagerbildung noch verstärken, das aber wirkte den „Bruderkämpfen“ in der Arbeiterbewegung entgegen und ließ Forderungen nach der „allsozialistischen“ Einigung aufkommen. Bis 1923 funktionierte in Thüringen eine Art Pakt der Arbeiterparteien. Es war vor allem die auf Drängen reaktionärer Kräfte vollzogene Reichsexekution gegen die Arbeiterregierungen in Thüringen und Sachsen, die dieses Kapitel einer Einheitsfront beendete. Auch in den Folgejahren stand die Thüringer Sozialdemokratie überwiegend links und oft in kritischer Distanz zur Führung der Gesamtpartei. Deshalb hielt sich am Ende der Weimarer Republik die Abwanderung zur SAPD in Grenzen. Gleichwohl erfasste bei der Errichtung der Nazidiktatur die um sich greifende Lähmung der Arbeiterbewegung auch die Thüringer SPD.

Wird die Sozialdemokratie Thüringens als überwiegend linksorientiert dargestellt, so die kommunistische Bewegung mit realistischen Einstellungen so mancher einflussreicher Funktionäre, im Widerstand gegen den vom VI. Weltkongress der Komintern forcierten ultralinken Kurs. Das verschaffte der KPD(Opposition) vergleichsweise starke Positionen, obwohl diese auch in Thüringen nur eine Minderheit blieb. K. weiß zu unterscheiden zwischen politischer Phraseologie der Parteispitze und realer Politik an der Basis, wo immer auch von kommunistischer Seite die Interessenvertretung der sozial Benachteiligten stattfand. Das ist hervorhebenswert, weil die derzeit dominierende Sicht auf die KPD meist nicht wahrhaben will, dass es im proletarischen Milieu oft anders zugeht als auf der großen politischen Bühne.

Unter der Nazidiktatur dominierten zunächst Bestrebungen, intakte Organisationen zu erhalten und strategische Schlussfolgerungen zu ziehen. Beschrieben werden zahlreiche Aktionen des Widerstands sowohl von Kommunisten als auch von Sozialdemokraten. Natürlich nehmen das KZ Buchenwald und die Rolle von Buchenwaldhäftlingen in der unmittelbaren Umbruchzeit mit ihren Folgewirkungen breiten Raum ein. Dabei setzt sich K. mit realitätsfernen Bewertungen der Rolle von Antifaschisten in der Lagerverwaltung (Stichwort „rote Kapos“) auseinander. Kernstück des Buches ist die äußerst detaillierte und differenzierte, überwiegend auf Primärquellen gestützte Schilderung der Zeit von der Befreiung Thüringens bis zur Gründung der SED in Kapitel IV, das nahtlos bis zum Herbst 1946 – also die ersten Monate der SED einschließend – geführt wird. Es wird hervorgehoben, dass unter amerikanischer Besatzung die Initiative bei den Sozialdemokraten und unter sowjetischer Besatzung bei den Kommunisten lag. Wie in nahezu allen vergleichbaren Veröffentlichungen ist die Darstellung dieser Zeitperiode weitgehend auf den Zusammenschluss von KPD und SPD fokussiert. Der Leser bekommt den widersprüchlichen Prozess gegenseitiger Abgrenzung und Annäherung einprägsam vorgestellt, in dem die Thüringer Parteiorganisationen schließlich im Vereinigungsprozess die Vorreiterrolle für die ganze sowjetische Besatzungszone übernahmen. Die gründliche Verortung in der gesamten Geschichte der Thüringer Arbeiterbewegung gestattet es dem Autor, die längerwirkenden Traditionen herauszuarbeiten, die dies beförderten (S.364). Auch in anderen Zusammenhängen wird die Fern-

wirkung spezifischer Überlieferungen – so in der Schulpolitik oder der kommunalen Selbstverwaltung – hervorgehoben. Die zahlreichen neu in die Arbeiterparteien strömenden und von alten und neuen Parteizwistigkeiten wenig berührten Menschen finden m. E. zu spät Beachtung. Zutreffend stellt K. fest, „dass sich in den ersten Monaten 1946 selbst in den aktiven Funktionärskreisen von KPD und SPD keinesfalls alles um die Vereinigung gedreht hat“ (S.350). Dennoch wird anderen Politikfeldern – die Bodenreform und die „Thüringen-Aktion“ in gewissem Maße ausgenommen – kaum Aufmerksamkeit zugewendet, obwohl diese zumindest für die KPD in Berichten auf erweiterten Sitzungen des Zentralkomitees, der Reichsberatung und der Reichskonferenz, durch zentrale Rundschreiben wie auch durch die Zuschriften zum Entschließungsentwurf für die Reichskonferenz recht gut belegt sind. Das ändert sich jedoch in späteren Abschnitten des Buches.

Weshalb die Zäsur zum nächsten – den „Weg zur Staatspartei“ beschreibenden – Kapitel zwischen den Gemeindewahlen vom September und den Landtagswahlen vom Oktober 1946 angesiedelt ist, bleibt unergründlich, zumal der Bruch in der Entwicklung weniger auf innerparteiliche als auf veränderte internationale und deutschlandpolitische Konstellationen zurückzuführen ist. Der Autor selbst schätzt noch für den Herbst 1947 ein: „Der entscheidende Einschnitt in der Parteientwicklung stand zu diesem Zeitpunkt noch aus.“ (S.418) Die frühe SED wird von ihm als ein Konglomerat heterogener Kräfte beschrieben, für Thüringen noch ausgeprägter als für die Gesamtpartei. Wie auch K. mit allem Nach-

druck verdeutlicht, erfolgte der unumkehrbare Bruch mit dem Gründungskonsens der SED im zweiten Halbjahr 1948. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass der Übereifer der SED-Führung in Richtung deutsche Volksdemokratie im Vorfeld der 1. Parteikonferenz von Stalin abgebremst wurde. Wie tief greifend und schlimm für viele Betroffene und für die Sache selbst der Wandel in Inhalten, politischem Stil und im Personaltableau der Thüringer SED war, arbeitet K. anhand zahlreicher Tatsachen und besonders einprägsam mit einer Gegenüberstellung der einzelnen Landesparteitage wie mit den im Anhang dargebotenen Tabellen und Statistiken heraus.

Angesichts der Fülle der ausgeschöpften Primär- und Sekundärquellen wäre es nicht fair, dem Autor vorzuhalten, dass so manche weitere historiografische Vorleistung Erwähnung verdient hätte. Aber wenn nirgendwo das einschlägige Studien enthaltende „Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ auftaucht, wenn eine durch ihren Registerbd. bequem erschließbare fünfbändige Edition der authentischen Überlieferungen der KPD der Jahre 1945/1946 ignoriert wird, befremdet dies doch. In dieser Edition hätte er – entgegen seiner Annahme, es gäbe keinerlei Daten über die soziologische und parteibiografische Zusammensetzung von SPD und KPD Thüringens nach 1945 (S.101) – zumindest für die KPD einige Angaben zur sozialen Struktur, zur politischen Herkunft, zum Anteil von Frauen und Jugendlichen in der Thüringer KPD und Vergleichsdaten zu anderen Parteibezirken finden können. (siehe Günter Benser/Hans-Joachim Krusch (Hrsg): Dokumente zur Geschich-

te der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/1946, Bd. 1: Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD Juli 1945 bis April 1946, München u. a. 1993, S. 474-503.) Der Reichtum an Tatsachen und Beispielen macht es mitunter schwer, deren historische Gewichtung ausgewogen vorzunehmen. Es liegt in der Natur der schriftlichen wie der mündlichen Überlieferungen, dass die „besonderen Vorkommnisse“ in den Quellen tiefere Spuren ziehen als die „Normalität“. Deshalb kommt es dem Leser entgegen, wenn K. in einem Schlussteil nochmals die großen Linien des Geschehens und der Entscheidungen wie auch die regionalen Besonderheiten Thüringens herausarbeitet. Er formuliert als Quintessenz, die viel für sich hat: „Die Alternative zu der 1948-1950 vorläufig eingetretenen (und später bestätigten) Entscheidung für die kapitalistische Grundlegung im Westen und die Sowjetisierung im Osten wäre ein an westliches Demokratieverständnis angelehntes Gesamt-Deutschland mit zumindest teilweise sozialisierter Wirtschaftsordnung gewesen. Eine solche Lösung wurde von einem Großteil der gegen Hitler eingestellten Deutschen lange Zeit nicht nur für möglich, sondern von vielen sogar für die wahrscheinlichste Entwicklungsrichtung der deutschen Gesellschaft gehalten.“ (S.524) *Günter Benser*

Stefan Gotthelf Hoffmann: Der andere Wolf. Fremde Einblicke in Leben und Werk (1888-1953), Edition Schwarzdruck, Berlin 2011, 443 S.

Die Publikation fasst fünf Beiträge zusammen, die von 1987(!) bis 2007/10

als Vorträge für die Friedrich-Wolf-Gesellschaft konzipiert wurden: I. „Volk als dramatis persona im Werk Friedrich Wolfs“, II. „Das Verständnis von Tod und Unsterblichkeit in frühen Werken“, III. „Ein weibliches Utopia?, über Wolfs Komödie DER MANN IM DUNKEL“, IV. Über frühe Briefe Wolfs und seine BÄMBS'CHEN-Verse, V. „Mythen um Wolf“, über „Wissenschaft, Ideologie und Mythos“. Letzteres Kapitel ist Hoffmann erklärtermaßen das wichtigste, es soll „Wolf-Anhängern und -Apologeten [...], die sich mit dem linkssozialistischen Kämpferimage ihres Helden voll identifizieren [...] ein echtes Ärgernis“ sein (S.12). Und: „Der Text kann ernüchtern und ausnüchtern. Er stellt einen grundlegenden Beitrag zur postideologischen Arbeit am Mythos Wolf dar. Denn die Zeit sozialistischer Heldengesänge auf F. Wolf ist vorbei!“ (S.13) H. will mit „aufklärerischer Mythenkritik immunisieren“ und dafür sorgen, den Mythos Wolf „als nahrhafte Projektionsquelle einer *linken Identität*“ zu zerstören (ebenda). – Der Autor setzt in diesen Vorbemerkungen ein paar Ausrufezeichen zu viel; sie wie z.B. auch das falsche Bild von der Projektionsquelle statt Projektionsfläche sprechen vom Furor der Abhandlung. Und die Drohungen lassen schon ahnen, dass man es eben doch mit nachhallenden ideologischen Schlachten des Kalten Kriegs zu tun bekommt. Insofern gehört die Publikation in diesem JahrBuch angezeigt; wenn auch die Rezensentin dem Autor gerne einfach nur zurufen würde: „Aber der Hund ist doch tot“, Ausrufezeichen.

Natürlich ist eine Rezeptionsgeschichte, ist die kritische Sicht auf Leben und Werk Wolfs und seine Indienstnahme

für die politischen Ziele der sozialistischen Bewegung respektive der DDR legitim. Nur, wie H. dies unternimmt, ist ausgesprochen quälend und ermüdend. Hätte er doch von Wolf, von seinem Werk, seinem Leben und seinen Legenden erzählt, hätte er doch das Bild von dem „andere[n] Wolf“, das er sich gemacht hat, beschrieben. Und hätte er dazu die Interpretationen und Legenden der Literaturgeschichte in die Fußnoten gepackt. So aber beherrscht der Entlarvungsgestus das ganze Buch, und sein Titel gesteht es ja im Grunde auch ein: Wolf bleibt dem Autor fremd. An drei Punkten sei dies erhellt.

Die Beschäftigung mit dem Problem von Volk/Masse und Individuum/Führer ist eine Konstante in Wolfs Werk. Zwecks Erörterung der Problematik blickt H. zuerst in die Geistesgeschichte, bemüht Le Bon, Sighele und Tarde zu „Masse“ und „Massen“ und Ferdinand Tönnies zu den Begriffen „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“. Das ist ja nicht verkehrt, aber er sagt nichts dazu, was diese Begriffe mit Wolfs Lebenserfahrungen zu tun haben. Wolf war in der elitebewussten, von messianischer Hoffnung auf den neuen Menschen erfüllten Freideutschen Jugendbewegung. Erst recht seit Krieg und Novemberrevolution trieb ihn die Frage um, welches seine eigene Rolle im Verhältnis zu den Massen ist und wie er als Schriftsteller oder Arzt wirken könne zur Veränderung der Gesellschaft. Der Autor hat herausgefunden, dass eine handfeste Ehekrise Käthe und Friedrich Wolf 1921 auf Heinrich Vogelers Barkenhoff ziehen ließ, in der Hoffnung, das Leben in einer Gemeinschaft könne ihre Ehe retten. Auch das ist ja richtig. Aber H. meint, er habe damit

die Literaturhistoriker überführt, „fiktive Motive Wolfs weltanschaulich überhöht“ (S.358) zu haben. Er kann dessen Hoffnungen nicht zusammendenken: nämlich seine ganz privaten Probleme zu lösen *und* mit dem Leben in der Landkommune eine Alternative zur kapitalistischen Industriegesellschaft zu finden. Und das hat seinen Grund darin, dass er Siedlungsexperimente wie die von Vogeler und andere Landkommunen als „Pejorativa“ gründlich missversteht. Die Akteure solcher lebensreformerischen Experimente suchten den Aufbruch in ein neues, ein anderes Leben, sie wollten ihre Lebensweise verändern und damit die Gesellschaft. Und Käthe und Friedrich Wolf hegten eben auch die Erwartung, dass individuelles und gemeinschaftliches Leben in eins gehen, sich gegenseitig heilsam sein könnten.

H. fördert durchaus Neues und Vergessenes von Friedrich Wolf zutage, so etwa seine Komödie „Der Mann im Dunkel“ (1925). Er findet schwer zu erklären, warum Wolf sie nach 1945 nicht wieder veröffentlicht hat. Das verwundert die Rezensentin freilich nicht, hält H. die „Leben-Werk-Synthese“ (S.387) doch für einen Mythos. Dabei ist es doch leicht zu verstehen: Wolf war ein politischer Mensch. Seine Persiflage auf das expressionistische Prophetenamt, auf Wunderheiler und Körperanbetung hielt er nach Faschismus und Krieg für erledigt. Auch war Papier knapp in diesen Nachkriegsjahren, da musste gut überlegt werden, wozu man es verwandte. Und so ließ Wolf eben 1946 als eines der ersten Stücke „Kolonie Hund“ wieder drucken. Das 1927 verfasste Drama um die Moorsiedlung und die darin verhandelte Utopie der Landaufteilung

schien ihm im Osten Deutschlands mit der Bodenreform ihre Erfüllung gefunden zu haben. Sie war dem politischen Schriftsteller ein Kommentar zur Zeit, wie sich in seinem Vorwort lesen lässt. Ein Grundproblem ist eben auch: H. blickt auf Wolf aus der Perspektive einer Gesellschaft, in der die Selbstinszenierung tägliche Anstrengung ist, Selbstinszenierung, um sich zu verkaufen, Geld zu verdienen und Prestige zu gewinnen. Und so meint er, auch der Arzt und Schriftsteller Wolf habe sich fortgesetzt selbst inszeniert, Bilder von sich entworfen und Legenden erzählt. Wolf bleibt ihm fremd. – Es ist dies aber auch die Frage nach den Grenzen des Verstehens der Menschen vergangener Zeiten.

Ulrike Köpp

Jürgen Mothes: Lateinamerika und der „Generalstab der Weltrevolution“. Zur Lateinamerika-Politik der Komintern, hrsg. von Klaus Meschkat (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, XIV), Karl Dietz Verlag, Berlin 2010, 264 S.

Dieser Sammelbd. von Forschungsarbeiten des 1996 leider zu früh verstorbenen Leipziger Historikers Jürgen Mothes, hrsg. von Klaus Meschkat, muss als ein wichtiger und in vielen Aspekten neuartiger Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung Lateinamerikas im 20. Jh. gewertet werden. Enthalten sind veröffentlichte und unveröffentlichte Texte, auch im Exposéstadium, was zwar zuweilen Wiederholungen nicht ausschließt, aber die Ausformung der Erkenntnisse und Schlussfolgerungen gut verfolgen lässt. Zahlreiche Anmerkungen und Quellenangaben sowie ein Abkürzungsverzeichnis und ein Perso-

nenregister ergänzen hilfreich die hier versammelten Beiträge. Sie beweisen die umfassende Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Forschungsstand, über den M. in vielem hinausgeht. Die anregende, streitbare, oft fesselnde Darstellung gibt Impulse zur weiteren Beschäftigung mit der Problematik. Der einleitende Artikel von Meschkat weist auf weiterführende Forschungen in den letzten Jahren hin.

Mothes gehörte dem Kreis der vor allem durch ihr Projekt „Revolutionsforschung“ international bekannten Schule um Walter Markov und Manfred Kossok an. Ein Blick auf die Liste seiner Publikationen vermittelt uns ein lebhaftes Bedauern, dass es ihm nicht mehr möglich war, wie von ihm beabsichtigt und in Vorarbeiten zu einer Buchveröffentlichung bereits in Angriff genommen, seine vielfältigen Forschungsergebnisse weiterzuverarbeiten und zu synthetisieren.

M. hat ein Forschungsfeld erschlossen, das in Deutschland bisher kaum bearbeitet ist, in der DDR zudem mit vielen Restriktionen – sowohl ideologischer Art als auch im Zugang zu Quellen und zum internationalen Austausch – belegt war. Schon in seiner 1990 verteidigten Habilschrift hatte er sich dem Thema gewidmet. Insbesondere durch die Öffnung des Archivs der Kommunistischen Internationale (KI) in Moskau erhielten seine Bestrebungen neuen Aufschwung.

Ein besonderer Vorzug dieser Publikation ist, dass sie den konkreten Wissensstand des Lateinamerikawissenschaftlers und die Einsicht in die anstehenden gesellschaftlichen Probleme (einschließlich der Kenntnis einer Fülle von Arbeiten lateinamerikanischer Historiker zur Arbeiter- und kommu-

nistischen Bewegung ihrer Länder) mit einer tiefen Kenntnis der KI-Geschichte, ihrer widersprüchlichen Verläufe und inneren Auseinandersetzungen, der Personengeschichte in diesem Umfeld und der Einordnung der entsprechenden Dokumente verbindet und zudem eine kritische Aufarbeitung der umfangreichen KI-Literatur vornimmt. Hervorzuheben ist die differenzierende, historisch konkrete Einordnung, die oft zu einer Neuinterpretation führt. Dies wird besonders deutlich am Wirken des Schweizer Jules Humbert-Droz als Beauftragter der KI für Lateinamerika in den 20er-Jahren, den M. zu den theoretisch und politisch befähigsten KI-Funktionären zählt. Dessen Auseinandersetzung mit der von Stalin aufgezwungenen Politik der KI, nicht nur Lateinamerika gegenüber, bis zu seiner Verdrängung von seinen Aufgaben ist ein aufschlussreicher Aufsatz gewidmet. Am Beispiel von Humbert-Droz weist M. auch den Prozess der schrittweisen Annäherung der KI an die „lateinamerikanische Frage“ nach und widerlegt die Behauptung, die KI habe erst Ende der 20er-Jahre „Lateinamerika entdeckt“ und die Besonderheiten dieser Region nicht beachtet. Ebenso zeigt er auch die Unhaltbarkeit der verbreiteten Aussage, die KI sei von Anfang an den Ideen und dem Wirken des herausragenden peruanischen Theoretikers und Revolutionärs José Carlos Mariátegui mit Misstrauen und Ablehnung begegnet.

Die erste, „heroische“ Phase der internationalen kommunistischen Bewegung würdigt M. wie folgt: „Oftmals wird vergessen oder vernachlässigt, dass die KI trotz aller ihrer noch solide zu erforschenden Geburtsfehler in ihrer Frühphase ein bemerkens-

wertes politisches Phänomen mit hoher Akzeptanz in den weltweit aufbrechenden revolutionären Bewegungen gewesen ist, dass bei allen zu konstatierenden Fehleinschätzungen, Schwächen und Irrtümern in Theorie und Politik in ihr eine Organisation entstanden war, die in der von vielen empfundenen Zivilisationskrise jener Zeit Alternativkonzepte zu entwerfen und umzusetzen versuchte, die aus der sozialistischen Utopie gespeist waren und ein menschenwürdiges Überleben der Menschheit zum Ziel hatten.“ (S.215) M. nennt aber auch die von Anfang an wirkenden Defizite, so den alternativlosen Glauben an die Revolution, das Nichterkennen des zivilisatorischen Werts des Demokratieverständnisses, den bedrückenden Mangel an demokratischem Umgang miteinander (ebenda). Über die Situation in Lateinamerika meint er: „Damals wurden in einer Breite, Tiefe und in einer inneren Differenziertheit wie wohl noch nie zuvor in der Entwicklung lateinamerika-bezogenen sozial-, geistes- und politikwissenschaftlichen Denkens Analysen über die Länder jener Region erarbeitet und politische Konzepte entworfen, debattiert und wieder verworfen, aber eben auch praktisch ‚erprobt‘.“ (S.216) In diesen Debatten wurden Fragen angeschnitten, die zum Teil bis heute noch nicht schlüssig beantwortet sind. Daran war eine Vielzahl kommunistischer und sozialistischer Theoretiker beteiligt, auch in kleinen Parteien und in unterschiedlichen Gremien, wenngleich die herausragende Leistung von Mariátegui unumstritten bleibt. Der Bd. konzentriert sich auf das Wirken der KI gegenüber Lateinamerika in den Jahren 1927-1936, die von M. als Schlüsseljahre der revolutionären Be-

wegung in der Welt verstanden werden. Die Beiträge umreißen zugleich in den Hauptzügen Verlauf und Grundprobleme der kommunistischen Bewegung in Lateinamerika in dieser Zeit. Sie widmen sich dem Nachweis, wie nach hilfreichen Ansätzen bei der Unterstützung und Formierung der vielgestaltigen revolutionären Kräfte die Stalinisierung der Komintern seit Ende der 20er-Jahre zu einem schweren Hindernis für eine den Realitäten dieser Länder angemessene Politik der jungen kommunistischen Parteien und ihrer Bündnisfähigkeit wurde, wie mit massiven Eingriffen die Herausbildung ihrer Führungskräfte gestört und deformiert wurde. Dadurch gingen fruchtbare Erfahrungen und diskussionswürdige politische Schlussfolgerungen verloren, werden heute zum Teil erst neu wieder entdeckt. Dass durch die von der KI durchgedrückten Konzepte „jegliche realpolitische Ansätze im Wirken der Kommunisten zerschlagen worden sind“ (S.186), bewertet M. als besonders dramatisch in der Situation ab Ende der 20er-Jahre. Damals entstanden „in vielen Ländern Lateinamerikas [...] breite Volksbewegungen und eine Vielzahl neuer nationalrevolutionärer und/oder ‚populistisch‘ orientierter Parteien und Organisationen mit erheblichem Masseneinfluss, die grundlegende Veränderungen der überlebten und erstarrten gesellschaftlichen Verhältnisse anstrebten“ (S.187).

„Die Analyse der Quellen zeigt, dass die Entwicklung der Lateinamerika-Politik der Komintern ein sehr langwieriger und widerspruchsvoller Prozess gewesen ist. Durch die Stalinisierung der KI geriet er in eine Sackgasse“ (S.95), schreibt M. Eigenständige Denk- und Politikansätze wurden verketzert und

in Acht und Bann getan, hervorragende Führer ins Abseits und bis zum Parteiausschluss gedrängt. Diese Amputationen führten die Kommunisten in vielen Ländern in die Isolation.

Immerhin sieht M. den Übergang zur Volksfrontpolitik Mitte der 30er-Jahre (Chile, Kuba, auch Brasilien, Mexiko) als noch vor dem VII. Weltkongress der KI autochthon von Lateinamerika entwickelte Idee an. Also doch in gewissem Grade Ansätze einer Emanzipierung?

Der Bd. ist in mehrere Abteilungen gegliedert: Am Anfang stehen zwei Abschnitte mit biografischen Studien (Arthur Ewert und Luiz Carlos Prestes sowie der erwähnte Beitrag zu Jules Humbert-Droz), am Ende hat eine Würdigung Mariáteguis und eine Korrektur der eingebürgerten Sicht auf seine Beziehungen zur KI (und umgekehrt) Platz gefunden, ergänzt durch ein Exposé für den geplanten Auftritt von M. auf der Mariátegui-Konferenz in Lima, auf der ihn der Tod ereilte. Den Mittelteil bilden zwei synthetisierende Arbeiten „Lateinamerika und der internationale Kommunismus“, im Wesentlichen die Vorarbeiten zu einem geplanten Buch, nur ein Teilabdruck hat posthum in der Leipziger Lateinamerika-Zeitschrift „Quetzal“ stattgefunden. Gerade dieser Teil, ein Abriss der Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Lateinamerika und ihrer Beziehungen zur KI in Thesenform mit dem Untertitel „Kommunismusgeschichte als Gegenwartsinteresse“, zeigt die vorwärts orientierende Sicht des Autors auf die damals und heute ungelösten Grundfragen der Bewegung für eine andere Welt und sein Gespür für das Neue. Wenn man berücksichtigt, dass gerade in den letzten

zwei Jahrzehnten intensive politische und geistig-kulturelle Prozesse zu Tage getreten sind, die die neuen Tendenzen und Faktoren deutlicher hervortreten lassen, als früher erkennbar, so nötigt die Voraussicht von M. hohe Achtung ab: „Neue Linke werden – heutzutage – wohl ganz andere Wege gehen müssen! ‚Aufgearbeitet‘, ‚bewältigt‘ oder gar ‚ausgestanden‘ ist die ganze Geschichte noch gar nicht! Vielleicht fängt sie gerade erst an.“ (S.110)

Diese Publikation dürfte die im Augenblick bestrecherchierte und mit ihren Wertungen ausgewogenste Arbeit über diesen Abschnitt der Geschichte der kommunistischen Bewegung in Lateinamerika sein, wenn sie auch notgedrungen nur in großen Umrissen bzw. punktuell die Entwicklung in den einzelnen Ländern skizzieren kann.

Helma Chrenko

Joachim Paschen: „Wenn Hamburg brennt, brennt die Welt“. Der kommunistische Griff nach der Macht im Oktober 1923, Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 2010, 266 S.

Der Hamburger Historiker Joachim Paschen hat eine detaillierte, informative und insgesamt lesenswerte Abhandlung der Ereignisse rund um und während des „Hamburger Aufstands“ vom 23. bis 25. Oktober 1923 vorgelegt. Quellenmäßig basiert sie vorrangig auf der Auswertung der Unterlagen des Staatsarchivs Hamburg, den Berichten der damals erscheinenden Hamburger Zeitungen sowie Akten und Protokollen der Hamburger Bürgerschaft und der dem Aufstand folgenden Gerichtsprozesse, aber auch der Forschungsstelle für Zeitgeschich-

te, des Polizeimuseums und der Gedenkstätte Ernst Thälmann Hamburg sowie der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv in Berlin. Die Stärken des Buches liegen in der detaillierten, reportageartigen Darstellung der Einzelaktionen während der drei Tage in Barmbek, Eimsbüttel und Schiffbek, wo die Hauptkämpfe stattfanden. Hierbei beschreibt P. sowohl die Handlungen der Aufständischen als auch die der Gegenseite, insbesondere der Ordnungspolizei, wobei seine Sympathien für letztere offenkundig werden. Abschließend stellt P. ebenso akribisch das dem Aufstand folgende gerichtliche Nachspiel dar.

Um dem Leser das Verständnis der Ereignisse zu erleichtern (S.12), befasst sich P. in den ersten beiden Teilen ausführlich mit der Vorgeschichte des Aufstands (Die Vorbereitung, Die Entscheidung). Obwohl er viele interessante Einzelheiten und Zusammenhänge erzählt, die fast die Hälfte des gesamten Buches umfassen, bleibt er hinter dem Forschungsstand zurück. Weder interessieren ihn in diesem Zusammenhang die internen Auseinandersetzungen in der KPD noch deren Revolutionsplanungen. Seine Sicht auf ersteres beschränkt sich auf die persönlichen Profilierungsversuche der beiden politischen Führer der Hamburger Kommunisten, Hugo Urbahns und Ernst Thälmann, denen er eine solche Bedeutung beimisst, dass er damit auch sein Buch abschließt: „Ihr Wettkampf um die Macht war der Zündfunke des Hamburger Aufstandes.“ (S.237) Für die Konzentration auf die Hamburger Ereignisse mag das, wenngleich zweifelhaft, noch genügen. Das kann jedoch nicht für seine Auffassung gel-

ten, dass dem Hamburger Aufstand eine zentrale Rolle im „Revolutionsplan“ der KPD zukommt. Bei allem Respekt für einen gewissen Lokalpatriotismus und gegenüber den „zeitgenössischen Empfindungen“ (S.9) der Beteiligten, diese Rolle kommt dem Hamburger Aufstand einfach nicht zu. Dessen historische Bedeutung misst sich weder nach der Anzahl der Toten oder den Angeklagtenzahlen, noch nach dem, was die Beteiligten über ihre eigene Rolle zu wissen glaubten.

Nicht persönliche Profilsucht, sondern das Grundverständnis der Alternative „Entweder Sozialismus oder Untergang im Chaos!“ machte Anfang der 1920er-Jahre aus einem politisch denkenden Menschen einen Revolutionär. Und wer sich als Kommunist verstand, war davon überzeugt, dass die russische Revolution von 1917 der Beginn der proletarischen Weltrevolution für eine bessere, ausbeutungsfreie Gesellschaft war. Die Möglichkeit einer dauerhaften Beschränkung der proletarischen Revolution auf Russland lag außerhalb seiner Revolutionsvorstellung. In jedem Falle war er ein Befürworter des bewaffneten Aufstands, sah er doch im russischen Vorbild den einzig gangbaren Weg, verstanden allerdings nicht als Putsch – der die Ereignisse am 6./7. November 1917 in Petrograd letztlich waren –, sondern als konzertierte Aktion, vorbereitet durch und verbunden mit breiten Massenaktivitäten bis hin zum Generalstreik. Die Augen aller Kommunisten waren dabei auf Deutschland gerichtet, hoch industrialisiert und ausgestattet mit einer starken und traditionsreichen Arbeiterbewegung. Im Sommer 1923, ausgelöst durch eine tiefe sozioökonomische Krise mit Hyperinflation, Paupe-

risierung breiter Bevölkerungsschichten und Bankrott der Staatsfinanzen, glaubten die kommunistischen Führer, in Deutschland nun endlich zum entscheidenden Schlag ausholen zu können. Hierfür gab es Planungen, von denen aufgrund bekannter, ausgewerteter und teilweise veröffentlichter Archivmaterialien Kenntnis besteht – Hamburg kam hierbei keine entscheidende Rolle zu. Ausgangspunkt war Mitteldeutschland, wo die kommunistische Regierungsbeteiligung in Sachsen und Thüringen genutzt werden sollte, über parlamentarische und außerparlamentarische Aktivitäten zum Generalstreik und schließlich zum bewaffneten Aufstand zu kommen, der dann letztlich in Berlin entschieden werden würde. In Hamburg, das zeigt auch P., gab es das alles nicht: Zwar waren die Angriffe auf die Polizeistationen und auch die Aufrichtung von Barrikaden durchaus gut organisiert, nirgends waren die Kampfhandlungen jedoch verbunden mit Massenaktionen – und das, obwohl zur gleichen Zeit auch Streiks stattfanden.

Der deutsch-amerikanische Historiker Werner T. Angress kam in seiner 1963 erschienenen Monografie „Stillborn Revolution“ (dt.: Die Kampfzeit der KPD. 1921-1923, Düsseldorf 1973) zu dem Schluss, es könnte wahrscheinlich niemals völlig geklärt werden, unter welchen genaueren Umständen es zum Hamburger Aufstand kam. Alle bekannten Varianten basieren entweder auf den Erinnerungen direkt oder indirekt Beteiligter, die nur eingeschränkt oder gar nicht in übergreifende Pläne eingeweiht waren, oder auf offiziellen Verlautbarungen der KPD, die in jedem Falle politisch motiviert waren. Ihnen allen ist die Auffassung

gemeinsam, dass der bewaffnete Aufstand in Hamburg das Signal für den Beginn des Bürgerkrieges, der Auslöser für die Revolution in Deutschland sein sollte. Die aktiv an den Kämpfen in Hamburg Beteiligten waren sicher subjektiv davon überzeugt, dass dem Hamburger Aufstand diese wichtige Aufgabe im Rahmen eines umfassenderen Planes zukam, sonst wäre ihr opferreicher Einsatz während der Kämpfe wohl kaum erklärbar. Dass sie entsprechend vehement ihre Auffassung auch späterhin vertraten, ist nur allzu verständlich – ändert aber nichts daran, dass sie falsch ist. Keiner der damals verantwortlich beteiligten Hauptakteure, die es wissen mussten, weder Hugo Urbahns, noch Ernst Thälmann, Albert Schreiner oder Hermann Remmele, hat eine stichhaltige Version dazu hinterlassen.

Die KPD-Führung wurde, nachdem es ihr auf der Chemnitzer Konferenz am 21. Oktober nicht gelungen war, die sozialdemokratischen Teilnehmer zu überrumpeln und den Generalstreikbeschluss durchzusetzen, von den Ereignissen in Hamburg überrascht. In den folgenden inhaltlichen Diskussionen um die Auswertung des gescheiterten „deutschen Oktobers“ ging es den kommunistischen Führern vorrangig um die Klärung, ob und inwiefern die Taktik der proletarischen Einheitsfront und der Arbeiterregierung ein probates Mittel kommunistischer Politik seien. Der Hamburger Aufstand spielte dabei keine oder, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Das änderte sich jedoch, als Thälmann – nunmehr Vorsitzender der Partei – den Hamburger Aufstand in der „Roten Fahne“ vom 23. Oktober 1925 zum bedeutendsten Ereignis des „deutschen Oktobers“

uminterpretierte, indem er schrieb: „Die Sachsenpolitik endete mit dem kampflosen Rückzug. Die Reichsexekutive, der Einmarsch der weißen Generale, besiegelte die Niederlage. Ist damit die Geschichte des Oktobers 1923 erschöpft? Nein und abermals nein! Man beging noch später mehrfach den Fehler, in Resolutionen und Artikeln, ja sogar in Reden vor dem bürgerlichen Gericht nur auf Sachsen hinzuweisen, wenn man vom Oktober 1923 sprach. Aber es gab nicht nur Sachsen, sondern es gab auch Hamburg!“ Die Einheitsfront der „Sachsenpolitik“ war für Thälmann nur Symbol der Niederlage ohne weiterzuverfolgende Ansätze, der Hamburger Aufstand hingegen symbolisierte für ihn die allein Erfolg versprechende Taktik der Machteroberung durch die Kommunisten.

Festzuhalten bleibt, dass Hamburg das letzte Beispiel eines bewaffneten Putschversuchs nach russischem Vorbild in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung war. Danach hielt die KPD zwar verbalradikal an dieser Revolutionsvorstellung fest, aber es gab keine entsprechenden real-praktischen Versuche mehr. Die SED-Geschichtsschreibung blieb bei der Thälmannschen Sicht auf die Bedeutung des Hamburger Aufstands, und P. schreibt diese in gewisser Weise fort, wenngleich aus anderen Beweggründen.

Harald Jentsch

Walter Markov: Wie viele Leben lebt der Mensch. Eine Autobiographie aus dem Nachlaß, Verlag Faber & Faber, Leipzig 2009, 398 S.

Erinnerungen unterliegen einer persönlichen Wahrnehmung – die Kunst der Autobiografie ist es, diese Subjektivität in stimmige Darstellungen einzubringen. Dies gelingt Walter Markov (1909–1993) in seiner Lebensbeschreibung hervorragend.

Ob die in diesem Buch formulierten Gedanken schon für den Druck entwickelt wurden oder – als streckenweise etwas detailverliebte und dadurch langatmig wirkende – Memoiren eines großen Geschichtswissenschaftlers der Nachkriegszeit im Kreis der Familie verbleiben sollten, mag man nicht beurteilen. Da es sich aber um ein historisches Dokument handelt, wäre eine einleitende Erklärung des Verlages zur Druckvorlage wünschenswert gewesen, um den Text besser in die zeitlichen Umstände der Entstehung einordnen zu können.

Markov, 1909 in Graz geboren, lernte schon in seiner Kindheit die Weiten des Balkans kennen, da seine Familie, vor allem der Arbeit des Vaters wegen, häufig umziehen musste. Im ersten Kapitel schreibt er über seine Erinnerungen an die Kindheit, die nicht immer leicht war. Die Umzüge zogen oft einen Schulwechsel und das Erlernen neuer Sprachen nach sich, was der Autor anschaulich zu vermitteln weiß. Noch interessanter wird die Lektüre über den Studienbeginn des jungen M. in Leipzig 1928. Nach Jahren des Studiums in den Städten Leipzig, Berlin, Köln und Hamburg begann er 1933 in Bonn, seine Promotion zu verfassen, welche er im Schnellverfahren 1934 unter dem Titel „Serbien zwischen Österreich und Russland 1897-1908“ einreichte und veröffentlichte.

Das Sommersemester 1932 verdient besonders erwähnt zu werden, als bei

M. „das politische das wissenschaftlich-historische Interesse“ verdrängte (S.143). Hier stellte der Student die Weichen für die nächsten Jahre, als er aktiv gegen die nationalsozialistische Herrschaft aufbegehrte: „Ich entschloss mich nicht nachzugeben, sondern mich mit Hitler anzulegen.“ (S.155)

Die Entscheidung, in den kommunistischen Widerstand zu gehen, bezahlte M. 1935 mit der Verhaftung und einer langen Zuchthausstrafe in Siegburg, welche erst mit der Kapitulation Deutschlands endete.

M. entschied sich dann, an seine Alma Mater in Leipzig zurückzukehren und eine Professur für die Geschichte Russlands anzunehmen. Diese Rückkehr und die Zeit der Habilitation nehmen in seiner Autobiografie, ebenfalls sehr detailliert beschrieben, einen großen Raum ein.

In seinen Studien wollte sich M. eigentlich der Geschichte des Balkans zuwenden, doch mit zunehmenden politischen Zwängen entschied er sich für ein neues Spezialthema, die Französische Revolution von 1789. Auf diesem Gebiet konnte er in den Folgejahren mit seinen Arbeiten über Jacques Roux beträchtliche wissenschaftliche Anerkennung erlangen.

Die Zeit 1948 bis 1974 als Professor in Leipzig und die darauf folgenden Jahre als Emeritus stellt M. nicht mehr geschlossen chronologisch dar, sondern umreißt sie in „Kalenderblättern“. Hier verdienen vor allem die Aufzeichnungen zu den sechs Internationalen Kongressen der Geschichtswissenschaft und dem von ihm mit initiierten „Interdisziplinären Zentrum für vergleichende Revolutionsgeschichte“ Beachtung. Abgerundet wird das Werk durch einen kurzen Epilog, in dem M. die Frage des

Buchtitels „Wie viele Leben lebt der Mensch?“ zu beantworten versucht. Er findet darauf keine eindeutige Antwort und offenbart so eine weise und besonnene Art, auf das Leben zu schauen: „Das Kind, der Jüngling, der Strafgefangene, der Professor, der Familienvater, der gar nicht mehr rüstige Rentner lebten jeder ein spezifisches und unverwechselbares Leben, nach eigenen Gesetzen und Maßstäben, auch wenn sie sich schließlich zu einem ‚Ganzen‘ zusammenschließen.“ (S.389)

Zur politischen Situation und zu den Eingriffen der SED in sein Wissenschaftler-Leben äußert sich M. im gesamten Text eher zurückhaltend. Auch an familiäre Konsequenzen dieser Eingriffe erinnert er sich. Er versucht, kritisch auf die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR und den anderen staatssozialistischen Ländern einzugehen. Dabei verleugnet er seine Verbundenheit mit den Verhältnissen nicht, die ihn 1946 in die Ostzone geführt hatten.

Leider ist die Biografie mitunter schwer zu lesen, was u. a. der mangelhaften Transkription und den daraus resultierenden Druckfehlern und dem Umgang mit diakritischen Zeichen geschuldet ist (z.B. S.365: Nikita Sergeevio Chruschtschow). Eine bessere Lektorierung wäre hier wünschenswert gewesen.

Dennoch handelt es sich bei diesem Buch um lesenswerte Memoiren, die einen sehr detaillierten und offenen Einblick in das Leben eines respektierten Historikers schaffen.

Christoph Meißner

Tim Jesgarzewski: Für Freundschaft, Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Luise Nordhold – Biografie einer Sozialdemokratin 1917-2011. Unter Mitwirkung von Helmut Donat und einem Geleitwort von Hans Koschnick, Donat Verlag, Bremen 2011, 192 S., Abb.

Geschichte spiegelt sich nicht zuletzt in Geschichten wider und kann auch anhand der Erlebnisse und Erinnerungen der „kleinen Leute“ erzählt werden. Wer hat diese Erkenntnis jemals besser zum Ausdruck gebracht als Bertolt Brecht in seinen „Fragen eines lesenden Arbeiters“? Die Aufforderung, sich mit dem Leben seines „roten Großvaters“ zu befassen, ließ die „Oral History“ als historische Schule entstehen, die besonders in den industriellen Zentren unseres Landes vor und nach 1989, aber auch in Großbritannien vorübergehend an Bedeutung gewann. Nach dem Ende des Kalten Krieges jedoch drohte das Interesse an der „Oral History“ als der historischen Ausdrucksform der Erfahrungen der „kleinen Leute“ zu erlöschen, was wohl besonders mit der liberalen und konservativen Hoffnung auf ein „Ende der Geschichte“ als Ende des Sozialismus zusammenhängen mochte.

Umso erfreulicher ist es, wenn ein Buch veröffentlicht wird, das sich mit dem Leben einer Frau beschäftigt, die der SPD achtzig Jahre lang die Treue hielt. Dieses Buch erzählt ihre ganz persönliche Geschichte. Luise Nordhold, geb. Haverich, trat der Bremer Sozialdemokratie im Jahre 1931 bei und engagierte sich bei den Roten Falken und in der SAJ. Bis in die jüngste Zeit hinein blieb sie ein aktives Mitglied ihrer Partei und deren Umfeldorganisationen wie der

Arbeiterwohlfahrt (AWO). Grund genug für eine würdige Ehrung zum 80-jährigen Parteijubiläum, die am 1. Juni 2011 vorgenommen wurde. Der ehemalige Bundesbauminister Karl Ravens hielt auf Einladung des SPD-Ortsvereins Ritterhude bei Bremen die Laudatio.

Parallel dazu hat J. eine Biografie über Luise Nordhold vorgelegt, die aus Gesprächen und ihren schriftlichen Zusammenfassungen entstand. Mitgewirkt haben zudem der Verleger und Historiker Helmut Donat und das Urgestein der Bremer SPD Hans Koschnick. K., von 1967 bis 1985 Bürgermeister der Hansestadt Bremen, stammt wie Luise Nordhold aus dem Bremer Arbeiterstadtteil Gröpelingen, der über Jahrzehnte vom Hafen und den umliegenden Großbetrieben geprägt wurde. Im Geleitwort schreibt er: „Ich danke Luise Nordhold für ihr jahrzehntelanges Engagement für eine bessere Welt. Ich danke ihr, aber auch den Autoren, dass sie uns Einblick geben in die konkrete Situation einer Arbeiterfamilie, die Gewalt ablehnte. Für mich, der ich in ähnlichen Verhältnissen aufgewachsen bin, ist es eine wahrhafte Nachzeichnung des Milieus, in das ich hineingeboren wurde.“ (S.8)

Darin liegt tatsächlich der Wert dieser Arbeit über Luise Nordhold. In der Darstellung ihres Lebensweges verdichten sich mitunter die historischen Entwicklungen in Deutschland seit der Weimarer Republik in dramatischer Weise. Gleichzeitig erschließen sich dem Leser die sich ständig verändernden Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Arbeiterklasse und eines entsprechenden Bewusstseins. Für die Zeit nach 1949 gilt diese Feststellung in besonderem Maße für die Ar-

beiterbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, in der von Anfang an die SPD eine herausragende Stellung einnahm. Dabei blieb die Sozialdemokratie Bremens immer ein mehrheitlich auf dem linken Parteiflügel stehender Landesverband, was sicherlich mit der Industriestruktur und der Stärke der Gewerkschaften bis weit in die Achtzigerjahre hinein zusammenhing.

Luise Nordhold stammt aus einer echten Bremer Arbeiterfamilie. Vater und Mutter waren SPD-Mitglieder, der Vater zudem ein aktiver und angesehener Gewerkschafter auf der bekannten Bremer Werft „AG Weser“, die im Jahr 1983 geschlossen wurde. K. als Bürgermeister vermochte diese scharfe Zäsur der Industriegeschichte Bremens nicht zu verhindern. Das Elternhaus, sozialdemokratisch klassenbewusst, legte großen Wert auf sportliche und musikalische Betätigung sowie auf Bildung. Lesen gehörte zu den vornehmsten Pflichten in dieser typischen Arbeiterfamilie. Schnell fand die junge Luise Haverich Kontakt zu den Jugendorganisationen der SPD.

Dort und in ihrer Familie lernte sie die Kraft und die Bedeutung der Solidarität kennen, die in einer Zeit der materiellen Entbehrung und der zunehmenden politischen Bedrückung durch den aufkommenden Faschismus unentbehrlich war. Die Solidarität, also die Stärke der Schwachen, blieb ihr das gesamte Leben lang eine politische Richtschnur, ein kategorischer Imperativ der arbeitenden Menschen. Diese Grundhaltung half Familie Nordhold über die dunklen Jahre des Faschismus und des Krieges hinweg. Man verweigerte sich dem Volksgemeinschaftswahn, wo immer es ging, schmierte insgeheim Stullen für Zwangsarbeiter auf der AG

Weser und versteckte die verbotene Literatur der Arbeiterbewegung. Dass eine vor allem aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehende Belegschaft durchaus einen kleinen Schutzraum gegen die totale „Gleichschaltung“ bilden konnte, wird in den entsprechenden Kapiteln deutlich. Stellvertretend für viele Betroffene schildert das Buch die furchtbaren Jahre des Krieges, das Schicksal des Ausgebombtseins, den Neuanfang in einer Behelfssiedlung außerhalb Bremens, zunächst abgelehnt von den Einheimischen auf dem Land. Doch mit Zähigkeit und nie ermüdender Solidarität bewältigten die Nordholds auch diese Krise. In der Darstellung jener Zeit zwischen 1933 und 1945 liegt der stärkste Abschnitt des Buches, in dem auch die Jubilarin mit der verbreiteten Mär aufräumt, die Menschen hätten vom Holocaust nichts gewusst. Etwas kürzer geraten ist die Zeit nach 1945, in der sich Luise Nordhold und ihr Mann Richard, den sie 1936 geheiratet hatte, wieder der SPD anschlossen und in ihrer neuen Heimat Ihlpohl im niedersächsischen Umland Bremens engagierten. Der Leser wird teilhaftig an den Anstrengungen des Wiederaufbaus in der neu gegründeten Bundesrepublik, an den Mühen des anfangs kargen materiellen Alltags und an den menschlichen Problemen infolge der deutschen Zweistaatlichkeit. Eindringlich werden im Schlussteil die Kontakte und Reisen von Luise Nordhold nach Israel geschildert, die ein weiteres Mal von tiefgehender Solidarität zeugen. Noch im neunten Lebensjahrzehnt wirkte die Jubilarin in der AWO. Und so erfährt der Leser Wichtiges über eine sozialdemokratische Organisationswelt, die es heute leider immer seltener gibt.

Bedauerlicherweise verzichtet der Autor im Schlussabschnitt stärker auf kommentierende und einordnende Bemerkungen, die mit Blick auf die vor allem westdeutsche Entwicklung hilfreich gewesen wären. Deshalb erfordert die Lektüre auch ein gewisses „sozialdemokratisches“ Grundwissen, das schwerlich bei jedem Leser im geeinten Deutschland vorausgesetzt werden kann.

Ferner ist bei allen Vorzügen dieses Buches auf kleinere Ungenauigkeiten hinzuweisen, wenn etwa die Gründung der linkssozialistischen SAP mit 1930 statt 1931 angegeben wird. Dass der Autor mit Blick auf Hitlers Rüstungsprogramm und später im Falle der Währungsreform 1948 im Westen davon spricht, dass „frisches Geld“ benötigt wurde, wird dem damaligen Zeitempfinden und den dafür nötigen Begriffen nicht gerecht. Aber auch mit dieser notwendigen Kritik bleibt dieses Buch lesenswert, gerade weil es die Alltagswelt einer Arbeiterfamilie vor dem inneren Auge wiedererstehen lässt.

Holger Czirich-Stahl

Traude Bollauf: Dienstmädchen-Emigration. Die Flucht jüdischer Frauen aus Österreich und Deutschland nach England 1938/39 (Wiener Studien zur Zeitgeschichte, 3), Lit-Verlag, Wien-Berlin-Münster 2010, 354 S.

Die überwiegende Mehrheit der etwa 20.000 deutschsprachigen Flüchtlinge, die vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in England Zuflucht fanden, waren jüdische Frauen, die dort Anstellung im Dienstbotensektor erhielten. Trotz der bedeutenden Größe dieser Migrationsbewegung ist sie im

deutschen Sprachraum bisher weitgehend unerforscht geblieben. Mit Bollaufs Buch liegt erstmals eine umfassende Studie zum Thema vor.

Das Buch gibt zum einen umfassenden Einblick in die Arbeit der Institutionen in Deutschland, Österreich und England, die diese Migrationsbewegung ermöglichten. Dazu gehörten jüdische Hilfsorganisationen in England ebenso wie das *domestic bureau* und der Hausgehilfenrat der Israelitischen Kultusgemeinde. Anhand von Interviews mit ehemaligen Hausangestellten und umfangreichem Archivmaterial, darunter Briefe und Tagebücher sowie die aufschlussreichen Broschüren der britischen Einwanderungsbehörde, wird zudem der Lebensalltag der jüdischen Frauen im englischen Exil beleuchtet.

Die sogenannte „Dienstmädchen-Emigration“ jüdischer Frauen nach England profitierte davon, dass es schon seit 1918 eine rege Arbeitsmigration von österreichischen Hausangestellten nach England gegeben hatte und somit bereits institutionelle und persönliche Netzwerke bestanden, die den Prozess erleichterten. In England machte sich in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg ein erheblicher Mangel an Hausangestellten bemerkbar. Viele britische Frauen waren, nachdem sie während des Krieges in Rüstungsbetrieben eingesetzt gewesen waren und dort ein gewisses Maß an Eigenständigkeit genossen hatten, nicht gewillt, in eine Anstellung als Dienstmädchen zurückzukehren. Etwa zur gleichen Zeit zeichnete sich in Österreich eine Entwicklung zur allmählichen Emanzipation der Hausangestellten ab, die eine Folge fortschrittlicherer Sozialgesetzgebung, wie des 1920 verabschiedeten „Hausgehilfengesetzes“ war. Diese Entwick-

lung stärkte das Selbstbewusstsein und die Mobilität österreichischer Hausangestellter. In Verbindung mit einem Arbeitsplatzmangel in ihrer Heimat führte dies dazu, dass zahlreiche österreichische Hausangestellte dem Ruf nach England folgten, wo fähiges Personal händeringend gesucht wurde.

Bereits in den 20er-Jahren konnten britische Arbeitgeber ein sogenanntes *domestic permit*, eine Arbeiterlaubnis speziell für Haushaltsgehilfen, nutzen, um ausländische Arbeitskräfte zu beschäftigen.

Um die Jahreswende 1938/39 begann die nationalsozialistische Regierung im Zuge der „Hausmädchen-Heimschaffungsaktion“, „arische“ Haushaltsgehilfen im Ausland zur Rückkehr ins Reich aufzufordern. Angesichts der Abwanderung dieser Arbeitskräfte und der zeitgleich immer drängender werdenden Bemühungen um Emigrationsmöglichkeiten seitens der jüdischen Bevölkerung des deutschen Reiches erklärte sich die englische Regierung bereit, Flüchtlingen aus Deutschland und dem annektierten Österreich die Einreise zu gewähren, sofern sie bereit waren, als Hausangestellte zu arbeiten. Die ihnen verliehenen *domestic permits*, die Einreise und Aufenthalt ermöglichten, schlossen eine Beschäftigung außerhalb des privaten Dienstbotensektors aus. Es waren bis auf wenige Ausnahmen Frauen zwischen 15 und 45 Jahren, die eine solche Genehmigung erhielten, da es für alle anderen in den englischen Haushalten wenig Verwendung gab. Aufgrund der erwähnten bestehenden Migrationsnetzwerke zwischen Österreich und England bildeten die österreichischen Jüdinnen den weitestgehend größten Anteil an dieser Gruppe.

Was B.s Buch besonders lesenswert

macht, sind ihre anschaulichen Beschreibungen der Lebensrealität der nach England entkommenen Jüdinnen. Die Tatsache, dass die Frauen oft ihre gesamte Familie in der Heimat zurücklassen mussten und es nur den allerwenigsten gelang, später ihre Kinder oder Ehemänner nachzuholen, stellte nur eines von zahlreichen Problemen dar, mit denen sie in der neuen Heimat zu kämpfen hatten. Viele von ihnen entstammten gehobenen sozialen Schichten und hatten keinerlei Erfahrung mit der Arbeit, die von ihnen erwartet wurde. Aber auch erfahrene Haushaltsgehilfinnen wurden durch ungewohnte Arbeitsabläufe, hierarchische Strukturen innerhalb der Haushalte und die Hürden der fremden Sprache vor Schwierigkeiten gestellt.

B. arbeitet zentrale Probleme heraus, die die Mehrheit der Emigrantinnen betrafen. Dazu gehörten die Gefahr, vom neuen Arbeitgeber ausgenutzt zu werden, die traumatische Erfahrung des Heimatverlustes, die Trennung von der Familie und die soziale Isolation in England. Das Buch berücksichtigt aber auch, dass die Erfahrungen der Emigrantinnen sehr unterschiedlich waren und letztlich vor allem von der individuellen Einstellung und Persönlichkeit der Frauen und ihrer neuen Arbeitgeber abhängen.

B. ist mit diesem hochinteressanten und vielschichtigen Porträt einer bisher wenig beachteten Gruppe von Emigrantinnen eine Studie gelungen, die anhand der Situation der jüdischen Dienstmädchen in England einen Eindruck von der Komplexität der Erfahrungen jüdischer Flüchtlinge im Exil vermittelt.

Barbara Winnenberg

Dittmar Dahlmann u. a. (Hrsg.): Zwangsarbeiterforschung in Deutschland. Das Beispiel Bonn im Vergleich und im Kontext neuerer Untersuchungen (Migration in Geschichte und Gegenwart, 4), Klartext Verlag, Essen 2010, 269 S.

„Die Geschichte der Zwangsarbeit im ‚Dritten Reich‘ kann inzwischen als gut erforscht gelten.“ Diesem ersten Satz der Einleitung zum vorliegenden Sammelbd. muss man nicht unbedingt zustimmen. Zweifellos hat die politische Entschädigungsdiskussion viele Impulse zur Erforschung der Zwangsarbeit geliefert, jedoch...

Der Bd. ist Ergebnis eines gemeinsamen Forschungsprojekts des Instituts für Geschichtswissenschaften der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und des Bonner Stadtarchivs, finanziell gefördert von der Stadt Bonn.

Auf breiter Quellenbasis und sehr detailliert werden von Albert S. Kotowski und Andrea Renner-Palat die Rekrutierung und Rechtssituation polnischer Zwangsarbeiter thematisiert. Pavel Poljakow untersucht die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter und bezieht dabei die schwindende Quelle der Erinnerungen ehemaliger Zwangsarbeiter ein. Manfred Grieger untersucht vor allem am Beispiel des NS-Vorzeigewerks Volkswagen die Verflechtung von Industrie und Zwangsarbeit, Uwe Kaminsky die Verquickung von Evangelischer Kirche und Zwangsarbeit. Am Beispiel Düsseldorfs zeigt Joachim Schröder die kommunale Verankerung von Zwangsarbeit.

Albert Eßer liefert einen umfassenden Überblick über Zwangsarbeiter und Zwangsarbeit in Bergisch-Gladbach.

Lediglich die Beiträge von Joachim Scholtyseck, Julia Hildt und Jolanta Altmann-Radwanska schildern konkret die Situation westeuropäischer, italienischer, sowjetischer und polnischer Zwangsarbeiter in der Stadt Bonn. So verdienstvoll die umfassende Auswertung territorial- und lokalhistorischer Forschung und umfassende Beleuchtung von Facetten der Zwangsarbeit in Bonn auch ist, das Buch hätte gewonnen, wenn man auch die einschlägigen Forschungsergebnisse aus den östlichen Bundesländern mehr zur Kenntnis genommen hätte, die ja ebenfalls Teil der „Zwangsarbeiterforschung in Deutschland“ sind. *Daniela Schnitter*

Ulrich Herrmann/Rolf-Dieter Müller (Hrsg.): Junge Soldaten im Zweiten Weltkrieg. Kriegserfahrungen als Lebenserfahrungen, Juventa Verlag, Weinheim-München 2010, 446 S., Abb.

Der Bd. basiert auf den Beiträgen einer Konferenz, die der Arbeitskreis für Historische Jugendforschung und das Militärgeschichtliche Forschungsamt mit dem Ziel vorbereiteten, eine Kriegsgeschichte „von innen“ zu konturieren. 16 durchweg gehaltvolle Studien und Analysen befassen sich demzufolge vorrangig mit verhaltens- und mentalitätsgeschichtlichen Problemen: „Was ging in den Soldaten vor? Welche Erlebnisse mussten sie verkraften? Welche Auswirkungen hatte dies auf ihr Verhalten und für ihr Selbstsein als Mensch, als Soldat? Wie haben sie dies artikuliert?“ (S.12) Um Antworten zu finden, wurden neben der wissenschaftlichen Literatur Autobiografisches wie Erlebnisberichte und Oral-History-In-

terviews, Tagebücher, Feldpostbriefe oder Erinnerungen, aber auch literarisch-künstlerische Arbeiten analysiert. Zugleich ergab sich aus der Beschäftigung mit diesem Material zwingend die Notwendigkeit offenzulegen, „wie man Soldaten macht“ (S.41).

In mehreren Beiträgen behandelt Ulrich Herrmann die kollektive und individuelle Extremerfahrung „Krieg“ erstmalig aus der Sicht der historischen Jugendforschung, die bislang vor allem „Normalbiografien“ untersuchte. Zwei Generationsgestalten benennend – die Flakhelfer und die eigentlichen jungen Soldaten –, beschreibt er Kriegsgeschichte als Prägungs- und Erlebnisgeschichte und versucht, Entwicklungen im Verhalten der Betroffenen zu erfragen. „Die Flakhelfer und jungen Soldaten der letzten Monate 1944/45 vor Kriegsende wussten, dass vorne schneller gestorben wurde, als hinten ausgebildet werden konnte.“ (S.37) Dass dennoch „Durchhalten“ dominierte, führt er auf die Wirkung der Propaganda, den hohen Stellenwert von Kameradschaft und auf die Angst vor der Gefangennahme zurück, sowie auf die verbreitete Ansicht, Töten sei ein Beweis der Überlegenheit. Dem Historiker stellt sich zwangsläufig die Frage nach Umständen, Zielen und Ergebnissen nationalsozialistischer Soldatenfabrikation, die auch mit Filmen wie „Die Kadetten“ betrieben wurde (Beitrag von Kurt Abels). H. geht in seinen Überlegungen u. a. von bereits vorliegenden Arbeiten zur Sozialisation in „kasernierter Vergesellschaftung“ aus, die er sowohl als Prozesse entindividualisierender Vergesellschaftung als auch als Vergemeinschaftung versteht. Er benennt die rigide Gehorsamserziehung durch Drill, Demütigung, Schi-

kane und Schockerfahrungen. H. verweist aber ebenso auf Gruppenbildung und Sinngewinnungen für Gemeinschaft, Kameradschaft, Kampfgemeinschaft, auf völkische bzw. antisemitisch-antibolschewistische Weltbilder und Ideen, vermittelt durch Befehle von höchster Stelle, die insbesondere an der Ostfront eine unfassbare Barbarisierung der Soldaten zur Folge hatten.

Tagebücher auswertend, beschäftigt sich Hannes Heer ausführlicher mit diesem Komplex. Den Seltenheitswert dieser Dokumente quellenkritisch anmerkend, sieht er in ihnen dennoch die einzig zuverlässigen Quellen, „die verstehen lassen, warum Millionen deutscher Soldaten zu überzeugten Tätern und bereitwilligen Helfern oder zu verzweifelten Zeugen wurden“ (S.138). Resümierend stellt er fest, dass es „an der ‚Ostfront‘ um mehr ging als um Reduzierung des Individuellen und Anpassung an die Kriegsmaschine, es ging darum, ein homogenes Gruppenindividuum mit der Bereitschaft zum Mord herzustellen“ (S.153). Die Aufzeichnungen liefern dafür manch schrecklichen Beweis. Aus einem Brief, der ihn 1995 im Zusammenhang mit der Wehrmachtausstellung erreichte, zitiert H. die Aussage: „80% haben alles mitgemacht, weniger als 1% haben sich geweigert und der Rest waren unsichere Kantonisten.“ (S.164) Für den Vf. hätten die Verweigerer das dominierende „demokratische Ferment“ in der späteren Bundesrepublik sein müssen. „Aber wie viele schafften es, im Klima einer rücksichtslosen ökonomischen Konkurrenz, eines skrupellosen politischen Opportunismus und der staatlich geförderten offenen Integration der Nazi-Eliten an ihren Idealen festzuhalten?“ (S.164) In diesem Klima

galten „Wehrkraftzersetzer“ und Deserteure als Vorbestrafte und Verräter. Erst seit den 90er-Jahren begann ihre schrittweise Rehabilitation dank engagierter Bemühungen kritischer Militärhistoriker wie Manfred Messerschmidt, Juristen wie Traugott Wulfhorst („Vom ‚jungen Soldaten‘ zum Revisionsrichter für Kriegsopferversorgung“) und Betroffener wie Ludwig Baumann. Im Verlaufe langer Auseinandersetzungen erfolgte 2002 (gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP) die Aufhebung sämtlicher Urteile gegen Wehrmachtsdeserteure, die nun endlich ihre Rehabilitation erreichen konnten – 200 haben sie noch erlebt. Mit dem Lebensweg eines Deserteurs befasst sich Magnus Koch, er fragt nach Handlungsmotiven und Männlichkeitsentwürfen. Mit Struktur- und organisationsgeschichtlichen Studien machen Andreas Kunz und Michael Buddrus auf weitere wichtige Sachverhalte aufmerksam. Anhand aussagekräftigen Zahlenmaterials weist Kunz nach, wie skrupellos das Nazi-Regime die Verlängerung seiner Herrschaft durch den Einsatz immer jüngerer Geburtsjahrgänge erreichen wollte. Kriegstauglichkeitsnormen wurden entschärft, die Ausbildungszeiten verkürzt. Das Offizierskorps wurde infolge der Verluste immer jünger, und auch im Ergebnis all dessen stiegen die Todeszahlen. Klaus Latzel („Töten und Getötet-werden“) bringt dazu folgende Angaben: „Insbesondere für die Jahrgänge 1921 bis 1925 stieg die Todesquote mit jedem Jahrgang, von 27,3% auf 35,5%, die höchste verzeichnete der Jahrgang 1927 mit 38,4%.“ (S.116) Auch Buddrus bestätigt dies. In seinem kenntnisreichen Beitrag legt er dar, wie die Hitlerjugend und ihre Führung im letzten Kriegsjahr junge Men-

schen militarisierten – mit Ausweitung der vormilitärischen Ausbildung, „verbrecherischer Funktionalisierung“ des jugendlichen Idealismus, Präsentation des Krieges als „Kräftemessen quasi-olympischen Zuschnitts“, Propagierung des Krieges als Normalzustand des Kampfes ums Dasein, Aufrufen zu kämpferischem Einsatz und Opferbereitschaft. Wichtig ist sein Hinweis, dass die noch im März 1945 vor allem von Bormann geplanten Werwolfseinheiten über ein provisorisches Stadium nicht hinaus kamen. Komplettiert wird dieser Themenkomplex durch Jens Eberts Dokumentation über Feldpostbriefe aus Stalingrad und durch einen Aufsatz von Rüdiger Overmans. Hinterfragt Overmans vor allem die Erfahrungen junger Soldaten in russischer oder amerikanischer Gefangenschaft (darunter Messerschmidt), so verdeutlicht Ebert die Extremsituation der Eingeschlossenen von Stalingrad anhand von Beute-Briefen aus russischen Archiven und Sammlungen des Feldpost-Archivs der TU Berlin. Auch noch in dieser Lage, so Ebert, wollten sich die Soldaten als „ganze Kerle“ erweisen. In der Endzeit des Kessels wurden ihre Schilderungen realistischer und skeptischer.

Lothar Hilbert und Ulrich Herrmann befragten Spätabiturienten sowie westdeutsche Prominente zu ihrer Nachkriegsentwicklung, darunter Erhard Eppler und Hartmut von Hentig. Ostdeutsche kommen nicht vor. Immerhin stellt Alexander von Plato in seinem Beitrag über generationelle Erfahrungszusammenhänge auch Interviews ostdeutscher Provenienz vor. Den Abschluss bildet eine sehr lesenswerte Studie von Ulrich Linse, der sich mit hundert Jahren deutschen Heldenkults am

Beispiel der Gefallenen-Denkmäler im „Lichthof“ der Ludwig-Maximilians-Universität München auseinandersetzt. Er gelangt zu dem Ergebnis, dass der Totenkult stets als Basis für „die Legitimierung bestimmter politischer Ordnungsentwürfe der Lebenden“ (S.380) genutzt wurde. Als geistige Legitimation wird seit Ende der 50er-Jahre auch die „Weiße Rose“ gelegentlich im universitären Bereich und darüber hinaus in Anspruch genommen, eine Umbenennung in Geschwister-Scholl-Universität gelang indes in München nicht. – Alles in allem eine Publikation, der nicht nur Leser aus wissenschaftlichen Kreisen zu wünschen sind.

Evemarie Badstübner

Rudolf Boch/Rainer Karlsch (Hrsg.): Uranbergbau im Kalten Krieg. Die Wismut im sowjetischen Atomkomplex, Bd. 1: Studien, Bd. 2: Dokumente, Ch. Links Verlag, Berlin 2011, 699, 386 S., Abb.

Die Wismut AG – der Name sollte ihren eigentliche Existenzgrund, den Uranerz-Abbau, verschleiern – wurde im Mai 1947 als Zweigstelle der in Moskau beheimateten Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG) der Buntmetallindustrie gegründet. Die „Zweigstelle“ mit Schächten im Erzgebirge und später auch in Ostthüringen befand sich zunächst in Aue und später in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt). Das Unternehmen wuchs rasch zum größten Produktionsbetrieb innerhalb der DDR heran. Ursache für die rasche Ausdehnung der Wismut war, dass die UdSSR Uran dringend benötigte, um das Atombombenmonopol der zum Gegner im Kalten Krieg mutierten USA zu brechen.

Zwar gab es Uranerzvorkommen auch in der Sowjetunion, ihre Erschließung in entlegenen Regionen erwies sich jedoch als sehr kostspielig und zeitaufwendig. Anfang der 50er-Jahre erzeugte die Wismut 59 Prozent des Urans im Osten, deutlich mehr, als die sowjetischen, tschechoslowakischen, ungarischen, bulgarischen Standorte zusammen liefern konnten. 1952 überholte die Wismut AG die Uranerzförderung von Belgisch-Kongo, dem wichtigsten Rohstofflieferanten für die US-Nuklearindustrie, und rückte damit an die erste Stelle aller Uranproduzenten in der Welt.

1954 wurde die Wismut in eine Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) umgewandelt. Die Bedeutung des erzgebirgisch-thüringischen Uranbergbaus ging mit der Zeit zurück. 1960 entfielen auf die SDAG nur noch 36 Prozent des der Sowjetunion zur Verfügung stehenden Uranaufkommens, 1970 waren es 34 Prozent und 1980 21 Prozent. Ab dem Frühjahr 1989 wurden die Aktivitäten der Wismut wegen sinkender Nachfrage nach Uran deutlich zurückgefahren, ein Prozess, der – wie Michael Meissner in seinem Beitrag über die letzten Jahre der Wismut berichtet – im Wendejahr 1990 zum Abschluss kam. 1991 beendete die SDAG Wismut ihre Tätigkeit. Bei der bis heute bestehenden Wismut GmbH handelt es sich um ein bundeseigenes Unternehmen, zu dessen wichtigsten Aufgaben die Abwicklung der Wismut-Betriebe und die Sanierung der Altlasten gehörten.

Das bis Mitte der 80er-Jahre kriegswichtige Wismut-Unternehmen war von der Gründung bis zur Abwicklung weitgehend von der Außenwelt abgeschottet. Über das Innenleben des Be-

etriebes sickerten nur spärliche Informationen in die Außenwelt. Die Geheimhaltung ließ Gerüchten und Mutmaßungen umso mehr Raum. Erst nach der Wende erschienen in rascher Folge auf DDR-Archivmaterialien beruhende Aufsätze und Bücher zur Geschichte der Wismut. Zu den Protagonisten der historischen Wismut-Forschung gehört seit Mitte der 90er-Jahre Rainer Karlsch, einer der beiden Hrsg der vorliegenden Veröffentlichung.

Worum geht es bei dieser bisher umfangreichsten Publikation zum ostdeutschen Uranbergbau? Nach dem Willen der Hrsg. sollte sie sich insbesondere denjenigen Themenfeldern widmen, die zuvor noch nicht oder erst in Ansätzen untersucht werden konnten, wie z. B. die Bedeutung der Wismut AG im sowjetischen Atombombenprojekt, der Stellenwert des Unternehmens im Kalten Krieg, das im Uranbergbau herrschende Sicherheitsregime, der Umgang mit den Strahlenrisiken, die Rolle der SED im Unternehmen, die Ausgestaltung der betrieblichen Sozialleistungen, das Alltagsleben der sowjetischen Spezialisten und Militärs bei der Wismut, die Frauenbeschäftigung sowie die identitätsstiftenden Wirkungen von Kultur und Sport. Den Hrsg, selbst Autoren von Beiträgen, ist es im Rahmen eines 2008 an der Technischen Universität Chemnitz begonnenen Forschungsprojektes gelungen, für offene Fragen in der Forschung um die Wismut kompetente Autoren zu gewinnen. Bei der Mehrzahl von ihnen handelt es sich um gestandene, durch eine Vielzahl von Publikationen bekannte Historiker, Sozial- bzw. Wirtschaftshistoriker. Zwei von ihnen stammen aus der Sowjetunion bzw. Russland. Die Autoren waren in der Lage, die Vorgaben

der Hrsg. in insgesamt 14 sehr soliden Beiträgen zu realisieren. Sie behandeln die Wismut aus dreierlei Perspektiven: von der Seite der sowjetischen Leitung her, aus der der ostdeutschen Politiker und Wirtschaftsfunktionäre sowie aus der Sicht der Mitarbeiter der Bergbaubetriebe und der zur Wismut gehörigen Dienstleistungsunternehmen. In Kooperation mit russischen Historikern gelang es, bislang unzugängliche bzw. noch nicht genutzte Quellenbestände in russischen Archiven einzusehen. Zu den meisten für die Thematik relevanten russischen Archiven bestand unbeschränkter Zugang, was den Dokumentenbd. ebenso wie Beiträge – so den von Wladimir W. Sacharow „Uran für das strategische Gleichgewicht“ bzw. von Tatiana Timofeewa über die bei der Wismut beschäftigten Russen „Fremd bei ‚Freunden‘“ – erst möglich gemacht hat.

Die Beiträge sind zeitlich im Umfeld der politisch immer wieder kampagneartig geförderten „Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ entstanden. Die Hrsg. und Autoren beider Bde. über die Wismut haben die bei der Behandlung der DDR als „zweite deutsche Diktatur“ üblich gewordenen Einseitigkeiten vermieden, obwohl das Thema dazu verleiten könnte. Was man hier gern vermisst, ist der charakteristische „Tunnelblick“ auf die DDR und ihre Institutionen. Gerhard Barkleit, der in seinem Aufsatz „Sonderzonen“ über das Sicherheitsregime bei der Wismut berichtet, vergisst nicht einen diesbezüglichen Blick auf das US-amerikanische „Manhattan-Projekt“ zu werfen. K. vergleicht unter dem Titel „Das Erz des Kalten Krieges“ den Uranerzbergbau in West und Ost und stellt fest, dass eine Vernachlässigung des Strah-

lenschutzes aus unterschiedlichen Motiven und in unterschiedlichem Ausmaß auf beiden Seiten zu beobachten war. Aufschlussreich ist auch der Vergleich zum jeweiligen Arbeitsregime der Uranproduzenten der realsozialistischen Länder. Während in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien lange Zeit Zwangsarbeit vorherrschte, konnte sich bei der Wismut AG nach kurzer Zeit ein Betriebsregime entwickeln, das weniger auf Zwang als auf ein ausgeklügeltes System von Leistungsanreizen setzte. Diese rasche „Entsowjetisierung“ entsprang der Einsicht der Besatzungsmacht, dass ein GULAG-System in Ostdeutschland, aufgrund der durch die offene Grenze Richtung Westen vorhandenen Fluchtmöglichkeiten, nicht funktionieren würde.

Die meisten Autoren waren bestrebt, für das jeweils von ihnen behandelte Thema die Entwicklung in der Wismut in den DDR-Zusammenhang zu stellen. Hervorragend ist dies Elke Scherstjanoi in ihrem auf Befragungen von weiblichen Mitarbeitern der SAG bzw. SDAG Wismut basierenden Beitrag „Frauen-Erwerbsarbeit und Emanzipation in den Bergbaukreisen“ gelungen, bemerkenswert in dieser Hinsicht auch Burghard Cieslas Darstellung der Sonderrolle der Gebietsparteiorganisation Wismut innerhalb der SED.

Die im Dokumentenbd. enthaltenen (vielfach seinerzeit geheimen) Befehle, Abkommen, Planungsunterlagen und Berichte sind ebenso wie Briefe und Auszüge aus intern gehaltenen Reden sowohl chronologisch – unterteilt in die Zeiträume 1946 bis 1953 und 1954 bis 1990 – als auch sachlich geordnet. Sie geben für die Wismut Auskunft über Uranerzsuche und Arbeits-

kräftegewinnung, über Gesundheitswesen, Arbeits- und Strahlenschutz ebenso wie über Parteiarbeit und Propaganda, Kaderpolitik und Kulturpolitik, materielle Versorgung und finanzielle Leistungsanreize.

Dank der Vermeidung jeglicher Engstirnigkeit bei der Behandlung der Thematik sind die beiden Bde. mehr als ein Beitrag zur Betriebs- bzw. Regionalgeschichte. Durch ihre Verknüpfung mit der DDR-Geschichte generell und die vorgenommenen Ost-Ost- und Ost-West-Vergleiche verfügt die Publikation über eine ausgeprägte makrohistorische Dimension.

Jörg Roesler

Anja Ingenbleek: Die britische Gewerkschaftspolitik in der britischen Besatzungszone 1945-1949 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 84), Klartext Verlag, Essen 2010, 583 S.

Die überarbeitete Dissertation von Ingenbleek aus dem Jahre 2008 stützt sich auf umfangreiche Archivstudien – besonders hervorzuheben die Nutzung der Akten der britischen Kontrollkommission in Deutschland (CCG/BE), die bis 1992 von einer Projektgruppe unter Leitung des Deutschen Historischen Instituts, des Bundesarchivs Koblenz und des Hauptstaatsarchivs Hannover erschlossen, geordnet und inventarisiert worden sind.

Während der überwiegende Teil bisheriger Arbeiten, die sich mit der Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone (BBZ) beschäftigen, vorrangig auf deutschem Quellenmaterial fußt, das aber offensichtlich oft lückenhaft überliefert ist, ermöglicht

die Auswertung der sehr dichten, gehaltvollen und komplexen britischen Überlieferung detaillierte Einblicke in Planungen, Entscheidungsfindungen, Kontroversen und Umsetzungen der britischen Besatzungs- und damit auch Gewerkschaftspolitik in der BBZ.

Die Darstellung besteht – neben Einleitung und Schluss sowie einem Anhang – aus fünf thematisch gegliederten Teilen: In den beiden ersten werden Rahmenbedingungen, Planung und Organisation der britischen Deutschland- und Besatzungspolitik und in diesem Kontext der Gewerkschaftspolitik herausgearbeitet; dann geht es um Organisation, Kompetenzverteilung und Personal; es folgt die Untersuchung des britischen Einflusses einmal auf den gewerkschaftlichen Organisationsaufbau und letztendlich auf Funktionen und Aufgabenstellungen der Gewerkschaften in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in der BBZ. Dabei kommt es zu Wiederholungen und zu Redundanzen.

Bei den Rahmenbedingungen hebt I. zwar das „Primat gemeinsamer alliierter Deutschlandpolitik“ verbunden mit einer Konfliktvermeidungsstrategie hervor, lässt jedoch die Ziele dieser gemeinsamen Politik weitgehend im Dunkeln und betont dagegen die Divergenzen. Es gab aber einen weitgehenden alliierten Grundkonsens über Bestrafung der Schuldigen, Entnazifizierung und Demokratisierung, der auch solche Maßnahmen wie die Enteignung des Großgrundbesitzes und der Nazi- und Kriegsverbrecher einschloss. In diese Richtung zielten auch die programmatischen Vorstellungen in Deutschland und im Exil über die Rolle der Gewerkschaften in Nachkriegsdeutschland. An den damit verbundenen alternativen Entwicklungsansätzen und -pers-

pektiven schreibt I. jedoch vorbei und bruchlos auf die Bundesrepublik zu. Ihre detailreiche Behandlung der britischen Planungen und Vorbereitungen auf die Deutschland- und Besatzungs- sowie insbesondere auf die Gewerkschaftspolitik erfolgt aus einem engeren gewerkschaftspolitischen Blickwinkel.

Dabei wird ebenfalls nicht deutlich, dass die für die Anfangszeit stark restriktiven britischen – und analog US-amerikanischen – Konzepte (SHAEF-Richtlinien), erklärlich durch das begründete Misstrauen gegenüber den Deutschen, die in ihrer Mehrheit Hitler bis „5 Minuten nach 12“ gefolgt waren, durch die Potsdamer Beschlüsse, wie John Gimbel hervorgehoben hat, einer Teilrevision unterzogen und praktikabel gemacht wurden. Auch waren die Berührungspunkte zwischen westalliiertem und sowjetischem Vorgehen und damit die Möglichkeiten der Einigung über ein Gewerkschaftsgesetz im Kontrollrat größer als I. einschätzt. Denn ihr entgeht, dass es in der von ihr weitgehend ignorierten SBZ zunächst eine duale Entwicklung von Betriebsräten und Gewerkschaften gab und ein interzonaler Brückenschlag möglich schien. Offensichtlich wurde das sowohl von britischer wie auch amerikanischer Seite ebenso eingeschätzt, denn nur so lassen sich deren Vorschläge interpretieren, wegen der französischen Obstruktionspolitik auf eine dreiseitige Regelung – wie auch schon bei der Bildung von Zentralverwaltungen vorgeschlagen – zuzusteuern, was allerdings sowjetischerseits abgelehnt wurde. So blieb es beim Betriebsrätegesetz des Alliierten Kontrollrates, das die Betriebsräte auf die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften verpflichtete und damit kontrollierbar machen sollte.

Der Gewerkschaftsentwicklung in der BBZ wurde ein Drei-Phasen-Modell auferlegt, und es kam zunächst zu einer starken Regionalisierung mit signifikanten Unterschieden, was an den Fallbeispielen Nordrhein-Provinz, Hannover-Region und Hamburg dargelegt wird. Durch eine restriktive Anwendung des Drei-Phasen-Modells setzte die CCG – orientiert am Vorbild der Gewerkschaftsbewegung im eigenen Land – eine Abkehr von der deutscherseits angestrebten Bildung zentral organisierter Einheitsgewerkschaften zugunsten des Industrieverbandsprinzips durch. Sie unterstützte aber die deutschen Bestrebungen in Richtung auf die Herstellung einer überparteilichen und überkonfessionellen Gewerkschaftseinheit mit der die gewerkschaftliche Zersplitterung der Weimarer Republik überwunden werden sollte. Dies führte zur Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) der BBZ im April 1947. Seine programmatischen Zielvorstellungen wiesen über die gewerkschaftliche Interessenvertretung im engeren Sinne hinaus auf Sozialisierung der Schlüsselindustrien, Wirtschaftsplanung und erweiterte Mitbestimmung, was dann nochmals im DGB-Programm von 1949 erhärtet wurde. Dies blendet I. allerdings weitgehend aus. Auch bei der Behandlung der Hungerstreiks im Frühjahr 1947 in der BBZ bleibt unerwähnt, dass die Gewerkschaften in den riesigen Demonstrationen ihre Forderungen nach besserer Versorgung zugleich mit der Losung „Die Gruben in des Volkes Hand“ verknüpfen.

Man erfährt nichts über die seit Ende 1946 offiziell verkündete und betriebene (erst Ende Sommer 1947 auf US-Druck preisgegebene) britische Sozialisierungspolitik in ihrer Wechselbezie-

hung zur britischen Gewerkschaftspolitik in der BBZ.

Zwar stellt I. fest, dass der Versuch, das britische Gewerkschaftsmodell zu übertragen, letzten Endes scheiterte, denn der DGB hielt an seiner Forderung nach erweiterter Mitbestimmung fest und bekundete dies auch nachdrücklich mit dem Generalstreik vom November 1948. Doch durchsetzen konnte er diese Forderungen nicht, erreichte später mit der Mitbestimmung in der Montanindustrie jedoch einen Teilerfolg. Die britische Gewerkschaftspolitik lief letzten Endes darauf hinaus, die Rolle der Gewerkschaften auf ihre betrieblichen und tariflichen Aufgaben zu beschränken und die anfänglich gewährten Vertretungsrechte der Gewerkschaften im Zonenbeirat und anderswo wieder einzuschränken. Sie erhielten weder im bizonalen Wirtschaftsrat noch dann im Parlamentarischen Rat ein Vertretungsrecht. Bleibt festzuhalten, dass es sich um eine umfängliche Darstellung der britischen Gewerkschaftspolitik in der BBZ mit viel Neuigkeitswert im Detail handelt, die allerdings durch Straffungen gewonnen hätte und die außerdem durch das Ausblenden wichtiger Fragenkomplexe an Wert verliert.

Rolf Badstübner

Martin Schulze Wessel/Christiane Brenner (Hrsg.): Zukunftsvorstellungen und staatliche Planung im Sozialismus. Die Tschechoslowakei im ostmitteleuropäischen Kontext 1945-1989. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 22. bis 25. November 2007 (Bad Wiesseer Tagungen des Collegium Carolinum, 30), Oldenbourg Verlag, München 2010, VI, 346 S.

Die Publikation enthält 17 Beiträge deutscher und tschechischer Autoren, geordnet in einem Einleitungskomplex sowie vier Themengruppen. Der Bd. widmet sich der in der Historiografie bisher selten bearbeiteten Thematik des staatlichen sozialistischen Wirtschaftsmodells. Ausgangspunkt sind u. a. Betrachtungen zu den marxistisch-leninistischen Zukunftsvorstellungen seit 1917. Nach wissenschaftlichen Kriterien werden verschiedene sozio-ökonomische bzw. gesellschaftliche Probleme des Realsozialismus untersucht. Hierzu gehören Zukunfts- und Planvorstellungen im wirtschaftlichen Bereich (S.47f.), die Theorie von der Schaffung eines „neuen Menschen“ (S.63f.), Großprojekte des kommunistischen Aufbaus (S.115f.), die kulturelle Umgestaltung auf dem tschechischen Lande (S.205f.) sowie Fragen der Gestaltung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit der ČSSR und der DDR (S.219f.). Die Vf. gehen an ihre Themen unterschiedlich heran. Zumeist werden theoretische Erwägungen hinsichtlich des sowjetischen Modells als Muster zur Umgestaltung der Gesellschaft und Wirtschaft nach 1917 im Vergleich zur Lage in der Nachkriegs-ČSR behandelt.

Der Einführungsbeitrag von Schulze Wessel (S.1-18) beschäftigt sich historisch vergleichend mit den Visionen der zu errichtenden kommunistischen Gesellschaft in der UdSSR und in der Tschechoslowakei. Die durch Stalin vermittelte Vorstellung, der Sozialismus habe – nach mehreren 5-Jahrplänen – Mitte der 1930er-Jahre in der Sowjetunion gesiegt, kollidierte mit den von den führenden Kommunisten in den ostmitteleuropäischen „Volksdemokratien“ vertretenen Auffassungen von der zeitlichen Verschiebung des

sozialistischen Endziels. Der zu erreichende Kommunismus wurde, wie Stefan Plaggenborg hinsichtlich des Zeitverständnisses in den sozialistischen Staaten bis weit nach den 1950er-Jahren feststellt, in eine fernere Zukunft verlagert. Das führte zur Fragestellung, inwieweit die Übernahme des Gesellschaftsmodells sowjetischen Typs nach 1945 in den europäischen sozialistischen Staaten nicht schon im Ansatz das Scheitern in sich trug (S.19f.).

Da es sich bei der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg um ein wirtschaftlich hoch entwickeltes, exportorientiertes Land auf dem Niveau etwa Österreichs oder der Schweiz handelte, führte z. B. die Umsetzung des stalinistischen Grundsatzes der vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie, der im damals rückständigen Russland sinnvoll war, im Falle der ČSR zur wirtschaftlichen Deformation (S.12). Der Einsatz der Finanzmittel zugunsten der extensiv erweiterten Schwerindustrie brachte einen Verfall der Konsumgüterproduktion mit sich (S.188f.). Einige Beiträge behandeln die Herausbildung der Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild und die Ausprägung von Mobilisierungs- und Motivationsstrategien für die Arbeiter durch die kommunistischen Parteien. Vom Bild des für die „Großprojekte des Sozialismus“ in den 1950er-Jahren propagierten muskelbepackten Arbeiters als „Ikone“ des Aufbaus (S.14) führt eine Wandlung hin zum Typ des wissenschaftlich gebildeten Technikers und Computer-Fachmanns der 1970-/80er-Jahre (S.155).

Die Vf. verzichten in wohlthuender Weise auf die seit 1989 oft praktizierte platte Ablehnung der sozialistischen staatlichen Lenkung der Ökonomik durch eine gewisse Historiografie. Jaro-

mír Balcar und Jaroslav Kučera weisen darauf hin, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die Einführung der Planwirtschaft in der Tschechoslowakei „euphorisch begrüßt“ wurde, da man sich – noch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen – von einer zentral gelenkten Wirtschaft die Ausschaltung der negativen kapitalistischen Erscheinungen wie Krisen, Arbeitslosigkeit usw. versprach (S.188).

Nach Anfang der 1960er-Jahre zeigten bemerkenswerterweise westliche Wirtschaftsfachleute Interesse an einem „Systemvergleich zwischen Marktwirtschaft und zentraler Planwirtschaft“ zwischen den sozialistischen Staaten und europäischen kapitalistischen Ländern mit ähnlichem Entwicklungsstand. Es wurden bestimmte Potenzen, die der staatlichen Leitung für Wirtschaftswachstum innewohnten, erkannt, um sie gegebenenfalls zu nutzen. Jedoch wandte die ČSSR immer mehr Mittel für den Faktor Arbeit auf (S.188).

Die Phase der zentralen Planwirtschaft nach den 1960er-Jahren, die nun wichtige Reformen benötigte, wurde durch verstärkte Eingriffe der politischen und staatlichen Führungsorgane in den wirtschaftlichen Kreislauf behindert. Dies beeinträchtigte blockierend die Forschung zur ökonomischen Gesellschaftsprognose und betraf in den 1970-/80er-Jahren die Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Planwirtschaft geriet auf einen geschichtlich absteigenden Pfad. Als sich in den 1980er-Jahren die globale Anpassung der Weltwirtschaft entwickelte, betrieben die politischen und ökonomischen Führungskräfte in den sozialistischen Ländern weiterhin eine Abgrenzungspolitik. Gorbatschow

erkannte zwar die Notwendigkeit von Reformen und hob mit seinem Credo vom „gemeinsamen europäischen Haus“ die Bedeutung übergreifender Zusammenarbeit und Kontakte bei der Bewältigung der veränderten industriell-technischen Bedingungen hervor. Doch der Zeitverlust für eine Reformpolitik, wie er in den osteuropäischen Ländern durch die Abgrenzungsstrategie eingetreten war, war nicht mehr aufzuholen und lief auf die bekannte Krisensituation der staatlich gelenkten und restriktiv gehandhabten Wirtschaftsleitung hinaus (S.188).

Die Publikation liest sich anregend. Jedoch ist zu fragen, weshalb die Vf. durchgehend das große Thema der während der Jahre des Kalten Krieges praktizierten Politik des wirtschaftlichen Boykotts und Embargos der westlichen Staaten gegen die osteuropäischen Länder nicht berücksichtigten, denn diese war gezielt auf Schädigung der realsozialistischen Volkswirtschaften angelegt. Kritisch zu sehen ist die abschätzigste Bewertung kultureller Veränderungen auf dem tschechischen Dorf, die Jiří Knapík im Kontext mit der Genossenschaftsbildung auf dem Lande vornimmt (S.205).

Wissenschaftlich interessant sind die Beiträge von Gereon Uerz und Christian Domnitz, die sich theoretischen Problemen, wie dem gesellschaftlichen Begriff des Zukünftigen bzw. der Utopie u. a. bei Marx und Engels (S.45f.) sowie der realsozialistischen Europauffassung widmen (S.285f.).

Im Beitrag von Helena Srubar (S.305-334) fehlt der Humor nicht, wenn sie beschreibt, wie typische Verhaltensweisen des „kleinen tschechischen Menschen“ in einer satirischen Fernsehserie der ČSSR „durch das beliebte tschechi-

sche Gestaltungsprinzip [...] des gesunden Menschenverstandes“ im „alltäglichen“ Sozialismus charakterisiert wurden (S.306). *Veronika Arndt*

Volker Zimmermann: Eine sozialistische Freundschaft im Wandel. Die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und der Tschechoslowakei (1945-1969), (Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa, 34), Klartext Verlag, Essen 2010, 639 S.

Die vorliegende Studie (zugleich Habilitationsschrift 2005) setzt sich zum Ziel, „die Beziehungen zweier sozialistischer Staaten auf verschiedenen Ebenen zu beleuchten, um ihre Bedingungen zu eruieren, ihre Komplexität zu erassen und ihre verschiedenen Entwicklungsphasen nachzuvollziehen“ (S.11). Über 25 Jahre hinweg beleuchtet der Autor „dieses Experiment sozialistischer Außenpolitik“ (ebenda). Die „Tiefenstruktur der Beziehungen im östlichen Lager“ wird zurecht als bisher kaum erforscht charakterisiert (S.29). Auch die Möglichkeiten und Grenzen „sozialistischer Brüderlichkeit“ gelte es weiter auszuloten.

In sieben Kapiteln beschreibt der Vf. das konfliktreiche Mit- und Gegeneinander der beiden Nachbarstaaten auf politischer, diplomatischer, kultureller und gesellschaftlicher Ebene, das sich bis hinein ins Alltagsleben seiner Bürger erstreckte. Als quasi Dritter im Bunde befanden sich auch der westdeutsche Staat und seine Bürger im Beziehungsgeflecht, wachte doch die DDR-Seite z. B. argwöhnisch über tschechoslowakisch-bundesdeutsche Kontakte. Hervorzuheben ist der quel-

lenmäßig schwierige Versuch des Autors, auch das Wirken nichtstaatlicher Akteure, wie Jugend- und Gewerkschaftsverbände, Betriebe, Institutionen und Kommunen aufzuzeigen.

Besonders aufschlussreich ist die Vorgeschichte von 1968, als Kontakte auf allen Ebenen eingefroren bzw. zurückgefahren wurden. Die Besetzung der Tschechoslowakei weckte in der dortigen Bevölkerung starke historische Assoziationen zum Münchner Abkommen 1938. Tiefe Enttäuschung und Misstrauen erschwerten jahrelang die Reaktivierung abgebrochener Beziehungen, die in der Regel erst mit „neuen“ Personen zustande kam.

Ein Exkurs beschäftigt sich mit Geschichtsbildern und den konfliktreichen Beziehungen der Historiker in beiden Staaten, ein weiteres Kapitel bezieht die polnische Außenpolitik ein, ein Fazit weitet den Blick auf außenpolitische Handlungsspielräume und -grenzen im sozialistischen System generell. Umfangreiche Register beschließen den Bd. *Daniela Schnitter*

Siegfried Bock/Ingrid Muth/Hermann Schwiesau (Hrsg.): DDR-Außenpolitik. Ein Überblick – Daten, Fakten, Personen (III), (Reihe Politikwissenschaften, 173), LIT Verlag, Berlin 2010, 388 S.

Dieser dritte Bd. zur DDR-Außenpolitik beinhaltet neben dem Versuch einer außenpolitischen Gesamtbilanz und 15 Beiträgen zur Zeit zwischen „Aufbruch“ und „Umbruch“ (Herbst 1989 bis 1990) eine Zeittafel zur Außenpolitik der DDR, Übersichten über die Auslandsvertretungen der DDR und ihre Leiter sowie über

die Minister, Staatssekretäre und Botschafter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) und ist in diesem Sinne ein wertvolles Handbuch und Nachschlagewerk. Die Mitarbeiter des Bd. sind Diplomaten und Politikwissenschaftler.

Den Versuch, die Außenpolitik der DDR zu bilanzieren, unternimmt Siegfried Bock. Er geht von der komplizierten Anfangszeit aus, da die DDR von Beginn an in Blockstrukturen eingebunden war und bis in die frühen 70er-Jahre nur mit etwa zwei Dutzend Staaten normale diplomatische Beziehungen unterhielt. Der Moskauer Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD von 1970 habe der DDR einerseits die Normalisierung der internationalen Beziehungen ermöglicht, andererseits der BRD einen uneinholbaren Vorsprung (u. a. mit dem Offenlassen der deutschen Frage durch die Annahme des Briefes zur deutschen Einheit) belassen. Ohne die Sicherheitsgarantie der Sowjetunion und ihren militärischen Beistand hätte die DDR nicht bestehen können (S.13). Deshalb seien Ende der 80er-Jahre viele westeuropäische Länder der Auffassung gewesen, dass die Sowjetunion die DDR nicht so einfach preisgeben wird. Der Autor verschweigt nicht Fehler und Schwächen der DDR-Außenpolitik, hebt aber auch deren Leistungen hervor. Die de Maizière-Regierung habe einen radikalen Bruch auch in der Außenpolitik vollzogen und darauf verzichtet, Empfehlenswertes aus den Beziehungen der DDR zu anderen Staaten zu übernehmen.

In den folgenden Beiträgen bieten die Autoren ein weit gefächertes Bild der Außenpolitik im letzten Jahr des Bestehens der DDR von den Beziehungen

zu den unmittelbaren Nachbarn Polen und ČSSR über die Zusammenarbeit mit Jugoslawien, Schweden, Ungarn, Israel, Namibia und Venezuela bis zu den Zwei-plus-vier-Gesprächen und den Verhandlungen zur Abrüstung konventioneller Streitkräfte in Europa. Deutlich wird in fast allen Abhandlungen, dass eine Übernahme von DDR-Diplomaten durch das Auswärtige Amt der BRD nicht gewünscht war. Besonders eindrucksvoll schildert das Edgar Röder (S.88). Interessant sind auch Ausführungen zu Gesprächen zwischen den Generationen der Mitarbeiter in den Botschaften: Wie weiter? (S.71, 82).

In manchen Darlegungen wird die schwankende, zum Teil unklare Position der Sowjetunion mit ihren neuen Aspekten in der Deutschlandpolitik herausgestellt. Sehr eindringlich zeigt das Hermann Schwiesau mit dem Beispiel, als Staatssekretär Herbert Krolikowski in einem Gespräch mit dem Gesandten der Botschaft der UdSSR Igor Maximyschew im August 1988 sagt: „Wir bitten Euch nur um eines – uns zu sagen, was ihr mit uns vorhabt.“ (S.55) In den Auslandsvertretungen einiger Länder wird im letzten Jahr der DDR eine gewisse Orientierungslosigkeit konstatiert (S.58, 71). Anzumerken ist, dass die letzten Volkskammerwahlen in der DDR nicht vom 26. Mai 1990, sondern vom 6. Mai auf den 18. März vorgezogen wurden (S.63).

Hans Voß belegt in seinem Beitrag zu den Zwei-plus-vier-Gesprächen, dass die DDR praktisch überflüssig war. Die BRD und die USA setzten fast alle ihre Vorstellungen durch. Es sei aber nicht auf das Unvermögen der einen Seite, sondern auf hemmungsloses Machtstreben der anderen Seite zurückzu-

führen (S.44), dass die Außenpolitik der DDR sang- und klanglos die Segel strich. Die Modrow-Initiative „Für Deutschland, einig Vaterland!“ wird vielfach recht kritisch gesehen (S.64, 71, 76, 105) und als Selbstaufgabe der DDR bezeichnet. Mit der Streichung der führenden Rolle der SED aus der DDR-Verfassung am 1. Dezember 1989 sei das staatsrechtliche Grundprinzip als Wesensmerkmal der DDR aufgehoben worden (S.104).

Den größten Umfang im Bd. nimmt die Zeittafel zur Außenpolitik der DDR 1949 bis 1990 ein. Dabei wird zum besseren Verständnis vieler nachfolgender Aktivitäten der Blick auch auf die vier Jahre 1945 bis 1949 gerichtet. Bei der Übersicht über die Auslandsvertretungen der DDR und ihre Leiter bleiben bei einigen Staaten Fragen offen, wenn „Lücken“ auftauchen, weil keine Botschafter genannt werden (Djibouti, Gabun, Samoa) oder die Information nicht bis 1990 weitergeführt wird (Grenada, Kenia). Hier hätte man sich erklärende Fußnoten wie zum Beispiel bei Sambia oder Sansibar und Pemba (S.273) gewünscht. Ebenfalls ein interessantes Nachschlagematerial bieten die biografischen Angaben zu mehr als 300 Ministern, Staatssekretären und Botschaftern des MfAA, wobei die Gewichtung nicht immer gerechtfertigt scheint (z. B. Melcher und Radzimanowski). Bei Werner Dordan (S.300) fehlt leider das Geburtsjahr. Die Autoren nennen die von ihnen genutzten Nachschlagewerke und Quellen und erklären, dass sie für jeden Hinweis dankbar sind, der die Angaben ergänzt oder berichtigt. Die vielen Statistiken, Namen und Daten sind ein unbestreitbarer Vorzug dieses Bd., der immer wieder zum Blättern einlädt. Ein Abkürzungsverzeich-

nis, Hinweise auf weiterführende Literatur und biografische Angaben zu den Mitarbeitern vervollständigen den Bd.

Joachim Eichler

Heinz Keßler/Fritz Streletz: Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben.

Zwei Zeitzeugen erinnern sich, edition ost im Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2011, 220 S., Abb.;

Wolfgang Scheler/Rolf Ziegenbein (Red.): Grenzschutz und Grenzregime an der deutsch-deutschen Grenze. Standpunkte zu einer andauernden Kontroverse, Dresdener Studien-gemeinschaft Sicherheitspolitik (DSS-Arbeitspapiere, 103), Dresden 2011, 108 S.

Der 50. Jahrestag des sogenannten Mauerbaus war für Keßler und Streletz Anlass, die historischen Ursachen, Zusammenhänge und Folgen der schwierigen innen- und außenpolitischen Situation der DDR zu analysieren und die Tragweite damaliger Entscheidungen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges zu erklären. Das Buch ist in sechs Abschnitte gegliedert: 50 Jahre danach, Die Vorgeschichte, Die militärischen Planungen im Westen, Die sogenannte zweite Berlin-Krise, Der 13. August 1961 aus der Sicht der DDR und Die Maßnahmen und Folgen. Mehrere Anlagen geben im Faksimile Geheime Kommandosachen sowjetischer Militärs an den Minister für Nationale Verteidigung der DDR und eine Mitschrift des Gesprächs Chruschtschow-Ulbricht am 1. August 1961 wieder und dokumentieren ein Interview der Autoren mit Generaloberst Mereschko am 9. September 2010.

Mit ihren Insiderkenntnissen - gestützt auf einst geheime Dokumente - bemü-

hen sich die Autoren, Licht in die Finsternis ideologisch geprägter Meinungsbildung zu bringen. Sie sind bestrebt, die historischen Hintergründe, Zusammenhänge und Konsequenzen bis hin zur Gefahr eines Dritten Weltkrieges und dessen notwendige Abwehr zu schildern. Gleiches betrifft die Todesfälle beiderseits der „Mauer“. Die Autoren setzen der geschichtlichen Untersuchung ihr aufrichtiges Bedauern über jeden einzelnen Todesfall voran. Für sie ergab sich das System der militärischen Grenzsicherung primär aus der Blockkonfrontation. Die Frage, ob ein polizeilich strukturiertes Grenzsicherungssystem eine Alternative hätte sein können, liegt außerhalb ihrer Betrachtungen. In kritischer Distanz zu der seit Jahrzehnten verbreiteten Legende, wonach der „Mauerbau“ ein Willkürakt der DDR-Führung gewesen sei, verweisen sie darauf, dass die DDR militärisch nicht souverän sein konnte, „wie dies weltweit kein Staat und keine Armee ist, die einem Bündnis angehört“. Bei jener Demarkationslinie handelte es sich „nicht um eine einfache Staatsgrenze, schon gar nicht – wie es fälschlich und beschönigend heißt – um eine ‚innerdeutsche Grenze‘. Es war die Frontlinie zwischen den stärksten Militärpakten jener Zeit“ (S. 7). Die Autoren schildern Ursachen und Konsequenzen der Republikflucht. Sie nennen Gründe für die zu geringe Entwicklung der Arbeitsproduktivität und des Lebensstandards in der DDR, beides sei weit hinter Westdeutschland zurückgeblieben. Sie berichten über Spannungen zwischen Berlin und Moskau, wie sie bereits 1960/61 für die DDR schmerzhaft zutage traten. „Das machte klar, wer in diesem Land das tatsächliche Sagen hatte.“ (S.19) Ausführlich werden

die noch immer unterbelichteten bzw. verschwiegenen Probleme des Gipfeltreffens des sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita S. Chruschtschow und des US-Präsidenten John F. Kennedy am 3./4. Juni 1961 in Wien sowie die vorausgegangene Tagung des Politisch Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages geschildert. In Wien sei es um den beabsichtigten Abschluss eines Friedensvertrages der Sowjetunion mit der DDR und um die vorgesehene Übertragung der vollen Kontrolle der Wege nach Westberlin in die Verantwortung der DDR gegangen. „Die wiederholte Ankündigung eines Friedensvertrages mit der DDR“ habe „bei näherer Betrachtung allenfalls rhetorische Bedeutung“ besessen. Irgendwann habe man auch in Moskau „die Sackgasse gesehen“, in die Chruschtschow gelaufen war (S.127). „Auch dieser Aspekt konterkariert die Hypothese“, so die Autoren, „von Ulbrichts Drängen oder gar geistiger Urheberschaft an der Mauer. Die DDR wollte die Bombe Westberlins entschärfen, aber nicht unbedingt auf jene Weise, wie es am 13. August 1961 geschah. Dass sie, nachdem die Entscheidung gefallen war, die angeordneten Maßnahmen jedoch widerspruchslos umsetzte und bis 1989 auch verteidigte, steht auf einem anderen Blatt.“ (S.128) Im Weiteren verweisen die Autoren auf die 1999 erschienenen Memoiren Chruschtschows „Epoche, Menschen, Macht“, in denen dieser seine Entscheidung für den Plan der „Berliner Mauer“ schildert, für den er zuvor um die Zustimmung der KP-Führer und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages „gebeten“ habe (S.129). Ausführlich schildern die Autoren den militärischen Aufbau der Grenzsiche-

rung. Kein Land des Warschauer Vertrages habe „mit der NATO mit 1.378 Kilometern eine derart lange Staatsgrenze wie die DDR zur BRD“ gehabt. „Nirgendwo auf der Welt standen sich die modernsten und schlagkräftigsten Gruppierungen der NATO und des Warschauer Vertrages so unmittelbar gegenüber wie auf dem Territorium der BRD und der DDR. [...] In keinem Land des Warschauer Vertrages standen eine halbe Millionen Sowjetsoldaten, was es nötig machte, die militärische Grenzsicherung eng mit der sowjetischen Seite abzustimmen.“ (S.157f.). Zu den besonders schwierigen Aufgaben, die die DDR-Führung immer wieder beschäftigten, zählen die Autoren die „Verminung der Staatsgrenze“. Im Frühjahr 1983 habe Honecker von Verteidigungsminister Heinz Hoffmann Maßnahmen gefordert, „wie die Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD auch ohne Minenfelder verwirklicht werden könne. [...] Da die Verminung der Staatsgrenze der DDR auf Befehl Moskaus erfolgt war, konnte der Abbau der Minenfelder auch nur mit Zustimmung Moskaus erfolgen.“ (S.162) Geschildert werden die komplizierten Verhandlungen mit dem Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte, die letztlich – trotz aller Vorbehalte – den Abbau der Minenfelder bis Ende 1984 ermöglichten.

Die von den Autoren entwickelte Sicht auf die Geschichte des 13. August 1961 und das militärische Grenzsystem lässt sich für Historiker leicht nachvollziehen, zumal, wie die vorliegenden Arbeit beweist, die Quellenlage günstig ist. Das Buch ist ein Gewinn für LeserInnen, die sich für die Geschichte der DDR interessieren. Kritisch aufzu-

hellen wäre im Weiteren, worin – bei Beachtung der Sicherheitsinteressen – der Handlungsspielraum für einen humanitären Umgang mit dem Drängen vieler DDR-BürgerInnen auf Freizügigkeit und auf Einhaltung der in der DDR-Verfassung verankerten Menschenrechte bestanden habe.

Ob es zur militärischen Grenzsicherung Alternativen gab, ohne die Sicherheit der DDR und die Wahrung der Menschenrechte zu beeinträchtigen, fragte die Dresdner Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V. (DSS), in deren Schriftenreihe der Titel unter der Redaktion von Scheler/Ziegenbein erschien.

Sch. wendet sich in seinem Vorwort gegen rechtfertigende Versuche, „die Art der Grenzsicherung prinzipiell aus der militärischen Blockkonfrontation [abzuleiten] und dementsprechend das Grenzsicherungsorgan als eine nach militärischen Prinzipien organisierte und handelnde Formation bewaffneter Kräfte“ aufzufassen. Die Art des Grenzregimes allein auf eine „äußere Bedrohung“ zurückzuführen, verstelle die Gründe, „die im Inneren der eigenen Gesellschaft liegen“. Sch. wendet sich entschieden gegen „eine Verweigerungshaltung gegenüber den Erkenntnissen, die sich aus dem Scheitern der DDR und den Gründen dieses Scheiterns ergeben“. Vielmehr lasse sich der Charakter des Grenzregimes „hauptsächlich erklären aus der Schwäche der DDR und ihrer Unterlegenheit in dieser Konkurrenz“ (S.6). Die Verantwortung für die Grenzziehung durch Deutschland sei den Westalliierten und der alten Bundesrepublik (separate Währungsreform, Westintegration) anzulasten, indes trügen die Sowjetunion und die DDR die Verantwortung für die Art und Weise der Ausgestaltung des Systems der

Grenzsicherung. Die Autoren – Arthur Pech und Rolf Ziegenbein, promovierte und mit Erfahrungswissen ausgestattete frühere DDR-Grenzoffiziere in verantwortlichen Positionen – setzen sich, so Sch., „aus eigener Betroffenheit kritisch mit dem Grenzregime“ (S.8) auseinander.

P. nennt seinen Beitrag „Zum militarierten Grenzregime der DDR“ und untersucht die Geschichte der Demarkationslinien bzw. der späteren westlichen Staatsgrenzen der DDR, die dazugehörigen Verträge, Gesetze und Rechtsgutachten, sowohl die der DDR als auch die der BRD, sowie die operativen Pläne und Befehle der sowjetischen Besatzungsmacht für den Aufbau des Grenzregimes. Er nennt Konsequenzen aus der Ablehnung der sowjetischen Friedensregelung vom 10. März 1952 (Stalin-Note an die Westmächte) durch die Westmächte und Bundeskanzler Adenauer, mit der dem Westen eine Verantwortung für den 13. August 1961 zufalle. Er hinterfragt die militärische Begrifflichkeit in den Dienstvorschriften der Grenztruppen, die deren Auftrag vielfach widersprochen bzw. zu Irritationen geführt habe. Minen an Staatsgrenzen seien bis zum Abschluss der „Konvention über Verbote oder Beschränkungen der Anwendung bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßig verletzen oder unterschiedslos wirken können“ am 10. Oktober 1980 legitim gewesen. Die DDR habe diese Konvention 1981 unterzeichnet und die Ratifikationsurkunde 1982 bei der UN hinterlegt. Im Gegensatz dazu habe die BRD die Konvention erst 1992 ratifiziert. Die DDR-Grenztruppen hatten P. zufolge bis Ende 1984 den im Jahr zuvor erhaltenen Befehl zum Minenabbau ausgeführt. Ausführlich befasst sich P. mit

dem Prinzip der Freizügigkeit (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte) und dem Passgesetz der DDR.

In seinem Beitrag „Grenzschutz an der deutsch-deutschen Grenze – zwischen Militär und Polizei“ untersucht Z. die Trennung von Militär und Polizei als ein grundlegendes staatsrechtliches Problem. Die Vermischung von polizeilichen und militärischen Aufgaben habe in der DDR zu schwer beherrschbaren Problemen geführt. In dem 1955 abgeschlossenen Staatsvertrag der Sowjetunion mit der DDR sei bereits die Doppelfunktion der Deutschen Grenzpolizei – Polizei und Militär gleichzeitig zu sein – als Forderung enthalten. Während der Bundesgrenzschutz mit dem Helsinki-Abkommen von seinen ursprünglichen militärischen Aufgaben entbunden wurde, sei es in den Grenztruppen der DDR nach 1961 zu einer deutlichen Dominanz des Militärischen über die bleibenden polizeilichen Aufgaben gekommen. „Mit der Unterstellung des Grenzsicherungsorgans der DDR unter das Verteidigungsministerium“ sei „die DDR ein Sonderfall auch unter den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages“ (S.63) gewesen. Daraus hätten sich, so der Autor, Konsequenzen ergeben, die einer kritischen Beurteilung zu unterziehen seien. Sein Augenmerk richtet er auf die Verhältnismäßigkeit in der Anwendung der Mittel beim Schutz der Staatsgrenze. Als ein Beispiel unzulässigen Handelns nennt er „die Anwendung eines militärischen Feindbildes auf Personen, die versuchen, die Staatsgrenze der DDR unkontrolliert zu überschreiten“ (S.75). Z. setzt sich sachkundig mit der noch immer behaupteten Alternativlosigkeit des Grenzregimes auseinander und schreibt: „Alternativ real möglich (und sogar notwendig) war eine

auf das Maß des Polizeidienstes verringerte Gewaltanwendung an der Grenze der DDR bei gleichzeitiger Wahrung der Hoheitsrechte.“ (S.80) Hier verweist er auf die Minensperren, auf die sogenannten „Selbstschussanlagen“ bis 1983. Obgleich es keinen Schießbefehl gegeben habe, sei die Schusswaffenanwendung durch die Vergatterungsformel „Grenzverletzer sind festzunehmen bzw. zu vernichten“ begünstigt worden, weil sie „grob missverständlich war“ (S.83). Die Grenztruppen seien überwiegend mit automatischen Waffen ausgerüstet gewesen, „die für die Gefechtsführung geeignet waren. Gezieltes Einzelfeuer, etwa auf die Beine“, sei „auf größere Entfernung nur schwer möglich“ (S.85) gewesen. Z. schlussfolgert: „Es wäre also durchaus möglich gewesen, in einigen Fällen Opfer an der Grenze zu vermeiden.“ Und allzu oft habe die DDR-Führung infolge ihrer unflexiblen Politik Menschen in die Opposition getrieben und diese dann als „feindlich negativ eingestuft und behandelt“, obgleich diese „eigentlich dem Sozialismus in der DDR verbunden waren. [...] So wurden aus Freunden Feinde gemacht.“ (S.87)

P. und Z. bieten eine überzeugende Analyse des Grenzregimes an, welche die Sicht von K. und S. sachkundig ergänzt und ihr zugleich in wichtigen Details widerspricht. Die vorgestellten Arbeiten, im Zusammenhang gelesen, bieten einen konstruktiven Zugang zu einem weithin strittigen Thema. *Horst Klein*

Peter Joachim Lapp: Gerald Götting. CDU-Chef in der DDR. Eine politische Biografie, Helios Verlags- und Buchvertriebsgesellschaft, Aachen 2011, 230 S.

Gerald Götting, der ab November 1949 Generalsekretär und von 1966 bis November 1989 Vorsitzender der CDU der DDR war, hatte vor, zu seinem 85. Geburtstag 2008 seine Memoiren vorzulegen. Die nachlassende Sehkraft verhinderte dies. Im Frühjahr 2009 übergab Götting seine in Dutzenden von Karteikästen gesammelten Ausarbeitungen für anderthalb Jahre leihweise an Lapp. Dieser nahm ergänzende Studien in den einschlägigen Archiven vor und befragte Zeitzeugen, sodass er eine materialgesättigte historisch-kritische Biografie zu dem Spitzenpolitiker der DDR-CDU vorlegen konnte. L. war gut beraten, weder eine Fest- noch eine Schmähschrift vorzulegen.

Am Beginn des Buches werden die Wende 1989/90 sowie Göttings Rücktritt, Verhaftung und Anklage behandelt, wobei L. sehr in die Details geht. Götting hatte, wie andere Nomenklaturkader der DDR auch, ein Ferienhaus unentgeltlich genutzt und andere Vergünstigungen angenommen, ohne die entstehenden Kosten selbst zu begleichen, „von daher waren“, wie L. meint, „die Vorwürfe gegen ihn im Kern eigentlich unbegründet“ (S.20). Dabei habe er für DDR-Verhältnisse sehr gut verdient, mehrere Hunderttausend Mark der DDR hätten sich immer auf seinen Konten und Sparbüchern befunden, aber „bei hohen Partei- und Staatsfunktionären war das nicht ungewöhnlich“ (S.21).

Kindheit und Jugend verlebte Götting in Nietleben, einem Arbeitervorort von Halle an der Saale. In Halle besuchte er die LATINA. Die dort vermittelte humanistische Bildung hat, nach eigenen Aussagen, ihn ein Leben lang bestimmt. Den Zweiten Weltkrieg erlebte Götting als Soldat der Luftnachrichten-

truppe, wo er es bis zum Obergefreiten brachte. Zum Kriegsende gelang ihm, der sich Zivilsachen besorgt hatte und sich auf gute Französisch-Kenntnisse stützen konnte, ein Marsch von Böhmen bis nach Nietleben.

Mit Einfallsreichtum schaffte er es, seinen Aufenthalt im US-Kriegsgefangenenlager Naumburg auf wenige Tage zu beschränken. Anfang Juli zogen die Amerikaner ab, und die Rote Armee rückte ein. Götting ging davon aus, dass nun eine neue Zeit mit gesellschaftspolitischen Umwälzungen beginnen werde. Unter den neu gebildeten Parteien sagte Götting die CDU am meisten zu, der er im Januar 1946 beitrug. Eifrig warb er in Nietleben Bürger für die CDU. Im Februar eröffnete die Martin-Luther-Universität in Halle wieder ihren Lehrbetrieb. Als politisch Unbelasteter und als Mitglied der CDU wurde Götting für das Studium der alten Sprachen, Germanistik und Geschichte zugelassen. Er baute eine CDU-Betriebsgruppe der Studenten auf und engagierte sich im Studentenrat.

Ausführlich beschreibt L. die Kontakte Göttings zu sowjetischen Offizieren, die ihm sagten, dass es in Deutschland nicht um sozialistische Ziele gehe. Ziel sei ein demokratisches, antifaschistisches und antimilitaristisches Deutschland, von dem nie wieder Krieg ausgehen kann. Hier lägen die Möglichkeiten und Grenzen der CDU. Götting behielt nach Gründung der DDR die Kontakte zu den sowjetischen Botschaftern bis zur Endzeit der DDR bei.

Am 1. Juni 1949 wurde Gerald Götting Mitglied des Zentralrats der FDJ. Schon zuvor waren in den Auseinandersetzungen um die Bodenreform Andreas Hermes und um die Volkskongressbewegung Jakob Kaiser als

CDU-Vorsitzende gestürzt worden. Der neue Vorsitzende der CDU, der im September 1948 auf dem 4. Parteitag gewählt wurde, hieß Otto Nuschke. Zwischen Götting und dem großen alten Mann Nuschke stimmte, wie L. schreibt, die „Chemie“ von Anfang an. Als der CDU-Generalsekretär Georg Dertinger am 7. Oktober 1949 Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR wurde, rief Nuschke den 26-jährigen Götting von Halle nach Berlin in die frei gewordene Position. Für Götting bedeutete dieser Schritt die vorzeitige Beendigung des Studiums, was er jedoch nie bereute. Als Generalsekretär konnte sich Götting in Konfliktsituationen weiter profilieren, so beim Problem der Einheitslistenwahlen 1950, der Kampagne der SED gegen die „Junge Gemeinde“ im Krisenjahr 1953 und bei der Schaffung der Betriebe mit staatlicher Beteiligung 1956.

L. ist bemüht, die Motive für das Handeln von Götting aufzuspüren. Fragen der Bündnis- bzw. Blockpolitik in der Phase des sozialistischen Aufbaus werden problematisiert. 1958 wurde Götting Vorsitzender der CDU-Fraktion in der Volkskammer und 1960 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates. Die gewonnene Macht nutzte er, um im September eine Anordnung des Staatsrates zu den „Bausoldaten“ in der NVA auf den Weg zu bringen. Im November desselben Jahres eröffneten sich für Rentner der DDR nach Gesprächen Walter Ulbrichts mit dem Thüringer Landesbischof Mitzenheim Westreisemöglichkeiten. Die Initiative dazu war von Götting und von den Kirchen ausgegangen. Von 1969 bis 1976 war Götting Präsident der Volkskammer, ab 1. November 1976 fungierte er als Präsident der Liga für Völ-

kerfreundschaft – eine Funktion, der er viele Auslandsreisen und die Bekanntheit mit vielen Spitzenpolitikern anderer Länder verdankte.

Götting sparte im Gespräch mit L. nicht mit Kritik an den Zusammenkünften, zu denen Erich Honecker als Generalsekretär der SED die „befreundeten Parteien“ von Zeit zu Zeit lud und vor denen er Monologe hielt. Die SED habe sich auf Befehlsausgabe beschränkt, was die ursprünglich praktizierte Blockpolitik gegenstandslos machte. Dass Götting bis zum Schluss keine Reformpolitik auf den Weg brachte, führt L. auf Informationen zurück, die der CDU-Chef über einen unmittelbar bevorstehenden Sturz Michail Gorbatschows hatte. Diese Entschuldigung erscheint wie eine nachträgliche Ausrede Göttings.

Die engen Beziehungen Göttings zu Albert Schweitzer werden hervorgehoben. Beleuchtet werden auch die Kontakte mit evangelischen Bischöfen, die allerdings nach der Wende, wie L. betont, von Götting abrückten. Zahlreiche Bilder und Faksimiles runden den insgesamt gelungenen Bd. ab.

Siegfried Prokop

Tetsuji Senoo: Ein Irrweg zur deutschen Einheit? Egon Bahrs Konzeptionen, die Ostpolitik und die KSZE 1963-1975, Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 2011, 415 S.

Der 1976 in Osaka geborene Tetsuji Senoo befasst sich in seiner Arbeit in der Hauptsache mit den komplizierten diplomatischen Vorbereitungen für die KSZE. Die im Titel aufgeworfene Frage, ob es sich dabei – soweit es die von Egon Bahr konzipierte Ostpolitik der

damaligen Bundesregierung Brandt angeht – um einen Irrweg zur deutschen Einheit gehandelt habe, wird eher an zweiter Stelle erörtert.

Der Autor hat ein umfangreiches Literaturstudium betrieben, und vor allem hat er die Unzahl der im Bundesaußenministerium und im Bundeskanzleramt verfassten Schriftstücke, die zum großen Teil erst jüngst zugänglich wurden, ausgewertet. Dabei wird deutlich, dass es ihm schwer gefallen ist, das von den Beamten benutzte Juristendeutsch, zudem noch vermischt mit einer reichlich verklauulierten Diplomatensprache, genau zu verstehen. Mit großer Zielstrebigkeit hat er dennoch versucht, die im Hintergrund der offiziellen Verhandlungen geführten vertraulichen Gespräche anhand der mannigfachen Schriftsätze, Berichte und Briefe zu analysieren und die jeweiligen Interessenlagen der beteiligten Seiten herauszuarbeiten. Es gelingt ihm gut, das immer wieder aufflammende gegenseitige Misstrauen, das in der Öffentlichkeit jener Jahre stets überspielt worden ist, konkret zu beschreiben.

Man muss jedoch den Leser warnen: Dieses Buch ist ausgesprochen schwierig zu lesen. Der Verlag wäre gut beraten gewesen, einen Lektor hinzuzuziehen oder wenigstens einen Korrektor mit der Durchsicht des Manuskripts zu betrauen. Häufig ist sehr schwer zu verstehen, was der Autor eigentlich sagen will, und mitunter sind seine Ausführungen vollkommen unverständlich. Zum Beispiel auf S.262, wenn er schreibt: „Im Gespräch mit Bundesaußenminister Scheel vom 12.7. erklärte Kissinger, seine Idee einer neuen Atlantik-Charta sei vielleicht ein Fehler gewesen. Mit Blick darauf begrüßte Brandt es, dass offensichtlich die Aus-

sichten für das Zustandekommen dieser Erklärung inzwischen gewachsen seien. Um keine ‚schlafenden Hunde‘ zu wecken, wollte die Bundesregierung ihrerseits aber nicht den Versuch unternehmen, allzu konkret zu werden.“ So wird es dem Leser manchmal fast unmöglich gemacht, einen Sinn in den Darlegungen zu finden.

Insgesamt ist es jedenfalls von Bedeutung, dass der von S. herausgearbeitete Widerspruch zwischen der operativen Ostpolitik der Regierung Brandt, die auf ein Mitwirken der USA angewiesen war, und ihrer langfristigen Konzeption, die sich von den USA weg zu mehr Selbstständigkeit bewegte, überzeugend dokumentiert ist. Leider gelingt es ihm nur an wenigen Stellen, eine konsistente Zusammenfassung der wichtigsten Ziele und Ergebnisse der jeweiligen politischen Akteure bzw. Aktionen zu bieten. Als Beispiel, wie es durchweg hätte gehen können, sei hier der kurze Absatz über den Grundlagenvertrag der BRD mit der DDR zitiert: „Mit dem Grundlagenvertrag wurde eine umfangreiche Normalisierung in den deutsch-deutschen Beziehungen eingeleitet. Gemessen an den ursprünglichen Verhandlungszielen der beiden Seiten konnte der Grundlagenvertrag durchaus als ‚Konsens über den Dissens‘ gesehen werden, aber er hielt im Kern fest, was schon im ‚Bahr-Papier‘ und im Moskauer Vertrag nachzulesen war. Dabei ging es darum, einen ‚Modus vivendi‘ zu finden, der die Perspektiven zur Lösung der ‚deutschen Frage‘ nicht aus den Augen verlor, sondern sie offen hielt. Die Regelung zwischen den beiden deutschen Staaten erfolgte als Ausgangspunkt, nicht als Endpunkt der Entwicklung, da die Kooperationszusicherungen und die Zu-

sicherung von menschlichen Erleichterungen die Perspektive einer dynamischen Entwicklung eröffneten und den Ausgangspunkt für eine praktische Politik boten.“ (S.211f.) Insgesamt – so schreibt S. – sei seinerzeit ein komplizierter Interessenausgleich gefunden worden. Auch wenn die Umsetzung der ursprünglichen politischen Ziele nicht komplett gelungen sei, hätte es ohne die in Egon Bahrs Konzeption angelegten langfristigen Visionen keinen Aufbruch zu einer neuen, erfolgreichen Ostpolitik gegeben (S.381).

Harald Lange

Vera Schwarz: Meine roten Großmütter. Politische Aktivität aus der KPÖ ausgetreterener/ausgeschlossener Frauen (Politik und Demokratie, 18), Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 2010, 153 S.

Die Diplomarbeit von Vera Schwarz, erschienen in der von den Politikwissenschaftlern der Universität Wien Helmut Kramer und Eva Kreisky herausgegebenen Reihe „Politik und Demokratie“, liefert einen wertvollen Beitrag zur Erforschung der Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ). Damit gehört diese Publikation zu jenen raren Texten, die sich mit diesem Thema befassen, auch wenn die Autorin einen rein politikwissenschaftlich-sozialwissenschaftlichen Ansatz wählt, der historische Fragestellungen nur bedingt zulässt. S. selbst charakterisiert ihr Forschungsthema als Nischenthema (S.9) und relativiert somit die Bedeutung der Arbeit in gewisser Weise. Dennoch kann sie teilweise Antworten auf Fragestellungen sowohl für die historische als auch die politikwis-

senschaftliche Forschung liefern und – was als noch wichtiger erscheint – Anregung für eine weitere Beschäftigung mit dieser Thematik liefern. Vor allem aktuelle Anknüpfungen an Diskussionen in der Parteienforschung sind, ausgehend von den Ergebnissen dieser Arbeit, durchaus möglich.

Wesentliches Fundament sind Interviews mit ehemaligen weiblichen Mitgliedern der KPÖ, die, aus unterschiedlichen Gründen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten, die Kommunistische Partei verlassen haben oder ausgeschlossen wurden. Die Darstellung orientiert sich dabei an dem klassischen Modell empirischer Sozialforschung: Die in der Einleitung vorgestellte Hypothese wird zunächst theoretisch unterfüttert, um danach in einem empirischen Teil überprüft zu werden. Dabei gliedert sich die Darstellung in zwei Teile: Im ersten wird die Geschichte der Kommunistischen Partei von 1945 bis zum 22. Parteitag im Jänner 1974 kurz behandelt. Diese Darstellung stützt sich auf vorhandene Darstellungen zur Geschichte der Partei beziehungsweise auf Memoiren und Autobiografien ehemaliger KPÖ-Mitglieder. Die Autorin charakterisiert diesen Teil selbst als „deskriptiv“ (S.10), der aber notwendig sei, um den historisch-theoretischen Hintergrund zum Verständnis des empirischen Teils zu liefern. Danach folgt die Wiedergabe und Interpretation der Interviews mit Ilse M. Aschner, Lisa Markstein, Maria Zottl, Maria Verber und Hannah Fischer.

Die forschungsleitende Fragestellung der Arbeit ist, wie das politische Handeln von Menschen aussehen kann, wenn diese einen Bruch mit der Partei, die bis dahin ihre politische Heimat gewesen war, vollzogen haben. Dabei for-

muliert S. die Hypothese, dass es auch nach dem Austritt oder Ausschluss aus der Partei eine politische Tätigkeit gab, weil es ein grundsätzliches Bedürfnis nach politischem Engagement gegeben hätte, welches wiederum in der politischen Biografie der Frauen begründet läge. Diese Hypothese sieht die Autorin durch die Interviews bestätigt und präzisiert außerdem, dass das politische Handeln nach dem Bruch mit der Partei nicht mehr auf eine parlamentarische Vertretung abzielte, weniger hierarchisch organisiert war und der Wunsch bestand, die Auswirkungen des politischen Handelns unmittelbar zu sehen.

Die methodologische Festlegung auf die qualitative Sozialforschung liefert für diese Fragestellung durchaus relevante Ergebnisse. Dennoch könnte man einwenden, dass die mühevoll hergestellte Daten in diesem Forschungsprozess das Ergebnis nicht unbedingt rechtfertigt. Vielmehr würde es sinnvoll erscheinen, der Fragestellung eine kulturelle Dimension zu verleihen: Welche Bedeutung hatte das politische Handeln für die Akteure? Gab es Unterschiede, Konflikte oder gar Kämpfe mit ihren männlichen Parteimitgliedern? Damit würde der Fokus von der rein positiven Perspektive, in dem Sinne, dass es eine politische Aktivität nach dem Bruch noch gegeben hat, auf die kulturelle Bedeutung dieses Handelns verschoben. Durch diese methodologische Bereicherung könnten sich interessante neue Horizonte eröffnen. Das Heraustreten aus einem positivistischen Forschungsprogramm, mag es auch noch so angereichert sein durch verstehende Elemente, wäre für dieses Thema ein fruchtbarer Weg. Für die Realisierung der Forschungs-

arbeit war ebenfalls ausschlaggebend, dass die Autorin die Arbeit der weiblichen Mitglieder der Partei sichtbar machen wollte. Das Ankämpfen gegen die dreifache Unsichtbarkeit der weiblichen Akteure, bedingt durch die überwiegend antikommunistisch eingestellte Gesellschaft, durch sexistische und androzentristische Strukturen auch in der Partei und durch eine institutionalistisch geprägte Politikwissenschaft, zählt die Autorin zu den grundlegenden Motiven, warum sie sich diesem Thema gewidmet hat. Tatsächlich hat sie es mit dieser Arbeit geschafft, das politische Wirken von Frauen innerhalb und außerhalb der KPÖ zu beleuchten. Gerade aus der Perspektive der Geschlechterforschung ist das ein wesentlicher Beitrag, der der Repräsentation von Frauen in der Gedächtniskultur auch der Arbeiterbewegung mehr Gewicht verleiht. In dieser Hinsicht hat die Autorin einen durchaus neuartigen Beitrag zur Geschichte der Kommunistischen Partei geliefert.

Wenn man diese Arbeit aus der Perspektive einer rein politischen, auf Institutionen konzentrierten Historiografie liest, sind die Ergebnisse wenig erhellend. Das ist aber auch gar nicht die Absicht der Autorin. Die Makro-Ebene der politischen Entscheidungsträger wird bewusst ausgeblendet. Was nun sichtbar gemacht wird, ist die Mikroebene, der Alltag in der Parteiarbeit und im politischen Aktivismus. Die politischen Biografien der fünf Frauen erzählen eine andere, durchaus neuartige Geschichte der Partei.

Auch im Bereich der Geschlechterforschung will die Autorin mit ihrer Forschungsarbeit neue Erkenntnisse gewinnen. Ein wesentlicher Aspekt wäre dabei die Aufdeckung von Selekti-

onsmechanismen, die den Frauen die Mitarbeit an den Führungsgremien der Partei verwehrten oder zumindest erschwerten. Dabei werden vor allem zwei Aspekte herausgearbeitet: Erstens die Doppelbelastung der Frauen durch die Arbeitsteilung, da diese neben dem politischen Aktivismus immer noch allein für die Reproduktionsarbeit in der Familie zuständig waren. Zweitens wurden die weiblichen Kader vor allem im Bund demokratischer Frauen Österreichs (BDFÖ) konzentriert, wodurch sich eine geschlechterspezifische Arbeitsteilung in der politischen Propaganda zwischen BDFÖ und KPÖ herausbildete. S. selbst bezieht sich in ihrer Darstellung neben den Interviews vor allem auf zwei Texte: auf eine Dissertation von Heidi Niederkofler aus dem Jahre 2007, in der diese sich mit den Frauenorganisationen aller Parteien in Österreich und somit auch mit dem BDFÖ, der Frauenorganisation der KPÖ, auseinandersetzt, und dem Bericht einer frauenpolitischen Konferenz der KPÖ aus dem Jahre 1974.

Ausgehend von der Geschlechterforschung bietet die Arbeit von S. auch Anregung für die politikwissenschaftliche Parteienforschung, die sich immer wieder mit Grenzziehung zwischen dem Politischen und dem Privaten auseinandersetzen muss. Was ist Politik, inwiefern können Akteure ihrer Handlung eine politische Bedeutung zuschreiben? S. scheint dabei der Einsicht der Zweiten Frauenbewegung zu folgen, dass auch das Private politisch sei. Dabei stützt sie sich vor allem auf Überlegungen von Beate Hoecker von der Leibniz-Universität Hannover. Zunächst geht es dabei um die Frage, wie sich Geschlechterverhältnisse in der Politik ausgestalten, was als öffentlich

und was als Privat definiert wird. Gerade in diesem Bereich ergibt sich ein interessanter Kontrast in der Arbeit. Denn auf der einen Seite wird von der Autorin betont, dass in der neueren feministischen Theorie alle gesellschaftlichen Bereiche und Handlungen dem Politischen zuzurechnen sind (S.85), doch gleichzeitig wird in einigen Interviews erzählt, dass der Bruch mit der Partei bei den früheren Aktivistinnen den Eindruck erweckte, die Handlungen hätten im Gegensatz zu früher keine politische Bedeutung mehr. Auch wenn dies nicht explizit in der Arbeit ausgeführt wird, so kristallisieren sich hier unterschiedliche Deutungen des Politischen heraus, die sich möglicherweise auch einer historischen Periodisierung unterziehen lassen könnten. Insbesondere die Schilderungen der Unzufriedenheit mit dem politischen Engagement nach dem Bruch, die Einschätzung, die politische Praxis hätte keine gesamtgesellschaftliche Relevanz mehr - im Gegensatz zur Aktivität innerhalb der Partei -, ist in diesem Zusammenhang erhellend. Den Drang nach politischer Aktivität der fünf ehemaligen Parteimitglieder konnte die Autorin überzeugend darstellen. Doch die Deutungsmuster, die begründen, welcher Handlung das Adjektiv „politisch“ verliehen wird, bleiben unbestimmt. Gerade auch der Übergang von einem Konzept der Partei zu jenen der neueren sozialen Bewegungen wäre hier von Interesse. Die Erosion alter Deutungsmuster und die Konfrontation mit neuen Konzepten werden gerade in den Interviews sehr deutlich. Abschließend entwickelt S. zwei Modelle, in die sie die fünf Biografien der Frauen einordnet: Einerseits das Mo-

dell der Basisaktivistin, andererseits jenes der Interessenvertreterin. Die Entwicklung dieser beiden Modelle scheint ebenfalls den methodologischen Vorbedingungen zu entspringen, was deren Mängel reproduziert. Denn auch hier wird die Existenz der politischen Aktivität bloß festgestellt, ohne deren Bedeutungszusammenhang ergründen zu können.

Vor allem aus der Perspektive einer Historiografie der Arbeiterbewegung knüpft sich an diese Arbeit eine entscheidende Frage: Kann man eine Alltagsgeschichte des Politischen schreiben?

Sebastian Baryli

Denis Goldberg: Der Auftrag. Ein Leben für die Freiheit in Südafrika, Assoziation A, Berlin-Hamburg 2010, 303 S.

Es gibt wahrlich keinen Mangel an Lebensgeschichten von Persönlichkeiten in Südafrika, die auf der einen oder anderen Seite der Barrikaden für oder gegen die Apartheid gekämpft haben. Die meisten, die auf der die Rassenpolitik verteidigenden Seite standen, bieten Rechtfertigungsversuche, warum sie der weltweit verurteilten Demagogie bis zum Ende fest die Treue hielten. Auch die (Auto-)Biografien der Gegenseite versuchen, die Motivationen der vorgestellten Persönlichkeit darzulegen, selbstverständlich insbesondere, warum sie gegen die Apartheid kämpften. Eine solche Autobiografie liegt mit dem Buch von Denis Goldberg nunmehr in deutscher Sprache vor. Der 1933 als Sohn einer jüdischen Einwandererfamilie in Kapstadt geborene G. ist ein Weggefährte Nelson Mandelas und schloss sich 1961 dem be-

waffneten Arm der Befreiungsbewegung ANC an. Zwei Jahre später wurde er festgenommen und zusammen mit Mandela und anderen wegen Hochverrats zu lebenslanger Haft verurteilt. G. verbrachte 22 Jahre im Gefängnis. Nach seiner Freilassung kämpfte er aus dem Londoner Exil weiter für die Abschaffung der Apartheid.

In seinem Buch erzählt der heute wieder in Kapstadt lebende G. die Odyssee seines Lebens, die zugleich eine Geschichte des langen, schwierigen und oftmals schmerzhaften Weges Südafrikas in die Freiheit ist. Die Sympathie wohl jeden Lesers für den Helden des Buches kommt schon am Anfang des Buches, wenn der Autor bekennt: „Ich habe lange gebraucht, zu meiner ‚Stimme‘ zu finden, obwohl ich beim mündlichen Erzählen, wenn ich einmal angefangen habe, kaum zu bremsen bin, wie Ihnen meine Freunde bestätigen werden. Ich habe auch gezögert, weil ich mich selbst nicht zu wichtig nehmen wollte. Aber schon lange wollte ich gerne über die Menschen, Orte, Ereignisse und Ideen berichten, die mich geprägt und in ihrem komplexen Zusammenspiel meine Lebensbahn bestimmt haben.“ (S.7)

Besonders interessant sind G.s Schilderungen und Gedanken, die über persönliche und biografische Angaben hinausgehen und kaum in anderen einschlägigen Publikationen zu finden sind. So etwa die Tatsache, dass in der Zeit zwischen der offiziellen Zulassung des ANC Anfang der 1990er-Jahre und dem Wahlsieg dieser ältesten Befreiungsorganisation auf dem afrikanischen Kontinent im Jahre 1994 „noch einmal 10.000 bis 12.000 Menschen vom alten Regime ermordet“ wurden (S.291).

In dem Buch wird immer wieder deutlich, dass G. ein unverbesserlicher Optimist war und bis heute noch ist. Er ist stolz auf das in seinem Land Erreichte, auf die Beseitigung der menschenverachtenden Apartheid, aber er bemerkt durchaus auch Kritikwürdiges an der aktuellen Entwicklung in Südafrika. „Aber“, so schreibt er, „die politischen Voraussetzungen sind geschaffen, damit wir solche Probleme anpacken können“.

Er bleibt trotz seines Optimismus Realist, denn er sieht, dass die „Mauern in den Köpfen noch nicht ganz abgetragen sind“ (S.292).

Dem Buch ist eine DVD beigelegt, die vor allem Einblick in das Familienleben von G. gewährt. Eine spannende, das Herz berührende, viele Informationen zur Geschichte Südafrikas und der internationalen Anti-Apartheid-Bewegung vermittelnde Lektüre erwartet denjenigen, der zu diesem Buch greift.

Ulrich van der Heyden

Gabriele Oertel/Hans Modrow: Sagen, was ist, Das Neue Berlin, Berlin 2010, 223 S., Abb.

Dieses Buch vermittelt ein Porträt des 1928 geborenen vorletzten DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow. Die Autorin ist ehemalige ADN-Korrespondentin in Bonn, jetzt stellvertretende Chefredakteurin des „Neuen Deutschland“. Für das Buch hatte M. der gelehrten Journalistin mehrere Monate Rede und Antwort gestanden. Wie es im Klappentext heißt, hat der Interviewte „jedes *Aber* tapfer ertragen, kein *Warum* als Zumutung empfunden. Und er hat beherzt die Gelegenheit ergriffen, seine Meinung, Ansichten, Hal-

tung zu Ereignissen und Erlebnissen seines reichen Lebens darzutun“.

Die Autorin beließ es nicht bei der Verarbeitung der Äußerungen M.s, sondern bezog die Auskünfte seiner beiden Töchter sowie ehemaliger Kollegen und Genossen in der früheren Dresdener SED-Bezirksleitung in ihre Darstellung des Lebens und Wirkens wie auch der Persönlichkeit M.s ein. Hinzu kommen die Wortmeldungen des früheren sowjetischen Deutschlandexperten Valentin Falin, des Ex-Konsistorialpräsidenten der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und nach 1990 Brandenburger Ministerpräsidenten Manfred Stolpe (SPD) und sogar des Vordenkers der Entspannungspolitik Willy Brandts, Egon Bahr (SPD). Sie ergänzen und bereichern das facettenreiche Porträt M.s, der auf ein rund sechzigjähriges Leben in der Politik zurückblicken kann. Herausgekommen ist ein lesenswertes, an manchen Stellen streitbares, mit Blick auf die Hauptperson stets glaubwürdiges Buch, das überdies als Dokument der Zeitgeschichte Fragen aufwirft, deren wissenschaftliche Erarbeitung in naher oder mittlerer Zukunft lohnenswerte Resultate verspricht.

Schon zu Beginn des Interviews entwickelt M. unmissverständlich seinen Politikbegriff: „Für mich ging es als Abgeordneter darum, die Interessen derjenigen zu vertreten, von denen ich gewählt worden bin.“ (S. 8) Das Buch verdeutlicht, dass sich M. in der Tradition des sozialistischen Verständnisses vom Mandat als eines Mittels zur Vertretung und Durchsetzung der Interessen der Schwachen, der Arbeitenden und der „kleinen Leute“ verankert sieht. Dies habe auch für seine fünfmonatige Amtszeit als DDR-Minister-

präsident gegolten. Wohl auch deshalb habe er sich zeitweilig von Privilegien ferngehalten, die andere in der DDR korrumpiert hätten. Diese demonstrative Bescheidenheit sei ein Schlüssel für seine Wahrnehmung durch die Menschen in seinem Wirkungskreis gewesen, folgert er mehrfach. Da er sich z. B. als SED-Bezirksleiter in Dresden nie vom Leben an der gesellschaftlichen Basis abgekapselt habe, hätte er immer als ansprechbar und vertrauenswürdig gegolten, wenn es um die Benennung und Lösung von Problemen gegangen sei. Auch seitens der Bundesrepublik Deutschland seien Willy Brandt als SPD-Vorsitzender und andere Sozialdemokraten besonders gern zu Gesprächen nach Dresden gefahren, weil sie dort „nicht das Neue Deutschland vorgelesen bekamen“, das seinerzeit als „Zentralorgan“ fungierte. Bahr fügt hinzu, M. sei ein Mensch, „der verlässlich, das Gegenteil einer Wetterfahne, seiner Überzeugung folgt“. Das gelte auch dort, wo man unterschiedlicher Meinung sei (S.216).

Aus seinen Haltungen macht M. in der Tat keinen Hehl. Dies wird zum Widerspruch einladen, und das ist gewiss so gewollt. Wie Falin in diesem Buch und bei verschiedenen Gelegenheiten, fand auch M. kritische Worte über die Politik des KPdSU-Generalsekretärs Michael Gorbatschow. Dieser habe dem Westen gegenüber keine Strategie besessen, um die Interessen der sozialistischen Staatengemeinschaft zu verteidigen, sondern sei in hohem Maße unvorbereitet in die weltpolitischen Verhandlungen gegangen. Dies gelte erst recht für die Zeit der Wende 1989/90, als es um die künftige Existenz der DDR oder eines Friedensvertrages der vier Siegermächte mit den zwei souve-

ränen deutschen Staaten gegangen sei. So habe sich Gorbatschow die DDR praktisch abknöpfen lassen. Hinsichtlich der Sowjetunion sei ein Zug in Fahrt gesetzt worden, dessen Tempo man nicht mehr habe zügeln können. Am Ende stand die Auflösung der UdSSR, bewertete M. kritisch diese Epoche. Entgegengesetzt zum offiziellen bundesdeutschen Geschichtsbild formuliert M. als Fazit: „Aber ich hatte bei fast allen meinen Begegnungen mit Gorbatschow den Eindruck, dass er die Lage nicht überblickte, schlecht vorbereitet und oft überfordert war.“ (S.121) Diese Feststellung sowie jene Falins, dass besonders das Außenministerium der UdSSR unter Schewardnadse schon früh eine Herauslösung der DDR aus dem System der sozialistischen Staaten akzeptiert hatte (S.128), gehören zu jenen überaus lohnenswerten Forschungsfragen für künftige Historiker- und Politologengenerationen, wenn die Archive zugänglich sein werden.

M. stellt sich beileibe nicht als fehlerlos dar, er gibt ohne Umschweife zu, wenn er Entwicklungen gar nicht oder nicht in deren voller Tragweite erkannt hatte. Wäre das nicht so, klängen seine Beurteilungen politischer Zeitgenossen wie ein fades Nachtreten. So charakterisiert er Erich Honecker als einen Machtmenschen, der stets am Rande der Überforderung agiert habe (S.40). Günter Mittag wiederum sei „ein charakterloser Opportunist gewesen, der in den 1980er-Jahren in Moskau kein Vertrauen besaß, aber von Kohl, Breuel und anderen in der BRD herzlichst empfangen wurde“ (S.42).

Vieles kommt noch zur Sprache, auch die Weigerung der Spitzen von SED und der Regierung der DDR, die wirt-

schaftlichen und politischen Probleme zur Kenntnis nehmen zu wollen und die bei aller für M. berechtigten Kritik an Gorbatschows „Glasnost“ entstandene Selbstblockade anstelle einer schonungslosen Lageanalyse und angemessenen Strategie im eigenen Land. Und so kommen O. und M. zu dem Zeitraum, in dem er als Ministerpräsident von November 1989 bis zur Volkskammerwahl vom 18. März 1990 die Verantwortung für die weitere Entwicklung der DDR besaß.

In seiner persönlichen Bilanz (S.174) hebt M. hervor, dass es die von ihm geführten Regierungen waren, die friedlich und gesetzlich den Bürgern der DDR viele Rechte mit auf den Weg gaben und Errungenschaften wie die frühe Bodenreform zu sichern halfen. Natürlich ist M., der nach dieser Phase als Ministerpräsident der DDR nicht nur Dank, sondern oft Schmähungen im Bundestag erdulden musste, an einer realitätsnahen Bewertung seiner historischen Leistung gelegen.

Doch ist dieses Buch keine einseitige Selbstrechtfertigung, dazu ist M. viel zu authentisch, besitzt zu viele Ecken und Kanten. Und dies bestätigt ihm auch Stolpe, der M.s Rolle als Moderator des „Runden Tisches“ würdigt (S.184). M. blickt nicht ausschließlich zurück. Am Verfall der DDR wäre gerade mit Blick auf den Sozialismus des 21. Jahrhunderts noch einiges aufzuarbeiten, betont er. Seiner Partei DIE LINKE empfiehlt er mehr Ruhe und gegenseitige Achtung und bezieht somit auch aktuell Stellung. Als äußerst erkenntnisträchtig wird sich meines Erachtens jene Passage erweisen, in der M. feststellt, „dass wir eigentlich den Übergang in einer sozialistischen Gesellschaft von einer zur nächsten Gene-

ration nicht erreicht haben. Die jungen Leute haben in den 80er Jahren diese DDR nicht angenommen [...] Jugend will nicht nur dankbar sein. Jugend will selbst die Welt verändern.“ (S.171) Dieses Fazit bettet die spezifische DDR-Entwicklung durchaus in einen Gesamtkontext ein, der mit den Kulturrevolutionen von 1968 in Frankreich und der BRD vernetzt sein könnte und den Aspekt „Generationenkonflikt“ im Sinne der politisch-kulturellen Auseinandersetzung mit den noch paternalistisch geprägten Generationen, die beiderseits der Systemgrenze herrschten, ins Visier nimmt. *Holger Czirich-Stahl*

**Moshe Zuckermann: „Antisemit“
Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument,** Promedia Verlag, Wien 2010, 208 S.

Moshe Zuckermann ist ein Freund klarer Positionen. Auch heikle Themen geht er geradlinig an, ohne sie in absichernd-nebulöse Ausgewogenheitsformulierungen zu packen. Das macht die Lektüre seines Buchs erfrischend, zumal wenn er dabei ein argumentatives Terrain streift, das mitunter einem Minenfeld gleicht. In der Vorbemerkung definiert Z. die eigene Position, von der aus er seine Kritik am demagogischen Umgang mit dem Vorwurf der Judenfeindlichkeit formuliert. Der Antisemitismus, so Z., ist „eine der verruchtesten Formen der Ideologie“ (S.8). Und er ist weit verbreitet, zieht sich als Subtext durch viele aktuelle politische Debatten. Auschwitz mag als Metapher zwar inflationär verwendet werden, es ist dennoch nach wie vor „universeller Maßstab eines präzedenzlosen, gerade in der und durch die Moderne er-

möglichten ‚Rückfalls in die Barbarei‘“ (S.113).

Thema des Buches sind jedoch weder die Menschheitsverbrechen der Shoah noch die aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus, sondern dessen Funktionalisierung in der politischen Auseinandersetzung in Israel und in Deutschland. Der Antisemitismusvorwurf, so Z.s mit vielen Beispielen untermauerte Überzeugung, ist in der politischen Debatte zum Instrument geworden, mit dem ganz andere Ziele verfolgt werden, als den Judenhass aufzudecken und zurückzuweisen. In Israel, so wird im ersten Teil dargelegt, dient dieser Vorwurf zusammen mit dem Gedenken an die Shoah dazu, handfeste politische oder auch wirtschaftliche Interessen durchzusetzen: Sei es, dass bei Staatsbesuchen deutscher Politiker in Israel die Erinnerung an die NS-Verbrechen funktionalisiert wird, um günstige Kreditbedingungen oder Wirtschaftsabkommen durchzusetzen, oder das Andenken an die Millionen ermordeter Juden dazu benutzt wird, um die israelische Besatzungspolitik in der Westbank als logische Konsequenz aus der Vernichtung des europäischen Judentums darzustellen.

Dieser Teil des Buches bietet für die deutschen Leserinnen und Leser, die des Hebräischen nicht mächtig sind, interessante Einblicke in israelische Feuilleton- und Parlamentsdebatten. Z. nimmt die zionistische Doktrin aufs Korn, der zufolge der Aufbau des jüdischen Staates Vorrang hatte vor der Rettung der vom Antisemitismus bedrohten Juden. Das instrumentelle Verhältnis der Zionisten zur Not der Juden in der Diaspora zeigte sich zum Beispiel in der bereits von Tom Segev und anderen ausführlich beschrie-

benen Einwanderungspolitik des jüdischen Staates. Dort wurden nicht vorranglich diejenigen Einwanderer zugelassen, die aufgrund der Verfolgung der Aufnahme am dringendsten bedurft hätten, sondern diejenigen, die für den Staatsaufbau am besten zu brauchen waren.

Z.s Arbeitsweise ist schnell umrissen: Er seziert die öffentlichen Äußerungen von Politikern und analysiert publizistische Debatten, um verborgene Argumentationsmuster freizulegen, die hinter den selbstgerechten Tönen und dem anklagenden Gestus die wahren Absichten der Sprechenden bzw. Schreibenden erkennen lassen. Er dekonstruiert die Reden israelischer Politiker, in denen die Friedenssehnsucht der Israelis pathetisch beschworen und im nächsten Satz die Alleinschuld an dem andauernden Spannungszustand den Palästinensern zugeschoben wird. Der zweite, Deutschland gewidmete Teil des Buches fällt demgegenüber deutlich ab. Während Z. israelischen Politikern vorwirft, den Antisemitismus-Vorwurf zu funktionalisieren, kritisiert er deutsche, weil sie „den Maßgaben eines latenten ‚Antisemitismus-Diskurses‘ gehorchen“ (S.134). So stellte etwa Angela Merkel in ihrer Rede vor der Knesset historisches Schuldbewusstsein zur Schau, enthielt sich aber jeglicher Kritik an Israels aktueller Politik gegenüber den Palästinensern und erhob die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson. Da jedoch auch Z. davon ausgeht, dass die „deutschen Lasten“ – so die Überschrift des ersten Kapitels in diesem Teil – und die Gepflogenheiten bei Staatsbesuchen nichts anderes zulassen, hängt seine Kritik an Merkels mangelnder Courage seltsam in der Luft.

Im Zentrum des Deutschland-Kapitels steht die Auseinandersetzung in einem kleinen linken Stadtteilzentrum in Hamburg-St. Pauli. Dort wurde im Jahr 2009 die Vorführung des Films von Claude Lanzmann „Warum Israel“ von einem Grüppchen sich als Antiimperialisten verstehender Linker verhindert, weil der Film den israelischen und den US-amerikanischen Imperialismus sowie bellizistische Positionen verherrliche. Daraufhin erhob ein ebenso winziges Grüppchen anwesender „Anti-deutscher“ den Vorwurf, dass hier antisemitische Filmzensur am Werk sei. Wellen schlug der Vorfall jedoch erst, nachdem die überregionale Presse sich seiner annahm und eine von zahlreichen namhaften Intellektuellen, allen voran Lanzmann, unterzeichnete Petition den „Antideutschen“ gegen die „Antiimperialisten und Israelhasser“ – so die Petition (S.148) – den Rücken stärkte.

Z. widmet diesem Ereignis viele Seiten seines Buches. Er mag zwar die Verhinderung der Filmvorführung nicht guthießen, bemüht sich aber um den Nachweis, dass Lanzmann sich vom Résistancekämpfer zum Kriegsverklärer und neokonservativen Parteigänger George Bushs gemauert habe und der Petitionstext sich „der Shoah-Aura Claude Lanzmanns bedient“ (S.151). Schließlich wirft er den Erstunterzeichnern der Petition vor, dass sie sich nie zu einer gemeinsamen Erklärung gegen Hunger, Massensterben und Völkerrechtsverletzungen zusammengefunden hätten – und kapitulierte so letztlich vor der Anstrengung, sie mit politischen Argumenten zu widerlegen. Je mehr Z. linke Grabenkämpfe nachzeichnet, desto gewundener werden seine Sätze und desto schwächer sei-

ne Argumente. Er ist zwar ein Freund klarer Positionen, packt diese aber mit Vorliebe in Schachtelsätze. Diese Vorliebe steigert sich mit Fortgang des Buches bis hin zu beinahe unlesbaren Satzungen in den Anhang. Schade – der erste Teil hatte mehr erwarten lassen.

Susanne Heim

Raul Zelik: Nach dem Kapitalismus. Perspektiven der Emanzipation oder: Das Projekt Kommunismus anders denken, VSA Verlag, Hamburg 2011, 143 S.

Das Anliegen seines – wie er es nennt – Essays hat Zelik eindeutig benannt: Die Finanzkrise habe, wieder einmal, die Grenzen des Kapitalismus aufgezeigt. Es sei an der Zeit, ein linkes Gegenprojekt zu entwickeln. Natürlich könnte man idealistisch und rein hypothetisch eine neue Gesellschaftsordnung entwerfen, das wäre bei Weitem nicht das erste Mal. Zu bedenken sei, dass alle im 20. Jh. unternommenen Versuche, sich vom Kapitalverhältnis zu befreien, gescheitert und damit die diesen Vorhaben zugrunde liegenden Theorien fraglich geworden sind. Was man brauche, sei keine neue utopische Blaupause, sondern konkrete Utopien; um dahin zu gelangen, „müsste sich die Linke ausführlich mit ihrem vielfältigen Scheitern beschäftigen“ (S.13). Das habe sie bisher allerdings nicht getan. Zu groß sei die Furcht, dass mit einer Kritik am Sozialismus das emanzipatorische Projekt als solches verloren gehen könne. Doch eine derartige, „kritische Absetzbewegung“ sei unvermeidlich. „Jene Wege, die schon mehrfach in die Sackgassen von Autoritarismus oder Selbstmarginalisierung geführt haben, muss man nicht

immer neu beschreiten.“ (S.14) Die Kritik der bisherigen „Sozialismen“ sei der erste Schritt, der Entwurf eines anderen Sozialismus (im Buch als „Communismus“ bezeichnet) sei der zweite. Dabei müsse man sich vor allem an das halten, was an alternativen sozialen Projekten im bestehenden (kapitalistischen) System bereits existiere und die neue Gesellschaftsordnung gewissermaßen vorwegnehme.

In diesem Sinne analysiert Z. die anti-kapitalistischen Projekte des 20. und des beginnenden 21. Jh.: die verschiedenen Green New Deal-Konzepte, den „Computer-Sozialismus“ z. B. von Heinz Dieterich, den lateinamerikanischen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ sowie das Scheitern des Realsozialismus.

Dem lateinamerikanischen Sozialismusprojekt widmet Z. besondere Aufmerksamkeit. Um es zu beurteilen, verfügt er als Professor für Politik an der Fakultät für Geistes- und Wirtschaftswissenschaften einer kolumbianischen Universität über ein außerordentliches Maß an Informationen und Kompetenz. Am Green New Deal-Vorhaben kritisiert Z., dass es entgegen allen Ankündigungen „über ein ökologisches Beratungsprojekt für Regierungsfunktionäre und Unternehmenseliten nicht hinausgeht“ (S.27). An den Projekten des computergestützten, demokratischen Planungssozialismus bemängelt er, dass sie – z. B. bei Dieterich – vorgestellt werden, als wären sie bereits eingeführt, „was“, wie Z. ironisch vermerkt, „das ganze Vorhaben natürlich enorm erleichtert“ (S.83).

Der Realsozialismus (bei Z.: Staatssozialismus) ist nach seiner Meinung aus drei Gründen gescheitert. Erstens habe es trotz rätesozialistischer Rhetorik keine Demokratisierungsansätze gege-

ben, die Vergesellschaftung blieb formal, die staatssozialistische Gesellschaft autoritär. Zweitens habe der Staatssozialismus keine alternativen Entwicklungs- und Arbeitsmodelle hervorgebracht. Die planwirtschaftliche Modernisierung sei dem Muster der marktwirtschaftlichen gefolgt und habe deren Probleme übernommen und teilweise, z. B. auf ökologischem Gebiet, noch übertroffen. Drittens habe es zwar zu einer rasanten nachholenden Industrialisierung gereicht, der Staatssozialismus brachte aber kaum Innovationen hervor und erwies sich außerstande, den alltäglichen Konsum befriedigend zu regeln.

Der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ – Z. analysiert ausführlicher die Entwicklung in Venezuela, Bolivien und Ecuador – habe, im Gegensatz zum Staatssozialismus, „phasenweise Organisationsprozesse von unten ermuntert“ (S.72). Aber in allen drei Staaten habe sich der „antiinstitutionelle Widerstand irgendwann auf institutionelles Terrain“ (S.75) und damit in die Nähe der aus dem Staatssozialismus bekannten Strukturen gegeben. Jedoch könne man im lateinamerikanischen Sozialismus nach Einschätzung Z.s noch am ehesten jene, neben den staatlichen wirkenden, partizipativen Organisationsformen entdecken, deren Stärkung und Expansion in der Fläche Chancen für die Realisierung des Projektes „Communismus“ eröffnen.

An den Vorhaben des Communismus werde, meint Z., in den genannten lateinamerikanischen Staaten, aber nicht nur dort, sondern auch in den kapitalistischen Hauptländern permanent seitens gesellschaftlicher Bewegungen gearbeitet: bei Kämpfen gegen die Privatisierung der Wasserversorgung, durch die Nutzung genossenschaftlicher Ar-

beitsformen, auf dem Wege des Engagements in Basisgewerkschaften und politischen Basisgruppen, durch Alltags-solidarität und das Schaffen experimenteller Kooperation. „Weil Herrschafts- und Warenverhältnisse nicht einfach abgeschafft werden können, sondern durch Aneignung prozesshaft überwunden werden müssen, können Alternativen zum Kapitalismus“, so Z.s Fazit aus der kritischen Analyse der früheren Sozialismusversuche, „nur aus derartigen und ähnlichen singulären Praxen entstehen“. (S.133) Die konkreten Gegenprojekte müssten also nicht neu erfunden werden. „Neu können höchstens die Strategien sein, die Praxen der Widerständigkeit zu erkennen, zu erzählen, in Beziehung zu setzen und zu stärken. Hier gilt es den schmalen Grat zu finden, der zwischen den selbstgenügsamen Grass-Root-Logiken der Basisbewegungen und den Machtperspektiven repräsentativer, institutionalisierter, staatszentrierter Politik hindurchführt.“ (S.133)

Genauer wird Z. nicht. Das ist auch nicht seine Absicht und verständlich, wenn man die Ablehnung „sozialistischer Blaupausen“ durch den Autor bedenkt.

Z.s faktengesättigter Essay wird mit großem Gewinn lesen können, wer der Einladung des Autors nachkommt, vorbehaltlos „anders zu denken“. Dann öffnet sich für den Leser jenes Fenster, von dem aus man erkennen kann, dass „das Vorhaben des Communismus eine Zukunft hat“ (S.134). *Jörg Roesler*

Autorenverzeichnis

Wilma Ruth Albrecht, Dr., Bad Münstereifel
Veronika Arndt, Dr. habil., Magdeburg
Evemarie Badstübner, Dr., Berlin
Rolf Badstübner, Prof. Dr., Berlin
Sebastian Baryli, Doktorand, Universität Wien
Günter Benser, Prof. Dr., Berlin
Helma Chrenko, Prof. Dr., Berlin
Kim Christiaens, Dr., Katholische Universität Leuven
Holger Czitrich-Stahl, Glienicke
Joachim Eichler, Dr., Berlin
Ludwig Elm, Prof. Dr., Jena
Susanne Heim, PD Dr., Institut für Zeitgeschichte München-Berlin,
Abt. Berlin
Ulrich van der Heyden, PD Dr., Berlin
Christa Hinckel, Berlin
Harald Jentsch, Dr., Karben
Horst Klein, Dr. sc., Strausberg
Ulrike Köpp, Dr., Berlin
Peter Kroh, Dr., Neubrandenburg
Harald Lange, Prof. Dr., Berlin
Erwin Lewin, Prof. Dr., Berlin
Ottokar Luban, Berlin
Ingo Materna, Prof. Dr., Berlin
Christoph Meißner, Student, Freie Universität Berlin
Renate Merkel-Melis, Prof. Dr., Berlin
Ulrich Peters, Dr., Berlin
Siegfried Prokop, Prof. Dr., Bernau
John Riddell, Toronto
Jörg Roesler, Prof. Dr., Berlin
Daniela Schnitter, Dr., Berlin
Axel Weipert, Doktorand, Freie Universität Berlin
Jörg Wollenberg, Prof. Dr., Fachbereich 12 der Universität Bremen,
Mitgründer der NS-Gedenkstätte Ahrensböök/Ostholstein
Barbara Wünnenberg, Studentin, Humboldt-Universität zu Berlin

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:
Förderverein für Forschungen zur
Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:
Helga Brangsch, Dr. Christa Hübner
(V.i.S.d.P.), Bärbel Kontny, Dr. Her-
bert Mayer, Dr. Ulla Plener, Dr. El-
ke Scherstjanoi, Dr. Daniela Schnitter,
Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:
Weydingerstraße 14-16
D-10178 Berlin

Email-Adresse der Redaktion:
redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Email-Adresse der Redaktion für
Buchbesprechungen:
rez-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Website:
www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal jähr-
lich (Januar, Mai, September) in der
NDZ GmbH, Weydingerstraße 14-16,
D-10178 Berlin, im Gesamtumfang
von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge
veröffentlicht werden, die nicht bereits
anderweitig angeboten worden oder er-
schienen sind und die außer dem Jahr-
Buch nicht gleichzeitig anderweitig zur
Veröffentlichung angeboten wurden.

Manuskripte können per e-mail oder
auf Diskette, vorzugsweise als word-
Datei, eingesandt werden. Beiträge
sollten 40.000, Berichte 10.000, Buch-
besprechungen 8.000 Zeichen nicht
überschreiten. Bitte reichen Sie stets
die letzte Fassung des Beitrages ein und
beachten Sie die im „JahrBuch“ übliche
äußere Manuskriptgestaltung. Die Re-
daktionsrichtlinien senden wir Ihnen
gern zu. Die namentlich gezeichneten
Beiträge geben ausschließlich die Mei-
nung des Autors und nicht die der Re-
daktion wieder.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden
nicht honoriert.

Abonnements- und Heftzahlungen
sowie Spenden bitte an:
Berliner Volksbank eG,
BLZ 10090000
Konto-Nr.: 5744561010

Satz: Christa Kouschil
Realisiert in den Typowerkstätten des
Giambattista-Bodoni-Museums e. V.
info@bodoni.org

Sonderdrucke der im JahrBuch veröf-
fentlichten Beiträge sind möglich. Die
Konditionen sind zu erfragen unter der
Telefonnummer: 030-28 25 137

Redaktionsschluss: 17.04.2012

Jonny Granzow:
Der Ausbruch der Spanienkämpfer
aus dem Geheimgefängnis in Castres



Am 16. September 1943, während der deutschen Okkupation in Frankreich, gelingt es 38 Häftlingen aus 11 Nationen (Deportierten und Widerstandskämpfern, in ihrer Mehrheit gefangen gesetzte ehemalige Freiwillige der Internationalen Brigaden in der Spanischen Republikanischen Armee), aus dem Geheimgefängnis in Castres (Südfrankreich) auszubrechen. Unter ihnen herausragende Kämpfer gegen den deutschen Faschismus, von denen die meisten unmittelbar nach ihrer Befreiung den Kampf in der Résistance wieder aufnehmen.

Diese Episode aus dem zweiten Weltkrieg ist lange unbekannt geblieben. Mit Akribie hat Jonny Granzow aufgezeichnet, wie diese Flucht möglich wurde und welch umfassendes Netz der Solidarität dazu beigetragen hat.

Granzow, Jonny: Der Ausbruch der Spanienkämpfer aus dem Geheimgefängnis

1. Auflage, mit zahlreichen Abbildungen

15 x 24 cm, 22,80 EURO

ISBN 978-3-940781-27-7